ERWACHE!

FRANKREICH ERWACHE!

FRANKREICH ERWACHE!

VON JUSTINUS

DISKUS-VERLAG . LEIPZIG

1932

COPYRIGHT BY DISKUS-VERLAG . LEIPZIG

DRUCK «INVA» WIEN

FRANKREICH ERWACHE!

EIN MAHNRUF AN DAS FRANZÖSISCHE VOLK

VON JUSTINUS

I. TEIL

ERSTES BIS ZEHNTES TAUSEND

Geleitwort

Nicht Haß und Feindschaft
will dieses Buch predigen,
sondern Gerechtigkeit und Versöhnung.
Es will
die Gewissen wachrütteln
und die Herzen gewinnen,
auf daß,
wie es geboten steht,
auch dem Feinde von gestern
Recht und Gerechtigkeit nicht versagt wird.
Und dies Beginnen kann nicht vergeblich sein!
Denn das
hat auch der furchtbare Krieg nicht vermocht
und auch die Sintflut an Haß nicht,
mit der er die Welt überschwemmt:
Das Gewissen abzutöten
und im Menschenherzen das feine Gefühl
für das ewige Recht:
Menschenherzen taub zu machen
für die Sprache des Herzens;
blind zu machen
für die ewige Wahrheit dieser Bibelworte:

„Das Gebot, das ich Euch heute gebe, übersteigt
Eure Kraft nicht und ist nicht unerreichbar.
Nicht im Himmel ist es, daß Ihr sagen könntet:
Wer steigt uns in den Himmel und vernimmt es für uns,
um es uns zu verkündigen, damit wir darnach handeln?
Auch ist es nicht fern über dem Meere, daß Ihr
sagen könntet: Wer führt uns hinüber über das Meer
und wer vernimmt es für uns, daß er es uns mitteilt
und wir es erfüllen?
Nein, ganz nahe liegt Euch das Wort, in Mund und Herz
ist es Euch gelegt, so daß Ihr darnach handeln könnt."

I. Teil

Deutschland klagt an

„Gibt es ein einziges Volk, das geneigt wäre, sich zu schlagen, um das Verbrechen Oberschlesiens oder den verhängnisvollen Irrtum der Saar aufrechtzuerhalten? Gibt es eine Person in Frankreich, die noch Vertrauen setzte in das gebrechliche Gebäude des polnischen Staates? Und wenn Frankreich durch die Waffen der ganzen Welt gerettet worden ist, so sieht heute die ganze Welt mit Beklommenheit auf das, was geschehen ist. Im Interesse Frankreichs, das eine edle Aufgabe in der Geschichte der europäischen Kultur hat, wünschen wir, daß allen Franzosen die ganze Wahrheit bekannt werde und daß die Nation zu jenen Idealen zurückkehre, die nicht nur ihr Ruhm, sondern auch ihre Rettung waren. Wer in Frankreich eine andere, entgegengesetzte Sprache spricht, ist nicht der Erbe der großen französischen Tradition, sondern ihr Zerstörer."

Nitti.

Amerikas feierliches Versprechen

„Unsere Gerechtigkeit darf nicht unterscheiden zwischen Freunden und Feinden."

Wilson.

In Versailles wurde am 28. Juni 1919 Deutschland der Friede diktiert.
In St. Germain wurde am 10. September 1919 Oesterreich der Friede diktiert.

Amerikas Eintreten entschied den Weltkrieg.

Niemals hätten die Alliierten ohne Hilfe Amerikas Deutschland und Oesterreich besiegt. Amerikas Eintreten entschied den Weltkrieg.
Ohne Amerikas Eingreifen hätten die Mittelmächte gesiegt oder der europäische Krieg wäre an allgemeiner Erschöpfung zu Ende gegangen.

Was Wilson versprach:
(Wilsons 14 Punkte.)

Am 8. Jänner 1918 erließ Präsident Wilson im Namen Amerikas in seiner Ansprache an den vereinigten Kongreß folgende feierliche Deklaration seiner 14 Punkte an die aufhorchende Welt:

„... Wir beanspruchen in diesem Kriege nichts Besonderes für uns

selbst. Die Welt muß nur tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können ... Gerechtigkeit und faires Handeln müssen gegen Gewalt und selbstsüchtigen Angriffsgeist gesichert werden ...

Wir erkennen mit Klarheit, daß uns keine Gerechtigkeit gewährt werden kann, wenn wir sie anderen nicht gewähren ...

Das Programm des Weltfriedens lautet:

I. Abschaffung der geheimen Verträge ...

II. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer sowohl im Frieden wie im Kriege ...

III. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Gleichberechtigung im Handel ...

IV. Allgemeine Abrüstung bis auf das im Interesse der inneren Sicherheit noch notwendige Mindestmaß ...

V. Unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche ...

VI. Räumung Rußlands ...

VII. Räumung und Wiederherstellung Belgiens ...

VIII. Räumung Frankreichs und Rückgabe Elsaß-Lothringens ...

IX. Berichtigung der Grenzen Italiens gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenlinien ...

X. Den Völkern Oesterreich-Ungarns soll die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden.

XI. Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros und internationale Sicherung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ...

XII. Betrifft die Türkei ...

XIII. Aufrichtung Polens unter Zusammenschluß aller Gebiete unzweifelhaft polnischer Bevölkerung mit Gewährleistung eines freien und sicheren Zuganges zum Meer ...

XIV. Bildung eines Völkerbundes ...

Wir haben jetzt gesprochen, bestimmt, in Ausdrücken, wahrlich zu konkret, um irgendeinen künftigen Zweifel oder Fragen zuzulassen. Ein klares Prinzip zieht sich durch das ganze Programm, das ich umrissen habe. Es ist das Prinzip der Gerechtigkeit allen Völkern und Nationalitäten gegenüber und ihres Rechtes, unter den gleichen Bedingungen der Freiheit und Sicherheit miteinander zusammen zu leben, mögen sie stark oder schwach sein. Wenn dieses Prinzip nicht zur Grundlage gemacht wird, vermag kein Teil des Gebäudes internationaler Gerechtigkeit zu bestehen. Das Volk der Vereinigten Staaten vermochte auf Grund keines anderen Prinzipes zu handeln und zur Verteidigung dieses Grundsatzes ist es bereit, sein Leben, seine Ehre und alles, was es besitzt, zu opfern."

Rede Wilsons vor dem Kongreß am 4. September 1917:

„Das Unrecht, das in diesem Kriege begangen wurde, muß freilich

wieder gutgemacht werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber es läßt sich nicht wieder gutmachen durch das Begehen eines ähnlichen Unrechtes an Deutschland und seinen Verbündeten."

In seiner Ansprache an den Kongreß am 11. Februar 1918:

„Es soll keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Schadenersatzansprüche als Strafe geben ....."

„Das Selbstbestimmungsrecht ist keine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden ....."

In seiner Rede vom 6. April 1918 in Baltimore legte Präsident Wilson die Prinzipien dar, nach denen die 14 Punkte angewendet werden sollten:

„Es gibt keine sichere Grundlage für Friede und Ordnung, wo das Gefühl der Gerechtigkeit, Freiheit und Recht fehlen.

Durch Militärgewalt aufgezwungene Friedensabmachungen wären auf Flugsand gebaut.

Das nationale Sehnen muß berücksichtigt werden, Völker dürfen nicht ohne ihre Zustimmung von einer Souveränität in die andere ausgehändigt werden.

Die Befriedigung der nationalen Ansprüche soll geschehen, ohne daß neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft geschaffen würden, die den Frieden Europas und damit der ganzen Welt bald wieder stören würden.

Nichts, was durch Militärgewalt entschieden, ist — wenn Unrecht — entschieden.

Ein Friede ohne die Gleichheit der Rechte wird unweigerlich umgestoßen werden.

Ein solcher Friede wäre ein Friede von Fetzen und Flicken."

Präsident Wilsons vier Punkte.

Am Grabe Washingtons zu Mount Vernon gab Wilson am 4. Juli 1918 folgende feierliche Erklärung über die Kriegsziele Amerikas ab:

I. Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die nach ihrer eigenen Wahl den Frieden der Welt zu stören vermag.

II. Die Erledigung jeder Frage, ob sie sich auf Gebiete, auf Souveränität, auf wirtschaftliche Vereinbarungen oder auf politische Beziehungen erstreckt, darf nur auf Grund der freien Annahme durch das unmittelbar hievon betroffene Volk erfolgen. Der Vorteil oder das materielle Interesse einer anderen Nation darf die Vereinbarungen nicht bestimmen.

III. Die Zustimmung aller Nationen, daß sie sich in ihrem Verhalten zueinander durch die nämlichen Prinzipien der Ehrfurcht und der Achtung vor dem gemeinen Gesetze der zivilisierten Gesellschaft leiten lassen, das die einzelnen Bürger sämtlicher modernen Staaten in ihren Beziehungen zueinander leitet .....

IV. Die Errichtung einer Friedensorganisation, die es zur Gewißheit machen soll, daß die vereinbarte Macht freier Nationen jeden Angriff auf das Recht abwehren und dazu beitragen wird, Frieden und Gerechtigkeit größere Sicherheit zu verleihen durch Schaffung eines endgültigen Tribunals der Oeffentlichkeit, dem sich alle unterwerfen müssen und durch dessen Vermittlung jeder internationale Vergleich seine Sanktion erhält, der nicht durch friedliche Uebereinkunft der unmittelbar betroffenen Völker erreicht werden kann. Diese großen Ziele lassen sich in einem einzigen Satz zusammenfassen: Was wir suchen, ist die Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und getragen von der organisierten Meinung der Menschheit.

Rede Wilsons im Metropolitan Opera House in New York am 27. September 1918:

„.... Unsere Gerechtigkeit darf nicht unterscheiden zwischen Freunden und Feinden. Kein Sonderinteresse einer Nation oder einer Gruppe von Nationen darf berücksichtigt werden, wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen Interesse aller verträgt .... In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes darf es keine Sonderbünde geben ..... Innerhalb des Völkerbundes darf es keine besonderen selbständigen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung von wirtschaftlichem Boykott oder Ausschließung in irgendeiner Form, es sei denn, daß dem Völkerbund selbst als Zucht- und Machtmittel die Vollmacht übertragen wird, jemand durch Ausschluß von den Weltmärkten wirtschaftlich zu bestrafen ..... Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden ....."

Die Wirkung der amerikanischen Friedensbotschaften.

Ueber den ungeheuren Einfluß von Wilsons Friedensbotschaften schreibt der österreichische Minister Graf Czernin:

„Seine Worte wogen Armeen auf. Millionen Menschen und einer Welt voll Elend erschloß sein Friedensprogramm eine Welt voll Hoffnungen."

Und H. W. V. Temperley, der Autor des «British Institute of International Affairs» sagt in seinem Buche «A History of the Peace Conference of Paris»:

„Die Grundsätze des Präsidenten hatten Europa im Sturm gewonnen."

Dr. Dillon in seinem Buch «The Peace Conference»:

„Wilson galt als Erlöser, und wenn man nur seinen Namen nannte, so war es Balsam für die Leidenden und Trost für die Trauernden ....."

Kein Zweiter verstand die Völker Europas so aus tiefstem Innern zu bewegen und aufzurütteln.

Wilson war der Prophet der Völker Europas.

Seine Friedensbotschaften drangen in das Herz jedes Deutschen und Oesterreichers und das Volk drängte zum Frieden.

Nach Wilsons Friedensbotschaft gab es keine Kämpfer mehr.

Amerikas Friedensbedingungen bewogen das kriegsmüde und wirtschaftlich erschöpfte Deutschland zum Friedensangebot, das die deutsche Regierung am 5. Oktober 1918 überreichte und in dem sie ausdrücklich erklärte, die 14 Punkte anzunehmen. Am 8. Oktober fragte das amerikanische Außenamt an, ob die deutsche Regierung die in Wilsons 14 Punkten und in seinen folgenden Botschaften „niedergelegten Bedingungen" annehme, derart,

„daß ihre Absicht bei Eintritt in die Friedensverhandlungen nur die sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen" («and that objects in entering into discussions would be only to agree upon the practical details of their application»).

Am 12. Oktober antwortete die deutsche Regierung auf diese Frage in unbedingt bejahendem Sinne.

„Ihr Zweck beim Eintritt in die Erörterungen werde nur der sein, sich über die praktischen Einzelheiten der Anwendung (der Wilsonschen Bedingungen) zu verständigen."

Am 14. Oktober stellte Wilson die weitere Anfrage an die deutsche Regierung, ob sie bereit sei, den Unterseebootkrieg einzustellen und zuzustimmen, daß sich die Alliierten vor der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland entsprechend sicherstellten.

Am 20. Oktober nahm die deutsche Regierung auch diese Punkte an. Am 23. Oktober teilte der Präsident folgendes mit:

„Nachdem er die feierliche und bindende Versicherung der deutschen Regierung erhalten habe, daß sie die in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Jänner 1918 aufgestellten Friedensbedingungen sowie die in seinen späteren Ansprachen, insbesondere in der Ansprache vom 25. September verkündeten Grundsätze der Friedensordnung vorbehaltslos annehme und die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern bereit sei, habe er den erwähnten Schriftwechsel den Regierungen der verbündeten Mächte mitgeteilt mit der Anregung, falls diese Regierungen geneigt seien, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Berater solche Waffenstillstandsbedingungen entwerfen zu lassen, die den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sicherten, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen."

Ein feierlicher Vorfriedensvertrag ohne Kriegsentschädigung, ohne Reparationen, ohne Annexionen.

In der denkwürdigen Sitzung des Obersten Kriegsrates vom 4. November 1918, in der die Grundsätze für den Waffenstillstand mit Deutschland aufgestellt wurden, wurden die 14 Punkte Wilsons, zu denen sich die alliierten Staatsmänner schon mehrfach vorher in öffentlichen Kundgebungen bekannt hatten, ausdrücklich und feierlich als die grundlegenden Bedingungen des Waffenstillstandes und Vorfriedens erklärt.

Nur Großbritannien machte bezüglich Punkt II (der von der Freiheit der Meere handelt) und Italien bezüglich Punkt IX (der von den italienischen Rechten handelt) einen Vorbehalt.

In der von allen Alliierten unterschriebenen und gesiegelten Note, die als Vorfriedensvertrag am 5. November 1918 an die Deutschen abgesandt wurde, ist der italienische Vorbehalt jedoch nicht aufgenommen.

In dieser Note, die der amerikanische Staatssekretär Lansing als die Antwort auf das Friedensangebot Deutschlands vom 5. Oktober 1918 namens der Alliierten am 5. November 1918 übergab, heißt es:

„Die alliierten Regierungen erklären ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Jänner 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind, mit den folgenden Einschränkungen:

(Die erste Einschränkung war der oben erwähnte Vorbehalt, betreffend die Freiheit der Meere, die zweite bezog sich auf die Wiedergutmachung und lautete wörtlich:)

Die besetzten Gebiete müssen nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wieder hergestellt werden. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bestimmungen kein Zweifel bestehen kann. Sie verstehen unter Wiedergutmachung, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

Am 11. November 1918 nahm Deutschland die Bedingungen der Alliierten an. Damit war ein rechtsgültiger, verbindlicher Vorfriedensvertrag zustandegekommen, mit dem feierlichen Versprechen Amerikas, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands, daß der Friede auf Grund der 14 Punkte geschlossen werden sollte.

Am Tage des Waffenstillstandes selbst, am 11. November 1918, erklärte Präsident Wilson ausdrücklich in seiner Kongreßrede, daß Gegenstand des endgültigen Friedensvertrages nur die Detailausführung des Vorvertrages sein werde:

„und er betonte, daß er überzeugt sei, daß die Alliierten sich an ihr Wort, an den feierlich angenommenen, unterschriebenen und besiegelten Waffenstillstandsvertrag gebunden halten würden."

In seiner Ansprache an den Kongreß am 2. Dezember 1918 — drei Tage vor seiner Abreise zur Friedenskonferenz nach Paris — erklärte Präsident Wilson:

„Die bevorstehenden Friedensverhandlungen sind für uns wie für die übrige Welt von so überragender Bedeutung, daß es kein geschäftliches noch anderes Interesse geben darf, das dahinter nicht zurückstehen muß. Die Helden unserer Land- und Seemacht sind in einem ruhmvollen Kampf für jene Ideale eingetreten, die sie als die Ideale ihrer Heimat kennen. Ich habe versucht, diese Ideale in Worte zu fassen; unsere Streiter wie auch die uns verbündeten Regierungen haben meine Ausführungen als den Kern ihrer Gedanken und Ziele anerkannt; ich bin es ihnen, soweit meine Kraft reicht, schuldig, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Ideale keiner falschen noch irrtümlichen Deutung ausgesetzt werden, daß vielmehr alles geschieht, um sie zu verwirklichen. Ich betrachte es als meine Pflicht, mich voll und ganz für das einzusetzen, um dessentwillen sie ihr Herzblut gaben. Ich kenne keinen Waffenruf, der höher stünde."

In seiner Rede vom 23. April 1919, einige Wochen vor der Ueberreichung des endgültigen Friedensvertrages, stellte Präsident Wilson nochmals ausdrücklich fest:

„Amerika hat das Vorrecht, von seinen Alliierten mit der Einleitung des Friedens beauftragt zu sein, unter Bedingungen, die es selbst formuliert hat und wobei ich als Wortführer aufgetreten bin. Die 14 Punkte und die in den feierlichen Botschaften dargelegten Grundsätze wurden von den alliierten Mächten formell und in einer einigen Entschließung angenommen und werden die Grundlagen des Friedens bilden.

Der Krieg wurde dadurch beendet, daß Deutschland ein Waffenstillstand vorgeschlagen wurde, der sich auf gewisse, klar definierte Grundsätze aufbauen soll.

Auf dieser Grundlage wurde der Friede mit Deutschland nicht nur konzipiert, sondern auch formuliert, auf dieser Grundlage wird er durchgeführt werden.

Wir können nicht verlangen, daß der Friede auch mit Oesterreich nach Grundsätzen anderer Art vorgeschlagen und durchgeführt werde."

Ohne Wilsons ständige Friedensbotschaften wäre die moralische Widerstandskraft Deutschlands und Oesterreichs nicht so geschwächt worden und sie hätten noch länger Widerstand leisten können. Oesterreich hätte sich in seine Gebirgsstellungen zurückziehen können, Deutschland hätte seine ausgedehnten Stellungen zusammenziehen können. Jedenfalls hätten sie bei entsprechender moralischer Widerstandskraft noch genügend militärische Machtmittel gehabt, in ihrem Land im Schutze der Grenzfestungen einem Eindringen der Alliierten noch lange Widerstand zu leisten. Und der endgültige Sieg hätte den Alliierten noch ungeheure Opfer an Geld, Material und Menschenleben gekostet.

Davon waren auch die Alliierten überzeugt.

So heißt es in den Geheimberichten des Zehnerrates vom 7. Februar 1919:

„Es besteht einige Unsicherheit bezüglich der Stärke der vorhandenen deutschen Armee und der ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel an Kriegsmaterial aller Art, aber beide sind noch beträchtlich. —

Eine ähnliche Ungewißheit herrscht über das Kriegsmaterial und die Munitionsvorräte im Innern Deutschlands ..... aber diese Vorräte und die Produktionsmittel sind sicherlich der Menge nach ebenfalls noch erheblich."

Wie gewaltig Deutschlands militärische Machtmittel noch waren, geht schon aus folgendem hervor:

Nach Abschluß des Waffenstillstandes mußte Deutschland in den besetzten Gebieten ungeheure Mengen von Kriegsmaterial zurücklassen. Die Räumung der besetzten Gebiete mußte zu rasch erfolgen, als daß das Material hätte mitgenommen werden können. Die Bahnen waren, infolge der kurzen Frist, die für den Rückzug der Truppen gestellt war, mit Soldatentransporten überhäuft. Außerdem mußte Deutschland sofort 5000 Lokomotiven und 150.000 Waggons abliefern. Diese doppelte Bewegung der rücktransportierenden Züge nach Deutschland hinein und der abzuliefernden Züge aus Deutschland heraus hemmte derart, daß ein ungeheurer Verlust an Kriegsmaterial und Vorräten die Folge war.

Beim Waffenstillstande waren außer den Lokomotiven und Eisenbahnwaggons abgeliefert worden:

5000 Kanonen, 25.000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 1700 Bombenflugzeuge, 5000 Lastautomobile, 100 Unterseeboote usw.

Trotzdem hatte Deutschland nach Abschluß des Friedensvertrages noch abzuliefern:

Die gesamte intakte Kriegsflotte (die gesamte Handelsflotte war schon während des Waffenstillstandes ausgeliefert worden), 14.014 Luftschiffe, 27.749 Luftschiffmotoren, 54.900 Kanonen und Rohre, 6,000.000 Gewehre, 105.500 Maschinengewehre, 28.469 Minenwerfer, 38.8 Millionen Artilleriegeschosse, 16.6 Millionen Handgranaten, 60.4 Millionen geladene Zünder, 490 Millionen Gewehrpatronen, 350.000 Tonnen leere Artilleriegeschosse, 23.500 Tonnen Patronenhülsen, 37.600 Tonnen Pulver, 242.500 Maschinengewehrläufe, 1072 Flammenwerfer, 31 Panzerzüge, 59 Tanks, 212.000 Fernsprecher, 8982 drahtlose Stationen, 2200 Pontons, 8,230.350 volle Einzelausrüstungen für Soldaten u. v. a.

J. M. Keynes kennzeichnet die moralische Situation Deutschlands nach Abschluß des Vorfriedensvertrages mit folgenden treffenden Worten:

„Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen solle, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen."

Der Wortbruch

„Es gibt wenig geschichtliche Vorgänge, die die Nachwelt weniger Grund haben wird zu verzeihen, als es der Vorgang war, einem hilflosen Feinde Forderungen zu stellen, die sich mit unseren feierlichen Verpflichtungen nicht vertrugen, im Vertrauen auf die der Feind die Waffen niedergelegt hatte."

Keynes.

Zum erstenmal in der Geschichte des zivilisierten Europa ereignete es sich, daß ein feierlicher Vorfriedensvertrag nicht eingehalten wurde. Eine derartige Mißachtung des Völkerrechtes ist ohne Beispiel in der Geschichte Europas.

In den endgültigen Friedensverträgen wurde nicht ein Punkt des Vorfriedensvertrages eingehalten. Wilson vermochte nicht die Durchführung und Einhaltung der 14 Punkte durchzusetzen. Ja, gerade das Gegenteil davon trat ein.

Als gebrochener Mann verließ Wilson Europa, Verzweiflung im Herzen. Von niemandem beachtet, von den Franzosen als Narr oder als Gegner betrachtet, kehrte Wilson heim.

Bei der Verhandlung zwischen dem Präsidenten und dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten vom 19. August 1919 in Washington fand folgende Ansprache statt:

Senator Johnson von Kalifornien: „Und die endlich auf der Friedenskonferenz erreichte Entscheidung war für Sie eine Enttäuschung?"
Der Präsident: „Ja, mein Herr, ich will es offen bekennen, sie war es."

Versailles und St. Germain kamen unter dem unerhörten und beispiellosen Bruch eines internationalen Treuversprechens zustande. Niemals noch hat in der modernen Geschichte ein Friedensvertrag nicht nur dem Vorvertrag, sondern überhaupt allen Grundsätzen der Moral so sehr ins Gesicht geschlagen wie die Verträge von Versailles und St. Germain.

Aber mögen auch Deutschland und Oesterreich heute noch diesen Verträgen machtlos gegenüberstehen, ihr flammender Protest dagegen wird die Welt in Atem halten, bis wieder einmal Recht und Moral die Beziehungen der Völker bestimmen werden.

Wie es zum Wortbruch kam.

J. M. Keynes:

„Der Sieg war so vollkommen, daß Furcht keine Rolle bei der Abrechnung zu spielen brauchte. Der Feind hatte im Vertrauen auf ein feierliches Abkommen über den allgemeinen Charakter des Friedens die Waffen niedergelegt und die Bedingungen dieses Abkommens schienen einen Frieden der Gerechtigkeit und der Großmut und eine schöne Hoffnung auf Wiederherstellung des ununterbrochenen Kreislaufes des Lebens zu verbürgen. Um diese Sicherheit gewisser zu machen, war sogar der Präsident selbst gekommen, um das Siegel auf sein Werk zu drücken."

Ueber den Empfang Wilsons in Europa sagt Dr. Dillon («The Peace Conference»):

„Als der Präsident ankam, glich Europa dem Ton, der auf den schöpferischen Bildner wartet. Nie vorher waren die Völker so sehr bereit gewesen, einem Moses zu folgen, der sie in das Land der Verheißung führen sollte, wo Kriege verboten und Blockaden unbekannt sind; ihrer Meinung nach war er dieser Führer. In Frankreich beugten sich die Menschen vor ihm voll Ehrfurcht und Liebe. Arbeiterführer in Paris erzählten mir, daß sie bei seinem Erscheinen Tränen der Freude vergossen hätten und daß ihre Genossen durch Wasser und Feuer gegangen wären, um Wilson bei der Ausführung seiner edlen Pläne zu helfen. Für die Arbeiterklassen in Italien war sein Name eine himmlische Fanfare, unter deren Klang die Welt erneuert werden sollte."

Aber weder Wilson noch das amerikanische Volk hatten erkannt, wie tief sich, gleich einem giftigen Geschwür, der Geist des Krieges samt all den von ihm entfesselten Leidenschaften in die Seele Europas eingefressen und sie von Grund auf verdorben hatte.

Gemeinsames Leid und gemeinsame Kriegsfurcht hatten die gleiche herrliche allgemeine „Weltliebe" erzeugt. Eine „Welt der Schönheit" sollte sich über den wankenden und rauchenden Trümmern der alten Zivilisation erheben. Kleinen wie großen Nationen sollte Gerechtigkeit werden, die Großen sollten ihre Waffen niederlegen, ein Weltfriedensbund sollte entstehen.

Kaum aber war der Krieg beendet, als die Hochflut moralischer Begeisterung unheimlich rasch abzuebben begann.

Der Geist des Weltfriedens schwand mit einem Schlage dahin. Eigennutz und Nationalismus, Habgier, Rachsucht und Haß begannen sofort wieder aufzuleben und Wilsons Evangelium, eben noch so inbrünstig bekannt, wurde verleugnet.

Niemand, der unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes im November und Dezember 1918 und im Jänner 1919 in Europa war, wird den Schreckensschrei vergessen, der aus der Mitte der Gläubigen hervorbrach, als die Hoffnung auf einen Wilson-Frieden immer mehr zu schwinden begann.

Der „Manchester Guardian", die führende liberale Zeitung Englands, kennzeichnet am 19. Jänner 1918, wenige Wochen nach Waffenstillstand und schon einen Monat, bevor noch überhaupt die Friedenskonferenz zusammengetreten war, die Lage bereits wie folgt:

„Präsident Wilson ist mit einer Reihe ganz bestimmter politischer Grundsätze ..... herübergekommen .....

Es sind die Grundsätze, die er selbst unermüdlich gepredigt hat, die von der erdrückenden Mehrheit des amerikanischen Volkes gebilligt werden und welche die Alliierten in aller Form und endgültig angenommen haben. Dennoch, trotz der Tatsache, daß sie in dieser Weise angenommen worden sind und daß sich Deutschland ausdrücklich nur unter dieser klaren Voraussetzung und unter keiner anderen ergeben hat, kann Präsident Wilson die diplomatische Luft von Paris nicht lange geatmet haben, ohne gewisse seltsame Abweichungen zwischen der angeblichen Annahme seiner Grundsätze und den partikularistischen und rein nationalistischen Forderungen der verschiedenen Länder, unser eigenes nicht ausgeschlossen, bemerkt zu haben ....."

Ein anderes liberales Blatt, „Die Nation", bricht am 31. Dezember 1918 in die Worte aus:

„Wir hören wenig oder gar nichts vom Völkerbunde. Auf der anderen Seite hören wir jedoch nur allzu viel von einer Kette rein nationalistischer Abenteuer ..... Ein französisches Protektorat über das linke Rheinufer, eine französische Annexion des Saarkohlenbeckens, ein belgischer Anspruch auf holländischen und deutschen Grund und Boden, ein italienischer Anspruch auf Dalmatien, führen uns geradewegs zusammen zur Machtpolitik zurück, zu strategischen Grenzen, mit einem Wort zu den Praktiken des aggressiven Nationalismus. Das gleiche gilt von Mr. Georges Indemnitätstheorie, die einer siegreichen Nation das Recht zuspricht, von der besiegten die gesamten Kriegskosten einzutreiben. Stellt man Theorie und Praxis nebeneinander, dann sind die 14 Punkte vernichtet ....."

Die gleiche Beunruhigung bemerkt man auch in der französischen und italienischen liberalen und Arbeiterpresse. Zwei Tage vor der ersten Sitzung der Friedenskonferenz, am 10. Jänner, schreibt der Pariser „Oeuvre":

„Der blendende Ausblick auf einen allgemeinen Frieden, gegründet auf gegenseitiges Vertrauen und auf Freundschaft der Nationen, reduziert sich immer mehr und mehr auf ein neues Gleichgewicht der Kräfte ..... Es ist überhaupt nur noch von einer Verstärkung der Grenzen die Rede und der alte Satz „wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg" scheint von dem Geiste der alten Politiker, die die Welt erneuern wollten, wieder Besitz ergriffen zu haben ....."

Die Führer der genannten Parteien fürchteten, daß der Präsident die Macht und Verbreitung der Reaktion, die sich ihm entgegenstellte, nicht genügend erkennen möchte.

Der „Labour Herald" erschien den ganzen Dezember über mit folgenden, die ganze erste Seite einnehmenden Worten:

«Don't be wangled, Wilson!» („Laß dich nicht ins Bockshorn jagen, Wilson!").

Und die bekannten französischen Staatsmänner und Militärs rückten mit ihren territorialen und anderen Forderungen heraus, deren Erfüllung gerade die Grundsätze, zu denen die Alliierten sich beim Waffenstillstand verpflichtet hatten, vernichten mußten.

„Hin und wieder," bemerkte der Pariser „Figaro", „hört man von Leuten, die noch von einem Wilson-Frieden träumen ....."

„Wir wollen Zentraleuropa in Uebereinstimmung mit den französischen Interessen wieder aufbauen" sagt der „Temps".

Damit war das eingetreten, was Wilson insgeheim immer gefürchtet hatte. Wilson, der aufs tiefste überzeugt war, daß nur ein Verhandlungsfriede, „ein Friede ohne Sieg", wirklichen Frieden bringen würde, hatte immer befürchtet, daß ein Sieg zu einem für beide Teile gefährlichen aufgezwungenen Gewaltfrieden führen würde:

Schon am 22. Jänner 1917 sagte er in seiner Ansprache an den amerikanischen Senat:

„Vor allem muß es ein Friede ohne Sieg sein."

„Ein Sieg würde einen, dem Unterlegenen aufgezwungenen Frieden bedeuten, Bedingungen, die der Sieger dem Besiegten auferlegt. Er würde im Gefühl der Erniedrigung unter einem Zwang angenommen werden, unter unerträglichen Opfern, und er würde einen Stachel, einen Haß, eine bittere Erinnerung zurücklassen, auf denen die Friedensbedingungen nicht wie auf Fels, sondern wie auf Flugsand ruhen werden."

Wie sehr diese Vorahnung den Präsidenten erfüllte, zeigt sich auch in einem Gespräch Wilsons mit seinem Freunde George Creel.

Auf der Ueberfahrt zu den Friedensverhandlungen nach Paris sagte er in einem Gespräch, das eines Abends auf Deck der „George Washington" stattfand, zu Creel:

„Was sich meinem Geiste darstellt — vom ganzen Herzen wünsche ich, ich möchte mich täuschen — ist eine einzige Tragödie von Enttäuschungen."

R. St. Baker über die Friedenskonferenz:

„..... bereits lange vor Kriegsende lag das französische Programm fertig durchdacht bereit .....

Aeußerlich erschien in diesem Programm alles so geschickt, so fähig, so vollkommen, wie es innerlich von monumentaler Dummheit und Kurzsichtigkeit war. Es war darauf berechnet, Frankreich allein zur gesichertsten und mächtigsten Nation auf dem Kontinent zu machen. In Wahrheit erzielt es die völlige Isolierung Frankreichs, da sich bei allen Nationen immer mehr die

Ueberzeugung festigt, daß französische Furcht sich als so genau gefährlich erweisen wird, wie deutsche Habgier .....

Am 14. März, gleich am Nachmittag vor des Präsidenten Ankunft, wurde das erste schwere Geschütz gelöst in Gestalt eines Memorandums von Marschall Foch mit der Auseinandersetzung des ersten der französischen Pläne: des militärischen Programmes. Die klassisch gewordene Ueberreichung der französischen Forderungen, den Rhein zur militärischen Grenze zu machen, ist eine der wichtigsten. Bisher ist dieses Memorandum noch nie vollständig veröffentlicht worden .....

Fochs Vorschlag baut sich auf der Voraussetzung auf, daß Deutschland und Frankreich ständig Feinde bleiben würden, daß der Friede auf Gewalt beruhen müßte .....

Er basiert völlig auf der Voraussetzung, daß das geschlagene Deutschland trotzdem stark, Frankreich aber schwach sei .....

Die Franzosen versuchten das Mißverständnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht auf militärischen und diplomatischen Wegen auszugleichen, sie wandten auch politische Mittel an: Methoden ..... gewaltsame Abtrennung deutscher Gebietsteile und Annexion auf seiten Frankreichs und seiner Freunde. Derartige Zessionen waren zahlreich — an Frankreich selbst (Elsaß-Lothringen), an seine Verbündeten, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei, ja sogar an das neutrale, aber freundschaftlich gesinnte Dänemark. Endlich wurden Deutschland noch seine sämtlichen Kolonien fortgenommen .....

Natürlich verletzten diese Vorschläge das amerikanische Programm in jedem einzelnen Punkte; mehr noch, wie der Präsident tagaus tagein betonte, niemals würden sie Frankreich die ersehnte Sicherheit verleihen. Er war tief davon durchdrungen, daß Frankreich, mit dem er aufrichtig sympathisierte, gesichert werden müßte ..... Wilson wies darauf hin, daß Frankreich durch den Bundesvertrag eine Weltgarantie als Sicherheit geboten worden sei: Daß Amerika sogar noch weiter gehen wollte und eine Spezialgarantie erwöge, bis der Völkerbund gegründet werden könnte; daß mächtige Formationen alliierter Truppen als Schutz Frankreichs bis zur endgültigen Begründung des Friedens zurückgelassen würden. Doch Clemenceau erwiderte, dies wäre nicht genug ..... Der Rhein müßte eine strategische Grenze bilden und Deutschland müsse für alle Zukunft in ökonomischer Hinsicht zum Krüppel gemacht werden.

Das waren unüberbrückbare Gegensätze, nicht in Einzelheiten, sondern in der grundsätzlichen Haltung und Politik. Wilson erstrebte einen dauernden Weltfrieden, gegründet auf gesunden moralischen Prinzipien und erhärtet durch wechselseitige Garantien: Frankreich dachte nur an französische Sicherheit, französische Reparationen, französische Expansionen. Wilson erblickte wahre Sicherheit nur im gegenseitigen Vertrauen; die Franzosen sahen Sicherheit nur in „rauchenden Rohren und eisernen Scherben". Es war ein Gegensatz, gleich fundamental und ewig wie menschlicher Fortschritt .....

Im Grunde beruhte das ganze Unglück auf dem Militarismus — gleich ob deutscher oder alliierter — auf dem militärischen Gesichtspunkt, dem Machtgedanken als Heilmittel gegen Furcht. Anstatt in diesen militärischen Sanktionen gleich Frankreich einen Weg zur Sicherheit zu erblicken, sah der Präsident darin gerade das Gegenteil — verstärkte Unsicherheit, größere Furcht, erhöhte Kriegsgefahr.

Tag für Tag betonte er, daß man umkehren, eine ganz neue Haltung einnehmen müßte, daß wirkliche Sicherheit nur auf gegenseitigem Vertrauen, auf gesunden moralischen Prinzipien beruhen könnte. Er schlug daher ein neues, auf wechselseitigen Garantien errichtetes System der Zusammenarbeit vor — wie es der Völkerbund verkörpern sollte. Doch er redete zu Ohren, taub vom Kriege und abgestumpft durch Furcht .....

Die Amerikaner traten ständig für einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt ein, an dem natürlich auch Deutschland teilhaben sollte, um seine Verbindlichkeiten zahlen zu können. Wilson betonte das wieder und wieder. So erklärte er am 7. Februar: „Es läge daher im Interesse der Alliierten, Deutschland die Mittel zu gewähren, sein wirtschaftliches Leben wieder herzustellen, nicht nur um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, sondern, um es auch instand zu setzen, die Reparationen zu bezahlen, die die Alliierten ein Recht hätten zu erwarten."

Doch die Franzosen, von Furcht besessen, blockierten hartnäckig jeden Versuch, Deutschland zu helfen, wieder auf die Füße zu kommen, sogar Reparationen zu bezahlen!

Hier die unsterblich dummen Worte des Finanzministers Klotz:

„Die Alliierten hätten niemals eingewilligt, Deutschland mit Rohmaterialien zu versorgen ....."

Die Stärkung Frankreichs (oder Polens) bedeutete ihnen weniger als die Schädigung Deutschlands ..... Wenn auch der gesamte wirtschaftliche Organismus zerstört ist, in den Augen der Franzosen ist das um so besser, denn um so größer wird dadurch die „Sicherheit"! .....

Frankreichs Pläne bedeuteten einen Widerspruch fast gegen sämtliche Grundsätze, die beim Waffenstillstand festgesetzt und angenommen waren .....

Doch die Folgen, derartigen Leidenschaften freien Lauf zu lassen, sind gleich unheilvoll, ob sie nun einem „Inferioritätskomplex" entspringen oder der offene Ausdruck eines „Uebermenschen" sind. Man braucht nur das Ergebnis zu betrachten!

In einem balkanisierten Europa kleiner zanksüchtiger Staaten sind nur zwei namhafte nationale Einzelheiten übriggeblieben, Frankreich und Deutschland. Um die eine zu sichern, muß die andere entwaffnet, zerstückelt, rings von einer strategischen Kette von Feinden umgeben, ihr wirtschaftliches Leben zerstört und gefesselt werden. Das Resultat ist nichts anderes als die Beherrschung Europas durch Frankreich. Und der Krieg wurde durchgekämpft, um eine entsprechende Vorherrschaft Deutschlands zu verhüten. Wo liegt der Unterschied, außer, daß die ganze Welt, um dieses Ergebnis zu erreichen, infolge der Kosten dieser ungeheuren Anstrengung und der durch die Abtrennung der Hilfsquellen erzeugten Verluste ärmer geworden ist? .....

Diese Frage richtete Wilson eindringlich und machtvoll an die Welt. Es war der Militarismus und die militärische Friedensbasis, gegen die er kämpfte. Amerika hatte mit großen Kosten geholfen, die durch Deutschland repräsentierte Idee zu überwinden; konnte Amerika da gestatten, die gleichen Grundsätze anzunehmen, selbst wenn seine Freunde und Alliierten es forderten? ....."

R. St. Bakers Tagebuchnotizen schildern uns Wilsons Stellung und ewigen Kampf auf der Friedenskonferenz:

„Der Präsident steht in seinem Kampfe, wenigstens einige konstruktive Ergebnisse bei dem allgemeinen Zusammenbruch zu erzielen, fast allein. Wilson ist in der Welt das einzige Bollwerk gegen einen wüsten Bolschewismus einerseits und einen zügellosen Militarismus andererseits. Wilson erkannte klar, daß eine doppelte, unmittelbare und furchtbare Gefahr die Zivilisation überschattete und sie mit gänzlichem Untergang bedrohte. Die eine war der Militarismus, dessen einer Zweig — preußische Angriffs-

bereitschaft — nach unerhörten Anstrengungen durch den Krieg vernichtet war; doch der Militarismus war eine Hydra und eine noch heimtückischere Form, diktiert von französischer Furcht und ausgedrückt in den französischen Forderungen, drohte sein Wahrzeichen auf dem beständigeren Grunde der Friedensabmachungen aufzurichten. Wo immer sie ihre häßlichen Häupter erhoben, hatte Wilson diese militaristischen Ziele bekämpft und bis heute war er in diesem Kampfe in erstaunlichem Maße erfolgreich gewesen."

Ganz charakteristisch ist auch das Begrüßungswort und das Schlußwort, das Präsident Wilson auf der Konferenz der amerikanischen Friedensdelegation am 3. Juni 1919 im Hotel Crillon in Paris nach Fertigstellung des Friedensvertrages hielt. (Aus dem stenographischen Protokoll. Buch Nr. 4. Geheim):

Begrüßungsworte: „Meine Herren, wir sind zusammengekommen, um ihre Ansicht über die Frage der deutschen Gegenvorschläge zu hören. Wir erinnern uns lebhaft der Kämpfe, die wir bei Aufstellung des Friedensvertrages erlebt haben, sowie der Anstrengungen, die wir mit Erfolg unternahmen, und der Bemühungen, die wir ohne Erfolg machten, um die Bedingungen, wie sie heute vorliegen, zu ändern ....

Schlußworte: „Obgleich wir sie (die Franzosen) nicht zurückhalten konnten, unverständige Sachen in den Vertrag aufzunehmen, erreichten wir doch sehr schwerwiegende Modifikationen von ihnen. Wenn wir den Vertrag so geschrieben hätten, wie sie es wünschten, wären die Deutschen in der Minute, wo sie ihn lasen, wieder nach Hause gegangen. Nun, der Herr sei mit uns!"

Wilsons Verdienst.

„Es ist auch ohne große Bedeutung, zu zeigen, wieviel die Franzosen von ihren ursprünglichen, hauptsächlichen Bedingungen abstreichen mußten. Sie machten so erhebliche Zugeständnisse, daß den reaktionären Kritikern Clemenceaus darob das Maul schäumte; andererseits gelang es ihnen während dieser Aera der Konzessionen, viele Dinge in den Friedensvertrag einzusetzen, die in bezug auf die vereinbarten Friedensgrundlagen als vernunftwidrig und unentschuldbar angesehen werden müssen .....

In all diesen Abkommen erscheinen die ursprünglichen französischen Pläne unter den verschiedensten Verkleidungen, in der Wirkung abgeschwächt und sich mit gewundenen Phrasen unter einer Last idealistischer Ausdrücke und einschränkender Bedingungen abmühend. Aber es blieb noch genug, ja soviel übrig, daß die erbitterten Gegner Clemenceaus, nachdem sie ihn und seine gleichgesinnten Nachfolger aus dem Amte gedrängt hatten, in dem gleichen, so scharf kritisierten Vertrage eine hinlänglich breite Basis zur kräftigsten Durchsetzung der französischen Inter-

essen fanden. Und dennoch bedeuten diese Bedingungen in sämtlichen Punkten eine Abmilderung der extremen französischen Forderungen und die meisten dieser Abänderungen und Verbesserungen wurden durch die entschiedene Haltung des Präsidenten Wilson erreicht."

Wilson, Memoiren und Dokumente.
Bd. II, S. 62.

Wilsons lauterer Charakter war dem Intriguenspiel der Friedenskonferenz nicht gewachsen.

J. M. Keynes sagt von ihm:

„Der Präsident war ein Mann, von edlen Absichten beseelt, der aber nicht die überragende Kraft besaß, um am Beratungstisch mit den abgefeimten gefährlichen Zauberern fertig zu werden, die als Herren der Stunde in die Höhe gekommen waren und nun das große Spiel von Nehmen und Geben spielten. In diesem Spiel hatte der Präsident überhaupt keine Erfahrung...

...der arme Präsident konnte in dieser Gesellschaft nur Blindekuh spielen. Niemals betrat ein Mensch ein Beratungszimmer, der in höherem Grade zum vollkommenen Opfer der vollendeten Kunst des Ministerpräsidenten bestimmt war...

Man verstand es bald, Wilson als Parteigänger der Deutschen erscheinen zu lassen und ihn dem Vorwurf der Deutschfreundlichkeit auszusetzen, für den er leider bis zur Torheit empfänglich war."

Und an anderer Stelle:

„Vieles (von den französischen Forderungen) ging durch, weil die amerikanischen und englischen Kritiker begreiflicherweise über die wirkliche Streitfrage etwas mangelhaft unterrichtet waren oder wo zu hartnäckige Kritik der Verbündeten Frankreichs sie in die peinlich empfundene Lage versetzte, immer als Parteigänger des Feindes und Anwalt seiner Sache zu erscheinen. Wo daher britische und amerikanische Interessen nicht ernstlich in Frage kamen, ermattete ihre Kritik und Bestimmungen gingen durch, die die Franzosen selbst nicht sehr ernst nahmen und die zu verbessern die Gelegenheit entschwand, als in elfter Stunde die Entscheidung fiel, keine Erörterung mit den Deutschen zuzulassen."

Man verstand es auch, Wilson dadurch einzufangen, daß man die Vergewaltigung Deutschlands dem Präsidenten zuliebe geschickt in die erhabene Sprache der Freiheit und der internationalen Gleichheit kleidete.

So gab man nicht etwa Danzig einfach an Polen, sondern erklärte es zur „Freien Stadt", aber man schloß es in die polnische Zollgrenze ein, betraute Polen mit der Aufsicht über das Strom- und Eisenbahnsystem und der diplomatischen Vertretung Danzigs gegenüber dem Ausland.

Und wenn der Friedensvertrag Deutschlands Ströme unter ausländische Aufsicht stellt, so verkleidet er das derart, daß er für „international" erklärt jene

„Flußgebiete, die mehr als einem Staate den natürlichen Zugang zum Meere, mit oder ohne Umladung von einem Schiff in ein anderes, vermitteln."

Ein hartes, aber nur zu treffendes Urteil fällt J. M. Keynes über den ungeheuerlichen Wortbruch der Alliierten:

„Es gibt wenige geschichtliche Vorgänge, die die Nachwelt weniger Grund haben wird, zu verzeihen, als es der Vorgang war, einem hilflosen Feinde Forderungen zu stellen, die sich mit unseren feierlichen Verpflichtungen nicht vertrugen, im Vertrauen auf die der Feind die Waffen niedergelegt hatte."

Wie ein Friede sein soll

„Ein Friede muß die Selbstachtung des Feindes schonen."

Ein Friede muß die Selbstachtung des Gegners schonen. In alten Zeiten nannten die Staatsoberhäupter einander „Mein Herr Bruder" oder „Lieber Vetter". Und die Diplomaten bemühten sich bei allen Friedensverhandlungen vor allem, gute Beziehungen herzustellen und Kriege womöglich durch gegenseitige Heiraten und Bündnisse zu beenden. Die Minister des Besiegten wurden weggeschickt, um dadurch zu zeigen, daß man seine Politik und Gefühle geändert habe. Der Sieger gab sich den Anschein zu glauben, die in Ungnade gefallenen Minister seien die allein Verantwortlichen und nichts stelle sich nach ihrer Verabschiedung einer vollkommenen Aussöhnung entgegen. Und das war gut so.

Die Friedensarbeit des Wiener Kongresses 1814.

Der Wiener Kongreß hundert Jahre vorher im Jahre 1814 beschloß die Periode napoleonischer Eroberungskriege.

Frankreich hatte Belgien, Holland, große Teile der Schweiz, Italiens und Deutschlands erobert und seinem Gebiete einverleibt, Französische Präfekten regierten in Fremdherrschaft fast ganz Europa. Zahlreiche Dynastien waren vertrieben und ihre Länder ohne Befragung der Völker Frankreich einverleibt worden.

Die napoleonischen Kriege hatten ganz Europa in ein Meer von Blut und Jammer getaucht.

Ganz Frankreich war von einem nationalistischen Rausche von

Weltherrschaft und Größe erfaßt. Das gesamte Volk mit ganz wenigen Ausnahmen folgte Napoleon in taumelnder Begeisterung.

Alle Länder Europas mußten die tiefsten Demütigungen und Verluste ertragen.

Und gleichwohl begnügten sich damals die Sieger damit, Frankreich nur die unrechtmäßigen Eroberungen abzunehmen. Niemand dachte daran, Frankreich zu zerstückeln, selbst die in ganz Europa zusammengeraubten ungeheuren Kunstschätze durfte Frankreich behalten.

Talleyrand schrieb unmittelbar nach dem Friedensschluß am 31. Mai 1814: „Der Friede ist gestern geschlossen worden auf der Grundlage der größten Freiheit, ja geradezu des Edelmutes."

Einer der bedeutendsten Historiker des heutigen Frankreich, Albert Sorel, erkennt, nachdem er das Werk des Wiener Kongresses kritisiert hat, rückhaltlos die ungeheure Wohltat an, die er dem Frieden und Gedeihen Europas erwiesen hat.

Obwohl die gesamten herrschenden Klassen Frankreichs an der napoleonischen Ueberspannung und an der Gewaltherrschaft über Europa mitschuldig gewesen, findet sich doch in den Verträgen keine Spur des Hasses, sonden nur der Wunsch, Napoleons Werk ungeschehen zu machen.

Und was noch mehr bedeutet: Sobald das Einvernehmen mit den siegreichen Ländern hergestellt war, nahm Frankreich, weder eingeschränkt in seinen Rüstungen noch beengt durch sonst eine Art von Vorbehalt oder Kontrolle unverzüglich in Gemeinschaft mit seinen Feinden von gestern seine große internationale Politik wieder auf.

Den Tag nach seiner Niederlage konnte es mit Rußland über Allianzen verhandeln und mit England sich über die Orientpolitik verständigen.

Versailles und St. Germain:
Kein Vertrag sondern ein Diktat!

„Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zur Entdeckung kommen werden, daß wir keinen Wilson-Frieden schließen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Oeffentlichkeit nicht die Treue halten. Wir brechen das förmliche Abkommen, das wir im vollen Bewußtsein geschlossen haben und werden mit schwerster Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war."

General J. C. Smuts.

Der Friedensschluß von Versailles und St. Germain war kein Vertragsfriede, sondern ein Gewalt- und Diktatfriede.

In jedem Friedensvertrage übt der Stärkere über den Schwächeren einen gewissen Zwang aus. Aber immer bemühte man sich in der Geschichte, wenigstens an dem glücklichen und versöhnenden Schein festzuhalten, daß jeder Friede das Ergebnis von Verhandlungen beider Parteien sei. Die Wahrung dieses Scheines schonte die Gefühle des Besiegten und erleichterte die Versöhnung.

In Versailles und St. Germain bemühte man sich nicht im geringsten auch nur den kümmerlichsten Schein von „Verhandlungen" und eines „Uebereinkommens" zu wahren. Es gab keine „Unterhändler", sondern nur „Unterzeichner". Das alte gallische «Vae victis!» erlebte eine so furchtbare Wiedergeburt, daß der gallische Heerführer Brennus gegen die Titanen des Hasses, Clémenceau und Poincaré, als ein harmloser Waisenknabe erscheint.

Der Inhalt der sogenannten Friedensverträge von Versailles und St. Germain kam nicht durch Verhandlungen mit Deutschland und Oesterreich zustande.

Die Friedensbedingungen wurden von den Alliierten verfaßt und den Friedensgesandten Deutschlands und Oesterreichs einfach zur Unterschrift übergeben.

Vergebens erhoben einsichtige Mitglieder der Friedenskonferenz gegen derartiges unerhörtes Vorgehen eindringliche Vorstellungen. In einem langen Briefe vom 22. Mai 1919 an den Premierminister Lloyd George legt General J. C. Smuts eingehend dar, daß der Friedensvertrag einen krassen Bruch der eingegangenen Verpflichtungen darstelle und fährt dann fort:

„. . . Ich bin nicht nur darum besorgt, daß die Deutschen einen fairen und guten Friedensvertrag unterzeichnen, sondern daß sie auch um der Zukunft willen nicht bloß, um diese Wendung zu gebrauchen, mit der Spitze der Bajonette zur Unterzeichnung gezwungen werden. Es sollte unmöglich sein, daß der Vertrag später durch das deutsche Volk moralisch in Verruf gebracht würde . . . Und aus diesem Grunde halte ich es für wichtig, daß wir die deutschen Delegierten soweit wie irgend möglich auf unsere Seite bringen, daß wir darauf hören, was sie zu sagen haben, daß wir ihnen jede notwendige Erklärung geben, und daß wir in Fällen, da unsere Klauseln tatsächlich unhaltbar erscheinen, bereit sein sollen, Abänderungen oder Kompromisse anzunehmen. Um das zu erreichen, wird es nötig sein, ihnen zu mündlicher Erörterung gegenüber zu treten . . .

Wenn die Delegierten (zu den mündlichen Verhandlungen) sorgfältig ausgewählt werden, kann ihrer Arbeit erstklassige Wichtigkeit zukommen, nicht nur um die notwendigen Modifikationen in dem Friedensvertrage zu sichern, sondern auch durch Anhörung und Erwägung der deutschen Sache und durch Entfernung jeden Scheines von Einseitigkeit beim Abschluß des Friedens ein unnötiges Diktat zu vermeiden. Die moralische Autorität des Vertrages wird dadurch nur um so größer und verbindlicher werden. Und nicht nur der Feind, sondern auch die öffentliche Weltmeinung wird ihn um so bereitwilliger als eine ehrenvolle Beendigung des schrecklichsten, tragischesten Konfliktes im Verlauf der Geschichte annehmen. Die endgültige Sanktion dieses großen Instrumentes muß seine Anerkennung durch die Menschheit sein."

(Gezeichnet) J. C. Smuts.

Clémenceau, der französische Ministerpräsident, wegen seines unbezähmten Hasses gegen Deutschland und Oesterreich von den Franzosen selbst „Der Tiger" genannt, erzwang die Unterschrift durch die Drohung, die Hungerblockade zu verlängern und innerhalb von fünf Tagen in Deutschland einzumarschieren, das im Vertrauen auf den Vorvertrag entwaffnet hatte.

Vergeblich wiesen Deutschland und Oesterreich auf die ausdrückliche Zusage, daß der endgültige Friedensvertrag lediglich die Detailausführung des rechtsgültig abgeschlossenen Präliminarfriedensvertrages sein sollte.

Die Bitte des deutschen Friedensgesandten um mündliche Verhandlungen nach Völkerbrauch und Vertragspunkt 1 der 14 Punkte Wilsons wurde abgewiesen. Der „Tiger" Clémenceau fertigte am 27. Mai 1919 die deutsche Friedensgesandschaft bei der Uebergabe des Friedensvertrages mit den Worten ab:

„Es ist weder Zeit noch der Ort für überflüssige Worte . . . Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen . . . Das Buch des Friedens wird Ihnen sagen, welche Bedingungen wir festgesetzt haben . . . . Eine mündliche Erörterung wird nicht stattfinden . . . ."

An Stelle des Völkerrechtes war damit die nackte Gewalt getreten.

Der Führer der deutschen Friedensgesandtschaft Graf Brockdorff-Rantzau erwiderte hierauf in knappen Sätzen:

„Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns als Ueberwundene alles zahlen lassen und uns als Schuldige bestrafen wollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam, von Deutschland abzuwälzen.

Die ehemalige deutsche Regierung hat sicherlich zu dem Unheil beigetragen, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk davon überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist . . .

. . . Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen und der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wir wiederholen diese Forderung.

So verlassen und machtlos wir auch auf dieser Konferenz der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist, den Vertrag, durch den die Grundsätze des Präsidenten Wilson für alle kriegführenden Parteien, für Sie wie auch für uns, bindend geworden sind.

Diese Grundsätze fordern von uns schwere wirtschaftliche und nationale Opfer.

Aber die heiligen Grundrechte aller Völker werden durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter diesem Vertrag und keine Nation wird ihn ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage und in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen und geschehenes Unrecht gut zu machen . . .

Das deutsche Volk ist bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen . . .“

Nur einen kurzen Augenblick eines Frühlingstages hatte die Uebergabe gedauert, dann kehrten die deutschen Friedensgesandten hinter ihre Stacheldrähte und ihre Schutzwachen in das Gefängnis ihres Hotels zurück.

Mit der Note vom 2. September 1919 forderte Clémenceau das verhungerte, wehrlose, von fremden Truppen besetzte Oesterreich auf:

„den Text des Friedensvertrages binnen 5 Tagen anzunehmen, widrigenfalls alle Maßnahmen getroffen würden, um die Friedensbedingungen zwangsweise durchzusetzen.“

So kam der „Vertrag" mit Oesterreich zustande. Der Anschluß an das deutsche Mutterland verboten, ja selbst die Führung des gewählten Staatsnamens „Deutsch-Oesterreich" für das nur von Deutschen bewohnte Land wurde verboten.[1])

Es hat harte Frieden gegeben, aber niemals eine derartige niederträchtige Behandlung des Gegners. Die zur Unterzeichnung, — fast hätte ich gesagt — „vorgeladenen" und „zugelassenen" Friedensgesandten wurden wie Aussätzige behandelt, durch Stacheldraht und Wachen abgeschlossen und vom Pöbel mit Steinen beworfen.

Einwendungen wurden weder verlangt, noch geduldet. Diese ungeheuerliche Mißachtung aller historischen Formen beim Zustandekommen des Vertragsinhaltes und bei der Unterzeichnung ist es, die allein schon, ganz abgesehen von der unerträglichen Härte und ihren unerfüllbaren Forderungen, die Schriftstücke von Versailles und Sankt Germain unfähig macht, Instrumente des Friedens zu sein.

Der unverjährbare Protest des deutschen Friedensgesandten vom 16. Juni 1919:

„Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufgebauten Frieden zu erhalten, den Frieden des Rechtes. Wir waren entsetzt, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt stellt.

Es besteht zwischen beiden Parteien eine feierliche Vereinbarung über die Friedensgrundlagen.

Deutschland hat ein Recht auf diese Friedensgrundlagen.

Die Alliierten brechen ein völkerrechtliches Abkommen.

Es ist ein unzweifelhaft rechtsverbindlicher Vorvertrag zustande gekommen.

Im Vertrauen auf die zugesicherte Grundlage hat das deutsche Volk die Waffen aus der Hand gelegt."

Durch das Ultimatum des Einmarsches und Fortsetzung der Hungerblokade wurde ein nun wehrloses Volk mit der zwangsweisen Auferlegung

---

Anmerkung: [1]) Das Ausland ist über die Nationalität der Bewohner Oesterreichs vielfach nicht unterrichtet. So haben mir mehrfach Engländer ihr Erstaunen darüber ausgedrückt, wie es möglich sei, daß jemand freiwillig seine Nation aufgeben könne. Es sei unbegreiflich, daß die Oesterreicher ihre Nation freiwillig aufgeben wollten, um Deutsche zu werden.

Deshalb sei hier angeführt: Oesterreich ist rein deutsches Land und die Bewohner Oesterreichs sind so Deutsche wie die Bewohner aller anderen deutschen Länder, wie Bayern, Sachsen, Württemberg, Preußen usw.

der Friedensbedingungen bedroht! Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit die Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, wird der Vertrag unter Protest und Vorbehalt unterzeichnet.

Das deutsche Volk steht nicht allein. Mit ihm steht das Recht."

Die deutsche Protestnote vom 22. Juni 1919:

„Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Die Regierung der deutschen Republik fühlt sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß sie alle Vorbehalte macht und jede Verantwortung ablehnt, gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten kann."

Und in einem Berichte des deutschen Wirtschaftsausschusses, der die Wirkungen des Friedens auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu prüfen hatte, und der der Friedenskonferenz überreicht wurde heißt es:

„Wir wissen nicht und möchten es bezweifeln, ob die Alliierten und Assoziierten Mächte sich über die unvermeidlichen Konsequenzen des Friedensvertrages im Klaren sind...

Wer diesen Vertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus."

Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain sind unter krassem Bruch eines internationalen Treuversprechens zustande gekommen.

Dr. Victor Lefford sagt nur zu richtig:

Die erzwungene deutsche Unterschrift macht die Verträge nicht gültig. Erklären doch selbst die Art. 290 ff. des Versailler Vertrages die zwischen Deutschland und seinen Verbündeten geschlossenen Verträge für ungültig, weil sie „unter Zwang" entstanden seien. Ein geradezu klassisches Präjudiz für den Versailler Vertrag selbst.

Unter furchtbarem Zwang gaben das wehrlose Deuschland und Oesterreich ihre Unterschrift. Eine in Todesnot und durch treulosen Bruch des Vorvertrages erzwungene Unterschrift macht ein Schriftstück noch nicht zu einem Vertrag. Ein solches Schriftstück ist kein Vertrag, sondern Diktat. Gewalt und Zwang machen Unrecht nicht zu Recht. Eine durch Rechtsbruch erzwungene Unterschrift kann auf die Dauer nicht gültig und verbindlich bleiben.

Gerade ein Franzose ist es, der in Bezug auf den Vertrag von Versailles sagt:

„Die Hand unterzeichnet vergebens Verträge, die das Gefühl nicht ratifiziert." (Jouvenel.)

Ein Vertrag ist aber auch dann auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, wenn er die allgemeinen Rechtsgrundsätze und das christliche Sittengesetz verletzt. Solche Verträge werden auch dadurch nicht gerecht, wenn man die Erneuerung der Anerkennung immer wieder erzwingt oder erzwungenen Verpflichtungen und Leistungen in Locarno „kommerzialisiert".

Ungerechte und unerfüllbare Verpflichtungen kann nur ein vollkommen freier Staat „kommerzialisieren".

Die spätere Anerkennung völkerrechtlich unhaltbarer Verpflichtungen durch die sogenannte „Kommerzialisierung" kann die Verpflichtungen nicht rechtsgültig machen, wie schon ein alter römischer und heute noch gültiger Rechtsgrundsatz sagt: «Quod ab initio non existit, tractu temporis convalescere non potest».

Karl Kramař, der bekannte tschechische Universitätsprofessor und Staatsmann, sagt:

„Einseitige Handlungen gegen die Grundrechte eines Volkes haben nur die Kraft eines Gesetzes, weil und solange hinter ihnen die Macht steht. Man kann versprechen, solche Gesetze zu halten; nie aber schaffen sie Recht."

Hjalmar Schacht, der deutsche Reichsbankpräsident, schreibt:

„Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles ist weder ein Vertrag, noch hat er den Frieden gebracht. Der Vertrag von Versailles ist lediglich von einer Partei allein festgesetzt worden. Er war also ein Diktat, das sich den Namen eines Vertrages zu Unrecht gegeben hat."

Noch niemals in der Geschichte Europas hat ein Friedensvertrag den Grundsätzen der Moral, der Menschenrechte und des Völkerrechtes so ins Gesicht geschlagen wie Versailles und St. Germain.

Alcide Ebray, der mutige Franzose, nannte die Friedensverträge wegen ihrer Verletzung aller Völkerrechte: le plus grand Chiffon de papier = den größten Fetzen Papier.

In seinem Buche „La paix malpropre. Pour la reconciliation par la vérité." Mailand 1924. — Societa Editrice „Unitas", nennt er den Frieden ausdrücklich einen „Verrat". Er sagt: (S. 305)

„Si l'Allemagne avait fait cela en 1870, qu'en aurait-on dit? Partout, en France comme à l'étranger, et même parmi les amis de l'Allemagne, il se serait élevé un cri d'horreur. Il n'y aurait eu qu'un mot pour qualifier cette action, un mot aussi terrible que juste: «félonie»."

„Was hätte man gesagt, wenn Deutschland das im Jahre 1870 gemacht hätte? Ueberall, in Frankreich wie in allen anderen Ländern und selbst unter den Freunden Deutschlands würde sich ein Schrei des Abscheus erhoben

haben. Es gibt nur ein Wort, das diese Tat richtig bezeichnet, ein Wort ebenso schrecklich wie zutreffend: ‚Verrat'!"

Brief von General Smuts an Präsident Wilson am 30. Mai 1919 mit einer Kritik des Friedensvertrages und mit der Betonung, daß er „gegen den Buchstaben und den Geist seiner Punkte" verstoße.

Britische Delegation, Paris. 30. Mai 1919.

Lieber Präsident Wilson!

... Die deutsche Antwort auf die von uns aufgestellten Friedensbedingungen scheint mir die fundamentale Note anzuschlagen, die für uns am gefährlichsten ist, und die wir mit größter Sorgfalt zu erwägen gehalten sind. Sie sagen im Grunde, *daß wir Ihnen gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilson-Frieden zu schließen*, einen Frieden in Uebereinstimmung mit Ihren Vierzehn Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. *Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist...* Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien. *Und alle Bestimmungen des Friedensvertrages, die in ihrem Ziele und Zweck dagegen sind oder darüber hinausgehen, würden einen Bruch des Abkommens bedeuten...*

...Es war eines unserer vornehmsten Kriegsziele, internationales Recht und die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu schützen. Falls die Alliierten den Krieg beendigen, indem sie dem Beispiele Deutschlands bei Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem „Fetzen Papier" gegenübertreten, *dann wird unsere Schande so groß sein, daß ich schaudere*, denke ich an die letzte Wirkung auf die öffentliche Meinung. Wir würden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden...

Daher erhält die Frage die höchste Bedeutung, ob es im Friedensvertrage wichtige Bestimmungen gibt, die im Widerstreit stehen mit Ihren Punkten und Prinzipien oder durch diese nicht gedeckt sind oder darüber hinausgehen.

Ich bemerke eine Neigung, die gesamte Verantwortlichkeit für die Entscheidung dieser Frage auf Sie zu wälzen und zu erklären, daß ja Präsident Wilson auch schließlich dem Vertrag zugestimmt habe, und er wisse doch am besten, was die Punkte und Prinzipien besagen wollen. Dieses bedeutet eine große Ungerechtigkeit Ihnen gegenüber, und ich meine, wir alle sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Rede von 1918 hält.

Offen heraus, ich glaube nicht, daß das der Fall ist, und es scheint mir, daß die Deutschen triftige Rechtsgründe in Bezug auf eine Anzahl der Bedingungen vorbringen. Alle die einseitigen Bedingungen, die Wechselseitigkeit oder die Gleichberechtigung auszuschließen, *und alle die Nadelspitzen, von denen der Vertrag strotzt, scheinen mir gegen den Buchstaben und den Geist Ihrer Punkte zu verstoßen.* Ich vermag nichts in den Punkten und Prinzipien zu entdecken, was zum Beispiel die einseitige Internationalisierung deutscher Ströme und die völlig schlechte und einseitige Verwaltung, die in bezug hierauf vorgesehen ist, zu rechtfertigen vermöchte. Reparationen vermittels Kohle vermögen nicht die in bezug auf das Saarbecken und seine Bevölkerung getroffenen Abmachungen zu decken. Ich bin sogar im Zweifel, ob die Okkupation des Rheins für fünfzehn Jahre mit dem Buchstaben und dem Geiste Ihrer Punkte und Grundsätze übereinstimmt, und

es gibt noch viele andere Punkte, auf die ich mich nicht beziehen will, aber die zweifellos Ihre Ratgeber einer Erwägung unterziehen werden.

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Entdeckung gelangen, daß wir keinen Wilson-Frieden schließen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Oeffentlichkeit nicht die Treue halten. Wenn wir das tun, wird es so scheinen, als brächen wir das förmliche Abkommen, das wir im vollen Bewußtsein (wie ich wenigstens glaube) geschlossen haben, **und wir werden mit schwerster Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.**

Verzeihen Sie mir, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Wurzel unserer ganzen Sache.

Ihr sehr ergebener

(Gezeichnet) J. C. Smuts.

Wilson entschuldigte die Erzwingung der Verträge damit, daß er sagte:

Es handle sich hiebei um eine provisorische Maßnahme, um den Krieg zu beendigen. Nach Abflauen der Kriegspsychose werde eine natürliche Revision eintreten, wofür außerdem die rechtliche Vorsorge im Artikel 19 des Völkerbundpaktes getroffen sei.

Der Artikel 19 des Völkerbundpaktes lautet:

„Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte."

Auch R. St. Baker schreibt, daß alle von vorneherein an eine spätere Revision des Vertrages dachten:

„Anderseits hielten zahlreiche Amerikaner, unter ihnen Oberst House an der Auffassung fest, daß, da die Bedingungen nun einmal nicht vollkommen wären und in einer Zeit übersteigerter Befürchtungen und wilder Leidenschaften nicht besser gemacht werden könnten, der Völkerbund und die verschiedenen Ausschüsse, falls ehrlich angewendet, die Mittel böten, nicht nur über bedeutende Schwierigkeiten hinwegzukommen und der Kriegsathmosphäre voll Haß, Leiden und Furcht zu entgehen, sondern später auch die Bedingungen abzuändern...

Doch nicht einer der Amerikaner, die die gesamte Friedenskonferenz in Paris mitgemacht hatten, war damals, und das ist wörtlich zu nehmen, mit dem Friedensvertrage einverstanden...

Und selbst die wenigen Weitblickenden waren nicht bereit, die augenblicklichen Schäden und Ungerechtigkeiten gleich Wilson in Kauf zu nehmen ... um, wenn die Menschen erst kühler geworden wären, allmählich, was damals unmöglich schien, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen."

Wilson, Dokumente Bd. II. S. 92—93.

Das amerikanische Volk hat auch die Unterzeichnung der unmoralischen Friedensverträge abgelehnt und hat damit zu erkennen gegeben, daß es einen moralischen Frieden wünscht und keinen Gewaltfrieden.

„Der amerikanische Senat hat nach Abschluß des Versailler Vertrages und der anderen Verträge, die ihm folgten, seine maßgebende Stimme gegen sie erhoben und sie nicht gutheißen wollen. Es war ein Akt politischer Weisheit, denn die Verträge sind die größte Sinnlosigkeit der Geschichte, eine Verneinung aller Prinzipien der Gerechtigkeit und eine Beleidigung aller Prinzipien der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechtes. Was für Amerika noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß die Verträge die Verleugnung jener 14 Punkte Wilsons sind, die nicht etwa eine persönliche Verpflichtung des Präsidenten, sondern eine feierliche Verpflichtung des amerikanischen Volkes darstellen. Der amerikanische Senat hat die Gefahr erkannt, die darin lag, einen tatsächlichen, aber nicht dauerhaften und ausschließlich auf Gewalt und Irrtum aufgebauten Zustand zu legalisieren."

Nitti, Der Niedergang Europas, S. 273.

Die Virginia Bill of Rights (Amerikanische Unabhängigkeitserklärung) vom 4. Juli 1776 erklärt feierlich:

„Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen frei sind, und daß sie durch die Gesetze Gottes in der Natur mit gewissen unentziehbaren Rechten versehen sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück."

Die französische Nationalversammlung beschließt am Vorabend der großen französischen Revolution in der denkwürdigen Nacht vom 4. August 1789 über Antrag Lafayettes in der „Erklärung der Rechte der Menschen und Bürger":

„Alle Menschen sind frei, alle Menschen haben das Recht zum Widerstand gegen Unterdrückung.... Unwissenheit, Vergessen oder Verachtung der Menschenrechte sind die einzigen Ursachen des öffentlichen Unglückes. Der Zweck dieser Gemeinschaft ist die Bewahrung der natürlichen Rechte, die allen Menschen unentziehbar sind: Freiheit, Sicherheit, Widerstand gegen Bedrückung. Diese Menschenrechte sind heilig."

Das harte Bestehen auf diesen Verträgen des Unrechtes gibt das Recht zur Auflehnung gegen diese Unterdrückung. „Rechtsbrecher" ist nicht der, der sich gegen diese ungültigen Zwangsverträge auflehnt und ihre Revision will, sondern der, der hart auf ihrer Erfüllung beharrt und sich ihrer Beseitigung widersetzt.

Die dauernde Verweigerung der Revision im Wege des Artikels 19 des Völkerbundpaktes, die Verweigerung der Gleichberechtigung, die einseitige Bedrohung, muß zur Selbsthilfe führen.

Wenn man bedenkt, daß sich Amerika schon gegen die zwangsweise Auferlegung eines Teezolles und der Stempelakte erhob und auflehnte und sich seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht erkämpfte, kann man wohl fragen, ob Amerika oder Frankreich oder sonst irgendein Staat die Untat von Versailles so lange erduldet hätte.

Das Recht muß sich endlich durchsetzen!

Und wenn der Quai d'Orsay durch ein Diktat auch die Anerkennung erzwingt, daß die Sonne im Westen aufgeht, so geht sie doch im Osten auf.

Lloyd George sagte acht Jahre nach dem Frieden:

„Der Quai d'Orsay repräsentiert die schlimmsten Traditionen des französischen Imperialismus. In diesem Palais werden die Fenster niemals geöffnet, weshalb seine Insassen noch heute die Luft atmen, die es in den Tagen Ludwig des XIV. und Napoleons erfüllte. Es wäre wahrhaft Zeit, daß in diesem Gebäude mit seiner fiebrigen Stickluft eine Fensterscheibe eingeschlagen würde!"

Gebe Gott, daß die Stimme der Gerechtigkeit und des Rechts in Frankreich Gehör findet, ehe die Unterdrückten in ihrer grenzenlosen Verzweiflung sich erheben, um die erzwungene Unterschrift mit dem Schwerte auszulöschen.

Denn früher oder später müssen alle Deutschen, selbst die lammfromm geduldigen Oesterreicher, von der Schmach des Unrechtes entflammt werden und die Menschenrechte der amerikanischen Bill of Rights auch für sich in Anspruch nehmen. Die von Frankreich heraufbeschworene Weltkrise, die wahnwitzige Rüstungspolitik, die sadistische Mißhandlung und Bedrückung Deutschlands und Oesterreichs, müssen, im Vereine mit der Entwicklung der Luftschiffahrt und der Kriegschemie, zu einem Kriege führen, vor dessen unerhörter Grausamkeit einem schon bei dem bloßen Gedanken daran das Blut erstarrt. Nichts ist so sicher, als daß die geschaffene Lage unbedingt durch Verständigung gelöst werden muß, wenn sie sich nicht selber lösen soll durch neue Kriege und neue Revolutionen von schreckenerregender Gewalt.

Die französische Regierung fühlt nur zu gut, daß es sich um erzwungene ungültige Abmachungen handelt; deshalb bemüht sie sich so unausgesetzt und immer wieder um eine freiwillige Anerkennung der Diktate von Versailles und St. Germain, deshalb bemüht sie sich so krampfhaft, die Vergewaltigung von Versailles und St. Germain, das Diktat über verhungernde Helden, zu einem religiösen, zu einem heiligen Vertrag zu stempeln.

Man kann heute in Frankreich ungestraft Gott und jedes göttliche Gesetz beleidigen, kein Staatsanwalt und kein Richter wird einschreiten, aber für den Götzen von Versailles wird sich die ganze Heeresmacht in Bewegung setzen. (Dr. Victor Lefford.)

Deutschlands Fluch über Versailles

„Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fessel legt? ... Wird dieser Vertrag unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegen bleibt."

Scheidemann.

Scheidemanns Rede in der Deutschen Nationalversammlung am 12. Mai 1919:

„Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte des Daseins unseres Volkes Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen. Wir gehen keinen nationalistischen Traumbildern nach. Keine Prestigefragen und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch, in dem hundert Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet — dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden.

Es käme mir wie eine Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des Waffenstillstandes, mit den Friedensbedingungen auch nur vergleichen zu wollen. Die Welt ist um eine Illusion ärmer geworden! Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren! Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson? Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers — wie die Welt ihn sah und hoffte — hinter der finsteren Gestalt des Kerkermeisters, Clémenceau.

Hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern! Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag!

60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefängnislager machten.

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt sein soll, nicht jedes Stäbchen vorführen.

Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will.

Sie haben nichts vergessen, aber alles hinzugelernt, was Vernichtung und Zerstörung heißt.

Deutschland wird nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser verengten Grenzen liegt.

Die Kolonien verschwinden, alle Rechte aus Verträgen, alle Konzessionen, alle Rechte, alles, alles verschwindet!

Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren. Das genügt noch nicht. Deutschland hat Kabel — sie werden weggenommen.

Deutschland hat Funkstationen, diese dürfen nur unter Kontrolle Handelstelegramme versenden.

Alle Verträge mit Deutschen sind nichtig!

Wie sagte Wilson? „Der erste Grundsatz des Friedens ist Gleichheit."

Unsere Handelsflotte geht in die Hand der Entente über.

Wer kann als ehrlicher Mann, als ehrlicher, vertragstreuer Mann, solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt?

Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital schieben, Frondienste für die ganze Welt leisten!

Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen. Getreu dem Worte des französischen Delegierten: „Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden".

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: Deutschland ist für alle Verluste verantwortlich?

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man „billig die Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde".

Das sind die Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Clémenceau gestern mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Wir sehen unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich

nicht zu glauben vermag, die Erde könnte solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Ich denke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. Brüder in Deutschösterreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: Wir grüßen Euch, wir danken Euch und wir halten zu Euch...

Wird dieser Vertrag unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegen bleibt. Daneben liegen als Leichen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! — Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe ohnegleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles.

Wir wissen es und wollen ehrlich tragen, daß dieser Friede für uns eine Marter sein wird. Wir weichen nicht um eines Fadens Breite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben, als unser einziges Kapital, zur Arbeit und Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. Solchem Vertrag unsere Unterschrift, seinen Bestimmungen unsere Treue, seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit.

Nicht der Krieg, sondern dieser harte Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein. Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung.

Wir müssen von den Krankheiten der Niederlage gesunden, wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges.

Wir wollen Frieden. Aber dreimal Wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern, auch nur um einen Tag!"

Die Totengräber Europas

Poincaré ist ohne Zweifel der roheste, nackteste Vertreter des gallischen Nationalismus; er hat ein gut Teil Verantwortung am Ausbruch des Krieges und die alleinige Verantwortung für den Frieden des Ruins, der im wesentlichen seiner persönlichen Aktion zu verdanken ist... Jede Rede von ihm ist ein Aufruf zum Haß...

Nach jeder Rede Poincarés habe ich Viktor Hugo von neuem gelesen und hatte dabei stets den Eindruck, als träte ich aus einer Leichenkammer in sonnenbeschienenes Land."

Nitti.

„Opfer oder Henker, wir haben keine andere Wahl."

Clemenceau.

In Versailles müßte der Völkerbund ein großes, weithin sichtbares Denkmal errichten, mit der Inschrift:

„Hier ruht der Weltfriede, die Völkerversöhnung und Paneuropa."

Daneben kämen die Statuen der beiden Henker Europas, des „Tigers" Clémenceau und des großen Hassers Poincaré, mit der Inschrift:

„Die Totengräber des Friedens und Europas..."

Es müßte aber noch ein kleiner Raum gelassen werden, um später die beiden Wörtchen hinzumeißeln zu können...

„und Frankreichs".

Denn wenn Frankreich sich nicht noch in letzter Stunde besinnt, werden sie auch die Totengräber Frankreichs sein.

Wie der Krieg „ohne Annexionen“ in Wahrheit aussah*)

„Ich meinerseits kann mit unbedingter Sicherheit behaupten, daß die berufensten politischen Vertreter Frankreichs während des Krieges, während der Friedensverhandlungen und nach Abschluß des Friedens an nichts anderes gedacht haben, als an die Annexion rein deutschen Bodens zum Zwecke der Alleinherrschaft über die Kohle und das Eisen des Kontinents.“

Nitti.

„Der ganze Verlauf der Friedenskonferenz bedeutet eine Serie von Versuchen, besonders von Seiten Frankreichs, das Abkommen (den Vorfriedensvertrag) niederzureißen, Landzuwachs zu erlangen und vernichtende Entschädigungen aufzuerlegen.“

Wilson.

*) Siehe auch Seite 185 ff.

Für gewisse Kreise in Frankreich — für die gesamte Schwer- und Rüstungsindustrie und das Finanzkapital — war der Krieg niemals ein Weltkrieg, sondern ein rein deutsch-französischer Krieg um rein französische Interessen, ein Krieg um die Vormacht in Europa, um die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen (d. h. in Wahrheit der lothringischen Erzgruben) und letzten Endes um die jahrhundertelang in hundert Kriegen erstrebte Rheingrenze.

Mit Geschick gelang es der französischen Regierung der ganzen Welt Kriegsziele wie: Freiheit, Selbstbestimmungsrecht, Abrüstung und dergl. einzureden, die mit den wahren Absichten der Regierung nicht das mindeste zu tun hatten.

All das, wovon die französische Regierung während des Krieges in hohen Tönen sprach: Selbstbestimmungsrecht, Freiheit, Abrüstung, Gerechtigkeit, Weltfriede, all das waren nichts als lere Worte, nichts als ruse de guerre, Kriegslist.

Schon vor Amerikas Eintritt in den Krieg stimmte die französische Regierung in zahlreichen öffentlichen Kundgebungen den Prinzipien des Präsidenten Wilson zu. Neben vielen anderen sind es besonders zwei feierliche Kundgebungen Briands, die die Kriegsziele Frankreichs verkündeten: Die erste vom 30. Dezember 1916 an den amerikanischen Gesandten, die zweite vom 10. Jänner 1917, eine Antwort an den Präsidenten Wilson. Feierlich erklärte Frankreich, daß sich seine Ansprüche nach einem Siege beschränkten auf „Rückgabe der Provinzen und Territorien, die vor Zeiten den Verbündeten mit Gewalt oder gegen den Willen der Bevölkerung entwendet worden waren".

Frankreichs Unterschrift und Siegel findet sich auch unter dem Vorfriedensvertrag, den der Oberste Kriegsrat am 4. November 1918 beschloß, den Lansing am 5. November abschickte und der am 11. November von Deutschland angenommen wurde.

Aber während die französische Regierung öffentlich die Grundsätze der Demokratie pries und die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen als das Ziel des Krieges hinstellte, schloß es unter der Hand geheime Vereinbarungen ab, die wie Nitti sagte, „zum Motiv der Raubgier und zum Gegenstand die Verteilung der Beute hatten".

Es wurden trotz öffentlicher Erklärung der Uebereinstimmung mit den amerikanischen Kriegszielen eine ganze Reihe von Geheimverträgen geschlossen, die sowohl vor Wilson als vor Amerika sorgfältig verborgen gehalten wurden, da es sonst nie zur Kriegserklärung Amerikas gekommen wäre.

Es wurden folgende Geheimverträge geschlossen:

1. Am 4. Februar 1917 schloß Frankreich, das öffentlich nur von Elsaß sprach, einen Geheimvertrag mit Rußland, der ihm die Annexion des gesamten linken Rheinufers zusicherte: Rußland wurden dafür Konstantinopel und die Meerengen zugesichert.

2. Am 26. April 1915 wurde der Londoner Geheimvertrag mit Italien geschlossen.

3. Geheimvertrag vom August 1916 mit Rumänien:
Rumänien wurden heimlich Gebiete versprochen die auch Serbien bereits versprochen waren. Dieser Vertrag wurde natürlich vor Serbien ängstlich verborgen gehalten.
Der Geheimbericht des Zehnerrates vom 31. Jänner 1919 enthüllt diese Doppelzüngigkeit.[1])

4. Der Sykes-Picot-Vertrag und die geheimen Abmachungen von St. Jean Maurienne über die Aufteilung der Türkei.

5. Der Geheimvertrag vom 16. Februar 1917 mit Japan und das Schantung Abkommen.

---

[1]) Es heißt dort: „M. Vesnic (der serbische Delegierte) hat mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die rumänische Delegation die Ansprüche ihres Landes zum Teil auf das Geheimabkommen von 1916 stützt. Als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, kämpfte Serbien an der Seite der Alliierten ohne irgendwelche Sicherheiten zu verlangen im festen Vertrauen, daß nach Beendigung des Krieges ein Friedensvertrag nach den Grundsätzen der Selbstbestimmung und in Uebereinstimmung mit den feierlichen Versprechungen der Alliierten geschlossen würde.
M. Clémenceau bemerkt, daß es ihm unbekannt wäre, daß es sich bei dem Abkommen von 1916 um einen Geheimvertrag gehandelt hätte.
M. Vesnic entgegnet, daß dieser Vertrag nicht nur niemals veröffentlicht worden sei, sondern daß ihm, so oft er als Vertreter einer verbündeten Macht auch im Ministerium des Aeußeren vorgesprochen hätte, um sich nach den Bedingungen des Vertrages zu erkundigen, stets die Auskunft erteilt worden sei, die Bedingungen dieses Vertrages könnten nicht bekannt gegeben werden.
M. Bratianu (der rumänische Delegierte) erklärt, daß die Verhandlungen über die Ansprüche Rumäniens bereits 1916 in London begonnen hätten, später aber nach Petrograd verlegt worden seien, da Petrograd für die Untersuchung der östlichen, speziell der serbischen Fragen für geeigneter befunden wurde."

Japan erhielt Deutschlands Besitz in China und im Pazifischen Ozean versprochen, eine Tatsache, die in Amerika einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hätte, wenn der Londoner Geheimvertrag bekannt gewesen wäre.

6. Der Pittsburger Vertrag.

7. Der Vertrag mit Serbien.

Der Inhalt der Scheinverträge war so hinterhältig und schlug den öffentlichen Erklärungen derart ins Gesicht, daß Wilson und die amerikanische Friedensdelegation auf das tiefste davon betroffen waren, als sie und zwar erst auf der Friedenskonferenz im Jänner 1918 davon erfuhren.

Baker berichtet hierüber in seiner Dokumentensammlung (Wilson I, S. 37—41).

Man ist sprachlos, wenn man Lansings eigene Aussage vor dem Senatsausschuß am 6. August 1919 liest ....

„Senator Johnson: Wußten Sie überhaupt, ob während des Krieges irgenwelche Verträge abgeschlossen worden waren oder nicht?
Staatssekretär Lansing: Nein..."

Wir hören den Präsidenten die Fragen des Senates in der Konferenz im Weißen Hause am 19. August 1919 wie folgt beantworten:

„Senator Borah: Wann sind Ihnen die Geheimverträge zwischen Großbritannien, Frankreich und den übrigen europäischen Nationen betreffs gewisser in Europa vorzunehmender Umgruppierungen zum erstenmal zur Kenntnis gelangt? War es auch erst nach Ihrem Eintreffen in Paris?
Präsident Wilson: Ja, die ganze Folge geheimer Abmachungen wurde mir dort zum erstenmal enthüllt.
Senator Borah: Also wußten wir, wenigstens was unsere Regierung anbelangt, nichts von diesen Geheimverträgen, ehe sie in Paris angekommen waren?
Präsident Wilson: Es sei denn, daß das Staatsdepartement Informationen besaß, von denen mir nichts bekannt war..."

Der Präsident selbst war überzeugt, daß die bei Waffenstillstand rückhaltlos erfolgte Annahme seines Programms seitens aller Alliierten ehrlich sei. Die Nationen hatten sich hiezu verpflichtet, und wie er dem versammelten Kongreß gegenüber am 11. November 1918 betonte, war er überzeugt, daß sie sich an ihr Wort gebunden halten würden. Der Präsident glaubte nun einmal an ein gegebenes Versprechen, daher weigerte er sich auch, während des ganzen Verlaufes der Konferenz, die Geheimverträge als Grundlage für die Entscheidung irgend einer Frage anzuerkennen.

In den erbitterten Kampf Wilsons und der amerikanischen

Friedensdelegation gegen diese Geheimverträge geben die Geheimprotokolle der Friedenskonferenz erschütternden Einblick.

Nach dem Geheimprotokoll des Rates der Vier vom April 1919 erklärte Wilson dort:

„Er wüßte nicht und fühle sich auch nicht zu der Frage befugt, ob Frankreich und Großbritannien diesen Vertrag (den Geheimvertrag von London) als mit den Grundsätzen verträglich erachteten, auf denen sich der Frieden aufbauen sollte. Er müsse aber betonen, daß er selbst dies nicht täte. Die Angelegenheit auf Grund des Londoner Abkommens diskutieren, hieße nichts anderes als einen Geheimvertrag zur Basis wählen. Er fühle sich der Welt gegenüber zu der Erklärung verpflichtet, das Londoner Abkommen sei unvereinbar mit den allgemeinen Prinzipien der Konferenz. Der Versuch, die Entscheidung auf Grund des Londoner Vertrages zu treffen, würde die Vereinigten Staaten von Amerika in eine unmögliche Situation bringen."...

Wilson im Gespräch mit R. St. Baker am 7. April 1919:

„Wir sind mit Deutschland bezüglich bestimmter allgemeiner Prinzipien übereingekommen. Der ganze Verlauf der Konferenz bedeutet eine Serie von Versuchen, besonders von Seiten Frankreichs dieses Abkommen, (den Vorfriedensvertrag) niederzureißen, Landzuwachs zu erlangen und vernichtende Indemnitäten aufzuerlegen. Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."

Und Baker sagt über die annexionistischen Ziele bei den geheimen Versammlungen der Friedenskonferenz:

„Es war ein seltsam heimtückisches Element, das der vollen Oeffentlichkeit der Verhandlungen entgegenwirkte, denn es barg in sich Ziele, die die europäischen Machthaber öffentlich nicht zu diskutieren wagten."

Aber nicht nur, daß in den Geheimverträgen ungeheure Annexionen vereinbart wurden, indes aller Welt gegenüber von einem Frieden ohne Annexionen gesprochen wurde, — betrogen sich die Alliierten untereinander in ihren geheimen Verträgen. Frankreich versprach dieselben Gebiete gleichzeitig Serbien und Italien oder Rumänien und Serbien.

Die Friedenserklärungen der französischen Regierung waren also unaufrichtig.

Auf französischem Boden und zu Frankreichs Rettung sind hunderttausende Männer aller Demokratien der Welt gestorben: Engländer, Amerikaner, Italiener, Kanadier, Australier usw.

Wenn die Geheimverträge bekannt gewesen wären, dann wäre Amerika nie in den Krieg eingetreten.

Nitti findet für die Unaufrichtigkeit und Doppelzüngigkeit der Geheimverträge die treffenden Worte:

„Es war eine gewissenlose Propaganda, die während des Krieges mit den Prinzipien des Rechtes und der Freiheit getrieben wurde, um die Völker zu täuschen und zu blinden Werkzeugen einer Regierung zu machen, die, während ihre Vertreter öffentlich nur von Menschlichkeit, Kultur und Selbstbestimmung sprachen, hinter dem Rücken der englischen und amerikanischen Regierung Geheimverträge abschloß, die die schamloseste Verleugnung jener Prinzipien waren, und eher Verabredungen zwischen Banditen als Verträgen zwischen zivilisierten Völkern glichen."

Die Tragödie Europas S. 86.

Und an anderer Stelle:

„Schon während des Krieges bereitete Frankreich im geheimen seinen Hegemonieplan vor, während es öffentlich von den Grundsätzen des Rechtes sprach. Vor dem Siege prahlte man mit Wilsons Punkten, nach dem Siege lachte man darüber und Clémenceau wiederholte gern in Gesellschaft seinen faden Witz, Wilson habe vier Gebote mehr als Gott machen wollen. Der Korridor von Danzig, die allen Prinzipien des Rechtes widerstreitende Zuteilung fremder Volksteile an Nationen niederen Ranges und die Auslieferung Oberschlesiens an Polen sind politische Perversitäten, die nicht von Dauer sein können und nichts als Verderben bringen werden."

(S. 151.)

„Dies Doppelspiel der französischen Politik hat in Poincaré seinen extremsten Vertreter gefunden. Fortgesetzt in der Oeffentlichkeit von Prinzipien zu reden, jeden Gedanken an eine Zerstückelung oder Zerrüttung Deutschlands als lügnerische Verleumdung der Feinde weit von sich zu weisen und zur selben Zeit mit aller Energie und Gewalttätigkeit an der Realisierung des französischen Programms, d. h. der Vernichtung Deutschlands zu arbeiten: Das ist das Spiel, mit dem Frankreich seit Jahren die leidende Welt zu betrügen bemüht ist. Poincaré, der fast allein für die Politik der Gewalt und des Todes verantwortlich ist, hat es sich schon seit 1914 zur Gewohnheit gemacht, alles, was seinen Plänen entgegen ist, durch einfaches Leugnen beiseite zu schieben; er leugnet, was jeder mit seinen Augen vor sich sieht, was in unser aller Gegenwart sich abspielt, die handgreiflichsten Tatsachen, ja, was er selbst gesagt hat. . . .

Man kann sich denken, daß Millionen amerikanischer und englischer Bürger aufgeatmet haben, als sie schwarz auf weiß lasen, daß Frankreich auch nicht den fernsten Gedanken an Annexion fremden Gebietes hege." . . .
(Seite 69 bis 72.)

„Ich meinerseits kann mit unbedingter Sicherheit behaupten, daß nicht nur irgend ein Mensch, sondern viele der berufensten politischen Vertreter Frankreichs unter Poincarés Einfluß während des Krieges, während der

Friedensverhandlungen und nach Abschluß des Friedens an nichts anderes gedacht haben, als an die Annexion rein deutschen Bodens zum Zwecke der Alleinherrschaft über die Kohle und das Eisen des Kontinents, d. h. zum Zwecke der militärischen Hegemonie. Ich könnte mich zum Beweis auf eine endlose Zahl von Dokumenten, Veröffentlichungen und Tatsachen berufen, bei denen ich zum Teil selber mitgewirkt habe und die dem Publikum, besonders dem amerikanischen, vielfach gänzlich unbekannt sind...

Denn wie ich aus der erneuten Lektüre der Protokolle festgesetzt habe, hat Foch im April 1919 in einer Versammlung der Vertreter der Entente und in Wilsons Gegenwart in der eindringlichsten Weise darauf bestanden, daß der Rhein zur Grenze Frankreichs gemacht werde, also 12 Millionen Deutsche direkt oder indirekt unter fremde Herrschaft gestellt würden. Ebenso hat Tardieu als Minister im März 1919 der Friedenskonferenz eine Denkschrift vorgelegt, in der er darauf besteht, daß „im Interesse des Friedens" das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten werde. Auf dieser Linie hat sich dann die französische Politik bis heute stetig und konsequent weiter entwickelt."... Seite 72 und 77.

Trotzdem, trotz der Beweise der Geheimverträge, der Zeugenschaft unzähliger Dokumente, protestierte Poincaré nach Außen unentwegt, um die Entlarvung seiner Politik zu verhindern. Im Dezember 1922, also zu einer Zeit, wo er bereits zum Einbruch ins Ruhrgebiet rüstete, protestiert er wieder.

Im Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 1922 zu der sich in London die ersten Minister der Entente eingefunden hatten, liest man nämlich wörtlich:

„Poincaré protestiert energisch gegen den Verdacht der alliierten Regierungen, daß Frankreich einen Teil des deutschen Territoriums zu annektieren beabsichtige. Er erklärte, daß es in Frankreich auch nicht einen Menschen gegeben hat oder gibt, der den Gedanken der Annexion fremden Gebietes hegt oder gehegt hat. Für einen solchen Gedanken ist in einem französischen Gehirn kein Raum und es ist daher unmöglich von einem Wunsche, das Rheingebiet zu annektieren oder der französischen Republik einzugliedern, zu sprechen. . . ."

Es wird einem körperlich übel bei soviel Unaufrichtigkeit.

„Kein Mensch in Frankreich denkt an Annexionen", sagt Poincaré, „für einen solchen Gedanken ist in einem französischen Gehirn kein Raum."

Am 21. Jänner 1917 sendet der Minister des Aeußeren Briand an den französischen Botschafter in London, Cambon folgende Note:

„Es gibt eine Frage, die sich unabweislich ergeben wird, das ist das linke Rheinufer. In Frankreich fordern es die besten Köpfe."

Am 4. Februar 1917 sichert sich Frankreich durch Geheimvertrag das ganze linke Rheinufer.

Am 27. November 1918 erklärte Marschall Foch:

„Der Rhein muß die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bilden."

Am 25. April 1919 erklärte derselbe Foch in Gegenwart aller Minister, der französischen Friedensdelegierten und des Präsidenten der französischen Republik, Doumergue:

„Den Rhein aufzugeben, hieße Hochverrat an Frankreich üben und sei deshalb unstatthaft."

Will man noch mehr Zeugnisse, dann lese man K. Linnebach „Die Entmilitarisierung des Rheinlandes", Berlin 1927 oder ganz „unverdächtige" französische Quellen wie das Buch von André Tardieu «La Paix» oder von Recouly «Le Mémorial de Foch.»

Die Unaufrichtigkeit der offiziellen französischen Geschichtsschreibung wirkt geradezu abstoßend, wenn wir in dem dickleibigen Werk des französischen Ministers M. André Tardieu, das er „Die Wahrheit über die Friedensverträge" nennt, auch nicht die Spur der Erwähnung eines Geheimvertrages zu entdecken vermögen. Ein derartiges Buch wagt ein Mann, der selbst an dem Zustandekommen dieser Verträge mitgearbeitet hat „Die Wahrheit" zu betiteln.

Ueber dieses, Frankreichs Aufrichtigkeit so kompromittierende Buch Tardieus, sagt Nitti:

„Später las ich dann das Buch von Tardieu und kann versichern, daß kein Buch in Zukunft die Ehre und den Namen Frankreichs so schwer belasten wird, wie diese Schrift, in der Tardieu versucht, sein Werk, den Versailler Frieden, gegen die Anklage Poincarés und der Militärpartei zu rechtfertigen und zu zeigen, daß Deutschland alles verloren und Frankreich alles erhalten habe, was nur von den einen zu verlieren und vom anderen zu erhalten war. Tardieus Buch ist für künftige Historiker das unwiderleglichste Dokument für die ungeheure Schuld Frankreichs an dem fürchterlichen Betrug, der heute Europas Leben vergiftet und bedroht."

Mit derartiger Unaufrichtigkeit erlistete man die Sympathie und die Hilfe Amerikas und der ganzen Welt. Dazu kamen **die ungeheuerlichen Lügen über die alleinige Kriegsschuld Deutschlands und die deutschen Kriegsgreuel**, von denen in eigenen Kapiteln die Rede sein wird.

Dieselbe Unaufrichtigkeit muß der französischen Regierung zum Vorwurf gemacht werden, als sie immer wieder vorgab, und der ganzen Welt, insbesondere aber den deutschen Soldaten einredete, der Krieg werde nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die herrschende Militärclique geführt.

Von den vielen Proklamationen, die die französische Regierung in hunderttausenden Flugzetteln in deutscher Sprache durch eigene Propagandaflieger über den deutschen Kampflinien abwerfen ließ, um die deutschen Soldaten entsprechend zu beeinflussen, sei hier nur eine, und zwar ein Fliegerabwurf vom Sommer 1918 wortgetreu angeführt:

Republik
bedeutet Frieden und Freiheit!

An die Kameraden der Westfront!

Wir haben erreicht, daß folgender Befehl im französischen Heer ausgegeben wurde: Wer sich gefangen gibt (einzeln oder in kleinen Gruppen) und das Losungswort

Republik

ausspricht, wird nicht mehr als kriegsgefangener Feind behandelt. Wenn er will, kann er mit uns, mit gleichgesinnten Landsleuten, an der Befreiung Deutschlands arbeiten.

Eure republikanischen Kameraden.

Wie das „befreite" und „freie" deutsche Volk, wie die deutsche Republik dann behandelt wurde, davon legen Versailles und die Geschichte der Nachkriegsjahre bis heute furchtbares Zeugnis ab.

Die Behandlung der deutschen Republik durch die französische Regierung, die einfach auf die Vernichtung Deutschlands abzielt, wird Frankreich einst, wenn es zur Besinnung kommt, wünschen, ungeschehen zu machen.

Der Bruch aller Versprechungen und Verpflichtungen.

Mit derselben Unaufrichtigkeit mit der die französische Regierung diesen Krieg begonnen und geführt hatte, mit derselben Unaufrichtigkeit beendete sie ihn. Sie verleugnete und brach einfach alle Versprechungen, alle rechtlichen und sittlichen Verpflichtungen. Nicht nur der feierlich eingegangene Vorfriedensvertrag wurde gebrochen, sondern Deutschland selbst die natürlichen Grundrechte der Menschheit entzogen.

Tausendmal sympathischer als dieser Trug bei dem hinter samtenen, schmeichelnden Katzenpfoten grausame Krallen, und hinter fein gedrechselten Worten, nackte, kalte Brutalität sich verbergen, ist die rauhe Sprache der Offenheit.

„Vor zweitausend Jahren sprachen die Sieger . . . die Sprache der Ehrlichkeit. Auch sie beriefen sich auf die Rechte des Siegers, sprachen aber weder von Grundsätzen, noch von Nationalität, weder von Freiheit, noch von Selbstbestimmung. Ihre Worte trieften nicht von falscher Moral, sondern sagten ausdrücklich, daß sie die Besiegten ausplündern, über ihre Güter und Frauen verfügen wollten." (Nitti.)

Die Wahrheit über Elsaß-Lothringen

„Keine Nation hat jemals einen so schlechten Nachbar gehabt wie Deutschland an Frankreich in den letzten 400 Jahren."

Thomas Carlyle.

Nach dem Siege Deutschlands über Frankreich im Jahre 1871 mußte Frankreich Elsaß-Lothringen an Deutschland abtreten. Von diesem Tage an setzte in Frankreich eine ungeheure Propaganda zur Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen ein. Vom ersten Schuljahre an wurde der junge Franzose zum Hasse gegen Deutschland erzogen, die Schulbücher strotzten von Verleumdungen und Haß.

Aber nicht nur jeder Franzose, sondern die ganze Welt mußte nach den französischen Kundgebungen der Ueberzeugung sein, daß Elsaß-Lothringen wirklich heiliger französischer Boden sei, dessen französische Bewohner nun unter deutscher Fremdherrschaft schmachteten.

Wie verhält es sich aber in Wahrheit mit Elsaß-Lothringen?

Die Wahrheit ist, daß Elsaß-Lothringen seit urdenklichen Zeiten rein deutscher Boden ist. Die Geschichte Elsaß-Lothringens zeigt folgendes Bild: Seit dem Jahre 276 ist es von den deutschen Burgundern bewohnt. Diese wurden im Jahre 443 von den deutschen Alemannen verdrängt. Der Name Alemannen wurde dann von den benachbarten Franzosen als Bezeichnung für alle Deutschen verwendet (allemand = deutsch, les allemands = die Deutschen).

Frankreich, das immer nach Vergrößerung trachtete und unzählige Kriege gegen das benachbarte Deutschland führte, gelang es nun um 1680, Elsaß von Deutschland loszureißen. Zu jener Zeit war Deutschland aufs schwerste von den heidnischen Türken bedroht, die Europa mit ihren Mordbrennerscharen zu überschwemmen drohten.

Das allerchristlichste Frankreich verbündete sich in diesen Jahren höchster Gefahr für die abendländische Christenheit und Kultur mit den heidnischen Türken.

Wenn es auch mit schwersten Opfern gelang, die Türkengefahr im Osten abzuwehren und die Türken vor Wien zurückzuschlagen, besetzten

im Westen die französischen Heere das deutsche Elsaß. Lothringen wurde im Jahre 1766 von Frankreich geraubt.

Zweihundert Jahre stand Elsaß, hundert Jahre Lothringen dann unter französischer Herrschaft, der es trotzdem nicht gelang, die Bewohner französisch zu machen.

Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 bekannte sich die weit überwiegende Mehrzahl der Bewohner zur deutschen Muttersprache. Folgende Tabelle spricht eine mehr als deutliche Sprache:

Gesamtbevölkerung von Elsaß-Lothringen .	1,874.000	= 100	Prozent
davon mit deutscher Muttersprache . . .	1,638.000	= 87.2	„
mit französischer Muttersprache	204.000	= 10.9	„
mit polnischer Muttersprache	2.000	= 0.1	„
mit italienischer Muttersprache	30.000	= 1.6	„

Getrennt nach Elsaß und nach Lothringen gaben bei dieser Volkszählung französisch als ihre Muttersprache an:
im Elsaß 4.3 Prozent der gesamten Bevölkerung und in Lothringen 22 Prozent der gesamten Bevölkerung.

Die französische Volkszählung vom 6. März 1921 in Elsaß-Lothringen bringt demgegenüber nur folgende Angaben hinsichtlich Nationalität:

Gesamtbevölkerung	1,709.749
davon nicht französische Staatsbürger . . .	133.102

Aus dieser französischen Statistik ergibt sich vor allem das Sinken der Bevölkerungszahl um rund 164.000 Einwohner, das sind jene Einwohner Elsaß-Lothringens, die aus irgendeinem Grunde vorzogen, nach der Uebergabe Elsaß-Lothringens an Frankreich nach Deutschland auszuwandern.

Interessant ist auch, daß die französischen Statistiken es ablehnen, Angaben über die Muttersprache der Bewohner Elsaß-Lothringens zu bringen. Diese Unterlassung läßt jedenfalls den Schluß zu, daß das Ergebnis einer solchen Statistik ein für Frankreich nicht wünschenswertes Bild zeigen würde.

Bei aller gebührenden Vorsicht, mit der nationale Statistiken, gleichgültig welchen Landes immer, aufzunehmen sind, liegen eben die sprachlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zu klar, als daß auch nur der Versuch unternommen werden könnte, diese Tatsache anders als durch einfaches Totschweigen zu verhüllen.

Nach französischem Rechte ist jeder französische Staatsbürger auch „Franzose" seiner „Nationalität" nach. So ist zwangsweise „Franzose" jeder Deutsche, jeder Italiener, jeder Kongoneger, jeder Marokkaner, jeder Syrer, jeder Annamit, auch wenn sie kein Wort Französisch

kennen, soferne nur ihre Heimat Frankreich einverleibt ist. So wurden die deutschen Elsaß-Lothringer zu Franzosen, als Frankreich dieses Gebiet von Deutschland losriß, so wurden nach den Napoleonischen Annexionen von 1806 die deutschen Bewohner der Pfalz, Oldenburgs und Westfalens „Franzosen".

Eine Statistik der „Sprachen" kennt die ganze offizielle Statistik Frankreichs nicht. Im «Annuaire statistique du Ministère du travail» kommt das Wort «langues» („Sprachen") im ganzen Sachregister nicht vor.

Als 1871 Elsaß an Deutschland zurückfiel, wurde das französische Nationalgefühl derart aufgepeitscht und die Weltmeinung derart bearbeitet, daß man glauben mußte, hundertprozentig französisches Land sei geraubt worden.

Ueber dieses ganz unberechtigte Geschrei der Zeitungen wegen der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Deutschland im Jahre 1871 schrieb der große Engländer Thomas Carlyle nachstehenden Brief an den Herausgeber der „Times".

„Werter Herr!"

... das Gejammer der Zeitungen ... wegen der Uebergabe Elsaß-Lothringens durch Frankreich zeigt ... ein ganz ungeheures Unwissen über die wechselseitige französisch-deutsche Geschichte und über das Verhalten Frankreichs gegenüber Deutschland während vieler Jahrhunderte ... Deutschland hat ... in gräßlich instruktiver Art eine Erfahrung von 400 Jahren in sein Gedächtnis eingeprägt erhalten ...

Von Louis' XIV. vier großen Plünderungen Europas und Mordbrennereien — (aus keinem wirklichen Grunde unternommen, außer wegen seines Ehrgeizes und der Begierde, seines Nachbars Güter wegzuschnappen) — von all dem haben wir, Menschen unserer Zeit, falls überhaupt eine, dann nur eine vollkommen verblaßte und sanfte Erinnerung. Von Louis' XIV. seinem Plan, Deutschland in vier kleine Königreiche zu zerspalten und diese nach dem Pfeifen von Versailles tanzen und kämpfen lassen, spreche ich gar nicht erst, denn Frankreich selbst hat dieser seine Plan seine eigene Belohnung gebracht: den Verlust Amerikas, den Verlust Indiens, Schmach und Schlappen in aller Welt ...

Die Behandlung Deutschlands durch die Revolution und Napoleon I. sind noch in Erinnerung aller Leute und Zeitungen; aber das waren keineswegs die ersten Leiden Deutschlands, die Frankreich ihm zugefügt; es waren vielmehr die letzten einer langen Reihe, eigentlich wollte ich sagen die vorletzten ...

... keine Nation hat jemals so einen schlechten Nachbar gehabt wie Deutschland an Frankreich in den letzten 400 Jahren; schlecht in jedem Sinne des Wortes; anmaßend, räuberisch, unbefriedbar, ununterbrochen aggressiv.

Und jetzt, (1871) — in der ganzen Geschichte gab es keinen so anmaßenden und ungerechten Nachbar, der jemals eine so vollständige ... Niederlage bekommen hätte, wie Frankreich sie jetzt von Deutschland erhalten. Deutschland hat nach 400 Jahren Grausamkeit, allgemein gesprochen, Unglück von seiten dieses Nachbars endlich das große Glück gehabt, seinen Feind ziemlich tief unten zu sehen; und Deutschland würde, meiner festen Ueberzeugung nach, ein dummer Staat sein, würde es nicht jetzt, wo es doch

endlich dazu Gelegenheit hat, an die Errichtung eines sicheren Grenzwalles zwischen sich und so einem Nachbar denken.

Es gibt meines Wissens nach kein Naturgesetz, keinen himmlischen Parlamentsbeschluß, wonach Frankreich als einziges aller irdischen Wesen nicht einen Teil von seinen Raubgütern zurückerstatten sollte, wenn die Besitzer, denen diese Güter entrissen wurden, die Möglichkeit zur Erzwingung der Rückgabe haben. Niemanden aber, außer den Franzosen, kann es glaubwürdig erscheinen, daß so ein Naturgesetz besteht. Weder Elsaß noch Lothringen erhielt Frankreich in einer so göttlichen Art, daß die Existenz eines solchen Naturgesetzes glaubhaft wäre.

Die Verschmitztheit Richelieus und das herrliche Langschwert Louis XIV., das sind die einzigen Rechtstitel Frankreichs auf diese beiden deutschen Länder.

Daß — Bismarck und mit ihm Deutschland... (die Forderung auf Rückgabe Elsaß-Lothringens stellte)... scheint vernünftig, gerecht und sogar maßvoll...

...Bedeutende Miskonzeption über die Person von Bismarks herrscht noch immer in England vor. Bismarck, wie ich ihn verstehe, ist kein Mensch mit napoleonischen Ideen sondern mit Ideen, die weit über denen Napoleons stehen. Er zeigt keine unbesiegbare „Landgier", wird auch nicht gequält vom „Vulgärehrgeiz", sondern hat Ziele, die weit über diese Sphäre reichen, und scheint mir in der Tat mit seiner starken Begabung durch geduldige, durch große und durch erfolgreiche Schritte einem Ziele zuzustreben, welches allen anderen Menschen zum Wohle gereichen wird.

Dieses vornehme, geduldige, tiefe, ehrfürchtige, solide Deutschland soll endlich in einen Staat gegossen werden, die Königin des Kontinents werden, statt dieses nebelhaften, groß-sprecherischen, gestikulierenden, raufluftigen, unruhigen und überreizten Frankreich. Das scheint mir die hoffnungsvollste öffentliche Tatsache zu sein, die sich zu meiner Zeit ereignet hat.

Ihr ergebener

Thomas Carlyle.

Diesem Briefe eines Engländers ist nichts hinzuzufügen.

Die Wahrheit über Elsaß-Lothringen aber muß endlich Frankreich und der ganzen Welt bekannt werden. Und diese Wahrheit ist: Daß dieses angeblich französische Land zu 90 Prozent von Deutschen bewohnt ist. Der mutige Franzose Alcide Ebray kritisiert in seinem Buche «La paix malpropre» („Der unsaubere Friede") ganz offen, daß man Elsaß-Lothringen im Jahre 1919 ohne Volksabstimmung Deutschland wegnahm, da eine Volksabstimmung wahrscheinlich für Deutschland ausgefallen wäre.

Trotzdem wird keine deutsche Hand sich rühren, einen Krieg um Elsaß-Lothringen willen zu führen. Aber kein Deutscher wird es Frankreich verzeihen, daß er deutsches Volk und deutsches Kulturland der Herrschaft minderentwickelter Völker unterstellte.

Die Schmach der Hungerblockade im Frieden

„Persönlich war der einzelne Franzose zweifellos ebenso empfänglich für den Notschrei des Leidens wie jedes andere Volk... Aber veranlaßt durch ihre politischen Führer verschlossen sie ihre Augen, verstopften sie ihre Ohren und verhärteten sie ihr Herz."

Baker.

Im Waffenstillstandsvertrag, den Lansing am 5. November 1918 den Deutschen überreichte, wurde das Versprechen gegeben, nach Annahme des Vertrages durch die Deutschen die Hungerblockade aufzuheben und Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen.

In der Klausel Nr. 26 des Waffenstillstandsvertrages heißt es:

„Die Alliierten und die Vereinigten Staaten planen (contemplate) die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln *während des Waffenstillstandes, insoferne* es sich als notwendig erweisen wird."...

Die französische Regierung aber weigerte sich, die im Waffenstillstandsvertrage gegebene, rechtsverbindliche Zusage zu halten und die Lebensmittelblockade über Deutschland während des Waffenstillstandes aufzuheben.

Als Deutschland nach dem Waffenstillstand durch Ablieferung der Waffen und Uebergabe des Rheinlandes und des Saargebietes sich vertrauensseligerweise wehrlos gemacht hatte, wurde die Blockade noch verschärft und noch weiter, auch über die Ostsee, ausgedehnt. Die Hungerblockade wurde nicht nur während des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 bis zur gemeinsamen Unterzeichnung des Friedensvertrages am 28. Juni 1919 aufrechterhalten, sondern sogar noch über den Friedensschluß hinaus bis zur Ueberreichung der deutschen Ratifikationsurkunde am 12. Juli 1919 ausgedehnt.

Nicht genug, daß während des Weltkrieges in Deutschland allein, ohne Oesterreich, *siebenhundertfünfzigtausend* (insgesamt weit mehr als eine Million) Kinder der Hungersnot infolge der Hungerblockade zum Opfer fielen, die Rache gewisser Chauvinisten forderte durch künstliche Aufrechterhaltung der Hungersnot im wehr-

losen Deutschland durch acht volle Monate nach Waffenniederlegung noch hunderttausende weitere Opfer an unschuldigen Kindern.

Für die „Gesundheitsschädigung durch unzureichende Ernährung Kriegsgefangener" durch das hungernde Deutschland, wo infolge der Blockade die furchtbarste Hungersnot herrschte, wurden Deutschland eineinhalb Milliarden Mark auferlegt.

Gegen dieses selbe völlig ausgehungerte und bitterste Not leidende Deutschland aber wurde gleichzeitig durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade die Versorgung mit Lebensmitteln durch acht Monate nach dem Kriege verhindert.

Clémenceau und Poincaré töteten so, nicht aus Kriegsnotwendigkeiten heraus, sondern ohne Zwang und Notwendigkeit, einzig aus den Gefühlen des Hasses und der Rache.

Ein kalter Schauer überläuft einen, wenn man die furchtbare Anklage liest, die der deutsche Friedensgesandte, Graf Brockdorff-Rantzau, am 7. Mai 1919 bei der Entgegennahme des „Friedensvertrages" von Versailles, dem furchtbaren Hasser Clémenceau entgegenschleuderte:

„Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht.

„Die hunderttausende von Nichtkämpfern aber, die seit dem 11. November 1918 an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Ueberlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war."

Grauenhaft für jeden Menschen, in dem menschliches Gefühl noch nicht ganz ertötet ist, ist der Kampf zu verfolgen, den Wilson und die amerikanische Friedensdelegation gemeinsam mit England in Paris gegen Clémenceau um die Lebensmittelversorgung Deutschlands führte.

Angesichts der furchtbaren Hungersnot in Deutschland und Oesterreich hätte man glauben sollen, daß Menschen ihr Herz gegen die schreiende Notwendigkeit nicht verschließen und eiligst Nahrung für die Hungernden und Kleidung für die Nackten schaffen würden.

Vergeblich forderte Wilson eine Hilfsaktion gegen die Hungersnot.

Frankreichs Führer hatten kein Herz, kannten kein menschliches Fühlen gegen Deutschland.

„Mit eisernen Banden schnürte die vernichtende französische Blockade Deutschland ein. Für die Verhungernden bestimmte amerikanische Nahrungsmittel wurden von Frankreich aufgehalten und verkamen in Häfen und Rangierbahnhöfen." (Baker, Dokumente und Memoiren Wilsons I.)

Nicht nur rein menschliche Gefühle bewogen die Amerikaner, ihre Lebensmittel auch nach Deutschland und Oesterreich verkaufen zu wollen, sondern auch schwerwiegende wirtschaftliche Gründe. Der amerikanische Friedensdelegierte R. St. Baker schreibt darüber:

„In Amerika waren von den Farmern unter Garantie der Regierung ungeheure Quantitäten Nahrungsmittel unter Preis erzeugt worden. Das plötzliche Ende des Krieges machte diese Lager, besonders von Schweinefleisch, wertlos ...

Am 8. Jänner schrieb Hoover an Präsident Wilson einen verzweifelten Brief und setzte ihm den Ernst der Situation auseinander. Ein Ueberschuß von 400 Millionen Pfund Schweinefleisch allein im Amerika zu Kriegspreisen aufgestapelt!

«Falls aus dieser Situation kein Ausweg gefunden wird, werden wir auf den amerikanischen Märkten einen Zusammenbruch erleben und da bei den Banken Vorschüsse von mehreren hundert Millionen Dollar an die Schweinefleischindustrie noch ausstehen, werden wir nicht nur in eine finanzielle Krise hineingerissen, sondern wir würden auch einen Betrug an den amerikanischen Farmern begehen, die sich hiefür verbindlich gemacht haben. Der Ueberschuß ist so gewaltig, daß er in den Vereinigten Staaten nicht aufgebraucht zu werden vermag und, da es sich um ein leicht verderbliches Erzeugnis handelt, müßte es nutzlos zu Grunde gehen.»

Der Präsident griff sofort ein... Es wurden mit den europäischen Regierungen Vereinbarungen getroffen, denen zufolge die alliierten Nationen ihre Einkäufe zu Kriegspreisen weiter fortsetzen sollten, aber mit der Erlaubnis, die Waren wieder an die neutralen und feindlichen Länder abzusetzen, um die Einnahmen daraus zu neuen Einkäufen in den Vereinigten Staaten zu verwenden. Falls es gelänge, durch diese Abkommen der Situation Herr zu werden, dann würde, wie Hoovers Kabel vom 23. Jänner ausführte, «das Schatzamt der vereinigten Staaten die notwendigen Beträge vorschießen, um in der gewöhnlichen Weise zu bezahlen.»

Dieser Vereinbarung, die letzten Endes den Vereinigten Staaten das Risiko aufbürdete, war es hauptsächlich zu danken, daß der neu errichtete Wirtschaftsrat für Versorgung und Hilfe am 11. Jänner mit der Arbeit beginnen konnte. Hoover wurde zum Generaldirektor dieses Rates ernannt und verwandte sein unübertroffenes Organisationstalent, um eine wirksame Organisation zu schaffen, die Europa aus dem Unglückssumpf herausreißen sollte...

Das dringendste Problem von allem war die Lebensmittelversorgung des hauptsächlichsten Gegners, Deutschland. Die Amerikaner und Briten waren dafür, auf der höchst simplen Basis vorzugehen, daß hungrige Deutsche ebenso notwendig gespeist werden müssen, wie hungrige Belgier oder Serben, und daß Deutschland als unvermeidlicher und unerläßlicher Faktor in der weltwirtschaftlichen Organisation nicht vernachlässigt werden dürfte, wenn man nicht die Anarchie züchten, den Bolschewismus unterstützen und das vorhandene weltwirtschaftliche System bedrohen wollte. Aber die Franzosen wollten Deutschlands wirtschaftliche Macht nicht wieder aufleben lassen, aus Furcht, sie könnte Frankreichs Sicherheit wieder gefährden. Sie wollten die Blockade nicht mildern und zu normalen wirtschaftlichen Beziehungen zurückkehren, bis nicht ihre Friedensbedingungen, die die permanente wirtschaftliche Schwächung Deutschlands im Verhältnis zu Frankreich mit sich führten, akzeptiert waren. Gleich zu Beginn brach ein Konflikt aus, der diesen ganzen Fragenkomplex aufrollte.

Die Amerikaner schlugen am 11. Jänner vor, Deutschland solle die Lieferungen in Gold oder in fremder Valuta bezahlen. Die Franzosen erhoben jedoch sofort Einspruch: Sie erklärten, alle diese Barwerte für Reparationszwecke haben zu müssen, einerlei, was aus Deutschland würde. Sie fühlten, daß jede Mark, die für Lebensmittellieferungen nach Amerika abwanderte, eine Mark weniger für Frankreich an Reparationen bedeutete; sie wollten

nicht zugestehen, daß Deutschland letzten Endes vielleicht mehr zahlen könnte, wenn man ihm anfänglich prompt zu Hilfe käme. Die Situation wurde vollends unmöglich und mußte am 13. Jänner dem Zehnerrat unterbreitet werden...

Nach einer recht erregten Debatte brachte man die Franzosen dahin, die Errichtung eines zweimonatlichen Sonderkredites für Lebensmittel in der Höhe von 90 Millionen Dollar auf Grund der deutschen Barwerte zu bewilligen. Allein selbst dieses notdürftige Arrangement wurde niemals durchgeführt, worüber Hoover sich in seinem Briefe vom 4. Februar an den Präsidenten beschwert.

Brief von Herbert Hoover an Präsident Wilson vom 4. Februar 1919 über die französische Obstruktion der Pläne zur Nahrungsmittelversorgung Deutschlands.

Lebensmittelamt der Vereinigten Staaten.

Paris, 4. Februar 1919.

Verehrter Herr Präsident!

„...Ich füge die von Mr. Mc. Cormick und mir aufgesetzte Resolution bei, deren Durchsetzung bei dem Obersten Kriegsrat uns sehr am Herzen liegt. Sie verfolgt drei Hauptziele:

1. Es gibt kein göttliches und kein menschliches Recht, auf Grund dessen wir weiter Europa verhungern lassen können, da wir jetzt einen Nahrungsmittelüberschuß besitzen. Das ist der Gegenstand des ersten Teiles der ersten Resolution.

2. Die Franzosen haben durch Hintertreibung jeder von uns vorgeschlagenen Maßregel für die Versorgung mit Lebensmitteln bisher jeden Schritt der von uns seit 3 Monaten versprochenen Nahrungsmittelversorgung vereitelt . . .

Ich habe mich seit meiner Ankunft in Europa am 25. November ständig bemüht, diese Ziele zu erreichen und ich muß bekennen, daß sie... ständig zuschanden gemacht wurden und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Blockade... heutigen Tages zu rein wirtschaftlichen Zwecken mißbraucht wird, während ihre einzige Rechtfertigung in dem Schutze und der Förderung militärischer Operationen lag, eine Rechtfertigung, die jetzt nicht mehr besteht...

Es besteht wenig Hoffnung, eine Aufhebung dieser Beschränkung zu erreichen, außer durch eine direkte und scharfe Intervention Ihrerseits und durch strikte Befehle seitens des Obersten Kriegsrates.

Ueberweisungen an irgend welche Abteilungen der einen oder anderen Regierung werden in zahlreichen Fällen auf ablehnende Entscheidungen einzelner Persönlichkeiten stoßen, infolge von Sonderinteressen der französischen Regierung oder des französischen Handels, die es erwünscht erscheinen lassen, die Verwendung dieser Waffe für Ziele, die mit dem Kriege nicht das geringste zu tun haben, fortzusetzen. Ich bin überzeugt, daß nur ein Befehl von der Spitze her Erfolg haben kann.

Getreulich der Ihrige

Seiner Exzellenz, dem Präsidenten Hotel Murat, Paris.

(gezeichnet) Herberth Hoover,

Hoovers Plan, der deutschen Not weiterhin durch eine Milderung der Blockade abzuhelfen, hatte keinen besseren Erfolg, obgleich der Präsident versuchte, seine Durchsetzung durch Zugeständnisse gelegentlich der Forderungen, die die Franzosen in der Frage der deutschen Rüstungen gerade um diese Zeit stellten, zu erreichen.

Die Lage wurde noch erschwert durch Einfügung einer Klausel in den erneuerten Waffenstillstandsvertrag vom 16. Jänner mit der Bestimmung, Deutschland hätte seine Handelsflotte abzuliefern,

„um zur Versorgung Deutschlands und des übrigen Europa beizutragen."

Obgleich die Deutschen dieser Bedingung zugestimmt hatten, zögerten sie doch mit ihrer Durchführung, bis die alliierten und assoziierten Regierungen einen greifbaren Beweis durch eine eindeutige Erklärung ihrer Absicht, ihren ursprünglichen Verpflichtungen nachzukommen, abgegeben hätten.

Bei Eröffnung der Verhandlungen über die Erneuerung des Waffenstillstandsvertrages im Februar erhoben die deutschen Delegierten erbitterten Protest:

„Drei Monate sind seit dem 11. November 1918 und ein Monat seit dem Tage vergangen, da Deutschland seine Zustimmung erteilt hat, seine Flotte dem allgemeinen Flottenbestand der Welt einzuverleiben. Während dieser Zeit bis auf den heutigen Tag ist das deutsche Volk um kein Gramm an Lebensmitteln, an Fetten oder Milch reicher geworden... Wir bringen Opfer über Opfer und haben, indem wir unsere Güter auslieferten, die Grenze der Armut erreicht. Wir wollen die Nahrungsmittel, die wir brauchen, ja nicht geschenkt; wir wollen sie kaufen. Trotz alledem wird ihre Lieferung immer mehr hinausgeschoben und wir leiden inzwischen Hunger. Wenn die Entente uns zu vernichten wünscht, so sollte sie doch zum mindesten nicht erwarten, daß wir uns selbst das Grab schaufeln."...

Wilson sprach zweifellos im Sinne der ganzen amerikanischen Nation, als er am 7. Februar 1919 im Zehnerrat ausführte:

„Als moralisch fühlender Mensch wäre er stolz, daß man aus humanitären Erwägungen heraus nicht beabsichtigte, das Volk Deutschlands hungern zu lassen."

Die Krise kam am 6. März 1919, als die Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphierte, daß

„die deutschen Delegierten sich weigerten, ihre gesamte Handelsflotte auszuliefern, bis nicht ein definitives Programm der Lebensmittelversorgung bis zur nächsten Ernte aufgestellt worden sei“...

Am 8. März 1919 kam es deshalb zu schweren Differenzen im Zehnerrat und im Obersten Wirtschaftsrat.

An diesem Tage, also fast vier Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, erklärte Lloyd George im Zehnerrat:

„Die britischen Truppen wären empört über die französische Weigerung, Deutschland wieder zu verproviantieren. General Plumer hätte erklärt, er könnte die Verantwortung für seine Truppen nicht übernehmen, wenn es gestattet würde, daß Kinder halbverhungert in den Straßen umherirrten.“

In derselben Sitzung und am selben Tage erklärte Hoover:

„Daß ohne Unterstützung sämtliche Städte Deutschlands innerhalb 60 Tagen am Verhungern sein würden.“

Aber die Franzosen widersetzten sich auf jede nur mögliche Weise und mit jedem nur möglichen Grunde jeder sofortigen Hilfeleistung.

Clémenceau weigerte sich hartnäckig, die Blockade aufzuheben. Lloyd George richtete an Clémenceau die Bitte:

„doch dieser Obstruktionstaktik ein Ende zu machen, sonst würde M. Klotz von jenen, die den Bolschewismus in Europa verbreitet hatten, Lenin und Trotzki, an die Seite gestellt werden.“

Nach dieser erregten Sitzung begann sich die Luft zu klären. Loucheur, der vernünftigste der französischen Unterhändler, übernahm die französische Sache. Er stimmte rückhaltslos zu,

„daß man von den Deutschen keine Arbeit erwarten dürfe, bevor sie nicht Nahrungsmittel erhalten hätten.“

Die Delegierten der Alliierten kamen mit den Deutschen am 13. und 14. März 1919 in Brüssel zusammen und brachten unter diesen neuen Bedingungen das Versorgungsabkommen zu einem raschen Abschluß.

Die Deutschen, die jetzt davon überzeugt waren, daß die Alliierten wirklich die Lebensmittel zu liefern beabsichtigten, willigten nun ohne weiteres in die Uebergabe der Schiffe.

Aber alle französischen Zusagen erwiesen sich als Lug und Trug.

Die Blockade wurde auch nach der Uebergabe der Schiffe nicht aufgehoben.

Einen Monat nach der französischen Zusage, am 12. April 1919, führt Bernhard M. Baruch, Mitglied der amerikanischen Friedenskommission, in einem Briefe an Lord Robert Cecil bitter Klage, daß alle Vorschläge zur Aufhebung der Handelsverbote, der Blockade, seit fünf Monaten vergeblich seien. Nach dieser Klage fährt er fort:

„So lange die Aufhebung der Blockade nicht erfolgt, wird sich die wirtschaftliche Lage (in Europa) ständig verschlechtern; das kann sich noch bis zu einem solchen Punkte steigern, wo finanzielle Hilfe aufhört, von Nutzen zu sein. Wenn die Regierung dies nicht sofort tut, erübrigt es sich, irgend eine andere Phase des Problems zu erörtern. Welchen Wert hat die Einsetzung einer Kommission zur Erörterung dieser Fragen, nachdem bereits eine Lösung den verschiedenen Regierungen anempfohlen wurde und dennoch nichts geschah, obwohl ganz Europa leidet? . . . .

Ich schlage vor, daß wir keine weitere Kommission schaffen, um den Regierungen anzuraten, Dinge zu tun, die zu tun ihnen bereits angeraten wurde, die jetzt getan werden könnten und die, wie wir alle wissen, der Lage abhelfen würden, aber trotzdem nicht getan werden. Lassen Sie uns lieber unsere Kräfte vereinigen, um unsere Regierungen dazu zu bringen, diese Dinge jetzt wirklich zu tun. Sie wissen, welche Haltung, die amerikanische Regierung eingenommen hat.

Ihr aufrichtig ergebener

(Bernard M. Baruch).

Dem sehr ehrenwerten Lord
Robert Cecil,
Villa Majestic, Paris.

Und am 3. Juni 1919 sagt in diesem Zusammenhang Norman H. Davis, der amerikanische Friedensdelegierte und Berater Wilsons, bei den Friedensverhandlungen bei einer Konferenz der amerikanischen Friedenskommission im Hotel Crillon in Paris wörtlich folgendes (aus dem stenographischen Bericht, Buch Nr. 4, geheim):

„. . . Seit dem Waffenstillstande sind die Vereinbarungen mit den Deutschen durch die Franzosen haarsträubend verletzt worden."

Der skandinavische Gelehrte Georg Brandes sagt in einem Interview mit einem amerikanischen Korrespondenten:

„Die Alliierten sind siegestrunken und viel zu sehr bedacht, zu strafen, um einen dauerhaften und gerechten Frieden schließen zu können. Ich bin ein alter Mann und vermag mich noch gut zu erinnern, wie damals im Jahre 1870 nach der Uebergabe von Paris innerhalb 24 Stunden ganze Eisenbahnzüge voll Proviant für die Hungernden von England her im Anrollen waren. Was sehen wir dagegen heute? Deutschland hat sich vor über 3 Monaten ergeben, trotzdem verhindern die Alliierten nach wie vor Deutschlands Versorgung. Aus einem Frieden, der in solchem Geiste geschlossen wird, können sicherlich nicht jene

Gefühle politischer Zufriedenheit erwachsen, auf denen sich ein jeder Frieden aufbauen muß...

Ich bewundere und schätze die Grundsätze des Präsidenten Wilson, aber ich kann nicht verstehen, wie jemand, der auch nur einen Moment mit offenen Augen um sich blickt, an ihre Verwirklichung zu glauben vermag... Wilsons Politik der Mäßigung ist die einzig richtige... Krieg kann nicht Frieden bringen. Nur Liebe und Erbarmen bringen Frieden. Wo aber findet man Liebe und Erbarmen?"

Erst am 12. Juni 1919, volle acht Monate nach Beendigung des Krieges, hob Frankreich die Hungerblockade über Deutschland auf.

Eines der schmachvollsten Kapitel der Weltgeschichte, das die französischen Führer mit dem unauslöschlichen Fluche behaftet, unschuldige Kinder vorbedacht zum Hungertode verurteilt zu haben, war damit zu Ende.

„Persönlich war der einzelne Franzose zweifellos ebenso empfänglich für den Notschrei des Leidens wie jedes andere Volk. Der Poilu war genau so rasch bereit, seine Ration mit einem hungernden deutschen Kind zu teilen wie der Tommy. Aber als Gesamtheit und veranlaßt durch ihre politischen Führer verschlossen sie ihre Augen, verstopften sie ihre Ohren und verhärteten sie ihr Herz." (Baker I)

Möge der Himmel das schöne Frankreich davor bewahren, daß es dereinst auch einmal den Haßinstinkten der Poincarès und Clémenceaus eines anderen Volkes ausgesetzt werde.

Der Hexenhammer von Versailles

„Der Vertrag von Versailles ist der schauerlichste und mörderischeste Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosesten Zerstückelung und das Einverständnis mit Versklavung abgepreßt und erpreßt werden soll."

Scheidemann.

Im Mittelalter schrieben erfahrene Henker und Folterknechte Vorschriften und Regeln nieder, wie man am sinnreichsten, raffiniertesten und auf die qualvollste Weise Hexen, Ketzer und Verbrecher martern und zu Tode quälen könne. Diese gemütvollen Bücher heißen Hexenhammer.

Der ruchloseste und schändlichste Hexenhammer der Weltgeschichte ist das Diktat von Versailles und St. Germain.

Die Rheinlandbesetzung

„die gefährlichste Bedingung des ganzen Vertrages ist die Okkupation des linken Rheinufers ..."

General J. C. Smuts.

Nachdem die Sehnsucht der französischen Militaristen, das gesamte linke Rheinufer mit 15 Millionen Deutschen zu annektieren, unerfüllt blieb, wurde es gegen den Willen Amerikas wenigstens besetzt. Die Einwendungen Wilsons drangen nicht durch.

Frankreichs Militaristen trieben ihr Vaterland in das ebenso nutzlose wie schändliche Abenteuer der Besetzung deutschen Bodens: des Rheinlandes, des Saargebietes, der Ruhr. Ein Unternehmen, mit dem unnötiger- und zweckloserweiser Haß- und Feindschaft gesät wurde, die das Werk der Versöhnung noch in der nächsten Generation erschweren wird.

Wenn ein Krieg beendet ist, dann sollen Entschädigungen auferlegt werden, die der Unterlegene in kurzer Zeit aufzubringen imstande ist; dann sollen die Gebiete genommen werden, die der Sieger wünscht oder die zu nehmen er vermag.

Das Verfehlteste aber ist eine länger dauernde Besetzung, mag man nun die Absicht einer schrittweisen Besitzergreifung haben oder nicht. Jedes besetzte Gebiet gleicht einem Eiterherd, der wie fressendes Gift wirkt, das sich noch fühlbar machen wird, wenn die dafür verantwortlichen Führer längst vermodert sein werden.

Brief von General J. C. Smuts an den Premierminister Lloyd George am 22. Mai 1919:

„Die gefährlichste Bedingung des ganzen Vertrages ist die Okkupation des linken Rheinufers... Das Wenigste was geschehen sollte,... (ist), daß Vorkehrungen getroffen werden, um die zivile Bevölkerung und Verwaltung in keiner Weise unter militärische Rechtsordnung und Regel zu stellen und daß die deutsche Regierung ungeschmälert die zivile Verwaltung des okkupierten Gebietes erhält. Sowohl dieses Gebiet wie das Saarbecken müßten innerhalb des deutschen Zollsystems verbleiben.

Militärische Okkupation und Kriegsrecht für eine so lange Zeitdauer wird jedoch so viele Reibungsflächen und Mißhelligkeiten schaffen und eine solche Gefahr für den Frieden in sich bergen, daß ich auf das Dringendste vorschlagen möchte, daß die Okkupation fallen gelassen werde..."

Brief von P. B. Noyes, amerikanischer Delegierter der interalliierten Rheinlandkommission, mit einer scharfen Kritik der vorgeschlagenen Vereinbarungen über das „linke Ufer".

Anhang IV, zu C. F. 41.

Amerikanische Friedenskommission.

An den
ehrenwerten Woodrow Wilson,
Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika,
Place des Etats-Unis 11,
Paris.

Paris, 27. Mai 1919.

Sehr geehrter Herr!

Nachdem ich als amerikanischer Kommissar einen Monat im Rheinlande verbracht habe, habe ich das Gefühl, daß Gefahr vorhanden ist, daß dort ein unheilvoller Fehler begangen wird. Die „Konvention" über die Verwaltung dieser Gebiete, wie sie die militärischen Vertreter des obersten Kriegsrates am 11. Mai entworfen haben, ist brutaler, glaube ich, als es selbst die Verfasser bei nochmaligem Nachdenken wünschen möchten. Sie sieht während einer jahrelangen Periode eine unerträgliche Unterdrückung eines Sechsmillionenvolkes vor...

Was mich jedoch am meisten beunruhigt, ist... daß das Grundprinzip schlecht ist — daß die Einquartierung einer feindlichen Armee in Friedenszeiten in einem Lande als dessen Herr und die Einquartierung von Truppen bei der Zivilbevölkerung Haß und schließlich Unheil erzeugen müssen.

Ich habe diese Angelegenheit des langen und breiten mit den amerikanischen Befehlshabern der Okkupationsarmee diskutiert, Männern, die die „militärische Okkupation" sechs Monate lang kennengelernt haben. Diese Offiziere unterschrieben nachdrücklichst die obigen Behauptungen. Sie sagen, daß eine Okkupationsarmee selbst mit den besten Absichten sich schlimmer Uebergriffe schuldig machen wird und daß trotz aller gegenteiligen Bemühungen die gegenseitige Gereiztheit mit der Zeit wachsen muß. Gewalt und immer mehr Gewalt bezeichnen unvermeidlich die Geschichte einer derartig lang ausgedehnten Besetzung...

Im Rheinland wimmelte es von Offizieren und Soldaten, die von der Bevölkerung wie Luft behandelt wurden.

„Schreitet ein Belgier oder Franzose durch eine belebte Gasse, so öffnet sich die Menge stillschweigend und schließt sich ebenso wieder. Niemals trifft man einen fremden Offizier oder Soldaten in Begleitung eines Einheimischen."
(Zingarelli.)

Unfaßbar der Haß, der eine tapfere, kriegs-

bewährte Armee wie die französische einer solchen erniedrigenden Situation aussetzte.

Ueberall in den Ortschaften, Dörfern und Städten waren Ortsdelegierte verteilt, die über alles aburteilten und im wahrsten Sinne des Wortes Diktatoren und Tyrannen waren.

Die Verwaltungskommission des Rheinlandes, an deren Spitze der Franzose M. Tirard stand, verfügte über alle Gewalt. Sie erließ Gesetze, fällte Urteile und bewirkte ihre Vollstreckung. Sie konnte den deutschen Zivil- und Strafgerichten die Führung von Prozessen nach Belieben untersagen und sie an sich ziehen und den eigenen Gerichten überweisen.

Jeder Franzose im besetzten Gebiet war völlig immun, dagegen wurden die deutschen Einwohner bei den ausländischen Gerichten wegen Respektverletzungen, Schadenersatz und dergl. verklagt. Man kann sich denken, welcher Willkür sie damit ausgesetzt waren.

Je nach der Zone wurden Prozesse auf Grund des belgischen, französischen oder englischen Gesetzbuches geführt. Dabei waren bis in ganz letzter Zeit die Gerichtsverhandlungen nicht öffentlich.

Französische Gerichtsbarkeit.

Besonders die französische Gerichtsbarkeit gefiel sich darin, die Bewohner der besetzten Gebiete wie rechtlose Kolonialvölker zu behandeln.

Beinahe alle irgendwie namhaften Vertreter des politischen, kaufmännischen und wissenschaftlichen Lebens, Beamte, Kaufleute, Lehrer wurden in den Kerker geworfen oder erhielten den Ausweisungsbefehl und mußten Heim, Familie und Stellung verlassen.

In der belgischen und französischen Zone wurden die Urteile vom kommandierenden General im Vorhinein gefällt. Ein Rechtsbeistand bei der Untersuchung wurde nicht zugestanden. Bei ganz schweren Delikten (vom Hochverrat angefangen) wurden nach dem 19. März 1928 Verteidiger zugelassen; diese Verteidiger mußten aber. — welch ein Hohn — französischer Nationalität sein. Der Boche durfte vor französischen Gerichten im eigenen Lande und auf eigene Kosten nur von fremden französischen Rechtsanwälten verteidigt werden. Wer konnte sich noch dazu die gewaltigen Expensnoten eines französischen Anwaltes leisten, der zur Uebernahme der Verteidigung und Behandlung des Falles erst von Frankreich ins Rheinland reisen mußte!

Ein Militärgericht fällte niemals einen Freispruch:

Ein deutscher Chauffeur gab einem unbekannten Jungen, den er dabei ertappte, wie er die Scheinwerfer seines Wagens beschädigte, einen Backenstreich.

Der Junge stellte sich leider als französischer Gassenjunge heraus, das kostete also — nicht wie ein in altmodischen Rechtsbegriffen befangener Kulturmensch glauben könnte, dem Jungen und seinen Eltern eine Rüge — sondern dem deutschen Chauffeur drei Monate Kerker.

Es wurden verurteilt:

Personen, „weil sie in Reihen marschiert und auch Feldstecher am Halse hängen hatten ..."

Personen, weil sie auf dem Friedhof deutsche Lieder gesungen hatten ...

Gastwirte, die sich geweigert hatten betrunkenen Soldaten Wein zu verkaufen und auf Beschimpfungen mit gleicher Münze gezahlt hatten ...

Ein Chauffeur, der zwei französischen Zivilisten mit seinem Auto nicht ausgewichen war.

Und so endlos weiter ...

Besonders die Zeitungen der besetzten Gebiete wurden auf das brutalste terrorisiert. Es gibt kaum eine Zeitung, die nicht monatelang verboten gewesen wäre.

Von den französischen Gerichten wurden zehntausende Verurteilungen gefällt, hunderttausende von Goldmark an Strafen verhängt; die verhängten Kerkerstrafen betrugen zusammen Hunderte von Jahren.

Sittlichkeit und Kultur.

Unzählbar waren die Kränkungen, denen jeder Deutsche durch die französische Besetzung ausgesetzt war. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete wurden durch die Franzosen und Belgier auf das entwürdigenste behandelt und von den Verwaltungsbehörden zielbewußt und planmäßig schikaniert.

Zeitweise hatten, wie z. B. in Mainz die deutschen Einwohner nach alter Sklavensitte den Gehsteig zu verlassen, wenn ihnen ein französischer oder belgischer Offizier entgegenkam. Wohl hatten auch die Deutschen in belgischen Städten zeitweise diesen Befehl erlassen. Es soll beileibe keine Entschuldigung sein, aber das war mitten im Kriege und war als eine Vorsichtsmaßregel gedacht gegen die zahlreichen Franktireurangriffe auf die deutschen Offiziere. In besetzten Gebieten aber war diese Maßregel einzig von dem Zwecke diktiert, die Deutschen möglichst niederträchtig zu behandeln.

Als die Franzosen Mainz besetzten, schickten sie an die Gemeindeverwaltung eine Liste der benötigten Wohnräume mit dem Bemerken, daß sie, wenn die Zuteilung innerhalb der gestellten Frist nicht erfolge, zur Räumung der Wohnungen Senegalneger verwenden würden.

Unverzeihlich für Kulturmenschen bleibt die Maßregel, daß die deutschen Gemeinden und Städte von den Franzosen und Belgiern zur Errichtung und zur Erhaltung von Bordellen auf öffentliche Kosten gezwungen wurden. Die Lieferung deutscher Frauen wurde wie irgendeine Sachlieferung durch die Franzosen von den deutschen Behörden erzwungen — wobei ausdrücklich gefordert wurde, daß die gelieferten Frauen, nicht von der Nationalität der Siegerstaaten sein dürften.

Nur in den ersten zwei Jahren kostete die Errichtung und Erhaltung der Bordelle für braune und schwarze Franzosen allein dem deutschen Staat über 800.000 Goldmark. Die Kosten der Gemeinden und Städte waren noch unvergleichlich höher.

Deutsche Familien mußten es ertragen, daß die bei ihnen zwangsweise einquartierten Offiziere sich eines Lebenswandels befleißten, der einem sittlichen Familienleben ins Gesicht schlug. Liederliche Frauenzimmer gingen in den Häusern, wo unverheiratete Offiziere wohnten, oft aus und ein. (Zingarelli.)

Nirgendwo ohne Ausnahme bestanden persönliche Beziehungen zwischen diesen Zwangsmietern und den deutschen Familien. Auch zwischen Ortsbehörde und Besatzungsbehörde gab es keine privaten Beziehungen.

Zwecklose und maßlose Verschwendung.

Für alle Mitglieder der Besatzungsarmee mußte Deutschland alle

Kosten tragen. Ein Gefühl der Beschämung muß jeden Kulturmenschen beschleichen darüber, wie die Besatzungsheere im ausgebluteten Deutschland hausten, insbesondere über die unsinnige Verschwendung, die sie auf Deutschlands Kosten trieben.

Sechs Milliarden Goldmark wurden durch den Siegesrausch von Frankreichs Militaristen nutzlos und sinnlos vergeudet.

Wohnungsluxus.

Kasernen und Schulen wurden requiriert, eine ganze Anzahl neuer Kasernen mußte erbaut werden.

Maßlos und ans Unwahrscheinliche grenzend waren meist die Wohnungswünsche der Offiziere und Beamten. Die quartiermachenden Offiziere beschlagnahmten ohne jedes Federlesen jede Villa, jedes Haus, jede Wohnung für ihre Zwecke und die deutschen Besitzer konnten sehen, wo sie blieben. Dabei bestanden die französischen und belgischen Offiziere auf Luxuswohnungen und Luxuseinrichtungen. Ritti gibt eine Zusammenstellung nur für die Zeit vom Herbst 1920 bis zum Sommer 1922.

Danach mußte Deutschland für die Herren französischen und belgischen Offiziere neben den beschlagnahmten Tausenden von eingerichteten Privatwohnungen, Palästen, Häusern und Villen für den Privatgeschmack der Herren von Deutschland in dieser kurzen Zeit außerdem nur an Möbeln, abgesehen von den vielen anderen unsinnigen Forderungen, noch liefern: „1400 Salons, 2600 Arbeitszimmer, 5000 Speisesäle, 103.000 Schlafzimmer, 4600 Küchen, 180 vollständige Zimmereinrichtungen in Leder, außerdem 20.900 Lederklubsessel, 1800 Einrichtungen in Weidenmöbeln, 6300 Korbsessel, 2100 vollständige Einrichtungen in Polstermöbeln, außerdem 1400 feine Polsterstühle, 2300 große Betten, 3500 Kinderbetten, 3900 Kleiderschränke, 3400 Waschtische, 3000 Chaiselongues, zahllose spezielle Damenmöbel, darunter 800 Damenschreibtische 500 Toilettetische, 18.000 Teppiche, 119.900 vollständige Speiseservice, 175.000 Servietten, 89.000 Kaffeeservice, 4300 Teeservice, 4000 Teetassen, 25.000 Porzellangefäße, 72.000 Weißweingläser, 57.000 Rotweingläser, 15.000 Dessertweingläser, 45.000 Champagnergläser, 50.000 Likörgläser, 26.000 Biergläser, 9000 Weinkaraffen, außerdem eine ungeheure Menge von Tuch und viele Millionen Meter Leinen für Tisch- und Bettwäsche, und das in jener Zeit, da in Deutschland das Leinen in allen Hospitälern und Krankenhäusern fehlt und die Kranken ohne entsprechende Nahrung auf bloßen Matratzen liegen."

Pas convenable.

In Düren, wo vor dem Kriege 38 Millionäre ihren Wohnsitz hatten, erklärten die Franzosen kein einziges Haus für fein genug, daß es würdig gewesen wäre, für einen General beschlagnahmt zu werden. «Pas convenable» rief der quartiermachende Offizier immer wieder.

Die Wohnungseinrichtung des französischen Präsidenten der Rheinlandkommission M. Tirard kostete Deutschland die Kleinigkeit von eineinhalb Millionen Mark.

In einem Brief vom 22. August 1921 verlangte das Kommando der Rheinarmee die Herstellung eines besonderen Fußbodens im Schlafzimmer des Kommandierenden, der im Schloß zu Mainz logierte. Der Boden war in gutem Zustande und mit einem kostbaren Teppiche belegt; man verlangte jedoch einen neuen Boden, da der alte an einigen Stellen beim Darüberschreiten ein leichtes Geräusch machte. Für den neuen Boden bestand man auf einem eigenen Muster, das im Handel nicht aufzutreiben war; es mußte deshalb erst besonders geschaffen werden. Als dann die einzelnen Teile des Bodens hergestellt waren, erkrankte die Frau des Kommandanten; infolgedessen erklärte der Kommandant, bis zur Fertigstellung des Bodens in seinem Schlafzimmer das Schloß Waldhausen bei Mainz beziehen zu wollen und ordnete dessen sofortige Instandsetzung an. Diese in aller Eile gemachten Arbeiten kosteten 293.193 Mark; dann kam die Mitteilung, daß der General dennoch das Schloß nicht beziehen werde und so waren denn alle diese Ausgaben verloren gegangen.

Das Leben auf Deutschlands Kosten kam nicht den Soldaten allein zugute. Viele ließen ihre Familien aus Frankreich und Belgien nachkommen, für die natürlich ebenfalls die Wohnungen gestellt werden mußten.

Für die Kinder wurden die schönsten Schulgebäude beschlagnahmt, dort wurden sie von eigens aus ihrer Heimat herbeigeholten Lehrern unterrichtet. Die deutschen Kinder mochten sehen, wo sie blieben.

Es ist, so unglaublich es erscheinen mag, Tatsache, daß viele französische und belgische Offiziere nicht nur ihre Familien, sondern oft genug auch ihre entfernten Verwandten und Freunde, ja sogar Fremde kommen ließen, so daß die Zahl der sogenannten „Familienwohnungen" ins Ungemessene wuchs. Der „Boche" mußte ja alles zahlen.

Hunderte, ja tausende Wohnungen wurden in jeder Stadt beschlagnahmt.

In Aachen mußten für die Unterbringung der belgischen Unteroffiziere ganz neue Stadtteile mit breiten Straßen und Gartenanlagen errichtet werden und die Unterbringung allein der belgischen Garnison in Aachen kostete das nette Sümmchen von 38 Millionen Goldmark.

Auf Deutschlands Kosten lebt sich's fein.

Im verarmten Deutschland, in dem, dank der schmachvollen Hungerblockade im Frieden, furchtbare Hungersnot herrschte, erhielten die Besatzungstruppen, vom letzten Mann bis zum kommandierenden General ein Vielfaches der Bezüge, die sie in der Heimat gehabt hätten.

Mitteilung des deutschen Reichskanzlers vom 21. März 1922:

„Der Sold des niedersten Ententesoldaten beträgt das Dreifache des Gehaltes eines höheren deutschen Beamten. Die Gehälter des Reichskanzlers und aller Reichsminister zusammen, einschließlich der Repräsentationskosten erreichen noch nicht die Gehälter, die Deutschland für zwei Ententegenerale zu zahlen hat.

Mit weniger als dem zehnten Teil des Soldes eines englischen Soldaten muß die ganze Familie eines deutschen Arbeiters oder Beamten leben."

Verschwendung überall.

Neben der sinnlosesten Verschwendung richtete die Besatzung die ärgsten Verwüstungen an.

Eine Million, hunderttausend Festmeter besten Holzes hundertjähriger Eichen, uralte Tannen, fielen der Axt der Besatzungstruppen zum Opfer. Ein Hektar nach dem anderen wurde kahlgeschlagen. In den bayrischen Staatsforsten allein betrug der Schaden an Holz die Summe von 2 Millionen Goldmark.

Schulen, Lichtspiele und Theater wurden einfach enteignet. Zahllose Industriebetriebe wurden durch Beschlagnahme dem Betrieb entzogen, immense Flächen kostbaren Ackerlandes, gegen 3500 Hektar besten Ackerbodens für Flugplätze, Schießplätze usw. beschlagnahmt und jeder Bebauung entzogen, indes im Lande der Hunger Opfer um Opfer zu Hunderttausenden forderte.

Allein im Jahre 1922 forderten die Besatzungstruppen soviel Kohle an, daß sich für jeden einzelnen Mann der ungeheuerliche Verbrauch von je weit über 3 Tonnen ergab. Dabei lebte aber der größte Teil der Besatzungstruppen in Kasernen vereinigt!

Selbst die Festlichkeiten, sportliche Veranstaltungen und militärische Siegesfeiern gingen auf Kosten Deutschlands.

Indes rings Not und Elend, furchtbarer Hunger und Verzweiflung herrschten, prahlten die französischen Offiziere und Beamten mit ihrer maßlosen Verschwendung auf Deutschlands Kosten und bestanden brutal auf der Befriedigung ihrer Wünsche, die ebensosehr von der Sucht nach Luxus als von dem Haß und der geradezu krankhaften Sucht diktiert waren, den Besiegten, so weit es nur ging, zu demütigen und zu quälen.

„Das Besetzungsgebiet umfaßte den ganzen Rhein von Kehl bis Emmerich, so daß 15 Millionen Deutsche wie Fremdlinge in ihrem Vaterlande lebten und gleich Sklaven behandelt wurden. In diesen Gebieten, in denen die Entbehrung und der Hunger herrschten und die Kinder wegen mangelnder Nahrung starben, sind die moralischen Demütigungen noch bitterer als der Hunger. Viele mir befreundete Amerikaner, Engländer und Skandinavier haben mir Photographien aus jenen Gegenden geschickt, deren Darstellungen an die grausamsten Zeiten der Barbarei erinnern: Freie Männer beschimpft, gepeitscht, gefoltert! Und es ist wörtlich zu nehmen, wenn ich sage, daß niemand mehr seines Vermögens, seiner Ehre und seines Lebens sicher ist. Grausamkeit und Verschwendung waren die Mittel der Besetzung, durch die sie die deutsche Wirtschaft zu zerrütten und den moralischen Widerstand zu brechen versuchte . . ."

Wahrlich, niemals in der Geschichte des modernen Europa hat unter dem Schutze eines entehrenden Vertrages eine derartige Ausplünderung eines unterlegenen Volkes stattgefunden, eine Ausplünderung, die gleichzeitig mit einem System von Gewalttaten, Schändungen und Ermordungen verbunden war, mit deren Ausführung die französische Regierung mit Recht niemand anders glaubte beauftragen zu können, als die mit französischer Zivilisation aufgeputzten Kannibalen Afrikas."

Nitti, „Die Tragödie Europas", S. 104.

Die schwarze Schmach

„Der Schmerzensschrei der deutschen Frau dringt zu uns als der furchtbarste Vorwurf gegen christliche Völker."

Nitti.

Die größte Schmach der Nachkriegszeit, die selbst die Hungerblockade im Frieden an Ungeheuerlichkeit bei weitem übertraf, ist die Loslassung von schwarzen, braunen und gelben Soldatenmassen zur Besetzung hochzivilisierten und hochkultivierten weißen Landes.

Neger aus Zentralafrika, Mongolen aus Indochina, Syrer aus Vorderasien und Kabylen aus Nordafrika überschwemmten zu vielen Zehntausenden die ehrwürdigen alten Kulturstätten am Rhein. Halbwilde Völkerstämme ließ Frankreich auf die Kulturstätten Europas los. Farbige Soldateska wurde unter dem Schutze der französischen Trikolore als Herr und Beherrscher weißer Kulturvölker verwendet und der Fluch, den Frankreich dadurch der weißen Rasse aufgeladen, ist heute bis in die entferntesten Winkel Asiens und Afrikas fühlbar.

Wäre es für das Empfinden eines Amerikaners oder Engländers überhaupt faßbar, daß er jederzeit, bei hellichtem Tage und auf offener Straße und nicht etwa in einer fernen Kolonie, sondern in seiner eigenen Heimatstadt von einem halbwilden Farbigen zur Ausweisleistung angehalten werden kann, jede Anmaßung dieser Soldateska schweigend einstecken muß, wenn er nicht in den Kerker geworfen werden will, daß er ohne Anlaß von Schwarzen mit Kolbenschlägen traktiert wird, über Auftrag weißer Offiziere von Farbigen geprügelt und mißhandelt wird, daß er Bordelle auf seine Kosten für diese Kabylen, Indochinesen und Neger einrichten muß und daß französische Behörden es ungestraft wagen dürfen, die Lieferung von Frauen seiner Rasse zur Befriedigung und zur Stillung der Brunst afrikanischer Neger zu befehlen?

Und dennoch duldeten Amerika und England diese Schmach und liehen Frankreich ihren starken Arm zu solcher Untat, die einen Wendepunkt in der Geschichte der weißen Rasse bedeutet, eine folgenschwere Tatsache, von der man einmal wünschen wird, sie — und wenn es sein

müßte, selbst mit den Fingernägeln — aus den ehernen Tafeln der Weltgeschichte auskratzen zu können.

Nitti sagt über die Greuel der Besetzung:

„Ich habe alle in England, Amerika und Deutschland erschienenen Veröffentlichungen über die Besetzung der Rheingegend gesammelt, habe Tausende von Berichten, Protokollen und Anzeigen über die begangenen Untaten gelesen und habe nie im Leben einen so tiefen Schauder von Entsetzen, ein so tiefes Gefühl des Ekels empfunden.

Im Interesse der Kultur, ja, der menschlichen Würde glaube ich, nicht alles erzählen zu müssen, was jene Dokumente an unbestrittener Wahrheit enthalten: Ermordete oder infolge der erlittenen Qualen gestorbene Frauen, Greisinnen, denen nicht einmal ihr Alter zum Schutze diente, vergewaltigte Mädchen, vergewaltigte Knaben, vergewaltigte Jünglinge! Aber auch das ist noch nichts gegenüber der offiziellen Grausamkeit, mit der man die deutschen Gemeinden gezwungen, im Dienste der Negerwollust deutsche Frauen für die Bordelle zu liefern. Wie viele Frauen sind straflos vergewaltigt worden und haben aus Furcht vor größerem Schaden ihre Schande verschweigen müssen! Wie viele Städte haben auf ihre Kosten und mit ihren Frauen die für weiße, gelbe und schwarze Truppen eingerichteten Bordelle versehen müssen! Wieviele Gewalttaten haben nie das Nachspiel eines Prozesses gehabt, wieviele Akte der Notzucht sind straflos geblieben! Die Behörden gefielen sich oft darin, nicht einmal die Urheber der Verbrechen feststellen zu wollen: und oft genug handelte es sich um Neger, die die französischen Befehle nicht verstanden oder nicht zu verstehen vorgaben. Was sind diese Tatsachen gegenüber den den deutschen Offizieren zugeschriebenen Grausamkeiten?

Der Schmerzensschrei der deutschen Frau, noch heute unangehört, dringt zu uns als der furchtbarste Vorwurf gegen christliche Völker, die sich selbst zivilisiert und demokratisch nennen und noch kaum vor ein paar Jahren beteuerten, für die Rechte der Kultur und für den Sieg der Freiheit und Gerechtigkeit auf Erden zu kämpfen."

Der italienische Journalist Dr. Zingarelli schreibt:

„Ohne die elementarsten Rücksichten auf die Sittlichkeit zu verletzen, ist es unmöglich, das von den Senegalnegern im Rheinland Verübte begreiflich zu machen.

Die weiße Bevölkerung wurde von ihnen mit Kolbenschlägen traktiert; in fast allen Orten sind zahlreiche, von Senegalnegern geschändete Frauen anzutreffen. Im Jahre 1924 verursachten die Senegalneger in Trier eine derartige Epidemie der verschiedenen Geschlechtskrankheiten schwerster Art, daß eine eigene Heilanstalt nur hiefür in dieser einen Stadt erbaut werden mußte. Nach dem Abzug der Neger nahm die Seuche so rasch ab, daß die Vollendung der Heilanstalt nicht mehr notwendig war.

Den Zeitungen war es untersagt, diese zahlreichen Fälle der Ausschreitungen auch nur zu erwähnen.

Eine Zeitung, die dieses Verbot in einem Falle überschritt, wurde zu folgendem Dementi gezwungen:

‚Sollte ein Marokkaner tatsächlich ein Mädchen vergewaltigt haben,

so treffe die Schuld lediglich das Mädchen selbst. Denn dieses sei auf einem Spaziergang mit ihrem Bräutigam derart zärtlich gewesen, daß der hinter dem Paar gehende Marokkaner zum Aeußersten gereizt wurde.'

Frankreich war es, das vom Gemeinderat in Ludwigshafen verlangte, Bürger der Stadt auf die Straße zu setzen, um in ihren Wohnungen Freudenhäuser für die schwarzen Truppen einzurichten.

Die Mädchen für diese Häuser mußten sich aus den besiegten Staaten rekrutieren . . . . .

In den Straßen der großen Städte hielten am hellichten Tage Farbige die Einwohner zur Untersuchung und Paßrevision an. Es bereitete den Franzosen eine ganz besondere Genugtuung, die Deutschen durch farbige Truppen bewachen und schikanieren zu lassen.

In St. Ingbert begaben sich zwei Mütter weinend zum französischen Kommandanten, um über die Schändung ihrer Töchter durch fünf Marokkaner Klage zu führen; der ehrenwerte weiße Offizier erteilt die bündige Antwort: «C'est la guerre!» . . . . .

Und dabei war doch seit acht Jahren kein Krieg mehr . . ."

Das ist der Schutz, den weiße Frauen in Europa von weißen Offizieren eines weißen Kulturvolkes gegen farbige Vergewaltigung erhielten.

Ein farbiger Abgeordneter der Antillen beklagte sich in der französischen Kammer darüber,

„. . daß die deutschen Bewohner des Rheinlandes die Verwendung von Negertruppen abfällig zu beurteilen wagten." —

Poincaré erwiderte darauf:

„daß Frankreich, das mit der Entsendung farbiger Wilden lediglich seinem Ideal der Gleichheit aller Völker treu geblieben ist, in dem Verhalten der Deutschen nur den Beweis der deutschen Minderwertigkeit erblicken könne."

Im Rheinland war beinahe die Hälfte der Besatzungstruppen farbige Kolonialtruppen.

Nach dem Jahre 1924 wurden über Drängen der Engländer und Amerikaner die farbigen Truppen allmählich abgezogen.

Als der amerikanische Kongreß durch den Botschafter anfragen ließ, ob noch „coloured people" verwendet würde, zog sich die französische Regierung mit ihrer bereits bekannten Aufrichtigkeit geschickt aus der Affäre, indem sie aalglatt versicherte: „‚Black people' befände sich nicht mehr dort."

Anamiten und Marokkaner, Kabylen und Indochinesen befanden sich jedoch bis in die letzte Zeit im besetzten Gebiet.

Darf man sich wundern, daß die Kolonien heute zu verbissener Gegenwehr gegen die Ueberlegenheit der weißen Rasse greifen, wenn

diese selbst sie im Weltkriege zum Kampf gegen die weiße Rasse heranriefen und erzogen und zum Raub des Eigentums der mitteleuropäischen Völker anstifteten!

Wenn es der weißen Rasse nicht gelingt, Friede in ihrem eigenen Hause zu halten und ihr Zusammenleben nach wirklich sittlichen und moralischen Rechtsgrundsätzen zu regeln, ist es auch mit der Ueberlegenheit der weißen Rasse zu Ende.

Denn diese Ueberlegenheit der weißen Rasse kann sich niemals auf die Hautfarbe oder vergangene Leistungen und Verdienste allein gründen, sondern einzig und allein auf vorbildliche sittliche und moralische Höhe.

Ueber die „schwarze Schmach", die Verwendung farbiger Truppen, sagt General Tasker H. Bliß:

„Die Vereinigten Staaten ..... sollten es als ihr Recht, als ein Recht der Zivilisation verlangen, daß ..... nicht Millionen wilder Völkerschaften ausgebildet werden, um an möglichen künftigen Kriegen zwischen zivilisierten Nationen teilzunehmen. Falls die Zivilisation sich selbst zu vernichten wünscht, mag sie das ohne barbarische Hilfe tun."

Vielleicht trifft der Herausgeber der Memoiren und Dokumente Wilsons, der geistreiche R. St. Baker, das richtige, wenn er über die Verwendung farbiger Truppen durch die Franzosen folgendes sagt:

„Unwillkürlich wird man an das römische Kaiserreich zur Zeit seines Niederganges erinnert, wie es, in dem Bewußtsein, die höchste Stufe der Zivilisation zu repräsentieren, die wüsten Hilfsquellen des Dschungels herbeirief, um sich gegen seine stärkeren, roheren, aber lebenskräftigeren Nachbarn zu verteidigen. Die Römer selbst, erschöpft und entkräftet, warfen ihre barbarischen Legionen an die europäischen Grenzen — Aethiopier, Araber, Perser und viele andere Völkerschaften—, so daß die Kulte der Isis von Afrika und die des Mitra von Asien jenseits des Rheins und des Kanals ihre Altäre errichteten. Doch die von außen herbeigerufenen, nicht im Innern erwachsenen Kräfte vermochten Rom nicht zu retten, nur um so schneller kam der Untergang."

Sollten diese Worte Bakers nicht ein Menetekel für Frankreich sein?

Engländer und Amerikaner am Rhein

„Während die Franzosen im besetzten Deutschland wie in einer afrikanischen Kolonie hausten, erwarben die englischen und amerikanischen Besatzungstruppen durch ihre Gerechtigkeit die Liebe des besiegten Feindes."

„Die englischen Militärgerichte sind von einer Sachlichkeit und Unparteilichkeit, die sogar unsere eigenen Gerichte übertreffen."

Wahrlich ein Lob, das den höchsten Ruhm einer Nation bedeutet.

Die Besetzung war sicher vom Standpunkt der Befriedung des aufgeregten Europa die denkbar unglücklichste Idee.

Ganz ungeheuer aber war der Unterschied im Vorgehen gegen die Einwohner zwischen den französischen und den englisch-amerikanischen Besatzungstruppen. Die Franzosen benahmen sich wie in einer afrikanischen Kolonie.

Die Engländer und Amerikaner lieferten den Beweis, daß man sogar aus einer so heiklen Situation, wie es eine Besetzung fremden Landes ist, mit einem Gewinn an Ehre und Ansehen hervorgehen kann.

Der Ruf der Loyalität und Korrektheit, der den Soldaten „Seiner britischen Majestät", und der Ruf absoluter Gerechtigkeit und Geradheit, der den amerikanischen Soldaten vorausgegangen waren, bewahrheitete sich in einem Maße, das diesen beiden Nationen zu dauerndem Ruhm gereicht.

So furchtbar die Deutschen unter dem französischen Druck zu leiden hatten, gibt es keinen Einwohner der besetzten Gebiete, der nicht von Bewunderung für das unabänderliche Gerechtigkeitsgefühl der Engländer erfüllt ist. Von Anbeginn an war eben die Haltung der englischen Truppen nicht von politischen Gesichtspunkten beeinflußt.

Alles, was die Engländer und Amerikaner unternahmen, erfolgte in Würdigung der deutschen Lage mit Takt und Verständnis, frei von jedem Hasse.

Es zeigt die hohe Kultur der Engländer z. B., daß sie darauf bedacht waren, zumeist solche Offiziere nach Deutschland zu kommandieren, die die Sprache des Landes beherrschten oder sogar freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen in Deutschland hatten. Die Engländer und Amerikaner vermieden nicht nur jede brutale Härte, sie benahmen sich im Gegensatz zu den Franzosen nicht lärmend und auffällig als Herren des Landes, und vor allem enthielten sie sich jeder

Beleidigung und vermieden es, den Deutschen Mißachtung zu zeigen, indes sich die Franzosen nicht genug daran tun konnten, den „boche", das „deutsche Schwein", bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf das erdenklichste zu demütigen und zu erniedrigen.

Es fiel den beiden Nationen auch nie ein, die schönsten Häuser zu beschlagnahmen, nur um den Besitzern ihre Macht zu erweisen. Die Franzosen hingegen beschlagnahmten vor allem Paläste.

Selten haben Engländer und Amerikaner in stärkeren Verbänden und mit klingendem Spiel größere Umzüge durch die Städte veranstaltet. Die Wacheablösung vollzog sich nur mit wenigen Leuten. Ihre Polizei kümmerte sich nur um die Garnison, ohne die Zivilbevölkerung zu belästigen.

Ganz im Gegensatz zu den Franzosen, deren afrikanische Musikbanden Tag für Tag die Straßen durchzogen und die außerdem noch regelmäßige Platzkonzerte und Paraden veranstalteten und keine noch so geringe Gelegenheit vorübergehen ließen, um sich als Herren des Landes aufzuspielen.

Die englischen Militärgerichte waren, wie die Einwohner der besetzten Gebiete immer wieder rühmend hervorheben, „von einer Unparteilichkeit und Sachlichkeit, die sogar unsere eigenen Gerichte übertreffen." Wahrlich ein Lob, das den höchsten Ruhm einer Nation bedeutet.

Wurde ein englischer oder amerikanischer Soldat für schuldig befunden, so konnte er sicher sein, daß seine Richter keine Schwäche zeigten. Wie anders gingen diese Gerichte vor, wenn es sich um Fälle von Notzucht handelte! Bei den Franzosen erhielten die Neger — wenn sie überhaupt bestraft wurden — höchstens einige Wochen Arrest, Engländer und Amerikaner, also weiße Männer, mußten vor englischen und amerikanischen Gerichten diese Tat mit mehrjährigem Kerker sühnen.

Besondere Genugtuung gewährte es, daß sowohl die Engländer als Amerikaner es ablehnten, an Ortsansässigen Rache zu nehmen. Dort, wo Franzosen und Belgier garnisonierten, brauchte jemand, der einem Konkurrenten schaden wollte, diesen nur beim Kommando wegen Ueberschreitung des Waffenverbotes oder dgl. anzuzeigen und mit Wonne bemächtigten sich die französischen Gerichte des Falles. Spione, Angeber, Denunzianten, Verräter und Separatisten fanden immer die belohnende Liebe und das Verständnis der Franzosen und Belgier.

Die Engländer und Amerikaner zeigten unverhohlen ihre Verachtung gegen Denunzianten. Als im Herbst 1928 über Anzeige eines Deutschen ein anderer Deutscher wegen Besitzes unerlaubter Waffen angeklagt war, wurde er mit der Begründung freigesprochen, die vorgefundenen Waffen bedeuteten keine Gefahr für die britische Garnison. Dem Anzeiger aber wurde auf Veranlassung des Präsidenten eine Rüge erteilt.

Als ein englischer Soldat von einem Zivilisten Prügel erhielt, erkannte ein Militärgericht diese als vollkommen gerechtfertigt an. Der Angeklagte wurde nur deshalb verurteilt, „weil sich zwischen dem Stock und der Haut des Verprügelten die Uniform der Royal Army befunden hatte."

Die britische Unparteilichkeit mußten sogar die Franzosen an sich erfahren.

Die Engländer ehrten die deutschen Soldaten dadurch, daß sie am 2. November, zu Allerseelen, Kränze auf die Gräber der deutschen Gefallenen niederlegten.

Die französische Besatzung betrieb mit allen nur möglichen Mitteln Betriebsspionage, durch Bestechung ebenso wie durch gewaltsames Eindringen in die Fabriken unter den verschiedensten Vorwänden, ja selbst unter dem Titel der Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Die Engländer hingegen vermieden es peinlich, wirtschaftliche Spionage zu üben. Sie gingen bei der Sammlung von Informationen mit feinem Takt und Diskretion vor und am Ende unterließen die englischen Militärbehörden sogar diese Informationen.

Auch die Amerikaner weigerten sich entschieden, die französische Politik mitzumachen. Sie waren vor allem bemüht zu helfen und die Ordnung wiederherzustellen.

Das Tagebuch des Generals der amerikanischen Besatzungstruppen Allen und seine kritische Untersuchung der Besetzung, sind Ehrendenkmale amerikanischer Gesinnung.

Für das vornehme Vorgehen der Amerikaner bezeichnend ist auch ein überraschender Umstand. Während zwischen Franzosen und Deutschen überhaupt jeder private Verkehr ausnahmslos völlig ausgeschlossen war — erwarben sich die Amerikaner so sehr die Sympathie und Achtung der Rheinländer, daß zahlreiche Ehen geschlossen wurden.

Hochzeiten deutscher Mädchen mit amerikanischen Soldaten und Offizieren wurden Tag für Tag gefeiert. So zahlreich waren die Ansuchen um Ehebewilligung, daß das amerikanische Kommando in Verlegenheit kam.

Aber die Liebe war so groß, daß schließlich oft eine beschleunigte Ehebewilligung notwendig war, denn, wie General Allen schreibt: „Disziplin, Liebe und Ehre — standen auf dem Spiel . . ."

Die Amerikaner verließen Koblenz am 24. Jänner 1923. Punkt 12 Uhr mittags senkte sich das große Sternenbanner langsam vom Maste der Festung Ehrenbreitstein, von wo aus es vier Jahre lang den Rhein gegrüßt hatte.

Eines der ehrenvollsten und glänzendsten Kapitel der Geschichte des amerikanischen Volkes hatte damit sein Ende gefunden.

Es ereignete sich der seltene Fall, daß ein Land dem abziehenden Feinde nachtrauerte, wurden doch die Amerikaner durch die Franzosen abgelöst.

Das Deutsche Reich grüßte durch seine höchsten Reichsfunktionäre die Amerikaner, die — ein unerhörtes Ereignis in der Geschichte — als Feinde ins Land gekommen seien, um es als Freunde zu verlassen.

Die Abtrennung des Saargebietes

„Der Friedensschluß muß Frankreich den Besitz des Saarbeckens bringen. Frankreich braucht dieses Kohlengebiet."

Denkschrift der französischen Delegierten an die Friedenskonferenz.

Auch die Annexion des Saargebietes gelang Frankreich nicht. Amerika und England verweigerten ihre Zustimmung zu diesem Raube, zu dem die französische Schwerindustrie und die französischen Nationalisten und Militaristen mit aller Macht drängten.

Die Denkschrift der französischen Delegierten zu Beginn des Jahres 1919 (veröffentlicht in dem Buche des Ministers Tardieu „La Paix"), legt die Absichten des verantwortlichen Frankreich unverhüllt dar:

„Der Friedensschluß muß Frankreich den Besitz des Saarbeckens bringen. Frankreich braucht dieses Kohlengebiet nicht nur für Elsaß-Lothringen, das sieben Millionen Tonnen Kohle mehr verbraucht, als es erzeugt, sondern auch für sich selbst.

Vor dem Kriege führte Frankreich 23 Millionen Tonnen Kohle jährlich ein.

Vergrößert durch Elsaß-Lothringen, müßte es also ohne die Saarkohle nach Wiedereinstellung seiner Gruben in Nordfrankreich 30 Millionen Tonnen bei einem Gesamtverbrauch von 75 Millionen einführen. Mit anderen Worten: Frankreich wäre wirtschaftlich von Deutschland abhängig, das vermittels der Kohle die Preise unserer ganzen Hüttenindustrie im Osten kontrollieren und so unsere ganze Politik beherrschen würde.

Man würde also Deutschland das wirtschaftliche Uebergewicht belassen, wenn man Frankreich die Kohle vorenthalten würde. Man würde Frankreich nach dem Siege im Kriege die Niederlage im Frieden auferlegen."

Frankreich wäre durch Elsaß-Lothringen und durch den Raub der Kohlengruben, der Hochöfen, Stahlwerke und Fabriken der Saar die wirtschaftliche Vormacht Europas geworden.

Auf der Pariser Friedenskonferenz behaupteten eines Tages Clemenceau und Tardieu, daß 150.000 Franzosen verbürgterweise im Saarland lebten und um französischen Schutz gebeten hätten und Gerechtigkeit von der Konferenz erwarteten.

Indessen war es Tatsache, daß das Saargebiet seit 1000 Jahren deutsch ist und daß im Jahre 1918 sich im ganzen Saargebiet unter mehr als 850.000 Einwohnern kaum 100 Franzosen aufhielten.

Als Clemenceau aufgefordert wurde, wenigstens die Namen dieser mysteriösen Saarfranzosen anzugeben, die die französische Regierung um Schutz gebeten hätten, ließ er auf diese Antwort bis heute warten.

So kam es zwar nicht zur Annexion, aber Versailles verfügte folgendes:

„Als Entschädigung für die vorübergehenden Schäden, die die Deutschen den Kohlenbergwerken in Nordfrankreich zugefügt haben, tritt Deutschland das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlengruben im Saarlande an Frankreich ab." (Art. 45)

Weiters wird das ganze Saarland dem Völkerbund übergeben. Nach 15 Jahren (1935) soll eine Volksabstimmung über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich entscheiden. Die Regierung des Landes wird durch eine fünfgliedrige Kommission des Völkerbundes gebildet.

Der mutige Herve schreibt in „La Victoire" vom 31. Mai 1919:

„Wir übernehmen den Besitz der Saargruben und, um in der Ausbeutung dieses Kohlengebietes nicht behindert zu sein, bilden wir einen kleinen Sonderstaat für die 600.000 deutschen Bewohner und werden uns 15 Jahre hindurch bemühen, sie durch Volksabstimmung zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie Franzosen sein wollen. Wir wissen, was das bedeutet. 15 Jahre werden wir sie bearbeiten, ihnen in jeder Richtung zusetzen, bis wir ihnen eine Liebeserklärung abzwingen. Das ist offenbar weniger brutal als der Gewaltstreich, der Elsäßer und Lothringer von uns trennte. Aber wenn auch weniger brutal, so ist es doch unaufrichtiger. Wir wissen es im Innern sehr wohl, daß es sich um einen Versuch zur Annexion dieser 600.000 Deutschen handelt. Man kann die wirtschaftlichen Gründe für Clémenceaus Wunsch, uns dieses Saargebiet zu geben, gut verstehen. Aber müssen wir, um es zu erwerben, uns den Anschein geben, daß wir mit 600.000 Deutschen spielen wollen, um sie in 15 Jahren zu Franzosen zu machen?"

General J. C. Smuts in einem Briefe an den Premierminister Lloyd George am 22. Mai 1919:

„. . . . . der deutsche Charakter der Bevölkerung des Saarlandes steht außer Frage, und es besteht daher keine Notwendigkeit, am Schlusse der fünfzehn Jahre eine Volksabstimmung abzuhalten. Ich halte die Sonderverwaltung für ein plumpes und tatsächlich ungerechtfertigtes Mittel ....."

Am 7. März 1919 erhoben die gesamte Arbeiterschaft und alle Parteien des Saarlandes feierlichen Einspruch gegen die Loslösung des Landes vom Reich.

Am 11. Juli 1919 stimmten die neun Abgeordneten der Saar in der Reichsversammlung von Weimar gegen die Annahme des Friedensvertrages.

Trotzdem begann am 20. Februar 1920 die Kommission des Völkerbundes in Tätigkeit zu treten. Der erste Präsident war ein Franzose, Staatsrat Riault. Es war eine rein französisch eingestellte Kommission, die ihre Tätigkeit von vornherein derart entschieden für Frankreich begann, daß der einzige deutsche Vertreter in der Kommission nach ganz kurzer Zeit sein Amt niederlegte.

Beschwerden an die Kommission, gar wenn sie sich gegen einen der zahllosen Uebergriffe der Besatzungstruppen richteten, die, im schlimmsten Sinne des Wortes, die Herren des Landes waren, wurden entweder nicht beachtet oder hatten unangenehme Folgen für den Beschwerdeführer. Die von französischen Soldaten bei Gelegenheit von Ausständen gegen deutsche Arbeiter verübten Gewalttaten waren derart, daß sie, wie Nitti sagt:

„... selbst für Rußland in den schlimmsten Zeiten des Zarentums unerhört waren."

Die Presse wurde unterdrückt, die deutschen Beamten ausgewiesen und durch französische ersetzt.

In ununterbrochener Kette folgte einander vom ersten Tage der Besetzung Gewalttat auf Gewalttat: Ausweisungen, Verfolgungen, Verurteilungen. Mit allen Mitteln begannen die Franzosen vom ersten Tage an ihre Politik der Vergewaltigung.

Zwei Drittel der Bevölkerung des Saarlandes lebt vom Bergbau und von der Industrie. Wer die Kohlengruben beherrscht, beherrscht das Saarland. Am ersten Tage nach der Uebernahme der Kohlenbergwerke durch Frankreich wurde damit begonnen, das deutsche Personal zu entfernen.

Trotzdem das Land angeblich Völkerbundgebiet ist, haben die Franzosen alle wichtigen Posten in der politischen und finanziellen Verwaltung vom Regierungssekretariat angefangen, besetzt.

Die deutschen Beamten haben der Regierungskommission des Völkerbundes einen Eid der Treue und des Gehorsams abzulegen, die

französischen Beamten nicht. Die französischen Militärs können ungehindert jederzeit das Saarland betreten, die deutschen nicht. Die offizielle Geldeinheit ist der französische Francs.

Um das Bild zu vervollständigen, wie sehr der Völkerbund im Saarland das Werkzeug und das ausführende Organ Frankreichs und der französischen Interessen ist, genügt es, nur noch auf die mehr als groteske und absurde Tatsache hinzuweisen, daß die deutsche Bevölkerung französischer Pässe bedarf und jeder ins Ausland reisende Saarländer unter französischem Schutz steht.

Der Reisepaß eines Saarländers trägt den seltsamen Vermerk: «Passeport pour l'étranger delivré exclusivement aux Sarrois, protégés de la France.»

Wie kann man es bezeichnen, daß der deutsche Saarländer für sein deutsches Mutterland eines französischen Passes bedarf, in Deutschland unter französischem Schutze steht, ohne französische Erlaubnis der deutsche Bruder seinen deutschen Bruder nicht besuchen, der deutsche Politiker und Staatsmann ohne diese Erlaubnis das deutsche Saarland nicht betreten darf?

Wie sagt Nitti?:

„Wo und wann in aller Zeit hat man je einem so ekelhaften Schauspiel von Gewalt, Betrug und Heuchelei beigewohnt?

Jedermann müßte, vor allem in Amerika .... das Buch lesen, das Sidney Osborne anfangs 1923 veröffentlicht hat: ‚Die Saarfrage, eine Pestbeule Europas.' Man kann dies Buch nicht lesen ohne ein Gefühl tiefster Demütigung gegenüber dem, was wir noch immer die europäische Kultur zu nennen belieben."

Französische Zollbeamte besorgen an der Grenze zwischen dem Saarlande und dem Deutschen Reiche die Gepäcksrevision, denn man hat das Saarland auch aus dem jahrhundertelangen Wirtschaftsverband mit dem Deutschen Reich gerissen und dem französischen Zollgebiet einverleibt.

Eine hohe Mauer trennt das Völkerbundgebiet mit seinen deutschen Einwohnern von dem deutschen Mutterlande. Deutsche Waren unterliegen hohen Zöllen, die von den Franzosen diktiert werden.

Als Beispiel seien die Automobile angeführt:

Will sich jemand ein deutsches Auto kaufen, so begegnet er bei den Behörden den größten Schwierigkeiten bei der Anmeldung und beim Betriebe; kauft er einen französischen Wagen, begegnet er der größten Bereitwilligkeit. Im französischen Interesse wurde der Zoll auf deutsche Automobile auf 180 Prozent festgesetzt. Der Zoll beträgt also fast doppelt so

viel als der Preis des Wagens. Selbst heute beträgt dieser Zoll noch 41 Prozent.

So geht es mit allen übrigen Artikeln: Weine, Parfüms, Toilette-artikel, Modeartikel, Konfektionswaren, Schuhe usw. usw.

Wie sehr die französische Raubpolitik aber dadurch das Wirtschaftsleben des Saarlandes und Deutschlands trifft, sei im Folgenden kurz dargestellt:

England hatte der wirtschaftlichen Abtrennung des Saarlandes von Deutschland zugestimmt auf Grund der unwahren Angaben und Zahlen der französischen Regierung, die den Vertreter Englands, Lloyd George, bewogen, seine Zustimmung zu geben, nachdem

„kein natürliches wirtschaftliches Band zwischen dem Saargebiet und Deutschland bestünde und das Saargebiet nur Beziehungen mit Elsaß-Lothringen habe."

Frankreich war durch diese Täuschung ein schwerer Schlag gegen Deutschland gelungen. Denn in schärfstem Gegensatz zu den französischen Behauptungen, bestand die denkbar engste wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland, wie folgende Tabelle zeigt:

Anteile an der Produktion des Saarlandes im Jahre 1913	Anteile in Prozent			
	Deutschland	Elsaß-Lothringen	Frankreich	übrige Länder
Gesamtabsatz der Kohlengruben .	70.3	12.8	8.2	8.7
Gesamtabsatz der Eisenindustrie .	72	—	—	—
Glas- und Keramikindustrie . .	87	—	—	—

Auf der anderen Seite bezog das Saargebiet fast alles aus dem deutschen Inlande. Die wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebietes mit dem Reich war derart eng und stark, daß die im Versailler Diktat diktierte Zollunion mit Frankreich sich als praktisch undurchführbar erwiesen hat, weil es unmöglich war, die Saarproduktion auf dem französischen Markt unterzubringen.

Tatsächlich ist die Bevölkerung des Saargebietes schwer getroffen dadurch, daß Frankreich die Förderung der Saargruben wegen Absatzschwierigkeiten ständig drosselt und unter dem Vorkriegsstand hält.

Frankreich erbringt dadurch selbst den Beweis, daß es der Saargruben nicht mehr bedarf, indes sie für Deutschland ein unentbehrlicher Teil seiner Volkswirtschaft sind, insbesondere im Hinblick auf

die schweren wirtschaftlichen Verluste, die Deutschland durch die Abtretung Elsaß-Lothringens und den Raub Oberschlesiens erlitten hat.

Es zeigt sich aber dadurch auch, daß die Schäden, die Frankreich durch die Zerstörung der Kohlengruben des Pas de Calais erlitten hat, bei weitem nicht so groß waren, daß die fünfzehnjährige Abtrennung des ganzen Saarlandes und die Uebergabe der saarländischen Kohlenfelder in das französische Eigentum berechtigt gewesen wäre.

Frankreich, *mit dem Mitleid Amerikas falsches Spiel treibend*, hat es auch hier verstanden, mit den erlittenen Kriegsschäden *ein erträgliches Geschäft zu machen*.

Trotz der absichtlichen und starken Drosselung der Kohlenförderung im Saargebiet ergibt sich folgendes Bild:

Jahr:	Gesamte Kohlenförderung Nordfrankreichs	Abnahme der Förderung im Vergleich mit 1913	Ertrag des Saargebietes
1913	27,389.307	—	—
1919	7,917.562	18,069.600	—
1920	9,740.601	16,204.179	9,410.433
1921	13,329.238	13,086.942	9,574.602
1922	15,379.961	10,810.136	11,240.003
1923	20,896.757	6,979.176	9,192.275
1924	25,646.532	3,025.138	14,032.118
1925	28,700.200	401.629	12,989.849
1926	32,525.746	—	13,680.874
1927	33,228.619	—	13,595.824
1928	33,265.553	—	13,106.719
1919—1928	. . . . .	68,576.800	106,822.697

Aus „Saarwirtschaftsstatistik", Heft II, 1929.

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß für die Gutmachung der durch die Deutschen verursachten Kohlenschäden kaum sieben Jahre völlig hingereicht hätten. Um das zu verhüllen, weisen die französischen Statistiken die Saarkohle niemals gesondert, sondern immer nur als Kohle französischen Ursprungs auf.

Trotz aller französischen Bemühungen ist es heute auch für die Franzosen nicht zweifelhaft, daß die Volksabstimmung auch im schlechtesten Falle 95 Prozent aller Stimmen für Deutschland ergeben wird.

Aber der Völkerbund bleibt stumm und kürzt die Marterfrist nicht ab, weil Frankreich das glänzende Geschäft, ein großes Gebiet als Zollgebiet und Absatzmarkt einverleibt zu haben, nicht verdorben werden darf.

Was schert es Frankreichs Militaristen, was den Völkerbund, für klingendes Geld lebendige Menschen zu Sklaven zu machen!

Die Ruhrbesetzung

„Deutschland muß bezahlen oder Frankreich macht sich durch Einmarsch selbst bezahlt."

Poincaré.

Vier Fünftel seines gesamten Eisens hatte Deutschland durch Versailles verloren. Aber unerträglich war für Frankreichs Militaristen der Gedanke, daß Deutschland dadurch noch immer nicht wirtschaftlich ganz vernichtet war. Besaß es doch noch im Ruhrgebiet genügend Kohle, um damit seine restliche Eisenindustrie, die Hauptstütze seiner verringerten Macht, aufrecht zu erhalten.

Was ist die Ruhr?

Die Ruhr ist nur ein kleines Landgebiet, aber auf der ganzen Erde gibt es kein Gebiet, selbst die Industriezentren in Pennsylvania nicht ausgenommen, wo auf derart engem Raum eine so gewaltige Produktionsmacht zentralisiert ist.

Deutschland erzeugte 1913 insgesamt 190 Millionen Tonne Kohle, davon fielen 115 Millionen auf die Ruhr. Ebenso war die Ruhr für Eisen und Stahl und zahlreiche andere Produkte der erste Platz Europas.

Diesen Platz mußte Frankreich in seine Gewalt bekommen. Um diesen gewaltigen Raubzug vorzubereiten, begann Frankreich, der Meister der Propaganda, einen gewaltigen Zeitungsfeldzug für die Besetzung der Ruhr.

Das Motto war: „Deutschland muß bezahlen oder Frankreich macht sich durch Einmarsch selbst bezahlt."

Was machte es aus, der Welt zu verschweigen, wie ungeheuerlich und unerfüllbar die Leistungen waren, die man von Deutschland verlangte!

Man wartete nicht einmal, daß Deutschland mit seinen Leistungen in wirklich bedeutenden Verzug geriet. So drangen französische und belgische Truppen am 11. Jänner 1923 in das Ruhrgebiet ein, als der ganze Verzug Deutschlands in folgendem bestand: 21.000 Kubikmeter Stammholz, 1½ Millionen Tonnen Kohle und 131.000 Telegraphenpfähle.

Das war die Rechtfertigung des Raubzuges, der noch unvergleichlich ärgere Untaten und schwerere wirtschaftliche Schäden anrichtete, als die Besetzung des linken Rheinufers.

Nitti über die Ruhrbesetzung:

„Wenn die Meisterwerke der gotischen Baukunst am Rhein und die hochgebildeten Bewohner der Rheinlande die Söhne der afrikanischen Kannibalen, diese Vertreter der neuesten Kultur Versailles, an sich hatten vorbei ziehen sehen, warum sollte dieses Schauspiel nicht auch den Einwohnern des Ruhrgebietes vergönnt sein, die die erlesensten Techniker der Welt ihr Eigen nennen?

Unmittelbar nach dem Einmarsch begann man wie in den schlimmsten Kriegszeiten mit der Erweiterung der Besetzungszone, mit Requisition von Sachen und Personen, mit Militärjustiz und Vergewaltigungen aller Art. Die von den französischen Besatzungsbehörden erlassenen Verfügungen, die ich gesammelt, bilden ein Denkmal der Gewalt, das in der modernen Geschichte Europas ohne Beispiel ist. Nach den ersten zwei Monaten waren bereits 2105 Beamte der verschiedenen Verwaltungszweige ausgewiesen worden. Die Truppen drangen nach Willkür in die Amtsgebäude, raubten, was ihnen gefiel, vernichteten die Aktenbestände oder warfen sie durcheinander und schleppten die Beamten fort, die auf ihren Posten zu bleiben den Mut hatten ....

Edle deutsche Patrioten, Männer in hohen Stellungen wurden mit solcher Brutalität mißhandelt, daß sie oft dem Tode nahe waren; in die Gefängnisse geworfen und mit Vagabunden zusammengesperrt, blieben sie ohne Pflege und ärztliche Behandlung; und unter ihnen waren Bürgermeister großer Städte und Männer höchster sozialer Stellung. Mit den Arbeitermassen sprang man mit namenloser Grausamkeit wie mit wilden Tieren um. Nichts war mehr heilig, weder öffentliche Gebäude, noch Privathäuser, nicht einmal Hospitäler und Armenhäuser. Was nur irgendeinen Wert hatte, fiel der Unterschlagung oder der Verwüstung anheim. Die Plünderungen von Bochum und Oberhausen erstreckten sich bis auf die Postgebäude und Finanzämter. Zwei meiner Freunde, ein Skandinavier und ein Amerikaner, die sich auf den neuesten französisch-belgischen Kriegsschauplatz begeben hatten, haben mir eine Sammlung von Photographien, Verfügungen und Erlässen der Militärbehörden und von Tatbestandsaufnahmen der schwersten Greuel zugeschickt, und ich gestehe, was ich da gesehen und gelesen, hat mich mit Ekel und Schauder erfüllt. Mein amerikanischer Freund hat von solchen Beispielen scheußlicher Entartung eine Sammlung Photographien zusammengestellt:

Männer werden gepeitscht, Kinder totgeschlagen, Häuser und Bureaus geplündert — Szenen, wie sie nur der wildeste Sadismus sich vorzustellen imstande ist. Ohne Zweifel sollte hier das infame Wort Clémenceaus, daß in Deutschland 20 Millionen Deutsche zu viel seien, seine erste Ausführung finden, aber das wahre Ziel war doch, die deutsche Produktion und damit das Gesamtleben Deutschlands bis zu dem Grade zu zerrütten, daß die soziale und politische Auflösung des Reiches sich automatisch daraus ergeben müßte."

Die Krone internationaler Freibeuterei: Oberschlesien

„Die Teilung Oberschlesiens ist die ehrloseste Tat politischer Freibeuterei, die je vollbracht wurde."

Nitti.

Der Raub Oberschlesiens ist der schwerste Schlag, den Versailles Deutschland versetzte.

Lange vor dem Einbruch der Slawen waren hier im Osten die Germanen heimisch. In den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt lebten hier Germanen als fleißige, wehrhafte Ackerbauern. Während der Völkerwanderung drangen Slaven in diese Gebiete ein. Aber bereits im 12. bis zum 14. Jahrhundert wurden sie von den Germanen allmählich wieder verdrängt. In den ersten Jahren des 14. Jahrhunderts finden wir in Oberschlesien bereits 20 deutsche Städte.

Im Jahre 1335 verzichtete der Polenkönig Kasimir der Große in aller Form und für alle Zeiten auf Schlesien.

Seit dieser Zeit, also seit 6 Jahrhunderten, ist Oberschlesien ununterbrochen deutsch gewesen.

Oberschlesien ist das Land gewaltiger Bodenschätze. Ungeheure Mengen von Eisen, Kohle, Zink usw. lagern dort. 1913 produzierte es an Zink 17.5 Prozent der gesamten Weltproduktion, an Blei 25 Prozent und an Kohlen 21 Prozent der gesamten deutschen Produktion.

So war Oberschlesien von vorneherein Gegenstand der schärfsten Begehrlichkeit Frankreichs und Polens, das es in Wahrheit viel mehr für Rechnung der französischen Eisenindustrie als für seine eigene verlangte.

Die Annexion scheiterte aber an dem Widerstand Amerikas, das eine Volksabstimmung verlangte. Es wurde ausdrücklich bestimmt, Oberschlesien solle dem Lande zufallen, für das sich die Majorität der Bevölkerung bei der Abstimmung entscheide.

Der amerikanische Friedensdelegierte und Herausgeber der Dokumente Wilsons, der den Kampf Wilsons mit Frankreich um den Friedensvertrag aus nächster Nähe beobachten konnte, R. St. Baker, schreibt:

„Die Forderung nach einer Volksabstimmung in Oberschlesien bedeutete einen von Frankreich schmerzlich empfundenen Streich gegen seine Pläne, Deutschland im Osten zu zerschmettern."

Wilson, Memoiren und Dokumente.
II. Band, S. 90.

J. M. Keynes schrieb im Jahre 1919, also fast zwei Jahre vor der Volksabstimmung:

„Oberschlesien war niemals ein Teil des geschichtlichen Polen. Seine Bevölkerung ist aus Polen, Deutschen und Tschecho-Slowaken gemischt. Die deutschen Behörden behaupten nicht unwidersprochen, daß bei der Volksabstimmung ein Drittel für Polen, zwei Drittel für Deutschland stimmen werden.

Wirtschaftlich ist Oberschlesien durchaus deutsch. Die Kohlenversorgung der ostdeutschen Industrie ist darauf angewiesen, und sein Verlust wäre ein vernichtender Schlag für den wirtschaftlichen Bau des deutschen Staates.

Es würde große Ortskenntnis erfordern, das Ergebnis der Abstimmung vorauszusagen. Dadurch, daß eine Ortschaft für Polen stimmt, kann sie der Last der Kriegsentschädigung und der zermalmenden Besteuerung entgehen, die die Abstimmung für Deutschland zur Folge hat. Das darf nicht vergessen werden. Andererseits könnte die Unfähigkeit der Polen die Abstimmenden abschrecken."

Und noch vor der Abstimmung richtete J. M. Keynes den dringenden Appell an die Friedenskonferenz:

„Oberschlesien aus wirtschaftlichen Gründen auch dann bei Deutschland zu belassen, wenn sich eine Majorität für Polen ausspräche, es sei denn, daß es eine erdrückende Majorität wäre.

Es sollten wohl ebenso die Willenskundgebung der Einwohner als auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften berücksichtigt werden. Aber die Alliierten sollten erklären, daß auch ihrer Ansicht nach die wirtschaftliche Lage die Zugehörigkeit der Kohlengebiete zu Deutschland erfordert, wenn nicht die Wünsche der Bevölkerung entschieden in die entgegengesetzte Richtung gehen."

Die Geschichte Oberschlesiens bis zur Abstimmung ist eines der beschämendsten Kapitel der polnischen und französischen Geschichte. Banden brachen aus Polen ein und überfluteten das Land. Mord und Totschlag an deutschen Bewohnern ereignete sich Tag für Tag. Eine erschütternde Darstellung dieser schweren Heimsuchung der deutschen Bevölkerung durch die polnischen Banden und den furchtbaren Terror der auf Raub bedachten polnischen Banden Korfantys geben die Berichte des englischen und italienischen Kommissars. Darnach nahmen die französischen Truppen (das Land wimmelte vor der Abstimmung

von französischen Truppen) meist ganz offen für die Aufständischen Partei und die französische Delegation sah ihre einzige Aufgabe darin, mit allen Mitteln gegen die Deutschen und für die Polen zu arbeiten.

Von den 7 Departementsdirektoren waren 4, und zwar die wichtigsten (Finanzen, Inneres, Schatz und Militärwesen), Franzosen, 2 waren Engländer (Verkehrs- und Nahrungsamt), 1 Italiener (Justiz). Von den 21 Kreiskontrolloren waren 11 Franzosen, je 5 englisch und italienisch. In der Polizei gab es keine Engländer und keine Italiener, aber eine bedeutende Zahl Franzosen. Der Polizeikommandant der Abstimmungszone war ein Franzose, der wegen seiner famosen Amtsführung schließlich seiner Stelle enthoben und nach Frankreich abgeschoben werden mußte.

Die französische Delegation — reich mit Geld versehen — scheute keine Mittel, jeden polnischen Anschlag zu fördern.

Die Begünstigung der polnischen Gewalttaten war derart niederträchtig, daß englische Beamte, die derartige Gemeinheiten nicht mit ihrem Namen decken wollten, ihre Entlassung nahmen.

Nitti sagte über die Abstimmung in Oberschlesien:

„Ich habe alle auf die Tätigkeit der interalliierten Kommission sowie der polnischen und deutschen Regierung bezüglichen diplomatischen Dokumente gesammelt und kann nach reiflicher Ueberlegung mit gutem Gewissen versichern, daß alles versucht worden ist, Polen zum Uebergewicht zu verhelfen, und daß ohne die unparteiische Haltung des italienischen und des englischen Vertreters der deutschen Bevölkerung keine Gewalttat und wohl auch nicht die allgemeine Niedermetzelung erspart geblieben wäre.

Trotz aller schweren Vergewaltigung und der Herrschaft des Schreckens ergab die Abstimmung am 20. März eine Majorität von fast zwei Drittel für den Verbleib beim alten Vaterland.

707.605 hatten für Deutschland, 479.359 für Polen gestimmt. 60 Prozent für Deutschland, 40 Prozent für Polen. Von 1522 Gemeinden hatten die Deutschen die Mehrheit in 844, die Polen in 678. In den 36 Städten Schlesiens wurden für Deutschland 267.000 Stimmen gegen 70.000 Stimmen für Polen gezählt. In den Landgemeinden 440.000 deutsche gegen 400.000 polnische Stimmen.

Unzweideutig war also das Votum für Deutschland ausgefallen. Aber nicht nur auf Grund dieses ziffernmäßigen Ergebnisses der Abstimmung gehörte Oberschlesien zu Deutschland, sondern auch aus historischen und vor allem wirtschaftlichen Gründen. Das Land gehörte seit 600 Jahren zu Deutschland und Polen hatte zur Entwicklung dieser Provinz nichts beigetragen. In der Zeit der interalliierten Besetzung nahmen die Verwaltungskassen 21 Millionen Mark ein und davon nur 2 Millionen polnischer Herkunft. Von 34 Millionen Grund-

steuer zahlten die Polen nur 0,9 Millionen und von etwa 18.000 Fabriken waren über 17.000 in deutschen Händen.

England und Amerika bestanden angesichts dieser Sachlage auf gewissenhafter Durchführung des Vertrages. Frankreich schäumte, als es diesen fetten Bissen davonschwimmen sah und widersetzte sich der Durchführung dieses Vertrages.

Die Worte, die Lloyd George am 13. Mai 1921 im Hause der Gemeinen sprach, bezeugen, daß er klar erkannt hatte, daß die Nichtanerkennung des Abstimmungsergebnisses zugleich auch die Verneinung des Vertrages von Versailles bedeutete und eine stärkere Verletzung des Völkerrechtes darstelle, als der Bruch der belgischen Neutralität. Er sagt:

„Geschichtlich habe Polen kein Recht auf Oberschlesien und seine Freiheit verdanke es England, Frankreich und Italien, es sei also eine Schöpfung des Vertrages selber, der daher auch unparteiisch durchgeführt werden müsse, ohne Rücksicht auf mögliche Vorteile oder Nachteile. Die Alliierten müssen also auf der Achtung vor dem Vertrag bestehen oder den Deutschen erlauben, seine Achtung zu erzwingen."

Frankreich setzte dennoch seinen Willen durch. Trotzdem die Frage bereits durch das Ergebnis der Abstimmung entschieden war, wurde das ganze Problem dem Völkerbund zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

Dieser fällte ein salomonisches Urteil, indem er den einheitlichen, komplizierten Wirtschaftskörper in zwei Teile schnitt, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Bedingungen, einzig nach dem Gesichtspunkt, in dem einen Teil möglichst viele Deutsche, im anderen Teil möglichst viele polnische Wähler einzuschließen.

Der französische Plan der schwersten wirtschaftlichen Schädigung Deutschlands war damit gelungen. Der Völkerbund hatte sich durch diesen Schiedsspruch selbst zu einem willfährigen Werkzeug der französischen Schwerindustrie degradiert.

Polen raubte dem deutschen Reiche von Oberschlesien mit Einschluß des Hultschiner Ländchens, das sich die Tschechei ohne vorherige Abstimmung als Extrabissen noch schnell kaperte, nicht weniger als 30 Prozent von Gesamtoberschlesien und mit 1,033.522 Einwohnern gar 43 Prozent aller Bewohner! Dazu 53 Steinkohlengruben, 10 Zink- und Bleigruben, 9 Stahl- und Walzwerke, 22 Hochöfen, 6655 Handwerksbetriebe, 2200 Quadratkilometer Kohlenfläche, 115.850 Hektar an Forsten, 23 Prozent des Viehbestandes, 606 Kilometer Eisenbahnlänge, die beiden einzigen Bleihütten, sämtliche Rohzinkhütten, 87 Prozent der Kohlengruben, 75 Prozent der Bleigruben, 96.6 Prozent der Eisenerz- und 81.9 Prozent der Zinkförderung, 48.83 Milliarden Tonnen abbaufähigen Steinkohlenvorkommens, 9 Millionen Tonnen Zink- und Bleivorräte, 12.9 Millionen Tonnen vorhandener

Eisenerze, außerdem sämtlichen öffentlichen Grund- und Gebäudebesitz, u. v. a.

Lediglich aus industriellen und deutschfeindlichen Gründen wurde Polen die Stadt Kattowitz zugewiesen, wo von 26.715 Wählern 22.774 für Deutschland, also nur 3900 für Polen gestimmt hatten. In Königshütte, ebenfalls Polen zugeteilt, hatten sich von 42.758 Wählern 31.864 für Deutschland erklärt. Kurz überall entschied nur ein einziges Kriterium: die Vernichtung der deutschen Wirtschaft. Von 61 Anthrazitgruben waren 53 an Polen gekommen; von den 16 Bleigruben sind nur 4, von den 57 Hochöfen nur 15 bei Deutschland geblieben.

Frankreichs Plan war gelungen.

Mit angehaltenem Atem hatte man der Entscheidung der Weisen von Genf entgegengesehen.

Am 14. Oktober 1921 um 11 Uhr vormittags traf der Sonderkurier des Völkerbundes mit jenem Dokument in Paris ein, das das Schicksal Oberschlesiens entschied.

Aber erst am Nachmittag des 20. Oktober 1921, unseligen Angedenkens, ließ Briand seinen Botschafter diese Note an Deutschland überreichen mit dem Begleitbrief, der neben den üblichen glatten Worten französischer Minister Worte schärfster Drohung im Falle etwaigen Widerstandes enthielt. Und am nächsten Tage triumphierte Briand in der Kammer mit trunkenen Worten „über das verlorene Arsenal Deutschlands".

Deutschland war tief erschüttert, das Kabinett Wirth trat am 24. Oktober zurück; aber aufhalten ließ sich der Lauf des Unheils nicht; man beugte sich dem Diktat und gab Oberschlesien preis.

Der für die Industrie wichtigste Teil Schlesiens ward den Polen zugesprochen, das wegen seiner seit Jahrhunderten weltberühmten Ordnungslosigkeit und der Korruption seiner Beherrscher und seines Adels im Laufe seiner Geschichte niemals imstande war, die rein polnischen Gebiete zu verwalten, noch viel weniger aber die hochentwickelten deutschen Industriegebiete verwalten und nützen können wird, die man ihm willkürlich und, wegen des dabei begangenen Unrechts, zu seinem Schaden geschenkt hatte.

Aber der Plan Frankreichs bestand ja von vorneherein weniger darin, Polen zu nützen, als vielmehr Deutschland zu schaden. Und das war ihm nun, allerdings um den Preis der schwersten politischen Beunruhigung und der schwersten Schädigung des wirtschaftlichen Lebens Europas, voll und ganz gelungen.

Lohnt es sich noch auf die geradezu irrsinnige Grenzführung des Völkerbundes in Oberschlesien hinzuweisen, eine Grenzführung, die auf diesem kleinen Gebiet über 31 Schienenstränge und 45 Landstraßen hinweggeht?

Eine wichtige Straßenbahn zum Beispiel muß eine kurze Strecke polnischen Bodens — nur einige hundert Meter lang — durchqueren, aber

für diese kurze Fahrstrecke werden die Waggons von den polnischen Beamten plombiert.

In Rudahammer, zwischen Beuthen und Hindenburg, war kurz vor dem Kriege ein modernes großes Spital gebaut worden. Das Spital lag tief in dem Gebiet, das nach der Abstimmung an Deutschland kommen mußte. Um nun das schöne Spital doch zu bekommen, setzten die Polen durch, daß mitten durch das deutsche Gebiet bis zum Spital ein Korridor an Polen kam. Auch durch diesen Korridor mußten die Straßenwagen plombiert verkehren.

Kattowitz mit 85 Prozent und Königshütte mit 75 Prozent deutscher Stimmen wurde Polen zugesprochen.

Ratibor mußte wohl oder übel Deutschland zugesprochen werden; aber das große Gebiet des schönen Stadtwaldes rissen die Polen an sich. Wenn die Bewohner der Stadt sich erholen wollen, müssen sie, mit einem Paß versehen, die Grenze passieren.

J. M. Keynes hat angesichts dieser unfaßbaren Handlungsweise des Völkerbundes im Falle Oberschlesiens nur zu recht, wenn er sagt:

„Es dürfte ein gefährliches Spiel sein, die Schlichtung solcher Streitfragen, wie sie jetzt der verwickelten Struktur Europas innewohnen, alten Herren aus Südamerika und dem fernen Ostasien anzuvertrauen, die es als ihre Pflicht ansehen ..... möglichst wenig Gesichtspunkten Rechnung zu tragen in dem entschuldbaren Suchen nach einer Einfachheit, die nicht vorhanden ist. Das würde uns noch mehr salomonische Urteile mit Eselsohren geben, Urteile eines Salomon mit den verbundenen Augen der Justitia, der, wenn er sagt: ‚Teile das lebendige Kind in zween', es auch wirklich so meint."

Nitti über Oberschlesien:

„Die Teilung Oberschlesiens ist gewiß die ehrloseste Tat politischer Freibeuterei, die je vollbracht wurde, und übertrifft an Zynismus und brutaler Willkür alles, was wir bisher als das schlimmste dieser Art anzusehen gewohnt waren."

Senator Lewis nannte nach seiner Rückkehr aus Europa den Völkerbund einen „Bund der Sieger zur Verteidigung der Beute" und eine amerikanische Zeitung ergänzte dieses Urteil durch den Zusatz „und zur Vermehrung der Beute mittels neuer Angriffe". Obrschlesien, die Saar, die Ruhr rechtfertigen dieses Urteil nur zu sehr.

Gneral J. C. Smuts sagt über Oberschlesien:

„Ich bin überzeugt, daß wir bei der ungebührlichen Vergrößerung Polens nicht nur das Verdikt der Geschichte umstürzen, sondern auch einen politischen Kardinalfehler begehen, der sich im Laufe der Geschichte rächen

wird. Das neue Polen wird Millionen Deutscher und Russen umfassen. Es ist doch wohl anzunehmen, daß sowohl Deutschland wie Rußland wieder Großmächte werden und daß das zwischen ihnen eingeklemmte Polen nur bei ihrem guten Willen gedeihen kann. Wie können wir aber unter diesen Umständen erwarten, daß Polen etwas anderes als ein Fehlschlag wird, selbst wenn es die notwendige Herrschafts- und Verwaltungsfähigkeit besäße, die es, wie es die Geschichte beweist, nicht besitzt? .....

Ich glaube, wir sind dabei, ein Haus auf Flugsand zu errichten .... Und im Hinblick auf dieses und zahlreiche andere Erwägungen würde ich Oberschlesien und alle anderen wirklich deutschen Gebiete bei Deutschland belassen. Ich halte die lange Rheinokkupation, die soviel stärkere Vergrößerung Polens, als es je im Kriege geplant war, für die beiden Kardinalfehler des Friedensvertrages. Diese beiden Fehler bilden eine starke Bedrohung des künftigen Friedens Europas, und ich dringe darauf, daß jedes Mittel angewendet wird, sie aus der Welt zu schaffen, bevor es zu spät ist. Noch ist es nicht zu spät ....."

Debatte über den Oberschlesischen Raub bei der Konferenz der amerikanischen Friedensdelegation im Hotel Crillon in Paris am 3. Juli 1919. (Aus dem stenographischen Protokoll. Buch Nr. 4, Geheim.)

„Dr. Lord: Der Hauptwert Oberschlesiens für Deutschland besteht natürlich in dem ungeheuren Mineralreichtum.

Mr. N. Davis: Polen hat auf Grund des gegenwärtigen Vertrages das Recht, nach dem Kriege diesen gesamten Besitz, den Privatbesitz, zu übernehmen, und das ist ein etwas ungewöhnlicher Vorgang; obwohl die Deutschen die Werke groß gebracht haben, kann die polnische Regierung kommen und diesen gesamten Besitz nehmen und ihn an polnische Staatsbürger übermitteln .....

Der Präsident: Sie meinen, der Besitz kann enteignet werden?

Mr. N. Davis: Nicht für öffentliche Zwecke, aber für Privatzwecke. Mit anderen Worten, die deutsche Regierung muß ihre Bürger für das Eigentum bezahlen, das die polnische Regierung ihnen abnehmen will.

Mr. Taussig: Die polnische Regierung kann alle Gruben und Werke den Leuten, die sie gegenwärtig besitzen, fortnehmen und der Gegenwert wird von der polnischen Regierung ohne jede Kontrolle oder irgendeine Nachprüfung festgesetzt. Das ist nach meinem Dafürhalten eine der schlimmsten Bestimmungen des Vertrages.

Der Präsident: Das war meiner Aufmerksamkeit entgangen.

Mr. Taussig: ..... die Tatsache, daß man den deutschen Besitz raubt, der viele Jahrhunderte hindurch deutsch gewesen ist, bietet eine ernsthafte Schwierigkeit ....."

Man kann es einem Kulturvolke zumuten, eine erlittene Niederlage zu verwinden.

Niemals aber kann man fordern, daß es die unerhörten Demütigungen und Beschimpfungen einsteckt, die ihm die minder entwickelten Völker täglich und stündlich zufügen.

Keine deutsche Hand wird sich rühren, um Elsaß-Lothringens willen. Aber daß man deutsches Land, mit deutschem Fleiß geschaffe-

nes Kulturland an Polen gab, damit sie es im Dreck verkommen lassen, das kann kein Deutscher verzeihen. So wenig wie es im umgekehrten Falle ein Franzose könnte. Niemals ein Ostlocarno für Deutschland. Das einzig mögliche: Rückgabe.

Es ist Aufgabe des Buches „Ist nicht schade um Oesterreich?", der ganzen Welt das heutige Polen, seinen Verwaltungssumpf, seine Nationalitätenpolitik, seine Korruption und seine sogenannte „Kultur" im einzelnen vorzuführen, seine Urwaldmethoden, mit denen es die fremdnationalen Bewohner des Landes niederhält, die 50 Prozent der gesamten Einwohnerzahl ausmachen. Es gibt heute schon unter den Westländern außer Frankreich wohl niemand, der nicht eine scharfe Trennungslinie zieht zwischen sich und einem derart unmöglichen Lande.

„Polen, der Hauptstützpunkt der französischen Politik, ist zwischen imperialistischen Wahnträumen und innerer Zersetzung hin- und hergeworfen. Seine Finanzen sind ein Schutthaufen, und dennoch unterhält es das größte Heer nach Frankreich und Rußland. Die einsichtigen Männer unter den Polen wissen genau, daß ein Polen von achtzehn bis zwanzig Millionen Bewohnern ohne den Danziger Korridor, ohne Schlesien und Wilna besser und mehr gewesen wäre. Deutschland und Rußland werden auferstehen; was wird dann mit Polen sein? Entweder findet Polen den Weg der Verständigung oder es wird verschwinden."

Nitti.

Polen würde gut daran tun, diesen Rat Nittis zu befolgen, ehe es zu spät ist.

Frankreich aber sollte beherzigen, was Keynes über Polen schrieb: „Polen besitzt kein Gewerbe außer Judenhetze, und wenn es findet, daß Frankreichs Verführungspolitik kein Geld und keinen Ruhm mehr bringt, wird es so schnell wie irgend möglich einem andern in die Arme sinken."

Ein Land der reinen, heiligen Vaterlandsliebe verbündet sich nicht mit einem Land, dessen Liebe nur mit einem Maß zu messen ist: mit Geld.

Marianne sollte es sich doch überlegen, sich zu einem windigen Gesell ins Bett zu legen, der all ihr Geld verjuxt und sie dann doch sitzen läßt und verläßt.

Ist da nicht doch eine Ehe mit dem deutschen Michel vorzuziehen, der zwar heute noch manchmal mit seinem Poltern der ein bißchen hypersensiblen Marianne ein wenig auf die Nerven geht, aber wenn die Ehe einmal geschlossen ist immer eines sein wird: ein Kamerad in der Not. Zusammengehörigkeitsgefühl, streitbare Liebe und reiche Mitgift ist auf beiden Seiten reichlich vorhanden.

Was kostet denn Marianne die Ehe mit dem deutschen Michel noch? Nur die Aufgabe der Seitensprünge mit dem polnischen Stanislaus und dem tschechischen Wenzel.

Versailles krasseste Mißgeburt: Der Danziger Korridor

„Eine derart unmögliche Lösung hat man in der Welt noch nicht gesehen."

Dr. Momo, Führer der Völkerbundsdelegation zur Prüfung der deutschen Ostgrenzen.

Was ist der Danziger Korridor?

Polen ist ein Binnenstaat, d. h., er hat keinen Zugang zum Meer. Dieses Schicksal teilen mit ihm auch andere europäische und außereuropäische Staaten, wie Oesterreich, Schweiz, Ungarn, Tschechoslowakei, Luxemburg, Liechtenstein, Bolivia, Abessinien.

Für diese Binnenstaaten ist ein Ausgang zum Meer eine wichtige Sache, d. h. nur für die französischen Vasallenstaaten. Die Tschechoslowakei erhielt die freie Schiffahrt durch ganz Deutschland auf dem deutschen Elbefluß und außerdem ein eigenes Hafengebiet im Hamburger Hafen.

Um aber für Polen einen Zugang zum Meer zu schaffen, schnitt man Deutschland ganz einfach mitten durch in zwei Teile, schnitt mitten aus dem Leibe Deutschlands ein schönes Stück Land heraus, nahm es Deutschland weg und teilte es Polen zu.

Dieses wider alles Recht und alle Moral, dieses mit brutaler Gewalt geraubte Land ist der Danziger Korridor.

Die geraubten Gebiete des Korridors und der Randstaaten sind seit vielen Jahrhunderten deutsches Land, so Memel mit der vor 650 Jahren gegründeten deutschen Stadt Heydekrug, so Teile von Tilsit und Ragett, die seit 1422 ohne Unterbrechung zu Deutschland gehörten.

Ein Viertel seiner Gesamtproduktion an Korn, ein Sechstel seiner Gesamtproduktion an Kartoffeln, drei Millionen Menschen beträgt der Verlust Deutschlands durch Zuweisung dieser Gebiete an Polen.

Der durch den polnischen Korridor abgetrennte Teil Deutschlands führt das Dasein einer Kolonie, rings von feindlichem Land umgeben

und völlig der Willkür Polens preisgegeben. Sein Handel und Verkehr steht unter der Kontrolle Polens. In den Zügen, die den Korridor durchqueren, werden die Reisenden wie lebendes Vieh in den Waggons eingesperrt und die Waggons plombiert.

Der japanische Universitätsprofessor Dr. Momo, der Führer einer zehngliedrigen Kommission zum Studium der deutschen Ostgrenze erklärte (Februar 1932) im Namen der gesamten Kommission:

„Die Grenzziehung im Osten Deutschlands ist unsinnig. Eine derart unmögliche Lösung hat man in der Welt noch nicht gesehen. Der Korridor ist wirtschaftlich für Deutschland eine Unmöglichkeit. Das Korridorproblem muß gelöst werden."

Und das alles, diese unfaßbaren Unmenschlichkeiten trägt die Erde, ohne daß die Kulturnationen aufschreien voll Empörung.

Diese Erniedrigung Deutschlands muß ein Ende finden und wenn es sein muß, ohne Zustimmung Frankreichs.

Der „Freistaat" Danzig.

Nun brauchte Polen zu diesem Korridor noch einen Hafen.

Die alte deutsche Hafenstadt Danzig riß man ebenfalls aus dem Leibe Deutschlands und machte sie nach außen zu einem kleinen Freistaat und polnischen Hafen, d. h. also, in Wirklichkeit zum polnischen Machtgebiet.

Danzig, die Geburtsstadt Schopenhauers und vieler großer deutscher Geister, ist seit vielen Jahrhunderten deutsches Gebiet.

Etwa im Jahre 1200 kam es, schon damals deutsch, in den Besitz des deutschen Ritterordens und war schon um das Jahr 1250 eine blühende deutsche Stadt. Die Stadt Danzig zählt nur 4 Prozent Polen, der ganze Freistaat hat unter rund 360.000 Einwohnern kaum 6 Prozent Polen. Aber dieses rein deutsche Land, dieser sogenannte „Freistaat" wird im Auslande diplomatisch vom polnischen Staate vertreten, das also souveräne Rechte über rein deutsches Land ausübt. Eine entwürdigende, kaum erträgliche Situation für die deutschen Bewohner. Selbstverständlich wurde dieser Freistaat aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgeschieden und mit dem polnischen Zollgebiet vereinigt.

Die Tätigkeit der Kommissionen

„Der Anblick dieser Kommissionen, die sich inmitten eines sterbenden Volkes dem maßlosesten Luxus überlassen, ist das widerwärtigste und ekelhafteste Schauspiel, das man sich denken kann."

Lord Newton in der Kammer der Lords.

Fast zahllos waren die Kommissionen, die unter den verschiedensten Titeln und Namen das besetzte und unbesetzte Deutschland überschwemmten und dort ihr verschwenderisches Unwesen trieben.

Das Bundesministerium des Innern begnügt sich für 60 Millionen deutscher Staatsbürger mit 168 Beamten. Die hohe Verwaltungskommission des Rheinlandes, deren einzige Aufgabe darin bestand, die Interessen der 67.000 Mann der Rheinlandbesatzung zu wahren, bestand zehn Jahre nach dem Krieg am 31. Dezember 1928 noch aus 173 Beamten. Und das war ein gewaltiger Fortschritt gegen die langen Jahre, wo diese berüchtigte Kommission, die aus vier Mitgliedern bestehen sollte, bis zu 1300 Personen zählte, darunter 75 Delegierte, die jeder die Wohnung und Verpflegung eines Brigadegenerals beanspruchten.

Die Kontrollkommission zählte 752 Beamte. Sie lebte so gut, daß sie, als im Jahre 1922 ihre Arbeit beendet war, ihre Beamten nur auf 450 verminderte. Ein Mitglied dieser Kontrollkommission beanspruchte eine Wohnung von 17 Zimmern mit entsprechender Einrichtung, außerdem 22 Schlafzimmer für Gefolge und Familienangehörige.

Lord Newton sagte in der Kammer der Lords:

„daß der Anblick dieser Kommissionen, die sich inmitten eines sterbenden Volkes dem maßlosesten Luxus überlassen, das widerwärtigste und ekelhafteste Schauspiel sei, das man sich denken könne."

Die erste Tätigkeit jeder Kommission war immer, sich selbst feste Gehälter und Zulagen zu sichern. Die Beamten und Mitglieder der diversen Kommissionen, die Deutschland überschwemmten, bewilligten sich Gehälter, die ihre Heimatbezüge um das Zehnfache übertrafen, noch dazu für ihre Tätigkeit in einem Lande, das gänzlich verarmt und in dem die Inflation das Leben für Ausländer umsonst machte.

Es gab eine stattliche Reihe von Beamten, die fünf bis zehnmal höher bezahlt waren, als das Haupt der Regierung ihres Landes.

Die meisten dieser Kommissionen führte auf Kosten Deutschlands ein derart herrliches Leben, daß sie nicht nur ihre Tätigkeit so lange als möglich hinauszogen und ins Endlose verschleppten, sondern sich auch dann nicht auflösten, wenn ihre Tätigkeit längst zu Ende war, wie das Beispiel der bereits oben erwähnten „Kontrollkommission" zeigt.

Der italienische Ministerpräsident Nitti über die Kommissionen:

„Aber außer der Reparationskommission haben sich zahlreiche andere militärische und zivile Kommissionen über die Länder der Besiegten ergossen und sie durch ungeheure Ausgaben ausgesaugt, Ausgaben, die oft genug nicht einmal einen anständigen Vorwand hatten. Die gefräßigsten Kriegsspekulanten, Militärs und Bürger, haben, entzündet vom Geiste der Gewalt und der Gier, wie Landsknechtsbanden das Gebiet der Besiegten durchzogen. Ich habe über ihre Ausgaben und ihr Tun und Treiben eine Reihe von Dokumenten gesammelt, die ich nicht publizieren will, um den Haß nicht noch mehr zu schüren; aber gewiß wird es eines Tages eine Schmach bedeuten, einer jener Raubkommissionen angehört zu haben."

Ja, es gibt Kommissionen, die heute noch, vierzehn Jahre nach Kriegsende, formell bestehen.

Unter diesen Kommissionen die berüchtigsten und in ihrer Handlungsweise die verwerflichsten waren die sogenannten „Militärkommissionen".

Ueber diese sagt Nitti:

„Nach einigen Bestimmungen des Vertrages von Versailles mußte sich, angeblich zum schnelleren Wiederaufbau der geschädigten Gebiete, die deutsche Industrie zur Verfügung der belgisch-französischen Konkurrenzindustrie stellen, d. h. man konnte in jeder deutschen Fabrik die Maschinen und das Material requirieren. Was das bedeutet, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Und diese Requisitionen wurden den Militärkommissionen übertragen, die oft nur verkappte Agenten der räuberischen Industriellen waren, jener internationalen Piraten der großen Kriegsindustrie, die mit iher verlogenen patriotischen und zynisch nationalistischen Presse die wahre und größte Verantwortung für die schlimmsten Leiden der Menschheit in jedem Lande trugen und tragen.

Nach dem Artikel 169 des Versailler Vertrages mußten alle zu Kriegszwecken dienenden Maschinen und Werkzeuge zerstört werden. Die Militärkommissionen beuteten diesen Artikel aus, teils aus Dummheit, teils aus Berechnung oder in direktem Auftrag, indem sie unter dem Vorwand, es handle sich um Werkzeuge zur Herstellung von Kriegsmaterial, auf der Vernichtung von Maschinen bestanden, die lediglich zur Herstellung von Mitteln friedlicher Arbeit dienten und nach dem Abzug der Raubkommissionen wieder angeschafft werden mußten, wie z. B. elektrische Maschinen, Thomasöfen, Blitzableiter, Eisenbahnanlagen, Brandlöschgeräte, Warenschuppen u. dgl. Die Absicht war, die Umstellung der Kriegsindustrie auf Friedensindustrie zu verhindern und so Arbeitslosigkeit und andere Störungen des Wirtschaftslebens künstlich hervorzurufen.

Den Schaden, der dem Wirtschaftsleben Deutschlands unter dem Vor-Vorwand der Zerstörung von Kriegsmaterial durch die Militärkommissionen zugefügt worden ist, kann man nicht einmal annähernd berechnen; auf jeden Fall handelt es sich um viele Millionen Goldmark, um die man ruchlos das deutsche Volk geschädigt hat. Aus einer genauen Berechnung ergibt sich, daß allein für 337 Fabriken, die einer genauen Kontrolle unterworfen wurden, also für einen nur kleinen Bruchteil der betroffenen Fabriken Deutschlands, der Wert des zerstörten Materials zusammen mit den Kosten der Zerstörung die Summe von 2700 Millionen Mark übertraf. Und wenn die Dummheit oder Bosheit der Kommissionen versagte, so trat für sie die gerissene Selbstsucht der Konkurrenten ein, die durch ihre Agenten, die Kommissionen, sich aneigneten, was ihnen nützlich schien und den Rest vernichteten.

Auf jeden Fall erreichten diese Prozeduren ihren Zweck, die deutsche Wirtschaft zu zerrütten."

Der Italiener Dr. Zingarelli schreibt:

„Nur durch diese sinnlose Zerstörung von Maschinen, Apparaten und Fabriksanlagen in der sogenannten deutschen Kriegsindustrie erlitt Deutschland einen ungeheuren wirtschaftlichen Schaden. Alle diese Anlagen hätten auf die Herstellung von Friedensartikeln eingestellt werden können, statt sie blindwütend zu vernichten, niemandem zu Nutzen und Deutschland zum Schaden."

Brief des Generals Smuts an Lloyd George am 22. Mai 1919:

„Ich würde bestimmt den französischen und belgischen Fabrikanten die Vollmacht entziehen, in deutschen Fabriken herumzurennen, um sie ihrer Maschinen zu berauben, die sie für ihre Werke notwendig halten mögen ((§ 4 des 4. Anhanges zu den Reparationsklauseln). Eine derartige industrielle Plünderung würde außerordentlich schädlich sein und ließe sich in Friedenszeiten nicht als Repressalie für Verbrechen rechtfertigen, die im Kriege begangen werden."

Mr. Normann H. Davis über die Reparationskommission bei der Konferenz der amerikanischen Friedensdelegation im Hotel Crillon am 3. Juni 1919 (aus dem stenographischen Protokoll, Buch Nr. 4, Geheim):

„Es gibt keine Beschränkung dessen, was die Reparationskommission tun kann, und seit dem Waffenstillstand sind die Vereinbarungen mit den Deutschen durch die Franzosen haarsträubend verletzt worden. Z. B. das Luxemburger Protokoll usw., und die Deutschen haben es erfahren, was die Einräumung dieser Machtbefugnisse zu bedeuten hat und sie beschwerten sich darüber. . . . Sie haben Beweise erhalten, die zeigen, daß die Kommission bisher haarsträubend unfair gehandelt habe . . ."

Der unerhörteste Sklaventribut der Weltgeschichte: Die Reparationen

„Es gibt kein Beispiel in der Weltgeschichte für die Kriegsentschädigung, die der Friedensvertrag Deutschland auferlegt hat."

Keynes.

Was sind die Reparationen?

Der Vorfriedensvertrag kam unter der ausdrücklichen und feierlichen Vereinbarung zustande, daß keinerlei Kriegsentschädigung zu zahlen sei. Deutschland sollte nur „für den durch seine Angriffe der Zivilbevölkerung zugefügten Schaden Ersatz leisten".

J. M. Keynes sagt:

„Ich glaube nicht, daß bei Abschluß des Waffenstillstandes verantwortliche Stellen in den verbündeten Ländern irgendeine Entschädigung von Deutschland über die Kosten der Wiedergutmachung für unmittelbaren Materialschaden hinaus, herrührend aus der Besetzung verbündeten Gebietes und aus dem Unterseebootkrieg, erwarteten. Damals zweifelte man ernstlich, ob Deutschland unsere Bedingungen anzunehmen beabsichtigte, die in anderen Hinsichten unvermeidlich sehr streng waren. Und es hätte als unpolitisch gegolten, eine Fortsetzung des Krieges dadurch auf sich zu nehmen, daß man eine Geldzahlung verlangte, auf die die öffentliche Meinung der Verbündeten damals nicht gefaßt war und die wahrscheinlich in keinem Falle durchzusetzen war. Die Franzosen, glaube ich, teilten diesen Standpunkt niemals völlig, aber er war sicherlich der der Engländer. In dieser Atmosphäre wurden die Bedingungen vor dem Waffenstillstand entworfen."

Kaum war jedoch Deutschland wehrlos gemacht, als die französische Regierung, deren Unaufrichtigkeit sich bei fast jeder Frage enthüllte, auch hier, ungeachtet jeder feierlichen Zusage, die Forderung nach einer Kriegsentschädigung erhob.

An Wilsons entschiedener Haltung in dieser Frage scheiterte jedoch die französische Begehrlichkeit nach einer Kriegsentschädigung.

Der Spitzfindigkeit und der aalglatten Gewandheit der französischen Advokaten war jedoch die gerade Ehrlichkeit Wilsons nicht gewachsen.

Frankreich gelang es, in einem ganz unauffälligen Nebensatze einzuschmuggeln, daß in der Kategorie der wieder gut zu machenden Schäden auch die Pensionen und Alimente inbegriffen seien, d. h. also, die Reparationen umfassen auch die Ausgaben zum Unterhalt der Familien der im Felde Stehenden, die Pensionen an die Kriegsbeschädigten und an die Familien der Gefallenen, Unterstützungen jeder Art usw. Es handelt sich also nicht um Wiedergutmachung der Schäden, sondern um eine über eine wahre Kriegsentschädigung noch hinausgehende Forderung.

Auf dem Umweg über diese in der Weltgeschichte und der Geschichte der Kriegsentschädigungen überhaupt noch nicht dagewesene Forderung erreichte die französische Regierung ihren ursprünglichen Zweck vollkommen, an Deutschland so hohe finanzielle Forderungen stellen zu können, daß ihre Erfüllung unmöglich war, um so den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Wiedererstarkung Deutschlands zu verhindern.

Die Schlauheit der Advokaten fand ein in der modernen Geschichte noch nie dagewesenes und in seiner Brutalität einfach unerhörtes Mittel, Deutschland auf immer niederzuhalten. Frankreich verlangte nämlich, die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung sollte nicht festgesetzt werden, sondern Deutschland sollte jährlich so viel zahlen, als eine Kommission jeweils nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands festsetzen würde. Ebenso sollte die Zahl der Jahre der Tributpflichtigkeit Deutschlands ganz unbestimmt bleiben.

Der französische Finanzminister Klotz stellte folgende klassische Formel auf:

«Le boche paiera tout» (das „deutsche Schwein" wird alles bezahlen).
Dem entsprach auch sein erster Zahlungsplan:
16 Milliarden binnen drei Monaten, 8 weitere Milliarden binnen einem Jahr. Und von da an jährlich um 2 Prozent steigende, mit 8 Milliarden beginnende und zeitlich ganz unbegrenzte Zahlungen!

Hier beginnt die Brutalität Methode zu werden und ausgesprochenes Piratentum. Und nichts anderes war dieser Finanzminister Klotz, der schließlich wegen Wechselfälschungen großen Stils ein schmähliches Ende fand.

Bei all diesen unsinnigen und von Haß gegen Deutschland diktierten Reparationsforderungen darf man nicht übersehen, daß das Diktat von Versailles Deutschland fast all seiner übertragenen Güter beraubt, es den härtesten und drückendsten Lasten unterworfen und bereits jede Wirtschaft gelähmt hatte.

Die französischen Statistiker hatten vor dem Kriege den Gesamtreichtum Frankreichs in jeglicher Form, seinen Gesamtwert auf nicht

über 290 Milliarden berechnet. Nach dem kleinen Einmaleins sind die durch den Krieg verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs nur ein kleiner Teil Frankreichs.

Nur 10 Prozent der Fläche Frankreichs waren wirklich vom Feinde besetzt und nicht mehr als 4 Prozent lagen in dem direkt verwüsteten Gebiet.

Trotzdem bezifferte der sattsam bekannte französische Finanzminister Klotz in seiner Kammerrede vom 5. September 1919 den Anspruch Frankreichs für erlittenen Eigentumsschaden auf 434 Milliarden Francs! (300 Milliarden Mark!) Ende 1920, als der Rausch die Hirne nicht mehr völlig umnebelt hielt, wagte Klotz noch von Deutschland für Frankreich allein eine Entschädigung von insgesamt 218 Milliarden zu fordern. Auch Belgien verlor den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen.

Beide Länder, sowohl Frankreich wie Belgien, forderten von Deutschland mehr als ihren eigenen, von optimistischen Statistikern berechneten Gesamtwert!

„Diese sinnlosen Ansprüche erregten das unwillige Staunen aller Finanzleute der Welt, hatten aber den Erfolg, das Volk in seinen Illusionen zu bestärken. Am 1. Juli 1920 veröffentlichte Poincaré in der «Revue de deux mondes» einen Artikel, der für mich eine Enthüllung bedeutete; denn Poincaré behauptete darin, daß es unerträglich wäre, wenn das französische Volk nach dem Kriege gezwungen sein sollte, die gleichen Steuern wie vor dem Kriege zu entrichten. Das sollte also heißen, Deutschland habe an Frankreich solche Summen zu zahlen, daß der französische Bürger keine Steuern mehr zu entrichten brauche, die öffentlichen Ausgaben Frankreichs also von deutschem Gelde zu bestreiten seien. Man begreift, daß ein Volk, das man in solche Illusionen hineingeredet hat, kein Gefühl mehr besitzt für die Irrtümer und Schandtaten einer unerhörten Gewaltpolitik, und daß die wenigen unbefangenen und vorurteilslosen Geister Frankreichs, die sich gegen dieses System ausgesprochen haben, auf feindseligsten Widerstand gestoßen sind." (Nitti.)

Die jährlich nach der Leistungsfähigkeit zu erfolgende Festsetzung und die zeitliche Unbegrenztheit der Zahlungen gaben den Reparationen jenen Charakter, den sie nach Frankreichs innersten Absichten tatsächlich haben sollten: den eines Sklaventributs, den die bis auf die Zähne bewaffneten Sieger den wehrlosen Besiegten auferlegten.

Die Geschichte der Reparationen weist bis heute drei Kapitel auf:

I. Die Periode des Irrsinns vom Tage des Waffenstillstandes am 11. November 1918 bis zum Tage der Unterzeichnung des Dawes-Planes am 1. September 1924.

Diese Periode ist gekennzeichnet durch ganz maßlose Forderun-

gen von mehreren hundert Milliarden Goldmark, wobei bei verschiedenen Konferenzen immer wieder etwas nachgelassen wurde.

Blütenlese aus den Forderungen der Irrsinnsperiode:

	Geforderte Jahreszahlungen Milliarden Goldmark
1. Lord Cunliffe forderte anläßlich der britischen Wahlen	28.6
2. Der französische Finanzminister in seiner Kammerrede am 5. Sept. 1919 .	18.0
3. Festsetzung des Wiedergutmachungsausschusses	8.28
4. Der Londoner Plan, Mai 1921 . . .	4.6

II. Die Periode des Dawes-Planes vom 1. September 1924 bis zum 31. August 1929.

Der Dawes-Plan setzte die deutschen Leistungen mit rund 169 Milliarden 533.2 Millionen Goldmark fest, zahlbar in 59 Jahren, in Raten von durchschnittlich jährlich 2736.5 Millionen Goldmark.

III. Die Periode des Young-Planes vom 31. August 1929 bis zum 8. Juli 1932.

Der Young-Plan setzte die deutschen Leistungen mit 116 Milliarden 74.4 Millionen Goldmark fest, zahlbar in 59 Jahren, in Raten von durchschnittlich jährlich 2021 Millionen Goldmark.

IV. Die Periode des Lausanner Abkommens vom 9. Juli 1932 bis heute.

Das Lausanner Abkommen setzte die deutschen Leistungen mit 3 Milliarden Mark fest, zahlbar in 37 Jahresraten à 180 Millionen.

Wieso die übertriebenen Reparationsforderungen zustande kamen.

Die übertriebenen Materialforderungen:

Schon während der Verhandlungen über den Friedensvertrag haben unvoreingenommene Fachleute die abnorme Höhe französischer und belgischer Forderungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sehr bemängelt.

J. M. Keynes schrieb im Jahre 1919:

„Der Betrag des Materialschadens in den besetzten Gebieten . . . ist ungeheuer übertrieben worden."

Der französische Minister für die zerstörten Gebiete Loucheur schätzte in seiner Rede am 17. Februar 1919 im Senat die Kosten für den Wiederaufbau mit 75 Milliarden Francs, d. h. *auf mehr als das Doppelte*

dessen, auf das André Pupin das gesamte französische Volksvermögen vor dem Kriege schätzte. Der Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses M. Dubois bezifferte im Juli 1920 den Schaden auf 62 Milliarden und der Finanzminister M. Doumer im Jänner 1921 auf 110 Milliarden.

Im April 1921 unterbreitete die französische Regierung dem Wiedergutmachungsausschuß ihre offizielle Forderung im Betrage von 127 Milliarden Francs, das waren damals 57.7 Milliarden Goldmark.

J. M. Keynes sagt mit Recht:

„Das französische Volk wurde schwer von seinen Ministern getäuscht, daß, wenn die unvermeidliche Aufklärung kommt, die bald kommen muß (sowohl über seine eigenen Forderungen als über Deutschlands Zahlungsfähigkeit), der Rückschlag unter Umständen die Regierung und die Gesellschaftsordnung erschüttern wird."

Der französische Anspruch setzt sich zusammen:

	Milliarden Francs	Goldmark
Industrieschäden	38.882	17.673
Gebäudeschäden	36.892	16.768
Mobilar und Anlagen	35.119	11.417
Unbebautes Land	21.671	9.850
Staatseigentum	1.958	0.890
Oeffentliche Arbeiten	2.583	1.174
Insgesamt	127.105	57.772

J. M. Keynes sagt hiezu:

„Diese Gesamtsumme ist eine enorme, ja geradezu phantastische Uebertreibung. . . . Diese Forderungen erreichen durch ihre Habgier, Unglaubwürdigkeit und übertriebene Unwahrhaftigkeit gerade das Gegenteil von dem, was sie bezwecken."

Wenn man die Einzelheiten der angerichteten Zerstörungen betrachtet und mit den Forderungen vergleicht, ergibt sich folgendes Bild:

Gebäudeschäden:

Nach dem Berichte des Ministers Briand im französischen Senat am 6. April 1921 wurden

vollkommen zerstört . . . 293.733 Häuser
teilweise zerstört . . . . 296.502 „

(Von den 60 französischen Städten mit über 35.000 Einwohnern wurden nur zwei zerstört. Reims mit 115.178 und St. Quentin mit 75.571 Einwohnern. Unbedeutenderen Schaden erlitten Amiens, Calais, Dünkirchen und Boulogne.)

J. M. Keynes, der sich auf maßgebende französische Berechnungen stützt, sagt zu der Berechnung der Gesamtschäden:

„Rechnet man, um vergleichen zu können, daß die nur beschädigten Häuser durchschnittlich halb zerstört waren, so erhält man 442.000 ganz zerstörte Häuser. Für diese wurde von Deutschland ein Ersatz von 16.768 Millionen Goldmark verlangt, also durchschnittlich 45.500 Goldmark pro Haus. Selbst wenn wir jedes überhaupt beschädigte Haus als ganz zerstört rechnen, ergibt sich für jedes Haus noch ein Preis von 34.000 Goldmark. . . .

Dieser Anspruch bezieht sich hauptsächlich auf Bauern- und Bergarbeiterhäuser und Wohnungen in kleinen Landstädten. Minister Loucheur schätzt den Vorkriegswert dieser Häuser auf je 4000 Francs, den Nachkriegswert auf je 15.000 Francs. . . .

Im April 1921 wurden die Baukosten in Paris auf das Dreieinhalbfache des Vorkriegswertes geschätzt.

Aber selbst, wenn wir die Kosten zum Fünffachen des Vorkriegswertes annehmen, würden die von der französischen Regierung angemeldeten Ansprüche immer noch das Dreieinhalbfache der Wahrheit betragen."

Wahrlich ein gutes Geschäft!

Schäden an Mobilar:

J. M. Keynes:

„Nehmen wir an, daß die gesamten Möbel und Anlagen aller 590.000 beschädigten oder zerstörten Häuser vernichtet wurden. . . . Wenn wir den verlangten Betrag von 11.417 Millionen Goldmark hiedurch teilen, gelangen wir zu einem Durchschnitt von 19.350 Goldmark pro Haus. Das gibt eine durchschnittliche Bewertung von mehr als 16.000 Goldmark für die Möbel und festen Anlagen im Hause jedes Bauern und Bergarbeiters. Ich möchte mich nicht darüber äußern, wie groß die in dieser Summe enthaltene Uebertreibung ist."

Industrieschäden:

Für Industrieschäden verlangt Frankreich 17.673 Millionen Goldmark.

J. M. Keynes:

„Im Jahre 1919 schätzte Loucheur die Kosten der Wiederherstellung der Kohlenminen auf 1600 Millionen Goldmark. Der Vorkriegswert sämtlicher Kohlenminen in Großbritannien wurde nur auf 2600 Millionen Goldmark geschätzt. Die Vorkriegsausbeute der britischen Minen betrug aber das Fünfzehnfache der Ausbeute der besetzten Gebiete."

Frankreich verlangt also für die Wiederherstellung mehr als das Neunfache des gesamten Kaufwertes.

„Die großen Textilindustrien von Lille und Roubaix wurden ihrer Rohmaterialien beraubt, aber die Fabriksanlagen nicht ernstlich beschädigt, was daraus hervorgeht, daß bereits im Jahre 1920 in diesen Gebieten wieder beschäftigt wurden:

Von der Wollindustrie 93.8 Prozent, von der Baumwollindustrie 78.8 Prozent ihrer Vorkriegsbelegschaft!

In Tourcoing arbeiteten 55 Fabriken von 57 und in Roubaix 46 von 48!

Es wird behauptet, daß insgesamt 11.500 Industriebetriebe geschädigt wurden; aber diese Zahl schließt jede Dorwerkstatt ein. Etwa drei Viertel der in Frage kommenden Betriebe beschäftigten weniger als 20 Personen.

Die Hälfte davon arbeitete wieder im Frühjahr 1921. Selbst wenn wir die Kohlenminen zu dem französischen Preis rechnen, ergibt sich für jeden Betrieb ein Durchschnittspreis von 140.000 Goldmark!"

Wenn man aber den neunfach übertriebenen Preis der Kohlenminen korrigiert, ergibt sich für jeden Betrieb ein Durchschnittspreis von eineinhalb Millionen Goldmark.

Bodenschäden:

Interessant ist auch die Forderung von 9850 Millionen Goldmark als Entschädigung für Schäden am Ackerland, Wald- und Wiesenboden.

Lloyd George warf auf der Friedenskonferenz den Franzosen das Uebertriebene ihrer Schadenersatzforderungen vor:

„Wenn Ihnen die Aufgabe gestellt würde, das Geld, welches Sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs beanspruchen, auch wirklich auszugeben, so behaupte ich, daß es Ihnen nicht gelingen würde, diese Aufgabe zu erfüllen. Auch ist der Boden ja noch vorhanden. Trotzdem er teilweise aufgerissen worden ist, ist er ja nicht verschwunden. Selbst wenn Sie den (ganz durchlöcherten) «Chemin des Dames» versteigern würden, würden sich Käufer finden."

Wie sehr Lloyd George mit seiner Ansicht Recht hatte, bewiesen die späteren Ereignisse.

Im April 1921 teilte der französische Ministerpräsident im Senat mit, daß 95 Prozent des Ackerlandes wieder geebnet und 90 Prozent gepflügt worden waren und bereits Früchte tragen.

J. M. Keynes:

„Einige gehen sogar so weit, zu sagen, daß die Fruchtbarkeit des Bodens durch die Aufwühlung der Oberfläche und durch das Brachliegen während mehrerer Jahre gesteigert worden ist . . . .

Abgesehen davon, daß es viel leichter war, diese Schäden gut zu machen, als man angenommen hatte, umfaßte die gesamte bebaute Ackerfläche in den elf in Mitleidenschaft gezogenen Departements 6,650.000 Aecker. Von diesen befanden sich: in der Zone der Verwüstung 270.000, in der Zone der Schützengräben und Granatlöcher 2,000.000, in der Zone der einfachen Besetzung 4,200.000.

Der Anspruch, auf die ganze Fläche verteilt, ergibt daher 1600 Goldmark für jeden Acker und auf die ersten beiden Kategorien verteilt ungefähr 5200 Goldmark pro Acker."

Wofür dieser enorme Schadenersatz, da der Boden weder weggetragen noch seine Fruchtbarkeit beeinträchtigt war? Selbst wenn man die Zerstörungen von Waldungen in Abrechnung bringt, ergibt sich, daß die Forderungen den Schaden um ein Hundertfaches übersteigen.

Belgiens Schadenersatzforderungen.

Belgiens Forderungen auf Wiedergutmachung von erlittenen Schäden sind noch in viel höherem Maße übertrieben. Nur ein ganz kleiner Teil Belgiens wurde verwüstet.

J. M. Keynes:

„Der Materialschade war in Belgien viel geringer als in Frankreich. Die belgische Industrie arbeitet schon (1919!) wieder genau wie vor dem Kriege. Nach Mitteilung des belgischen Ministers des Innern im Parlament im Februar 1920 waren zur Zeit des Waffenstillstandes 80.000 Häuser und 11.000 öffentliche Gebäude zerstört."

Belgiens Forderung für Schadenersatz (abzüglich Pensionen und Beihilfen) betrug 34.254 Millionen belgische Francs. Laut offizieller Angabe des belgischen Finanzministeriums im Jahre 1913 wurde der

gesamte Reichtum Belgiens nur auf 29.525 Millionen belgischer Francs geschätzt!

J. M. Keynes sagt am Schlusse seiner Berechnungen über die belgischen Forderungen wörtlich Folgendes:

„Belgiens Forderungen an Deutschland, die mehr als das gesamte schätzungsweise Vorkriegsvermögen des ganzen Landes betragen, sind einfach unverantwortlich."

Das Ungeheuerliche der Pensionen und Beihilfen.

Der Anspruch auf Pensionen und Beihilfen beträgt das Doppelte des Anspruches auf Verwüstungen. Die Reparationsrechnungen werden also durch die Einrechnung der Pensionen verdreifacht.

Die Forderung von Pensionen ist nach den Bedingungen des Vorfriedensvertrages ein krasser Rechtsbruch.

J. M. Keynes sagt:

„Ich glaube, daß diese Handlungsweise eine außergewöhnlich gemeine war ... Es obliegt uns die Verpflichtung, die Forderungen für Pensionen und Beihilfen, als eines ehrenhaften Menschen unwürdig, aufzugeben."

Der amerikanische Friedensdelegierte Mr. Leland L. Summers über die Pensionen (aus dem stenographischen Bericht über die Konferenz der amerikanischen Friedensdelegation im Hotel Crillon am 3. Juni 1919, Buch Nr. 4, geheim):

„Pensionen auf die Deutschen abzuwälzen, wie dies die Franzosen wollen, ist in der Weltgeschichte ohne Beispiel."

Ms. Lamont in seinem Buche über den Friedensvertrag:

„Ich erinnere mich noch gut des Tages, an welchem Präsident Wilson den Entschluß faßte, der Einbeziehung von Pensionen in die Wiedergutmachungsrechnung zuzustimmen. Einige von uns waren in seiner Bibliothek im Place des Etats Unis versammelt, wohin er uns gerufen hatte, um diese Frage der Pensionen zu besprechen. Wir erklärten ihm, daß wir keinen einzigen Juristen in der amerikanischen Delegation finden könnten, der sein Gutachten zugunsten des Einschlusses von

Pensionen abgeben würde. Die ganze Logik spreche dagegen. ‚Logik! Logik!' rief der Präsident, ‚ich kehre mich den Teufel an die Logik. Ich werde die Pensionen miteinbeziehen!'

Trotzdem blieb die amerikanische Delegation — und das wird man ihr stets zur Ehre anrechnen müllen — auf ihrem Rechtsstandpunkt bestehen. Und es war nur der Präsident und nur er allein, der vor den lügenschwangeren Notwendigkeiten der Politik kapitulierte."

Reparationskuriositäten.

Der amerikanische Friedensdelegierte Baruch über die Reparationsforderungen:

„Einer der Verbündeten ging sogar noch weiter, indem er einen Anspruch auf Ersatz der Verluste und Schäden stellte, die dadurch entstanden waren, daß der unerwartete Abschluß des Waffenstillstandes eine Umstellung der Geschäfte verhindert und dadurch finanzielle Verluste verursacht hätte."

Das von Deutschland abgeforderte und für Jugoslawien bestimmte Vieh wurde von zwei Privatgesellschaften angekauft und nach der Schweiz wieder verkauft, ohne das Gebiet des serbischkroatischen Staates überhaupt nur berührt zu haben!

Dasselbe geschah mit der französischen und belgischen Reparationskohle, die im Lande gar nicht benötigt wurde und mit der die Märkte überschwemmt wurden.

Amerikas Kampf gegen die ungeheuerlichen Reparationsforderungen.

Bei den Verhandlungen über die Reparationen waren die Amerikaner die einzigen, die gegen die unsinnigen Forderungen der Franzosen ihre warnende und mäßigende Stimme erhoben.

John Foster Dulles Rede im Namen der amerikanischen Delegierten:

„Wenn unser Gefühl es zuläßt, daß die Grundsätze der Wiedergutmachung harte sein sollen und wenn unser materielles Interesse verlangt,

daß diese Grundsätze alles einschließen, warum haben wir dann im Gegensatze zu diesen Motiven die Wiedergutmachung auf einer beschränkten Basis vorgeschlagen? Deshalb, meine Herren, weil wir uns selbst nicht als frei ansehen. Wir sind nicht hier, um neue Vorschläge über die Wiedergutmachung zu beraten, die der Feind vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus leisten müßte; wir haben kein leeres Blatt vor uns, das wir ausfüllen können, wie es uns beliebt. Wir haben ein Blatt vor uns, das trifft zu, aber ein Blatt, das bereits beschrieben ist und an dessen Fuß sich die Unterschriften von Mr. Wilson, M. Orlando, M. Clémenceau und Mr. Lloyd George befinden. Sie wissen sicherlich, welches Schriftstück ich meine: die vereinbarten Grundlagen des Friedens mit Deutschland....

Kann jemand bezweifeln, daß dieses Abkommen eine Beschränkung darstellt? Es ist vollkommen klar, daß man zur Zeit der Verhandlungen im Oktober und November 1918 erkannt hatte, daß die festgesetzten Wiedergutmachungsgrundsätze die Bewegungsfreiheit der associierten Regierungen mit Bezug auf die Wiedergutmachung, die sie von dem Feind als eine der Grundbedingungen des Friedens verlangen könnten, beschränken würden.

Die Tatsache, daß die Verbündeten den ursprünglichen Begriff der Wiedergutmachung erweiterten, ist nur dadurch zu erklären, daß es nach Unterzeichnung eines Abkommens nicht mehr möglich wäre, die von Deutschland zu leistende Wiedergutmachung zu spezialisieren. Wir haben deshalb zugestimmt, Deutschland Frieden zu gewähren, wenn es bestimmte Handlungen ausführen würde. Haben wir daher jetzt das Recht, zu sagen: ‚Ja, aber bevor ihr in Frieden leben dürft, müßt ihr andere und weitere Bedingungen erfüllen?' Wir haben zu Deutschland gesagt: ‚Ihr könnt Frieden haben, wenn ihr neben anderen gewisse Wiedergutmachungsverpflichtungen erfüllt, die euch schätzungsweise zehn Milliarden Dollars kosten werden.' Sind wir daher heute nicht offensichtlich außerstande, zu sagen: ‚Ihr könnt Frieden haben, vorausgesetzt, ihr erfüllt weitere Wiedergutmachungsverpflichtungen, die eure Gesamtschuld auf das Vielfache des zuerst genannten Betrages bringen werden?' Nein! Ungeachtet der Gerechtigkeit des Anspruches auf die weitere Wiedergutmachung, ist es jetzt zu spät. Wir haben unseren Handel abgeschlossen, komme, was da wolle, und es bleibt uns nun nur übrig, unseren Grundsätzen eine gerechte Auslegung und eine praktische Anwendbarkeit zu geben."

Wilsons Depesche an die amerikanischen Delegierten:

Die Delegierten sollten einem Verfahren widersprechen und, falls notwendig, sich öffentlich dagegen wenden, das so „offensichtlich unvereinbar ist mit dem, was der Feind nach den von uns mit Ueberlegung aufgestellten Bedingungen erwarten konnte und was wir nicht — ohne unserer Ehre verlustig zu gehen — einfach deshalb umstoßen können, weil wir die Macht dazu besitzen."

Normann H. Davis Memorandum über die Reparationsfragen für Mr. Lloyd George (März 1919):

Die Frage, welche Summe man klugerweise von Deutschland als Zahlung fordern soll, wird von politischen und wirtschaftlichen Erwägungen, wie den folgenden, beeinflußt....

... Der Möglichkeit, den Alliierten wirtschaftlichen Schaden zu verursachen. Deutschland vermag nur durch die Arbeit und durch wachsende Wohlhabenheit zu bezahlen. Der Import muß verringert werden, wodurch die Alliierten eines Absatzmarktes beraubt werden, und der Export muß sich steigern, wodurch ein schwerer Wettbewerb erzeugt wird. Die Folgen, Deutschland zu einem Stadium höchster Leistungsfähigkeit und viele Jahre hindurch zur Sparsamkeit zu zwingen, damit es jährlich große Zahlungen leisten kann, werden den Alliierten größeren wirtschaftlichen Schaden zufügen, als die Vorteile wert sind, die sie aus der Reparation ziehen können.

Es ist äußerst wahrscheinlich, daß der auf ein unwilliges Volk ausgeübte Zwang, eine Generation lang zu arbeiten, um eine große Schuld abzutragen, Unruhe erzeugen wird, die durch Agitation, diesen Zwang abzuschütteln, den Frieden der Welt erneut stören könnte. Und das kann auch mit der Zeit auf das Weltgewissen eine Wirkung ausüben, die auf die Alliierten zurückfallen wird.

Bericht von Normann H. Davis, dem sehr ehrenwerten E. S. Montagu und Louis Loucheur vom 20. März 1919 über das Reparationsabkommen, mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Zahlungsfähigkeit:

Bericht für die drei Staatsoberhäupter.

„... Nach unserer auf liberaler Basis vorgenommenen Schätzung vermöchte Deutschland im Laufe von 20 bis 30 Jahren 10 bis 20 Milliarden Dollars zu bezahlen ... (einschließlich des Erträgnisses der Liquidation seines Eigentums im Ausland und einschließlich der Summe, die ihm für die Abtretung der gesamten Handelsflotte und des deutschen Eigentums in den abgetretenen Gebieten gutgeschrieben wird).

Anderseits will es uns scheinen, daß, wenn Deutschland sich auch nur widerwillig verpflichtete, mehr als das zu bezahlen, es in wenigen Jahren die ganze Verpflichtung als etwas Aufgezwungenes verwerfen würde und das moralische Gewissen der Welt möchte es darin unterstützen.

Im Bezug auf die Schätzungen, die von einigen hervorragenden Bankiers abgegeben wurden, dahin lautend, daß Deutschland imstande wäre, während der Dauer von 30 Jahren jährlich 3 bis 4 Milliarden Dollar zu bezahlen, können wir nur betonen, daß nach unserer Ueberzeugung eine derartige Leistung seitens Deutschland vollkommen unmöglich ist, da es allem voran niemals einem derartigen Unterfangen zustimmen würde und zweitens, selbst wenn es dazu imstande wäre, was unwahrscheinlich ist, das nur durch eine völlige Zerstörung des Handels von England und Frankreich und anderer Länder der Welt geschehen könnte. Deutschland müßte, um das auszuführen, ein Maß von Leistungsfähigkeit entwickeln, das bisher in der Weltgeschichte unbekannt war und, falls es das vermag, könnten wir nichts tun, um Deutschland zu verhindern, später die Welt über den Haufen zu rennen."

Rede Wilsons am 25. April 1919 im Viererrate:

„Der Friedensvertrag würde die Deutschen sehr schwer treffen, da er sie ihres Eigentums in anderen Ländern berauben würde; er würde ihr Land zwangsweise den unternehmenden Staatsangehörigen anderer Länder erschließen, ohne ihre eigenen unternehmenden Staatsangehörigen in die Lage zu versetzen, ihre Stellung in fremden Ländern wieder zu erobern. Er glaube, daß die Tatsache nicht genügend berücksichtigt wäre, daß Deutschland, *wenn es keine aktive Handelsbilanz hätte, nicht in Gold zu zahlen vermöchte*. Dies bedeute, daß Deutschland seinen ausländischen Handel stärker ausgestalten müßte, als er vor dem Kriege war, wenn es zu zahlen imstande sein sollte. Vor dem Kriege hätte der Handelsüberschuß Deutschlands niemals die Summe erreicht, die es jetzt zu zahlen haben würde. Falls man Deutschlands Hilfsquellen zu sehr einschränkte, würden wir nicht in der Lage sein, das zu erhalten, was Deutschland für Reparationen schuldete.... Wir müssen darauf achten, daß Deutschland sich selbst in die Lage versetze, daß es bestraft werden könnte."

Brief von Präsident Wilson an Mr. Lloyd George vom 5. Mai 1919:

Mein lieber Herr Premierminister!

„Ich habe Ihre neueste Mitteilung samt dem beigefügten Plan zur Wiedereinrichtung normaler wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse in Europa sorgfältig erwogen. . . .

Unser Schatzamt sowie unsere Finanzdelegierten hier in Paris sind überzeugt, daß der Plan, wie er vorliegt, mancher Elemente *wirtschaftlicher und finanzieller Vernunft entbehrt*. . . .

Während der Erörterung der Reparation hat die amerikanische Delegation ständig den anderen Delegierten gegenüber ausgeführt, daß die vorgeschlagenen Pläne Deutschland unzweifelhaft der Mittel berauben würde, irgendwelche namhafte Reparationszahlungen zu leisten. Wie Sie wissen, habe ich häufig die gleiche Bemerkung gemacht. Aber so oft einer von uns diesen Punkt betonte, erhob sich sofort die Anklage, daß er prodeutsch wäre. Unsere Delegation gab endlich zu den aufgesetzten Reparationsklauseln ihre Zustimmung nur, weil das Reparationsproblem in erster Linie Frankreich, Großbritannien, Belgien und die anderen europäischen Länder betraf und nicht Amerika. . . .

Herzlich und aufrichtig der Ihrige
(Gezeichnet) Woodrow Wilson.

Dem sehr ehrenwerten David Lloyd George,
Premierminister von Großbritannien,
Paris, Frankreich.

Trotzdem gelang es Wilson und den amerikanischen Wirtschafts- und Finanzfachleuten nicht, die wahnsinnigen Forderungen auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, weil eben diese Forderungen auf der Absicht Frankreichs beruhen, Deutschland wirtschaftlich völlig zu vernichten.

Der amerikanische Friedensdelegierte Normann H. Davis, dessen Ausführungen weiter oben mehrmals zitiert sind und der immer die seither durch die Ereignisse so gerechtfertigte Ansicht vertrat, daß unvernünftige Reparationsforderungen in ihren Auswirkungen den

Alliierten mehr Schaden als Nutzen bringen würden, gab schließlich den Kampf gegen Lloyd George und Frankreich auf, in der sicheren Erwartung, daß die Entwicklung der Dinge die Alliierten schließlich doch zur Vernunft bringen würde. Davis schrieb damals in einer Denkschrift:

„Mr. Lloyd George und M. Loucheur geben zu, daß sie ohne Zweifel in zwei, drei Jahren wünschen würden, Deutschlands Reparationsrechnung beträchtlich herabzusetzen, da mittlerweile ihre Völker begriffen haben würden, daß Deutschland nur dann eine sehr große Summe zahlen könnte, wenn es seine Einfuhr in einem Maße einschränkte und seine Ausfuhr derart erweiterte, daß es für die alliierten Länder als Absatzgebiet in Wegfall käme, sie würden nicht nur Märkte für deutsche Waren zu Schleuderpreisen werden, sondern auch ihr eigener Export nach anderen Ländern würde der deutschen Ausfuhr weichen müssen. Die Frage dreht sich daher weniger um das, was Deutschland zahlen kann, als um das, *was die Alliierten ihm zu zahlen gestatten können.*"

R. St. Baker, der Vertrauensmann Wilsons und Herausgeber seiner Memoiren und Dokumente, der den Kampf gegen Frankreichs irrsinnige Reparationsforderungen aus nächster Nähe miterlebte, sagt:

„Natürlich beruht das Verhalten Frankreichs daneben noch auf der alten Wahnidee, Deutschland gänzlich zu vernichten.

Man hat Deutschland das Recht, die Einfuhr von Luxusartikeln aus den alliierten Ländern einzuschränken, beschnitten. Man widersetzt sich jeder Einfuhr von deutschen Waren im eigenen Lande und bekämpft sie in der ganzen Welt. Die Folge ist die Durchführung einer Vernichtungspolitik mittels des unfehlbaren Systems der zwei Mühlsteine. Und das Gewicht des obern Steines nimmt zu in dem gleichen Maße, wie der Widerstand des unteren Deutschland am Zahlen behindert. Werden die Franzosen aufhören, bevor Deutschland zu Staub zermahlen ist? . . .

Die Konferenz hat die ganze Reparationsangelegenheit fast hoffnungslos verfahren. Durch ihre Weigerung, den Tatsachen in der Frage der Zahlungsfähigkeit und der Zahlungsmittel ins Auge zu schauen, die von Davis und anderen Amerikanern so klar erkannt und verfochten wurde, hat die Konferenz nichts als ein Gebäude der Irrealitäten errichtet, *dessen einzige Wirklichkeit der wahrscheinliche Ruin Deutschlands ist, den die anderen vielleicht selbst nicht überleben werden!*"

Ueber Deutschlands Leistungsfähigkeit und den Irrsinn der Reparationen haben die besten Köpfe der Welt ihr Urteil abgegeben.

Die genauen und zuverlässigsten Berechnungen J. M. Keynes, des schwedischen Nationalökonomen Cassel, sowie ungezählter anderer sprechen eine Sprache, die keines Kommentares bedarf.

Die Werke J. M. Keynes „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages" und „Die Revision des Friedensvertrages" sind die glänzendsten Bücher, die überhaupt über den Friedensvertrag ge-

schrieben wurden. Sie zeigen die Unmöglichkeit seiner Erfüllung, die Vernunftwidrigkeit seiner Bestimmungen in einer so erschütternden Klarheit, daß es fast unnötig erscheint, noch eine andere Stimme zur Zeugenschaft aufzurufen.

In keinem anderen Lande der Welt aber haben die Finanzleute, die Wirtschaftsleute und Gelehrten die Sinnlosigkeit der französischen Forderungen so allgemein erkannt und verurteilt, wie in Amerika. Die Veröffentlichung der Chase National Bank von New York und ihres Beraters Benjamin M. Anderson, vor allem aber das geradezu unübertroffene Buch „Deutschlands Zahlungsfähigkeit" vom Leiter des Institutes of Economics in Washington, Professor Harold G. Moulton, und seinem ausgezeichneten Mitarbeiter Constantin E. Mc Guire, weisen unwiderleglich und schlagend nach, daß Deutschlands Zahlungsleistungen bis zum Zeitpunkt der Herausgabe des Buches weit über sein Vermögen gehen und daß die absurden Forderungen Frankreichs lediglich auf die wirtschaftliche und politische Zersetzung Deutschlands abzielen.

Alle die bereits angeführten Finanzfachleute haben an Hand einwandfreier statistischer Berechnungen schon seit dem Jahre 1919 einen zweifachen Beweis erbracht.

1. Daß Deutschland unmöglich die geforderten Leistungen erfüllen kann,

2. daß der wirtschaftliche Zusammenhang Europas ein derartig enger sei, daß der Versuch, diese Forderungen durchzusetzen, alle ins Unglück stürzen könnte.

Die bis heute verflossenen Jahre haben die Richtigkeit dieser Behauptungen nur zu sehr bestätigt.

Was Deutschland geleistet hat.

Leistungen Deutschlands vom Tage des Waffenstillstandes bis zum Tage der Unterzeichnung des Dawes-Planes am 1. September 1924:

In bar in Milliarden Reichsmark		In Sachwerten in Milliarden Reichsmark
—	Abtretung seiner Vorschüsse an die eigenen Verbündeten (Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei), Abtretung der Rechte aus	

In bar in Milliarden Reichsmark		In Sachwerten in Milliarden Reichsmark
	Beteiligungen seiner privaten Staatsangehörigen an allen öffentlichen Konzessionen in diesen Ländern sowie in Marokko, Rußland und China	9.—
—	Binnen- und Seeschiffe und Eisenbahnmaterial	6.5
—	Sachlieferungen (Vieh, Kohle, Chemische Produkte, usw.)	3.5
2.—	In barem Golde oder in Devisen	—
	Dazu kamen:	
	Das im Feindesland zurückgelassene, nicht militärische Material aller Art	3.—
	Das abgetretene Staats- und Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten	5.—
	Das militärische Material, das abgeliefert oder zwangsweise vernichtet wurde (Kriegsmaterial, Kriegsschiffe usw.), ist hiebei in keiner Weise mitgerechnet, obgleich allein die Zerstörung von Maschinen und Apparaten in der sogenannten deutschen Kriegsindustrie mindestens 2.5 Milliarden Reichsmark wirtschaftlichen Verlust bedeutete	2.5
	Verluste der deutschen Wirtschaft durch die Zwangsliquidierung und Verschleuderung des privaten deutschen Eigentums in den alliierten Ländern	11.—
	Wegnahme der Kolonien ohne Bewertung der Zukunftsaussichten	80—100
5.5	Kosten der Besatzung	

Leistungen während des Dawes-Planes vom 1. September 1924 bis 31. August 1929 (fünf Jahre):

8 Milliarden Reichsmark in bar und in Sachwerten.

Leistungen während des Young-Planes vom 1. September 1929 bis 9. Juli 1932:

3.5 Milliarden Reichsmark.

Zusammenfassung der wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands bis zum 31. August 1932 in Milliarden Mark:

40.5	bezahlt in bar oder Sachwerten,
13.5	wirtschaftliche Verluste durch Verschleuderung deutschen Privateigentums und Zerstörung von Maschinen,
5.5	durch die Besatzungskosten,
80—100	durch den Verlust der Kolonien,
150	durch die eigenen Kriegskosten.

Niedrige Bewertung der deutschen Sachlieferungen durch die Entente.

Während die Sieger, wie wir gezeigt haben, in der Bewertung ihres Schadens ihre Ansprüche nicht hoch genug schrauben konnten, waren sie bei der Bewertung der deutschen Sachlieferungen über die Maßen bescheiden. Die gesamte Handelsflotte Deutschlands, die ausgeliefert werden mußte, wurde mit 755 Millionen Goldmark gutgeschrieben. Der Engländer J. M. Keynes schreibt darüber:

„Es erscheint ungerecht, die Schiffe zu dem Preise zu berechnen, der während des Niederganges von Schiffspreisen dafür erlöst wurde, während man Deutschlands Verpflichtungen für Unterseebootschäden in der Weise berechnet hat, daß der Preis in Anrechnung gebracht wurde, der während der Preishausse gezahlt wurde. Meine Schätzung des Wertes der abzuliefernden Schiffe beträgt 2400 Millionen Goldmark."

Vergleich der Reparationen mit der französischen Kriegsentschädigung an Deutschland 1871.

Es betrug, beziehungsweise beträgt die Kriegsentschädigung:

	Frankreichs:	Deutschlands:	also bei Deutschland:
pro Kopf der Bevölkerung	110 RM.	1350 RM.	das 12fache
Vom Volksvermögen des letzten Friedensjahres	2.2 %	38 %	das 17fache

	Frankreichs:	Deutschlands:	also bei Deutschland:
Vom Volkseinkommen des letzten Friedensjahres	25 %	220 %	das 9fache
Vom Währungsmetallvorrat des Landes	100 %	2200 %	das 22fache

Wieso waren Deutschlands Zahlungen bis jetzt möglich?

Deutschlands Reparationszahlungen waren nur dadurch möglich, daß es zuerst seine Barwerte und den Inlandsmarkt ausschöpfte und dann Auslandsanleihen aufnahm. Hätte Deutschland nach dem Dawes-Plan keine Anleihen aufgenommen, so hätte das völlig ausgepumpte Deutschland keine Reparationen zahlen können. Reparationszahlungen können nur aus den Ueberschüssen der Erwerbwirtschaft bezahlt werden, daher müßte, wenn Deutschland zahlungsfähig werden soll, zuerst geschehen, was Frankreich bisher um jeden Preis mit seiner ganzen Kraft verhindert: die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands.

„Deutschland", sagt Schacht, „das seine Erfüllungsbereitschaft zeigen wollte und aus Erwerbsüberschüssen nicht zahlen konnte, beging den Fehler, Auslandsanleihen aufzunehmen, um zahlen zu können, statt mit Festigkeit darauf zu dringen, nur so viel zu zahlen, als es gesunderweise zahlen könne."

Der Dawes-Plan selbst enthält ja folgende oft zitierte Stelle, die klar zeigt, daß auch die Dawes-Sachverständigen diese Einsicht hatten. Es heißt dort:

„Um die Währung eines Landes dauernd stabil zu halten, muß sich nicht nur sein Haushalt im Gleichgewicht befinden, sondern es müssen auch seine Einkünfte aus dem Ausland ebenso groß sein, wie seine Zahlungen an das Ausland, wobei diese Zahlungen nicht nur die Bezahlung des Warenimportes, sondern auch die Reparationszahlungen einschließen müssen. . . .

Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschleiern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinausschieben, vermögen aber nicht, sie zu ändern. . . .

Reparationszahlungen können ans Ausland nur aus einem Ueberschuß der Arbeitsleistung des Landes bezahlt werden."

Auch J. M. Keynes sagte bei der Auseinandersetzung über die Reparationszahlungen mit Nachdruck:

„Wenn Deutschland imstande sein soll, im Auslande Zahlungen zu leisten, ist es nicht nur notwendig, daß Deutschland Waren ausführt, sondern auch einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr hat."

Das statistische Reichsamt gibt für Ende September 1930 folgende Schätzungen über Deutschlands Auslandsverschuldung:

Kurzfristige Auslandsverschuldung	11.8 Milliarden Reichsmark.
Langfristige Auslandsverschuldung rund:	10 Milliarden Reichsmark.

Schacht sagt hinzu:

„Das ist ein Betrag, den ungefähr die unerhört reichen U. S. A. in einem Zeitraum von 40 Jahren aufgenommen, wobei Amerika doppelt so viele Einwohner hat als Deutschland und seine Naturschätze unvergleichlich gewaltiger sind als jene Deutschlands. Dabei zahlt das ausgeopferte Deutschland bedeutend höhere Zinsen als die U. S. A.

Weil nun Deutschland im größten Umfang ans Ausland verschuldet ist, gehen die ganzen Ersparnisse in Form von Zinsen an das Ausland, also nicht in die heimische Wirtschaft, sondern in die ausländische. Und welche gewaltige Summe dies bei den derzeitigen Zinssätzen ist, kann sich jeder sofort ausrechnen. Der Zinsendienst für Auslandsanleihen, die ans Ausland zu zahlenden Dividenden, die in ausländischem Besitz befindlichen deutschen Aktien und die Erträgnisse aus ausländischem Grundbesitz in Deutschland sind heute bereits auf eine jährliche Last von 1.5 Milliarden Reichsmark zu schätzen. . . . Diese Lasten müssen unter allen Umständen bezahlt werden, wenn Deutschland seine Kreditfähigkeit aufrechterhalten will.

Dazu muß Deutschland noch das jährliche Passivsaldo seiner Handelsbilanz decken. Dieses betrug in den Jahren 1924—1930 durchschnittlich jährlich 1.5 Milliarden Reichsmark. Und dazu kommen noch durchschnittlich 2 Milliarden jährliche Reparationszahlungen. Es gibt in der ganzen Welt, außer vielleicht in Frankreich, keinen vernünftigen Wirtschaftspolitiker, der es für möglich hält, daß ein Land, noch dazu ausgepumpt wie Deutschland, jährlich 5 Milliarden Reichsmark an das Ausland abführen kann, darunter zwei Milliarden ohne jeden Gegenwert.

Die beiden großen Schuldnerländer der Vorkriegszeit, Rußland und die U. S. A., hatten niemals eine höhere jährliche Belastung aus ihrer Zahlungsbilanz als 1 bis 1.5 Milliarden Reichsmark. Und bei diesen Ländern handelte es sich nicht um Tributzahlungen, sondern um Verzinsung und Rückzahlung erhaltener und nützlich angelegter Kapitalien, die der Aufschließung wertvoller Naturschätze dienten.

Wenn Deutschland wirklich diese Zahlungen aus eigener Kraft leisten sollte, dann müßte man ihm zuerst Gelegenheit geben, seinen Außenhandel um etwa die Hälfte seines heutigen Standes zu vermehren. Niemand in der wirtschaftlichen Welt glaubt heute mehr an die Durchführbarkeit der

Reparationszahlungen. Die Welt ist sich aber heute auch nicht mehr im unklaren darüber, daß auch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse der anderen Nationen, besonders Europas, auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen sind, wenn man die 70 Millionen Deutschen im Herzen Europas immer mehr zur Verzweiflung treibt."

Mit jedem Monate glaubt man in Deutschland gleichwie in Oesterreich den tiefsten Punkt des Elends, das höchste Maß der Ertragbarkeit der schlechten Lebensbedingungen erreicht zu haben und trotzdem werden die Lebens- und Erwerbsbedingungen für das deutsche Volk in jedem Monate schlechter und schlechter.

Dr. Karl Krämer, Hamburg, gibt im „Wirtschaftsdienst" folgende Statistik:

	1913	1925	1928	1930
Steuerdruck in Deutschland (Steuern und Lasten im Verhältnis zum Volkseinkommen)	18.6%	31.6%	38.2%	45%

Dabei hat sich seither die Finanzlast Deutschlands noch ins Ungeheuerliche gesteigert. 1930 betrugen bei einem auf 62 bis 65 Milliarden Reichsmark geschätzten Volkseinkommen die Lasten an Steuern und Abgaben rund 30 Milliarden Reichsmark, also nicht weniger als 45 Prozent des gesamten Volkseinkommens. Dieser ungeheure Druck führt zu immer weitergehender Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe, zur Ausschaltung kleiner Betriebe, zur Betriebskonzentration.

Der Steuerdruck erfaßt auch immer weitere Kreise:

	1913	1925	1928
Vom gesamten Volkseinkommen waren steuerfrei	80%	70%	60%

Die verschlechterten Lebensbedingungen Deutschlands nach dem Kriege haben auch dazu geführt, daß die Zahl der Erwerbstätigen ständig steigt:

	1913	1930
Zahl aller Einkommenbezieher	23.4 Mill.	30 Mill.
In Prozent von der Gesamtbevölkerung . . .	35%	50%

Von diesen 30 Millionen haben 16.6 Millionen ein Einkommen unter 1200 Reichsmark jährlich.

Ein furchtbares Bild zeigt die Arbeitslosigkeit:

1927	2,500.000
1930	3,250.000
1931	5,000.000
1932	7,000.000

„Es gibt kein Beispiel in der Weltgeschichte", sagt J. M. Keynes, „für die Kriegsentschädigung, die der Friedensvertrag Deutschland auferlegt hat."

Denn zum erstenmal in der Weltgeschichte wurde eine Entschädigung verlangt, die nicht nur die, die wegen ihres zarten Alters am Kriege nicht teilgenommen haben, bezahlen müßten, sondern auch die, die zur Zeit der Kriegserklärung noch nicht einmal geboren waren samt ihren Enkeln.

Man möge bedenken, was es bedeutet, wenn eine neue Generation heranwächst, die sich von Lasten bedrückt sieht, deren Bedeutung sie nicht versteht und deren Begründung sie nicht anerkennen kann. Dabei handelt es sich nicht nur um e i n e Generation, da Deutschland auch nach Lausanne noch bis einschließlich 1981 zahlen soll.

Deutschland hat bis jetzt schon weit über Recht und Gerechtigkeit geleistet. Es geht einfach nicht weiter.

Denn der Fluch der Reparationen zerstört nicht nur Deutschland, sondern lähmt in seinen Auswirkungen auch jeden internationalen Handel, untergräbt und zerstört das Gebäude des Kredits und der internationalen Solidarität. Die Reparationen sind das schleichende Gift, das jede wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und Europas verhindert.

Die Weltordnung kann ohne Europas Neuordnung nicht gelöst werden, und die Neuordnung Europas kann nur stattfinden, wenn man den Anspruch auf absurde Entschädigungen aufgibt, die nicht nur die Moralität, sondern auch den Verstand der Sieger bloßstellen. Nitti.

Der Präsident der National City Bank, Mitchell, erklärte am 19. Dezember 1931 vor dem Finanzausschuß des amerikanischen Senates, der Senat solle sich bezüglich der internationalen Finanzprobleme keinen Illusionen hingeben: Deutschland zwingen, Reparationen 62 Jahre weiter zu bezahlen, würde bedeuten, Deutschland dem Aufruhr zuzutreiben. Die Nachkriegsgeneration sei nicht gewillt, dieses Joch weiter zu tragen. Der nüchterne Geschäftsstandpunkt, eingegangene Schulden müßten bezahlt werden, sei angesichts der Zuspitzung der innerpolitischen Lage Deutschlands unhaltbar. Es wäre ein Wunder, wenn Europa seine Kriegsschulden nach Ablauf des Moratoriums an Amerika weiter zahlen könne.

Der Krieg war, wie wir beim Kapitel Kriegsschuld noch des näheren ausführen werden, ein Elementarereignis, das ein reichlich

durch die Schwerindustrie, das Finanzkapital und die Uebernationalisten aller Länder völlig gemeinsam mit Schuld beladenes Europa heimsuchte. Ein Elementarereignis kann aber nur durch gemeinsame Aufbauarbeit überwunden werden und nicht durch Gezänk aller Mitschuldigen und den lärmenden Versuch, dem anderen den größeren Teil der Schuld aufzuhalsen.

Amerika, dessen Ehrenschild bei all diesem schmählichen Handel um Beute und Reparationen rein und makellos geblieben ist, muß in der Frage der Reparationen seine Stimme in die Wagschale werfen. Welch unübertrefflichen Adel an Gesinnung zeigen die Worte des Memorandums, das der amerikanische Konteradmiral W. S. Benson am 14. März 1919 an Präsident Wilson übersandte.

Es heißt dort:

„Amerika ist stolz darauf, daß es mit reinen Händen in diesen Krieg eintrat, und es will ihn mit leeren Händen verlassen. Wir können unsere Haltung nicht durch die Annahme irgendwelcher Kriegsbeute diskreditieren."

Diese Reinheit der Gesinnung und diese Lauterkeit des Charakters inmitten einer Schar siegestrunkener, rache- und beutegieriger Nationalisten berufen die U. S. A. schicksalsmäßig zum Schiedsrichter auch in der Angelegenheit der Reparationen, die längst aus einer rein deutschen Frage zu einem Problem der Weltwirtschaft geworden ist.

Das Abkommen von Lausanne.

Um die Bedeutung des Lausanner Abkommens würdigen zu können, muß man sich vor allem die Lage Europas und Deutschlands zur Zeit des Abkommens klar vor Augen halten.

Deutschland zertrümmert, bis aufs Mark ausgesogen, bis auf den letzten Tropfen ausgeblutet und trotzdem auf drei Generationen hinaus belegt mit Tributzahlungen, die sich in Zahlen ausdrücken, die sonst nur in der Astronomie gebräuchlich sind. Sieben Millionen Arbeitslose mit ihren hungernden Familien rufen verzweifelt nach Brot und machen das Land zu einem Hexenkessel, wobei niemand — oder vielleicht jeder zu gut — sagen kann, was sich da aus den Ingredienzien von Not und Elend, Hunger und Entbehrung, nationaler Unterdrückung und Entehrung zusammenbraut.

Deutschland ist zahlungsunfähig und die ganze Welt erkennt seine Zahlungsunfähigkeit an.

Die deutsche Regierung erklärt, daß sie keinen Pfennig Reparationen je mehr zahlen könne.

Nach einer — in der ganzen Geschichte bis dahin nicht erhörten — Leistung von 60 bis 70 Milliarden Mark hatte die absolute Zahlungsunfähigkeit Deutschlands den Tributzahlungen, der Schuldknechtschaft der Reparationen ein Ende bereitet.

Die Wucht der Weltkrise hatte schon im Juni 1931 die Schuldknechtschaft zerschlagen.

So stand die Lage nach Ablauf des Hoover-Feierjahres. Die Krise furchtbarer denn je, die Not in Deutschland drückender, hoffnungsloser denn je.

Als in dieser trostlosen Zeit die Lausanner Konferenz zusammentrat, stand Frankreich mit seinen widersinnigen Forderungen isoliert.

England, ein Land, das mehr wie jedes andere Land der Erde einer gesunden Wirtschaft, eines geregelten Geldverkehres bedarf, arbeitete auf der Konferenz mit Hochdruck daran, Frankreich und Deutschland zu einer Einigung zu bringen, um so eine Voraussetzung für die Rückkehr gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse zu schaffen. Unnachgiebigkeit Deutschlands hätte somit Deutschland von England isoliert, das in seiner ebenfalls furchtbaren und trostlosen Wirtschaftslage mit all ihren Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit und des Elends um jeden Preis ein positives Ergebnis in Lausanne erzielen wollte.

So mußte sich Deutschland schweren Herzens fügen und das Abkommen unterschreiben, das ihm eine letzte Restzahlung von 3000 Millionen Goldmark auflastete und dafür gleichzeitig — angeblich wohlgemerkt — einen Schlußstrich unter das Kapitel der Reparationen setzte.

Wie sehen nun die wahren Leistungsverpflichtungen Deutschlands nach Lausanne aus?

Das Lausanner Abkommen, betreffend die Zahlung von 3000 Millionen Goldmark sieht in Wahrheit so aus:

Zahlung von jährlich 180 Millionen Goldmark durch 37¾ Jahre, d. i. also in Wahrheit nicht 3000, sondern 6840 Millionen Goldmark. (In Wahrheit noch viel mehr mit Rücksicht auf den niederen Ausgabekurs.)

Dazu kommen aber noch eine Reihe von Leistungen (siehe Tabelle), so die Zahlungen an Amerika und Belgien, zu denen Deutschland weiter verpflichtet bleibt. Vor allem macht sich aber jetzt der Fluch der bisherigen sklavischen Erfüllungspolitik in seiner ganzen Schwere fühlbar.

Deutschland war nie imstande, die Wahnsinnsforderungen der Reparationen zu erfüllen. Es war aber so sehr von gutem Willen gegen Frankreich und von Versöhnungsbereitschaft beseelt, daß es so weit ging, die Begriffe Erfüllungszwang und Erfüllungswillen zu verwechseln. Es war so sehr bereit zu erfüllen,

daß es auch dort erfüllte, wo es gar nicht imstande war, zu erfüllen, und wo Vernunft und Würde die Stärke der Ablehnung erfordert hätten.

Deutschland beging den verhängnisvollen Fehler, seine Tribute zu „kommerzialisieren", d. h. es nahm private Schulden auf, um die Reparationstribute zahlen zu können. Es placierte Anleihen ins Publikum. Der Zinsendienst für diese Anleihen, die hauptsächlich aufgenommen wurden, um die Tributzahlungen leisten zu können, stellt nun keine politische, sondern eine kommerzielle Verpflichtung Deutschlands an die privaten Besitzer dieser Anleihetitres dar.

Und dieser Anleihedienst lastet jetzt wie ein Fluch auf Deutschland und belastet es auf Generationen hinaus.

Durch diese Privatverschuldung an das Ausland zu dem Zwecke, die Tribute zahlen zu können, hat Deutschland in Wahrheit schon längst einen neuen Tributplan übernommen, der viel grausamer ist als die unerfüllbare Schuldknechtschaft der Reparationen — grausamer deshalb, weil dieser Tributplan trotz seines furchtbaren Druckes nicht abzuschütteln ist, weil es sich eben um private Schulden handelt.

Ueber 770 Millionen Reichsmark jährlich erfordert dieser Zinsendienst für die Dawes-Anleihe und Young-Anleihe und die anderen „kommerzialisierten" Schulden!

Hätte Deutschland entschieden auf Anerkennung seines Unvermögens zu Tributzahlungen beharrt, dann hätte die Schuldknechtschaft schon früher ein Ende gefunden.

Alle Anleihen aber vermochten schließlich doch nur, dieses Ende hinauszuschieben, nicht aber es zu verhindern. Und der Fluch dieser Erfüllungspolitik ist, daß das Ende, das unvermeidlich kommen mußte, nun für Deutschland in Wahrheit gar kein Ende bedeutet, da es durch den Zinsendienst noch auf Generationen hinaus aufs schwerste belastet ist.

In groben Zügen entworfen ergibt sich folgendes Bild über die Leistungen, die Deutschland nach Lausanne noch belasten:

Leistungsverpflichtungen Deutschlands:

Art der Leistung:	in Millionen Mark			
	jährlich	von bis	also noch durch Jahre	geleistete Endsumme
Aus dem Lausanner Abkommen, betreffend die Zahlung von 3000 Millionen Mark	180	1935—1973	37¾	6.840

Art der Leistung:	in Millionen Mark jährlich	von bis	also noch durch Jahre	geleistete Endsumme
An Amerika für Mixed Claims (gemischte Ansprüche)	41	1932—1981	49	2.009
An Amerika für Besatzungskosten	25	1932—1966	34	850
An Belgien aus dem Markabkommen	21.5—26 durchsch. 24	1932—1966	34	816
Dienst für die Dawes-Anleihe	zirka 85	1932—1950	18	1.530
Dienst für die Young-Anleihe	zirka 85	1932—1966	34	2.890
Zusammen	**440**			14.935
Dazu Dienst für andere kommerzialisierte Schulden .	rund 600			
Dazu Dienst für Tilgung allgemeiner Reichsschulden ..	420			

Aus dieser groben Zusammenstellung ergibt sich, daß das Reichsbudget mit Zins- und Schuldenzahlungen in der Höhe von fast 1500 Millionen Mark jährlich belastet ist, davon 1000 Millionen jährlich durch Lausanne und andere aus dem Kriege und von den Reparationstributen herrührenden Verpflichtungen.

Und das soll Deutschland zahlen! Deutschland, das am Hungertuche nagt! Deutschland, das infolge seiner Zertrümmerung seine Bewohner nicht ernähren kann!

Wahrlich, dieses Ende der Reparationen, von dem die Welt so unbegreiflicherweise jubelt, sieht in der Nähe besehen reichlich seltsam aus.

Worauf hat nun Frankreich in Lausanne eigentlich verzichtet?

Auf nichts.

Die Reparationsforderungen waren längst wertlos, weil sie unerfüllbar waren, weil aus Deutschland einfach nichts mehr herauszuholen war.

Aus diesem gänzlich tributunfähigen Deutschland, das schon ein Jahr lang keinen Pfennig zahlte und zahlen konnte, das erklärt hatte,

daß es nie wieder einen Pfennig Reparationen zahlen können werde, aus diesem Bettlerlande preßte Frankreich noch 3000, nein 7000 Millionen Goldmark heraus, doppelt soviel heraus, als die ganze französische Kriegsentschädigung 1870 betrug. Noch 7000 Millionen Goldmark! Und das nach einer bereits vollzogenen Leistung von an die 70.000 Millionen!

Denken wir uns dazu die 7 Millionen Arbeitslosen, mit ihren hungernden Familien, dann mag man erfassen, wie furchtbar diese Forderung in Deutschland wirken muß und beklommen und verzweifelt muß man sich fragen, wie Deutschland das leisten soll.

Und wie geschickt verstand Frankreich eine Nachgiebigkeit vorzutäuschen!

Es hat auf astronomische Forderungen verzichtet, die es nie erhalten hätte, auf Forderungen, die angesichts des wirtschaftlichen Chaos wertlos, ja mehr als das, die lächerlich waren, und für diesen Verzicht auf Unerreichbares erhält es etwas, was es sonst nie erhalten hätte: neue 7000 Millionen.

Nichts ist darum kindlicher, als von einer Nachgiebigkeit, von Zugeständnissen Frankreichs zu reden. Deutschlands absolute Zahlungsunfähigkeit hätte überhaupt keine Reparationszahlungen mehr zugelassen. Unter dem Deckmantel der Nachgiebigkeit erpreßte Herriot aus Deutschlands Generalkonkurs neue 7000 Millionen!

So ist das Ergebnis von Lausanne eine Groteske: Deutschland, das anerkanntermeise nicht mehr zahlen konnte, zahlt jetzt wieder!

Das sogenannte „Ende" der Reparationen ist dadurch gekennzeichnet, daß Deutschland, das einfach nicht mehr zahlen konnte, jetzt wieder zahlt, durch Generationen hindurch zu zahlen verpflichtet ist. Lausanne war kein Schlußkapitel, sondern im Gegenteil die Wiedereröffnung einer Aera von Zahlungen, die jeder Vernünftige schon geschlossen glaubte.

Das einzige Resultat, das Lausanne brachte, ist das Verschwinden der lächerlich wirkenden astronomischen Zahlen, die selbst kein Kongoneger oder Zulukaffer mehr ernst nahm.

Außer diesem mageren Resultat unterscheidet sich Lausanne in nichts von den 30 vorangegangenen Konferenzen. Auch Lausanne setzte Zahlungen fest, die nicht auf der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit Deutschlands beruhen, sondern auf der vagen Hoffnung auf eine Besserung und Wiederaufrichtung, die dabei gleichzeitig von Frankreich mit allen Mitteln verhindert wird, vor allem durch Aufrechterhaltung der Zertrümmerung Deutschlands verhindert wird.

Alle Abkommen in den vergangenen Jahren scheiterten und haben Not in die Welt gebracht, weil sie einzig auf die Hoffnung auf Besserung aufgebaut waren.

Der Vorsitzende der Lausanner Konferenz, Sir Ramsay Macdonald, sagte am 9. Juli 1932 in seiner Schlußrede vor der feierlichen Unterzeichnung des Lausanner Abkommens:

„Die in den Reparationen enthaltenen Zahlungen ohne Gegenwert haben sich als ein Fluch und Verhängnis für alle Völker erwiesen. Sie sind der Ursprung all unserer Leiden gewesen. Den Auswirkungen dieses Fluches konnte sich kein Land der Erde entziehen, nicht einmal so weit entfernte Länder wie Neuseeland und Amerika. Es ist wichtig, daß Deutschland sich am europäischen Wiederaufbau beteiligt. Aber es wäre unvernünftig, große Summen zu verlangen, die die bereits bestehende Unordnung nur fortsetzen und vermehren."

Und am 12. Juli 1932 sagte er im englischen Unterhaus:

„Ich meine, daß die Lausanner Konferenz und ihre Ergebnisse zu einer Regelung der Reparationsfrage führen können, deren Spuren in allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu finden sind, die die Welt seit dem Kriege heimsuchten. Ich hoffe, daß das Wort ‚Reparationen' in Lausanne zum letzten Male ausgesprochen worden ist.

Solange die Reparationen fortdauern, kann es keine wirtschaftliche Erholung geben. Bevor in Deutschland, einem so wichtigen Faktor der Weltwirtschaft, keine Erholung stattfindet, solange kann es keine Erholung für England geben."

Macdonald hat damit nur einer Erkenntnis Ausdruck verliehen, die heute bereits Gemeingut der ganzen Welt ist: Die Reparationen sind eine Hauptursache der Weltwirtschaftskrise. Vor allem England hat die Zeche für die Reparationen bezahlt, da es die verhängnisvollen Folgen und Wirkungen dieser wirtschaftlich so verderblichen Schuldknechtschaft am schwersten von allen Ländern zu fühlen bekam. Die Einbuße, die das englische Weltreich in Handel und Wirtschaft durch die Reparationspolitik Frankreichs erlitt, übertrifft die Höhe der von Deutschland geleisteten Reparationstribute noch um ein Vielfaches.

Daher auch der unbedingte Wille Englands auf der Lausanner Konferenz, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten, endlich eine Gesundung des Wirtschaftslebens möglich zu machen und durch die Vernichtung der Reparationen eine Hauptursache der Weltwirtschaftskrise zu vernichten.

Diesem Druck Englands, diesem elementaren Wunsch nach endlicher Besserung, konnte sich Deutschland nicht entziehen. Es mußte unterzeichnen, wenn es sich nicht isolieren wollte.

Um Englands willen hat Deutschland dieses Opfer gebracht.

Aber Deutschland hat dieses Opfer der Unterschrift vergeblich gebracht. So wenig wie die alten Schulden, wird Deutschland die neuen Schulden anders als mit Waren, mit seinem Export, das heißt wieder nur hauptsächlich auf Kosten Englands, bezahlen können. Ohne Gewährleistung der Uebernahme entsprechender Warenmengen kann Deutschland nicht zahlen — das heißt also: Die Weltmärkte werden auch jetzt nicht in Ordnung kommen.

So ist auch das Lausanner Abkommen nichts anderes als was alle seine Vorgänger waren: ein dürrer Vertrag, der keinen Umschwung bringen wird.

Das sogenannte „Ende" der Reparationen besteht darin, daß Deutschland weiter über Gebühr und über Fähigkeit zahlen müßte.

Die Zahlungen bleiben, sie wurden nur in ihren astronomischen Ausmaßen reduziert und nach dem Layton-Plan ihres Reparationscharakters entkleidet und „kommerzialisiert".

Was das heißt „Kommerzialisierung", darauf haben wir schon verwiesen; Deutschland leiht sich das Geld von Privaten, um auch diesen Resttribut zahlen zu können.

Lausanne hat also weder Deutschland noch Europa Rettung gebracht. Wie seit 13 Jahren, so seufzt Deutschland auch nach Lausanne unvermindert unter dem Fluche von Versailles.

Lausanne war nicht das große, mitreißende Ereignis, auf das Deutschland und Europa warten und dessen sie bedürfen, wenn sie nicht zugrunde gehen sollen.

Lausanne hat wieder einmal der Welt gezeigt, daß Frankreich nichts vergessen, noch etwas dazugelernt hat. Deutschland und Europa mußten in Lausanne erkennen, daß sich der Geist Frankreichs noch immer nicht geändert hat.

Auch in Lausanne blieb das Ziel Frankreichs das alte: Deutschland nicht aus den Klauen zu lassen, ihm die Lebensluft nur gerade zum Röcheln zu lassen. Frankreich kam nach Lausanne mit dem alten, ungebeugten Willen, Deutschland den Weg zur Wiederaufrichtung nicht freizugeben. Es hat die Gelegenheit nicht benützt und nicht benützen wollen, Deutschland vom Alpdruck seiner Todespolitik, seiner erbarmungslosen und hemmungslosen Vernichtungspolitik zu befreien.

Lausanne bedeutet daher für Deutschland nichts als eine Leidensstation mehr auf dem bitteren Wege und im Kampfe gegen die Beseitigung des unerträglichen Drucks, eine Stärkung in der moralischen Offensive für eine bessere Organisierung der Welt, für Gleichberechtigung und für eine ehrenvolle Rehabilitierung von den schweren Kränkungen des Versailler Diktates.

Frankreich hat in Lausanne wieder einmal die günstige Gelegenheit versäumt, Deutschland sich nicht mehr als Opfer engherziger Gläubigerhärte, böswilligen Unverstandes, ja böswilliger Vernichtungsabsicht fühlen zu lassen.

Frankreich hat wieder einmal nicht die geistige Kraft zur Selbstüberwindung, zur Versöhnung, aufgebracht, das Verständnis für die Notwendigkeiten der Gegenwart, insbesondere für die Notwendigkeit eines europäischen Solidaritätsgefühles. Es hat sich noch nicht zur Einsicht durchgerungen, daß es sich bei Nachgiebigkeit nicht nur um ein politisches Risiko gegenüber seinen Gegnern von gestern, sondern vielleicht auch um ein Unterpfand einer freundschaftlichen und hilfsbereiten Gesinnung gegen seine Freunde von morgen handeln könnte.

In Lausanne hat noch einmal das Buchstabenrecht von Versailles über das Sittengesetz der Menschheit gesiegt. Und nichts kennzeichnet Lausanne besser als das Wort Macdonalds, als er im Schlußworte zur Konferenz sagte:

„Weite Wege liegen noch vor uns."

Das Ende der Reparationen?

Selbst wenn also das Lausanner Abkommen in Kraft tritt, sieht das Ende der Reparationen seltsam genug aus. Es ist ein Ende, das Deutschland noch durch zwei Generationen mit Zahlungen belastet.

Noch merkwürdiger aber an diesem Abkommen ist die reservatio mentalis Frankreichs, das Abkommen nur dann zu ratifizieren, wenn Amerika die Kriegsschulden streicht oder reduziert. Wohl ist infolge der Weigerung Deutschlands eine Amerikaklausel in den Vertrag nicht aufgenommen, aber Artikel X. enthält die ausdrückliche Bestimmung, daß das Abkommen erst nach Ratifikation sämtlicher Unterzeichner in Kraft tritt.

Und daß Frankreich tatsächlich die Ratifikation des Abkommens von der Streichung seiner amerikanischen Schulden abhängig macht, das erklärte Herriot ausdrücklich bei seiner Rückkunft von Lausanne in Paris am 10. Juli 1932. Er sagte den versammelten Journalisten über das Lausanner Abkommen:

„Was man vor allem verstehen muß, ist das klar gezogene Band zwischen der Regelung der Reparationen und der Lösung des Kriegsschuldproblems mit den Vereinigten Staaten. Alles ist einer Vereinigung mit den Vereinigten Staaten untergeordnet. Wenn die Vereinigten Staaten der Ansicht sind, daß der Vertrag von Lausanne gut ist, und wenn ein befriedigendes Arrangement über die Kriegsschulden zustandekommt, dann wird der Vertrag von Lausanne ratifiziert und voll wirksam werden."

Das heißt also, daß Frankreich in Wahrheit nicht im geringsten von seinem alten Standpunkt abgegangen ist, daß Deutschland alles zahlen muß. Denn nur wenn die Vereinigten Staaten die Zeche bezahlen, entläßt Frankreich Deutschland aus seiner Tributknechtschaft.

Wird sich aber Amerika dazu verstehen, einem Europa die Kriegsschulden nachzulassen, das so wahnwitzige Summen alljährlich für Rüstungen verschleudert?

Jedenfalls nimmt sich die französische Opferwilligkeit und Nachgiebigkeit sonderbar aus, wenn man sie im Lichte der Zahlen betrachtet.

Frankreich erklärt sich also nur dann bereit, sich mit einem letzten Tribut in der Höhe von 3 Milliarden Mark zufrieden zu geben, wenn Amerika die restlichen Kriegsschulden Europas in der Höhe von etwa 20½ Milliarden Dollar, zahlbar in 57 Jahresraten à 361 Millionen 120.000 Dollar, nachläßt oder wenigstens auf 205 Millionen Dollar, zahlbar in 57 Jahresraten à 3.6 Millionen Dollar, reduziert. Lausanne würde also Amerika mehr als 20 Milliarden Dollar kosten. Im amerikanischen Senat nannte man daher Lausanne: einen gigantischen Schwindel auf Kosten Amerikas!

Deutschland soll jährlich über 1000 Millionen Mark abzahlen können. Frankreich, England und alle übrigen europäischen Schuldnerländer Amerikas erklären sich nur imstande, jährlich 3½ Millionen Dollar zahlen zu können!

Das Lausanner Abkommen, das Ende der Reparationen, das, wie wir gezeigt haben, ein Ende auf 40 Jahre Sicht ist, hängt also von der Nachsicht und Nachgiebigkeit, von der Entscheidung Amerikas ab.

Das amerikanische Staatsdepartement beeilte sich auch, sich gegen die französische Auffassung zu wenden.

Das Staatsdepartement veröffentlichte umgehend folgende Erklärung:

„Washington, 9. Juli 1932.

Die amerikanische Regierung ist erfreut darüber, daß die in Lausanne versammelten Nationen eine Vereinbarung zur Reparationsfrage erreicht und damit einen großen Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Europa getan haben. Hinsichtlich der von den europäischen Regierungen den Vereinigten Staaten als ‚Kriegsschulden' geschuldeten Beträge ist keine Aenderung in der Haltung der amerikanischen Regierung eingetreten, die mit aller Deutlichkeit in der Erklärung des Präsidenten vom 20. Juni letzten Jahres ..... dargelegt ist."

Der betreffende Passus in der Hoover-Erklärung vom 20. Juni 1931 lautet mit aller nur wünschenswerter Deutlichkeit:

„Unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt, noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Absicht keinen Anteil an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder Privateigentum gehabt. Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und Wiederaufbauzwecke gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhing noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde. Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im entferntesten die Streichung

der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden."

Das Lausanner Abkommen bedeutet also nur insoferne ein Ende der Schuldknechtschaft der Reparationen, als es das Ausmaß der Tributsumme endgültig begrenzt, wenn auch die Zahlung des Restes auch noch durch zwei Generationen das deutsche Volk belasten wird. Aber selbst dieses sonderbare Ende ist nur ein sehr bedingtes. Wenn Amerika nichts nachläßt, wird Frankreich nicht ratifizieren und das Lausanner Abkommen wird nicht in Kraft treten.

Nach den Ausführungen Herriots sowie den französischen und englischen Blätterstimmen besteht kein Zweifel, daß Frankreichs dunkle Pläne und Absichten dahingehen, dann wieder auf den irrsinnigen Young-Plan zurückzugreifen.

Aus diesem Grunde hat sich Frankreich hartnäckig geweigert, dem deutschen Verlangen nach Streichung des Reparationskapitels aus dem Versailler Vertrag zuzustimmen.

Macdonald erklärte Papen:

„Wenn das Abkommen nicht ratifiziert werde und deshalb nicht zustandekomme, wird es zu einer neuen Konferenz kommen; andernfalls würden wir zum Young-Plan zurückkehren."

Der Vorsitzende der Lausanner Konferenz, Macdonald, hat auch die Konferenz nicht geschlossen, sondern ausdrücklich nur vertagt.

Und beim Artikel X. über die Ratifizierung des Abkommens erklärte Macdonald:

„Im Falle des Nichtzustandekommens der Ratifizierung muß eine neue Konferenz einberufen werden, bevor irgendeine Aktion unternommen wird."

Diese Erklärung Macdonalds wurde in das Protokoll der Konferenz aufgenommen.

Es ist daher in jedem Falle, ob das Lausanner Abkommen zustandekommt oder nicht, noch sehr verfrüht, von einem Ende der Reparationen zu sprechen[1]).

[1]) Inzwischen wurde der Wortlaut des sogenannten „Gentleman-Agreements" veröffentlicht. Daraus geht eindeutig hervor, daß ohne Streichung oder Reduzierung der Schulden durch Amerika auch keine Ratifikation des Lausanner Abkommens erfolgen wird und daß in diesem Falle der Young-Plan wieder in Kraft tritt. Wortlaut des „Gentleman-Agreements": Protokoll: Die Abkommen von Lausanne werden endgültig erst nach der in Frage kommenden vorgesehenen

Allen jenen aber, die den dunklen Plan haben, Deutschland wieder die Irrsinnstributzahlungen nach dem Young-Plan aufzubürden, wenn infolge Weigerung Amerikas das Lausanner Abkommen nicht zustandekommt, kann man nur die Worte Churchills ins Gedächtnis rufen, der in seiner Unterhausrede vom 12. Juli 1932 über das Lausanner Abkommen folgendes sagte: „Wer glaubt, daß es möglich ist, auf den Young-Plan zurückzugreifen, der hat ärztliche Behandlung nötig."

Das Problem der deutschen Privatschulden.
Der Fluch der „Kommerzialisierung".

Die wichtigste Tatsache, die aus der Zusammenstellung der deutschen Verschuldung ans Ausland sich ergibt, ist jene, daß selbst bei einem Verzicht auf die Lausanner 3000 Millionen Mark die jährliche Zinsenlast Deutschlands eine derartige ist, daß sie für Deutschland untragbar, d. h. unleistbar ist, und daß die deutsche Wirtschaft und damit die Weltwirtschaft bei Beharrung der Auslandsschuldner auf diesen gewaltigen Zinsleistungen nicht in Ordnung kommen kann.

G. H. Morison bringt in der «Financial Times», August 1932, eine gründliche Analyse der deutschen Privatschulden, die den innigen Zusammenhang zwischen den deutschen Privatschulden und den Reparationen klarlegt. Vor dem Dawes-Plan hatte Deutschland nahezu keine privaten Auslandsschulden.

Ratifizierung in Kraft treten. Was die Gläubigerregierungen anbetrifft, in deren Namen dieses Abkommen paraphiert wird, so wird die Ratifizierung nicht vorgenommen werden, bevor eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erzielt sein wird. Den Gläubigerregierungen steht es vollkommen frei, ihre Stellungnahme gegenüber ihren Parlamenten darzulegen. Aber es wird keine präzise Bezugnahme auf diese Regelung im Text des Abkommens mit Deutschland erscheinen. Wenn in der Folge eine zufriedenstellende Regelung der Schulden der Gläubigermächte Deutschlands erzielt wird, werden die Regierungen dieser Länder die Ratifizierung vornehmen und das Abkommen mit Deutschland seine volle Auswirkung nehmen. Falls die in Frage stehende Regelung nicht erzielt werden könnte, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage geschaffen werden, und die interessierten Regierungen hätten sich über das, was sie dann tun müssen, zu verständigen. Bei dieser Eventualität würde die legale Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche werden wie vor dem Hoover-Moratorium. Von diesem Abkommen wird die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt. Lausanne, Juli 1932. Es folgen die Paraphen im Namen Belgiens, Großbritannies, Frankreichs und Italiens.

Ohne das kurzsichtige Beharren auf den Reparationen auf der einen Seite und die verhängnisvolle Erfüllungspolitik auf der anderen Seite wäre es nicht zur Weltkrise gekommen.

Deutschland begann zu borgen, bis sein Kredit erschöpft war. In der kurzen Zeitspanne von 1924—1930, also in knapp sechs Jahren, erreichte die deutsche Privatverschuldung an das Ausland die unerhörte Summe von 32 Milliarden Mark.

Seit 1930 wurden eine Reihe kurzfristiger Schulden zurückgezahlt.

Durch Verordnung vom 30. März 1932 wurde eine umfassende Erhebung der deutschen Auslandsverschulden nach dem Stande vom 29. Februar 1932 angeordnet.

Die Erhebung der Anmeldestelle für Auslandsschulden ergab zum Stande vom 29. Februar 1932 folgende Gesamtverschuldung:

kurzfristige Auslandsverschuldung fällig bis einschließlich Februar 1933 . .	10.153 Millionen Mark
langfristige Auslandsverschuldung fällig nach Februar 1933	10.470 Millionen Mark

Diese Zahlen der statistisch erfaßten deutschen Kreditverschuldung an das Ausland müssen noch um die direkten Anlagen des Auslandes in Deutschland in Gestalt des Besitzes deutscher Aktien und festverzinslicher Werte, in Form der Auslandsbeteiligung an deutschen Unternehmungen, des ausländischen Grundbesitzes in Deutschland und anderes mehr ergänzt werden. Eine Schätzung dieses Auslandsbesitzes hat auf der zweiten Baseler Sachverständigenkonferenz der dort eingesetzte Unterausschuß vorgenommen. Er hat die Summe der im Besitz von Ausländern befindlichen innerdeutschen Schuldverschreibungen auf etwa 400 Millionen Reichsmark, die im ausländischen Besitz befindlichen deutschen Aktien und Beteiligungen auf etwa 2500 bis 3500 Millionen Reichsmark, den ausländischen Grundbesitz in Deutschland auf etwa 2000 Millionen Reichsmark beziffert. Außerdem wäre noch eine Zuschlagschätzung für die in der Erhebung der Anmeldstelle für Auslandsschulden nicht erfaßten Kleinkredite unter 5000 Reichsmark, die in ihrer Gesamtsumme den Betrag von 100 Millionen Reichsmark wohl kaum erreichen werden, zu berücksichtigen. Setzt man diese Beträge den durch die neue Erhebung gewonnenen Zahlen über die deutsche Kreditverschuldung zu, so kommt man zu einer Gesamtsumme der ausländischen Anlagen in Deutschland nach dem Stande vom 29. Februar 1932 in Höhe von rund 26 bis 27 Milliarden Reichsmark.

Von diesen 21 Milliarden Mark, die Deutschland als privaten Kredit vom Ausland erhielt, floß mehr als die Hälfte, nämlich 11.5 Milliarden, in Form von Reparationen seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes ohne Gegenwert ins Ausland zurück und ohne daß deshalb die privaten Schulden geringer geworden wären.

Obwohl Deutschland also von dem geliehenen Gelde nur etwa 9.5 Milliarden blieben, mußte es die gesamten 21 Milliarden verzinsen, und zwar zu dem enormen Zinssatze von 6 Prozent, so daß sie in Wirklichkeit für das in ihrer Hand verbliebene Geld an die 15 Prozent Zinsen zahlen müssen.

Auch das Märchen von der „öffentlichen Verschwendung" in Deutschland zerstört Morison gründlich:

Von der Gesamtverschuldung Deutschlands fallen nur 800 Millionen Mark auf Auslandsanleihen des Reiches, der Länder und Gemeinden; nach Abzug der 500 Millionen, die das Reich selbst aufgenommen hat, verbleiben also nur 300 Millionen oder 1½ Prozent der Gesamtschuldsumme, die für unproduktive öffentliche Ausgaben verwendet worden sein können.

Morison bringt eine detaillierte Uebersicht über den Zinsen- und Amortisationsdienst, den Deutschland gegenwärtig zu leisten hat, und kommt dabei zu einer Jahressumme von 1460 Millionen Mark.

Dabei betont er ausdrücklich, daß plötzliche Rückzahlungsforderungen oder Kapitalszurückziehungen das Bild noch wesentlich zu Ungunsten Deutschlands verschieben würden. Um Deutschlands Wirtschaftsmaschinerie in Gang zu halten, werden neue Kredite nötig sein und der Auslandsschuldendienst zu einer Jahresgesamtsumme von 2000 Millionen Mark anwachsen.

„Um es gerade herauszusagen," schreibt Morison, „besteht auch nach Lausanne — (infolge dieser privaten Verschuldung, die wieder durch die Reparationen verursacht ist) — das gleiche Zahlungsproblem, das 1924 bestanden hat. Wenn die Weltkrise durch die Reparationszahlungen entstanden ist, für die Deutschland keine Gegenleistungen erhielt, dann besteht diese Krise in ihrer ganzen Intensität unverändert weiter, weil auch nach Lausanne die Reparationszahlungen, wenn auch unter anderen Titeln, unverändert weitergehen...

Der deutsche Exportüberschuß betrug im ersten Halbjahr 1932 602 Millionen Mark. Der Jahresüberschuß wird vielleicht das Doppelte betragen. Deutschland muß aber 2000 Millionen jährlich zahlen..."

Dabei geht Morison von der unhaltbaren Annahme aus, daß der ganze Exportüberschuß für die Auslandsverpflichtungen verwendet werden kann, was schon deshalb nicht möglich ist, weil aus dem Exportüberschuß zunächst einmal der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank erhöht werden muß.

Außerdem besteht ja auch die Gefahr, daß der Exportüberschuß geringer wird oder ganz verschwindet. In den sogenannten Konjunkturjahren, etwa bis 1930, war nicht nur kein Exportüberschuß, sondern vielmehr ein Einfuhrüberschuß, ein Handelspassivum, vorhanden. Kehrt dieser Zustand wieder, dann sind weder für den Zinsendienst noch für die politischen Zahlungen Einnahmen vorhanden.

Deutschland ist also nicht imstande, seine privaten Auslandsschulden unter den bisherigen Bedingungen zu verzinsen, geschweige denn in absehbarer Zeit zurückzuzahlen.

Herstellen ließe sich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nur durch eine entsprechende Erhöhung des Exportüberschusses, die eine entsprechende, gewaltige Verstärkung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkte als Begleiterscheinung mit sich brächte. Der Zinsendienst wäre dadurch gerade für die Hauptgläubiger Deutschlands, für England und Amerika, nur ein Scheingeschäft, da sie ihn nur durch eine entsprechende Einbuße ihres eigenen Handels möglich machen würden, d. h. also letzten Endes, sich nicht nur selbst bezahlen, sondern in Wahrheit einen viel größeren Schaden erleiden, als der Nutzen ist, der ihnen aus der Zinsenzahlung erwächst. Das zeigt das Beispiel Englands in den ganzen Jahren der Reparationspolitik nur zu instruktiv.

Nun begegnet aber jeder Versuch, Zinssenkungen zu erreichen, heute einem starren Nein. In den Kreisen der internationalen Hochfinanz besteht keine Neigung, Deutschland in Angelegenheit der Zinssenkung entgegenzukommen.

Die Auslandsgläubiger sollten jedoch nicht übersehen, daß das wichtigste nicht hohe Zinsen, sondern vor allem die Rückkehr geordneter wirtschaftlichen Verhältnisse ist.

Sie sollten weiter nicht vergessen, daß Deutschland einen sehr großen Teil dieser Kredite in Form von Warenkrediten erhielt.

Diese Warenkäufe, insbesondere der Kauf von Rohstoffen, sind aber in den Konjunkturjahren auf Grund eines Preisspiegels getätigt worden, der heute längst nicht mehr vorhanden ist und in absehbarer Zeit — wenn überhaupt — auch nicht mehr zu erreichen sein wird.

Daraus aber folgt zwingend, daß diese Gläubiger weder an Kapital noch an Zinsen Schaden erleiden würden, wenn sie mit Deutschland über einen Zinsfuß verhandeln, der der deutschen Zahlungsbilanz und Zahlungsfähigkeit einigermaßen entspricht.

Für die Dollargläubiger kommt noch ein weiteres Argument dazu, das eine Herabsetzung des Zinsfußes nicht unbillig erscheinen läßt.

Es besteht nämlich heute ein krasser Unterschied zwischen der Kaufkraft des Dollars in Amerika und dem Kurswert, den man in Europa in Dollars zu zahlen gezwungen ist. Für die Amerikaner bedeutet die kursmäßige Ueberzahlung des Dollarwertes, gemessen an der Kaufkraft, einen unverdienten Kapitalzuwachs in Amerika von

nahezu 33⅓ Prozent. Wenn somit die Amerikaner als die größten Gläubiger der Welt auf eine Konvertierung eingehen würden, so bedeutet das für sie nichts weiter, als den Wert des Dollars auf die wirkliche Kaufkraft zurückzuführen, ohne daß sie eigentliche Kapitalverluste erleiden.

Die vielfach in Deutschland betriebene Propaganda, daß man einfach zwangsweise vom Kapital Abstriche sogar auf dem Wege eines Moratoriums vornehmen soll, ist sehr zu überlegen. Man muß wissen, ob man stark genug ist, für die gesamte Wirtschaft eine solche Zwangsmaßnahme auf sich zu nehmen. Greift man zu einem solchen Mittel, so bedeutet das eine Versperrung weiterer Kredite auf wahrscheinlich sehr lange Zeit. Man muß wissen, ob man imstande ist, seine Wirtschaft selbst zu finanzieren, bevor auf weitere Kredite verzichtet wird.

Die Begründung für die Konvertierung in Form eines Moratoriums liegt auf Seite der Befürworter dieser Maßnahme darin, daß sie sagen, das Ausland habe durch die hohen Zinsen seit einer Reihe von Jahren eine Risikoprämie für das Kapital bekommen und daß es sich heute eben gefallen lassen muß, wenn das Kapital für den Gegenwert des erhöhten Risikozinssatzes notleidend wird. Diese Argumentation hört sich sehr gut an, mag wirtschaftlich berechtigt sein, es fragt sich nur, wie man sie auf rechtlicher Grundlage ohne Gewaltmaßnahmen zur Durchführung bringen kann.

Der Weg, einseitig durch Notverordnungen den Zinssatz der privaten Schulden (Hypothekenpfandbriefe, Industrieobligationen usw.) herabzusetzen, ist sehr bedenklich. Nicht nur, daß einseitige Maßnahmen immer das für ein geordnetes Wirtschaftsleben grundlegende Vertrauen erschüttern, die Kreditgeneigtheit untergraben und den Nährboden für jene Vertrauenskrise abgeben, die heute den ganzen Geldverkehr lähmt, steht zu erwarten, daß die Regierungen der Auslandsgläubiger zu Gegenmaßnahmen greifen. Eine solche verhängnisvolle Gegenmaßnahme wäre z. B. die Auflage von Zuschlagszöllen auf alle deutschen Exportwaren.

Der einzig mögliche Weg, die Zinssätze der Privatschulden herabzusetzen, ist: die *legale Konversion*, d. h. eine Konversion mit Zustimmung der Gläubiger.

Jedenfalls ist eines sicher und feststehend: *Die Lösung des Zinsenproblemes der deutschen Auslandsverschuldung* steht an Dringlichkeit und Bedeutung der Reparationsfrage in keiner Weise nach. Beide sind in gleicher Weise die Voraussetzung der Wiedererholung der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft.

Der Raub der Kolonien

Fast drei Millionen Quadratkilometer Kolonialbesitzes wurden Deutschland entgegen den feierlichen Vorfriedensabmachungen geraubt. Man wählte für diesen Raub die Form, daß Deutschland die Kolonien dem Völkerbund übergeben mußte, der seinerseits wieder die einzelnen Kolonialgebiete an die Siegerstaaten mit dem Mandate aufteilte, sie für den Völkerbund zu „verwalten".

Die Aufteilung der Kolonien nach solchen Völkerbundsmandaten ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Beauftragter des Völkerbundes	Mandatsgebiet	Größe in km²	Einwohnerzahl
Frankreich	Togo	52.200	800.000
	Kamerun	700.000	2,400.000
	Zusammen . . .	752.200	3,200.000
Belgien	Deutsch-Ostafrika . . .	50.000	2,700.000
England	Togo	35.000	300.000
	Kamerun	90.000	300.000
	Deutsch-Ostafrika . . .	945.000	5,000.000
	Zusammen . . .	1,070.000	5,600.000
Britische Dominions:			
Australien	Kaiser-Wilhelms-Land, Bismarck-Inseln und Nauru	240.005	650.000
Neuseeland	Samoa	2.570	40.000
Südafrikabund	Deutsch-Südwestafrika	835.100	110.000
	Zusammen . . .	1,077.675	800.000

England und Dominons		2,147.675	6,400.000
Japan	Karolinen, Marianen, Marschallinseln	2.470	105.000
	Kiautschou	550	195.000
	Zusammen	3.020	300.000
Insgesamt weggenommen		2,952.895	12,600.000

Ohne Kolonien kann Deutschlands Wirtschaft nicht gesunden. Es braucht die Kolonien sowohl für die unerläßliche Versorgung mit Rohstoffen als auch als Lebensraum für seinen Bevölkerungsüberfluß.

Der Raub der Kolonien bedeutet die Einkerkerung Deutschlands, die durch die Zollpolitik und andere wirtschaftliche Maßnahmen des Auslandes noch verschärft wird.

Deutschland braucht die Kolonien als Lebensraum. Nur zu richtig heißt es in dem Aufruf einer deutschen Jugendorganisation:

„Wo ist Lebensraum für die deutsche Jugend zu finden, wo sind in den nächsten Jahren zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen für hunderttausende tüchtiger und strebsamer junger deutscher Menschen, die das gleiche Ideal des Pflichtgefühls und der Arbeitstreue in sich verkörpern wie die vergangenen Generationen?"

Für die Jugend Lebensraum zu erlangen, hat das deutsche Volk ebenso das Recht wie die übrigen Nationen. Ja, vielleicht noch mehr Recht wie etwa Frankreich, das nicht einmal sein Mutterland bis zur Grenze der gegebenen Möglichkeiten bevölkern kann.

Wie notwendig Lebensraum für das deutsche Volk ist, mag folgende Uebersicht zeigen, die angibt, wieviel Lebensraum jedem Einwohner zur Verfügung steht, wenn man das koloniale Gebiet und seine Bevölkerung dem Mutterlande zurechnet:

Land	Größe in Millionen km²	Bevölkerung in Millionen	Einwohnerzahl a. d. km²
Europa:			
Deutschland	0.47	63.18	134
Oesterreich	0.08	6.54	82
Ungarn	0.09	7.98	85
Tschechoslowakei	0.14	13.61	97
Jugoslawien	0.25	12.01	48
Rumänien	0.29	16.26	55

Land	Größe in Millionen km²	Bevölkerung in Millionen	Einwohnerzahl a. d. km²
Italien	2.33	42.61	18
Frankreich	11.62	99.62	8
Spanien	0.85	23.29	27
Portugal	2.52	12.81	5
England	39.67	461.05	12
Niederlande	2.08	59.71	29
Belgien	2.47	21.38	8
Schweden	0.45	5.98	13
Norwegen	0.39	2.80	7
Finnland	0.39	3.44	9
Lettland	0.06	1.89	29
Litauen	0.05	2.01	45
Polen	0.39	27.18	70
Rußland	23.41	160.00	7
Bulgarien	0.10	4.86	47
Griechenland	0.13	6.18	48
Schweiz	0.04	3.88	97
Amerika:			
U. S. A. ohne Kolonien	7.84	120.00	15
U. S. A. mit Kolonien	10.12	140.00	14
Mexiko	1.17	14.19	7
Guatemala	0.11	1.6	14
Salvador	0.02	1.5	73
Honduras	0.10	0.66	6
Nikaragua	0.13	0.64	5
Kostarika	0.05	0.49	10
Venezuela	1.02	2.4	2
Kolumbien	1.15	5.9	6
Ekuador	0.30	2.5	8
Peru	1.35	5.6	4
Bolivien	1.59	2.9	2
Chile	0.57	3.83	5
Argentinien	2.98	8.70	3
Uruguay	0.19	1.6	8
Paraguay	0.25	0.8	3
Brasilien	8.52	30.7	3
Asien:			
Japan	0.68	78.2	114
China ohne Tibet	6.41	397.0	618
China mit Tibet	8.00	400.0	50

Diese Uebersicht zeigt klar, daß unter allen Völkern der Erde das deutsche Volk über den geringsten Lebensraum verfügt.

Größenverhältnis der Kolonien zum Mutterlande:

Es sind die Kolonien	größer als das Mutterland:
Frankreichs	24 mal
Italiens	6 mal
Spaniens	etwa gleich groß
Portugals	26 mal
Belgiens	80 mal
Englands	153 mal
Hollands	30 mal
Dänemarks	3 mal
Japans	etwa gleich groß
U. S. A.	Die Kolonien sind nur etwa ein Viertel des Mutterlandes

Deutschland braucht die Kolonien aber auch aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich.

Deutschland braucht für seine Wirtschaft unerläßlich Rohstoffe. Ja Deutschland ist noch viel mehr als jedes andere Land von Rohstoffquellen abhängig. Sie gehören zu den Lebensbedingungen der deutschen Volkswirtschaft. Für Deutschland hat der Bericht, den das französische Parlamentsmitglied Archimbaud im Jahre 1927 zum Kolonialbudget erstattete, genau dieselbe Gültigkeit wie für Frankreich. In diesem Bericht wird mit ausführlichen Gründen belegt, warum Frankreich Kolonien unbedingt braucht. Es heißt dort auf Seite 17:

„Die Beschaffung von Rohstoffen war vor dem Weltkriege verhältnismäßig einfach, seitdem ist sie merklich schwieriger geworden... Es besteht ein Kampf um den Kautschuk, die Baumwolle, das Petroleum, und der Augenblick ist vielleicht nicht ferne, wo man die Kontinente Repressalien gegeneinander anwenden sehen wird durch das Exportverbot von Roh-

stoffen... Deshalb suchen die Industrieländer sich Rohstoffquellen zu sichern, auf die sie jederzeit mit Sicherheit rechnen können. Sie wenden deshalb den zu erschließenden großen kolonialen Produktionsgebieten ihr Augenmerk zu."

Mit einer für andere als ultranationalistische Gehirne ganz unfaßbaren Logik heißt es dann auf Seite 31 desselben Berichtes:

„Man spricht davon, daß die deutsche Industrie Rohstoffe braucht. Aber kann sie die nicht überall kaufen?"

Eine solche nationalistische Vergewaltigung des gesunden Menschenverstandes und der Logik kann unmöglich übertroffen werden.

Das Versailler Diktat hat, entgegen den feierlichen Zusagen, Deutschland alle Kolonien geraubt. Wie so vieles, geschah auch das nicht, um den Alliierten zu nützen, sondern nur um Deutschland zu schaden und zu demütigen.

Hätten die Siegermächte Deutschland seinen kolonialen Besitz belassen, den keiner von ihnen nötig hatte, so würden die ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, mit denen das in eine Zwangsjacke eingepreßte Deutschland heute in Todesnot zu kämpfen hat, wesentlich geringer sein.

„Um den Raub der deutschen Kolonien zu bemänteln, erfanden die Väter des Versailler Vertrages die sogenannte „koloniale Schuldlüge". Mit schamloser Heuchelei wurde Deutschland vorgeworfen, daß es seine Kolonien zu militärischen Stützpunkten für seine angeblich imperialistische Politik mißbraucht habe. Das unterschrieben Mächte, die sich vor noch gar nicht langer Zeit seitens der ganzen zivilisierten Welt den Vorwurf der Kongogreuel zuzogen, die in diesem selben Weltkrieg hunderttausende farbiger Soldaten aus ihren afrikanischen und asiatischen Kolonien gegen die Deutschen geführt haben und noch heute farbiges Soldatenmaterial aus Afrika rekrutieren."

Zu jenen, die Deutschlands Nichteignung zur Kolonisation festlegten, gehörten unter andern:

Portugal, dessen europäisches Mutterland 80 Prozent Analphabeten zählt und dessen Kolonialverwaltung nach zahllosen englischen und amerikanischen Urteilen die schlechteste ist und weit unter jener in den deutschen Kolonien steht. Trotzdem hat

Portugal Kolonien, deren Größe das 26fache des Mutterlandes beträgt.

Belgiens Kolonien sind 80mal größer als das Mutterland. Die belgische Kolonialverwaltung soll, nach englischen Urteilen, die schlechteste nach oder neben der portugiesischen sein. Die belgischen Kongogreuel sind heute noch in schaudernder Erinnerung. Trotzdem erhielt Belgien die ehemals deutschen Kolonialgebiete Ruanda und Urundi vom Völkerbund zugesprochen.

Die These von Deutschlands kolonialer Nichteignung wurde am heftigsten und erbittertsten von Frankreich verfochten, das das größte farbige Heer der Welt unterhält und das gleichzeitig „der blutigste wie der erfolgloseste Kolonisator der Erde ist". (Oswald Spengler.) Supan sagt: „Die Franzosen sind kein Kolonialvolk" und diesem Urteil könnte eine Unzahl englischer und anderer Urteile angefügt werden.

Zahlreich sind auf der anderen Seite berufene Urteile aus allen Ländern der Erde, die Deutschlands Eignung für die Kolonisation das vorzüglichste Zeugnis ausstellen.

Für jene, die Ultranationalismus noch nicht der objektiven Denkfähigkeit beraubt hat, seien hier einige Urteile berufener englischer, amerikanischer und selbst französischer Fachleute über Deutschlands koloniale Leistungen angeführt.

Viscount Milner im Protokoll der Sitzung des British Royal Colonial Institut vom 13. Jänner 1914:

„Deutschland ist verhältnismäßig ein Neuling auf kolonialem Gebiet und hat sich seiner ungewohnten Aufgabe mit charakteristischer Gründlichkeit und Energie unterzogen."

Robert Melville:

„Die Arbeitsmengen, die Deutschland im Kolonialen geleistet hat, gereichen ihm zur Ehre."

Gouverneur Sir Harry Johnston:

„Wenn von den großen kolonialen Völkern der Welt gehandelt wird, ist es schwierig, zwischen den Deutschen und den Engländern einen Unterschied zu machen."

Louis Hamilton in der Monatsschrift «United Empire» vom Juli 1913:

„In Verbindung mit den Missionären haben die deutschen kolonialen Regierungen die Erziehung der Eingeborenen zu einer geradezu bewundernswerten Größe entwickelt."

Der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt schrieb im Oktober 1909:

„Es sind erstklassige Leute, diese Engländer und Deutschen; beide leisten in Ostafrika Wertvolles für die ganze Welt."

E. R. Forbes schrieb 1911 in der «American Review of Reviews»:

„Verwaltung und Regierung im schwarzen Erdteil sind weitgehend eine Frage des Temperaments und allem Anschein nach lassen sich die Deutschen weniger irritieren und hinreißen als andere Weiße. Ich habe alle weißen Völker studiert, die an der Erweckung Afrikas arbeiten, und komme von der Ueberzeugung nicht los, daß der deutsche Eingeborene eine ebenso hohe Entwicklung erreichen wird wie alle anderen, wenn nicht höher."

Herbert Adams Gibbons schrieb 1917, also während des Krieges, in «The New Map of Africa»:

„Man braucht nur die Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, in die Bücherverzeichnisse zu sehen oder die Parlamentsdebatten während der letzten fünfzehn Jahre durchzugehen, um festzustellen, daß von allen europäischen Kolonialvölkern nur noch in England ebenso viel Menschlichkeit und Idealismus in bezug auf Einführung und Aufrechterhaltung einer gerechten und einsichtigen Kolonialverwaltung gezeigt worden ist wie in Deutschland."

Die französische «Dêpêche Coloniale» schrieb am 6. Oktober 1916, also auch schon während des Krieges, über die deutschen Kolonien:

„Togo, Kamerun, Südwestafrika und Ostafrika befanden sich in voller Blüte."

Eine der größten Ruhmesleistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Kolonialwesens ist das „Institut zur Erforschung der Tropenkrankheiten" in Hamburg, das nicht seinesgleichen auf der ganzen Welt hat. Heute noch gereicht dieses Institut der ganzen Welt zum Segen und kein Jahr vergeht, ohne daß nicht der Hilferuf irgendeines Landes an dieses Institut ergeht, Hilfe im Kampfe gegen die furchtbaren Krankheiten zu leisten.

Zahllos sind die Anerkennungen, die diese deutsche Schöpfung bei allen Kolonialländern der Erde gefunden.

„Nur einen Fehler," sagt einer der hervorragendsten Kolonialfachleute Englands, „hat dieses unübertreffliche Institut, nämlich den, daß es nicht in England steht."

Der Franzose Alcide Ebray über den Raub der Kolonien:

Aber da in der Regelung des Friedens von 1919 die Heuchelei eine beträchtliche Rolle gespielt hat, so hat man den Glauben erwecken wollen, man entreiße Deutschland seine Kolonien im Interesse der armen Eingeborenen, die es nicht zu verwalten noch mit Menschlichkeit zu behandeln wisse. Gerade dieser Beweggrund wird in der „Antwort" und in der Mantelnote an Deutschland vorgeschoben. In der Mantelnote heißt es: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich davon überzeugen können, daß die eingeborene Bevölkerung der deutschen Kolonien starken Widerspruch dagegen erheben, daß sie wieder unter Deutschlands Oberherrschaft gestellt werden, und die Geschichte dieser deutschen Oberherrschaft, die Traditionen der deutschen Regierung und die Art und Weise, in welcher diese Kolonien verwandt wurden als Ausgangspunkte für Raubzüge auf den Handel der Erde, machen es den alliierten und assoziierten Mächten unmöglich, Deutschland die Kolonien zurückzugeben oder dem Deutschen Reiche die Verantwortung für die Ausbildung und Erziehung der Bevölkerung anzuvertrauen."

Die Beweisgründe werden in der „Antwort" wiederholt. Der letzte Grund ist folgendermaßen dargelegt.

„Außerdem haben die alliierten und assoziierten Mächte es für notwendig erachtet, ihre eigene Sicherheit und den Frieden der Welt gegen einen militärischen Imperialismus zu schützen, der darauf ausging, sich Stützpunkte zu schaffen, um gegenüber den anderen Mächten eine Politik der Einmischung und Einschüchterung zu verfolgen."

Noch einige Koſtproben aus dem „Hexenhammer“

Abtretung der Kriegs- und Handelsflotte.

Ein Vorgang, beispiellos in der ganzen Geschichte:

Deutschland liefert die gesamte Kriegsflotte aus. Es lieferte nicht nur die gesamte Handelsflotte über 1600 Tonnen, sondern auch

1. Die Hälfte aller Fahrzeuge zwischen 1000 und 1600 Tonnen,
2. Ein Viertel seiner Schlepper und Fischerboote,
3. Verpflichtet es sich durch 5 Jahre jährlich bis 200.000 Tonnen Schiffe für die Alliierten zu bauen.

Abtretung der Kolonien und Raub des gesamten Staatseigentums. Vollständige Verfehmung und wirtschaftliche Unterwerfung Deutschlands:

Art. 119, 120 und 257:

„Deutschland tritt an die Alliierten ohne Entschädigung alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen ab." Es hat das ganze Staatseigentum einschließlich der Eisenbahnen ohne Vergütung mit abzutreten, haftet aber für alle beim Kauf oder Bau dieses abgetretenen Eigentums oder für die sonstige Entwicklung der Kolonien gemachten Schulden.

Art. 118:

„Außerhalb seiner Grenzen in Europa, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzt sind, verzichtet Deutschland auf sämtliche Rechte, Ansprüche und Vorrechte auf und in bezug auf alle ihm oder seinen Verbündeten gehörenden Gebiete sowie auf alle Rechte, Ansprüche und Vorrechte, die ihm aus irgendeinem Grunde den alliierten oder assoziierten Mächten gegenüber bislang zustanden . . . . .“

Art. 129, 132, 135 bis 137, 141, 148, 150:

„Deutschland verzichtet auf alle Rechte und Vorrechte in China, Siam, Liberia, Marokko, Aegypten.“

Art. 133:

„Alle Güter und alles deutsche Eigentum in Aegypten geht von Rechts wegen ohne irgendwelche Entschädigung auf die ägyptische Regierung über.“

Raub des gesamten deutschen Privateigentums im Ausland:

Art. 121, 122, 297 B:

„Alle Verträge und Vereinbarungen zugunsten deutscher Reichsangehöriger, die den Bau oder die Ausnützung öffentlicher Unternehmungen betreffen, verfallen zugunsten der Alliierten.

Das Gesamteigentum deutscher Staatsbürger oder von ihnen abhängige Gesellschaften, alle ihre Güter, Rechte und Interessen werden ohne Entschädigung enteignet.“

Art. 260:

„Alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Staatsbürger an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei und in allen Besitzungen und Gebieten dieser Staaten, ferner in allen abgetretenen deutschen und österreichischen Gebieten werden enteignet.

Es ist gleich, ob es sich um bereits erworbene Rechte oder nur um Anwartschaften oder noch nicht ausgeübte Rechte oder Konzessionen handelt.“

Die einseitige Internationalisierung der Verkehrswege.

Art. 321 bis 386 bestimmt die Internationalisierung aller Verkehrswege: Flüsse, Häfen, Kanäle und Eisenbahnen Deutschlands.

Die für die internationale Verwaltung eingesetzten Kontrollkommissionen sind ein Hohn für Deutschland und einzig dazu bestimmt, es zu einem ganz unfreien Sklavenstaat zu stempeln.

Deutschland wird in den Kontrollkommissionen in jedem einzelnen Falle durch das numerische Uebergewicht der Nicht-Ufer-Staaten verdrängt. In der Elbe-Kommission zum Beispiel verfügt es über vier Stimmen gegenüber zwei Stimmen der Tschechoslowakei; vier weitere Stimmen gehören indessen Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien, so daß Deutschland in einem Verhältnis von vier zu zehn steht. In der Oder-Kommission besitzt es drei Stimmen von neun, die übrigen verteilen sich wie folgt: Je eine an Polen und die Tschechoslowakei, je eine an Großbritannien und Frankreich und je eine an Dänemark und Schweden, also zwei alliierte Stimmen auf drei Deutsche und zwei Neutrale. In der Rheinkommission ist Deutschland am allerschlimmsten gestellt. Es hat 4 von 18 Mitgliedern gegenüber Frankreich, das gleichfalls 4 Mitglieder stellt und den Vorsitz inne hat.

Man kann getrost behaupten, daß Deutschland in allen diesen Fällen im Verhältnis zu seinen Interessen eine allzu geringe Repräsentation besitzt, während die Nicht-Uferstaaten im Verhältnis zu den ihrigen zu stark vertreten sind. Obendrein ist die Kontrolle hier für dauernd erklärt worden. Deutschland erhob dagegen folgenden Protest:

„Die deutschen Ströme sollen samt allen mit ihnen in Verbindung stehenden Flüssen und Kanälen von internationalen Kommissionen verwaltet werden, in denen Deutschland niemals die Mehrheit hat. Der Umfang der Aufgabe dieser Kommissionen ist nicht bestimmt, er kann daher beliebig weit gefaßt werden. Die Kommissionen würden in der Lage sein, auf dem gesamten deutschen Wasserstraßennetz praktisch eine wirtschaftlich unbeschränkte Herrschaft auszuüben."

Nitti über die Internationalisierung:

„Es ist in der Tat bewundernswert, wie Deutschland so vielen Einschränkungen, Hemmungen, Lasten, sinnlosen Demütigungen hat widerstehen können. Wenn man bedenkt, daß deutsche Ströme wie die Elbe, die Oder, die Memel, der Rhein als internationale Flüsse betrachtet und einige von ihnen von internationalen Kommissionen verwaltet werden, so empfindet man ein Staunen, das dem gleich ist, womit man deutsche oder russische Delegierte die Themse oder den Mississippi verwalten sähe. Stellt man sich vor, daß in der Verwaltung außerdem die Deutschen in der Min-

derheit sind ... und selbst Vertreter Italiens, Englands und der Tschechoslowakei darin sitzen, daß in der Verwaltung der Oder die Deutschen drei von neun sind und die Vertreter Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Dänemarks und Schweden sich dort breit machen, ... so überkommt einem das Gefühl der Scham und Erniedrigung. ... Der Rhein ist ein fast ganz deutscher Strom, wird aber verwaltet von einer achtzehnköpfigen Kommission, von der nur vier Deutsche sind und deren Sitz in Straßburg ist; Frankreich dagegen hat vier Vertreter und Frankreich ist es auch, das den Präsidenten ernennt. ... Das ganze wundervolle Netz der Flüsse und Kanäle Deutschlands, das im Zusammenwirken mit dem Eisenbahnverkehr die mächtigste wirtschaftliche Kraftquelle eines dicht bevölkerten Gebietes mit ebener Bodengestaltung bildete, ist, so weit es nur künstlich möglich war, in seiner Auswirkung gelähmt worden.

Und während der Vertrag es als selbstverständlich hinstellt, daß die Tschechoslowakei und Polen, zwei Binnenstaaten, so unbedingt des Meeres bedürfen, daß deshalb Deutschland erniedrigt und in den Zustand der Sklaverei versetzt werden müsse, besteht eben dieses Bedürfnis direkter Meerverbindung für andere Binnenstaaten, nur weil sie besiegt sind, durchaus nicht. In der Tat, Bulgarien, Oesterreich und Ungarn bedürfen des Meeres nicht oder nicht mehr, so wenig wie die Schweiz, die während des Krieges aufrichtig neutral war; denn nach der Logik der Sieger braucht, wer verliert, kein Meer."

General J. C. Smuts in einem Briefe an den Premierminister Lloyd George am 22. Mai 1919:

„... Während die Internationalisierung der Flüsse und Eisenbahnen Deutschlands, die Ausgänge für die neuen Staaten vorsehen, ein durchaus gesunder Grundsatz ist, erscheint die für diese Flüsse und Eisenbahnen festgesetzte Verwaltung gänzlich indiskutabel.

Diese Flüsse sollen von Ausschüssen verwaltet werden, die eine kleine Minorität deutscher Vertreter enthalten, und das sogar bei jenen Flüssen, die ausschließlich deutsch sind. Englische, italienische, französische, skandinavische und belgische Repräsentanten bilden in diesen Ausschüssen eine bedeutende Majorität. Es wäre genau so, als wenn die Themsestromkommission fast ausschließlich aus Vertretern fremder Regierungen bestünde. Es sind Grundsätze über die Fahrtregulierung der deutschen Eisenbahnen aufgestellt, die nahezu unverständlich und, so weit ich das verstehe, undurchführbar sind. Fast alle Bestimmungen in bezug auf deutsche Flüsse und Eisenbahnen sind hoffnungslos einseitig und scheinen lediglich die Absicht zu verfolgen, das gesamte Prinzip der Internationalisierung in Mißkredit zu bringen. Sie erfordern tiefgreifende Abänderung. Ich würde vorschlagen, daß der in bezug auf den Kieler Kanal aufgestellte Grundsatz allgemein befolgt wird, d. h. die Verwaltung dieser internationalen Flüsse und Eisenbahnen innerhalb deutschen Gebietes sollte deutsch bleiben, aber einer verletzten Partei das Recht eingeräumt werden, an den Völkerbund zu appellieren, der Vollmacht haben soll, in besonderen Fällen einen Verwaltungsausschuß zu ernennen."

Art. 339:

„Deutschland hat zu all dem noch 2 Prozent seiner Binnenschiffahrtstonnage abzuliefern. Außerdem noch jenen Teil seiner Flußfahrzeuge auf

der Elbe, Oder, Memel und Donau, den eine Kommission als notwendig bezeichnen wird. Die so abgetretenen Fahrzeuge sind aus den letzten Neubauten zu wählen."

Art. 357:

„Dasselbe geschieht mit den deutschen Fahrzeugen und Schleppern auf dem Rhein und dem deutschen Eigentum im Hafen von Rotterdam."

Art. 358:

„Nur Frankreich hat an den Grenzen das Recht, den Rhein für Bewässerung oder Krafterzeugung nutzbar zu machen, Deutschland nicht."

Art. 66:

Alle Rheinbrücken gehören in ganzer Länge Frankreich."

Wie der Friede ohne Annexionen in Wahrheit aussah. — Gebietsverluste an rein deutschem Land.

Das deutsche Memelgebiet wurde gegen seinen Wunsch und Willen unter litauische Gewalt gestellt.

Tondern mit 90 Prozent deutscher Einwohnerschaft kam entgegen dem Abstimmungsergebnis an Dänemark.

Die Ostseerandstaaten: Lettland, Litauen, sind alles künstlich geschaffene Staaten aus deutschem und russischem Land, mit starker russischer und deutscher Bevölkerung. Die Städte dieser Zwergstaaten haben fast rein deutsche Bevölkerung. Die Kultur ist rein deutsch.

Eupen und Malmédy mußte an Belgien abgetreten werden.

Die Grenzziehung erfolgte durch einen Japaner im Auftrag der Konferenz von Versailles in einer Weise, die an den tiefsten Orient erinnert. Man sagt, Belgien hätte die annektierten Gebiete mit den dort lebenden 60.000 Deutschen schon längst zurückverkauft, wenn die Franzosen nicht dagegen Widerstand leisten würden, die einen Präjudizfall der Revision der Friedensverträge verhindern wollen.

Reiche Gebiete in Ost- und Westpreußen, der Danziger Korridor und Oberschlesien gingen verloren.

Gebiets- und Bevölkerungsverluste Deutschlands:

In Europa	km²	Bevölkerung
an Frankreich	14.522	1,900.000
an Belgien	1.036	60.000
an Dänemark	3.993	167.000
an Litauen	2.657	142.000
an Polen	48.066	4,190.000
an die Tschechoslowakei	316	49.000
In Europa zusammen	70.590	6,508.000

Außerhalb Europas	km²	Bevölkerung
an Frankreich	752.200	3,200.000
an Großbritannien und Dominions	2,147.675	6,400.000
an Belgien	50.000	2,700.000
an Japan	3.120	300.000
außer Europa zusammen	2,952.995	12,600.000
Insgesamt in Europa und außer Europa	3,023.585	19,108.000

Verluste Oesterreichs an rein deutscher Bevölkerung.

an die Tschechoslowakei	3,500.000
an Italien	275.000
an Jugoslawien	106.000
an Polen	134.000
an Rumänien	170.000
Zusammen . .	4,185.000

Rache und Demütigung.

Neben dem ausgesprochenen Ziele, Deutschland zu vernichten und zu zerschmettern, war es den französischen Militäristen darum zu tun, Deutschland bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu quälen und zu demütigen. Das kam nicht nur in allen Handlungen Frankreichs kraß zum Ausdruck, sondern auch der Friedensvertrag strotzt von Stellen, die keinem der Sieger einen Vorteil bringen, sondern einzig und allein den Zweck verfolgen, Deutschlands Ehre in den Kot zu ziehen.

„Viele Maßregeln hatten lediglich den Zweck nutzloser Kränkung."
Nitti.

„Noch lange vor Friedensschluß hat Frankreich darauf bestanden, die deutsche Regierung zu ignorieren und lediglich durch die Militärkomissionen zu den Deutschen zu sprechen. Viele Monate hat es keinen Gesandten für Berlin ernennen wollen und das gleiche auch von England und Italien verlangt."
Nitti.

J. M. Keynes:

„Die Nadelstiche, Eingriffe und Belästigungen des Friedensvertrages sind nicht so sehr verwerflich wegen ihrer bestimmten Folgen, als unehrenhaft für die Alliierten im Lichte ihrer eigenen Beteuerungen."

Der französische Ministerpräsident M. Tardieu, einer der Männer, die die größte Verantwortung für den Vertrag von Versailles tragen, schrieb:

„daß gegen Deutschland das «maximum d'obstacies» geschaffen worden sei, «que la raison puisse concevoir», das heißt, das Maximum an Schwierigkeiten, das nur die Vernunft ausklügeln konnte."

Brief des Generals Smuts an Lloyd George am 22. Mai 1919:

„Wie ich schon betont habe, strotzt der Vertrag von Nadelstichen, von kleinen und verhältnismäßig unwichtigen Bestimmungen, die keinem nützlichen Zwecke dienen, sondern nur unnötig die Gefühle eines geschlagenen Feindes verletzen und verwunden müssen. Wenn man den Frieden hart und streng gestaltet ... sollten wir doch Sorge tragen, alle Spuren kleinlicher Schikanen und Uebelwollens zu eliminieren, die weder einer so großen Sache wie der unseren zu dienen vermögen, noch die Interessen künftiger Gutwilligkeit und künftigen Friedens fördern. Ich bin für drastische Revision aller derartigen Nadelstiche, sie beziehen sich hauptsächlich auf die Behandlung deutscher Staatsangehöriger, deutschen Eigentums und deutscher Rechte. Doch findet man sie fast in jedem Abschnitte des Friedensvertrages. ..."

Diplomatische „Jokers".

Der amerikanische Friedensdelegierte R. St. Baker, schreibt über die erfolgreichen Versuche der Franzosen, die Protokolle über die Be-

schlüsse der Sitzungen und damit also die Beschlüsse selbst zu ihren Gunsten zu verfälschen, folgendes:

„Wir wenden uns zum Schluß einer Anzahl scheinbar unbedeutender, in Wahrheit aber wichtiger Versuche zu, den vom Viererrat getroffenen Abmachungen bei der eigentlichen Niederschrift des Friedensvertrages mit Hilfe diplomatischer ‚Jokers' zu entgehen oder sie wenigstens zu modifizieren. Die Franzosen hatten gute Gelegenheiten, durch ihre Kontrolle der Friedensmaschinerie — indem sie den Vorsitzenden in den Ausschüssen stellten usw. — günstigere Bedingungen zu erzielen, als sie die eigentlichen Abkommen boten. In dem Hin und Her der Tage vor Ueberreichung des Friedensvertrages an die Deutschen wurden verschiedene kleine derartige ‚Jokers', die man erst später entdeckte, unbemerkt ausgeführt. Ein solches Kunststückchen — das eine Abstimmung zugunsten Deutschlands in dem Saardistrikt annullierte, falls es Deutschland unmöglich wäre, die Minen in Gold zurückzukaufen — wurde von den Deutschen festgenagelt und auch zugleich rektifiziert." (22. Mai.)

Wenn wir dieses Kapitel abschließen, können wir mit Recht J. M. Keynes sagen:

„So umfassend sind die Wirtschaftsbedingungen des Friedensvertrages und so wenig wurde übersehen, was Deutschland in der Gegenwart berauben oder seine Entwicklung in der Zukunft verhindern konnte. Und in dieser Lage soll Deutschland Geldzahlungen in einer Weise leisten, wie es die Reparationen vorschreiben."

Worte berühmter Männer über den Schandfrieden von Versailles

Oberst House, den Wilson einmal selber sein „zweites Ich", seinen „stillen Gesellschafter" nannte und der einer der ärgsten Feinde Deutschlands war, sagte:

„Es kam ein Friede zustande, der Deutschland durchaus das Recht gibt zu der Behauptung, daß er weniger von den öffentlich bekanntgegebenen Kriegszielen Wilsons ausgegangen sei, als vielmehr von dem Wunsche, Deutschlands wirtschaftliche und politische Macht zu brechen. . . . Der Vertrag ist schlecht und durfte niemals geschlossen werden. Seine Durchführung wird Europa in Schwierigkeiten ohne Ende stürzen."

Prof. Herron, ein einflußreicher Berater des Präsidenten Wilson, im Krieg ein erbitterter Gegner Deutschlands, schreibt im Jänner 1924 an den bekannten kanadischen Publizisten Bruce:

„Auch wenn man, was man will, über die Sünde Deutschlands bei Kriegsbeginn zugeben will, so ist doch die gegenwärtige Sünde Frankreichs so viel größer, daß sie außerhalb jedes Vergleiches steht. Ich kann mir kein geschichtliches Ereignis ins Gedächtnis rufen, das in seiner teuflischen Schlauheit, in seiner Vorbedachtheit und erbarmungslosen Gemeinheit diesem französischen Verfahren gleicht, die deutsche Nation nach jeder Richtung zu ruinieren. Die ungeheuerliche Fortsetzung des Krieges gegen eine wehrlose und entwaffnete Nation, gegen ein Volk, das darauf vertraute, daß es so etwas wie Treu und Glauben bei seinem Gegner gäbe, ist ohne jeden Vorgang und Beispiel in der Geschichte.

Selbst wenn man bis auf Karthago zurückgeht, so ist das ein armseliges Zurückweichen vor der Größe der französischen Nieder-

tracht gegen das deutsche Volk und ein Verrat an der ganzen menschlichen Rasse. Wenn es eine Nemesis geben soll, dann gibt es nur eine, die eine Wiedervergeltung ist und diese ist die Austilgung Frankreichs. Und Poincaré wird einer der verabscheuungswürdigsten Namen in der Geschichte der Menschheit sein."

In seiner berühmten Unterhausrede im Februar 1923 führt der englische Schatzkanzler Philipp Snowden aus:

„Noch niemals ist eine im Krieg unterlegene Nation so zerstückelt und gequält worden, wie Deutschland durch die Bestimmungen des Friedensdiktats. Der Friede habe die Schlagadern des Wirtschaftslebens Deutschlands durchschnitten und ihm Bedingungen für die Zahlung von Entschädigungen auferlegt, die unmöglich erfüllt werden können. Anderseits sei Frankreich heute das reichste Land Europas. Seit dem Kriege hat das französische Volk 400 Millionen Pfund Sterling im Jahre gespart, Frankreich habe keine Arbeitslosigkeit und einen sich rasch entwickelnden Ausfuhrhandel."

Auf einen Zwischenruf, was Deutschland wohl in ähnlicher Lage getan haben würde, sagte Snowden:

„Er wisse es nicht. Vor 30 Jahren aber, als Frankreich besiegt worden sei, habe das Reich keine französischen Provinzen gestohlen und keine französischen Güter zerstört. Die zwei Frankreich abgenommenen Provinzen seien 800 Jahre lang deutsch gewesen und ihre Bevölkerung sei bis zu 90 Prozent deutschen Ursprunges und deutscher Sprache."

„Ich weiß nicht, was Deutschland getan hätte, aber eines weiß ich, daß, wenn Deutschland gewonnen hätte, es den Verbündeten keinen Frieden auferlegt hätte, der brutaler und ungerechter, ehrloser und herausfordernder gewesen wäre und der dauernderen Haß hervorgerufen hätte, als es die Verbündeten getan haben."

Jouvenel in «Vers les Etats Unis de l'Europe»:

„Der Vertrag von Versailles ist gegründet auf dem Prinzip der Nationalitäten, aber er verletzt es mit jeder Zeile, so daß seine Gegner ihn mit Recht im Namen desselben Prinzips bekämpfen können. Warum unterwirft er Deutsche unter polnisches oder tschechisches Joch? Warum vereinigt er nicht die deutschen Oesterreicher mit Deutschland?

Diese Fragen, immer wiederholt, lauern am Grunde der europäischen Schwierigkeiten. Es scheint unvermeidlich, daß die Beschlüsse von Versailles revidiert werden, im Namen der Prinzipien selbst, auf die sie gegründet sind, revidiert, wenn nicht auf friedliche Weise, dann durch Gewalt . . . . .

Weder ist die Annahme der Grenzen möglich, noch ist ein Krieg zu vermeiden, weil eben der Friedensvertrag Europa auf eine falsche Basis gestellt hat und zugleich die Rechtfertigung für alle Einwände gegen diese Neuerung enthält."

Jouvenel:

„Der Friede ist das Ende des Krieges. Der Krieg ist aber nicht zu Ende, wenn ein Volk nur gezwungenermaßen die Waffen streckt.

Was hätte geschehen müssen?

Man hätte der deutschen Regierung sagen müssen: Ihr habt die für den Krieg Verantwortlichen davongejagt. Ihr habt das deutsche Volk frei gemacht. Eine große Demokratie ist im Werden. Das ist der schönste Gewinn unseres Sieges. Aber nun gilt es, den Schaden zu reparieren. Laßt uns gemeinsam daran arbeiten! . . . . .

Das hätte aus unseren Besiegten Alliierte gemacht!"

Mahatma Gandhi:

„Der letzte Krieg hat den satanischen Charakter der europäischen Zivilisation enthüllt. Alle Gesetze der Moral sind von den Siegern im Namen der Tugend gebrochen worden. Keine Lüge war gemein genug, um nicht ausgenützt zu werden, und das Motiv aller Verbrechen war stets nur gröbster Materialismus."

Hjalmar Schacht, der deutsche Reichsbankpräsident, sagt:

„Das moralische Ergebnis des Versailler Vertrages ist, daß er feierlich gegebene Zusagen gebrochen und die Ehre des deutschen Volkes grundlos in der ungeheuerlichsten Weise verletzt hat. Niemand in der Welt darf glauben, daß dies vergessen werden kann von einem Volke, das Luther und Kant zu seinen Söhnen zählt und das in dem, was es der menschlichen Kultur geschenkt hat, hinter keinem Volke der Welt zurücksteht."

Guglielmo Ferrero:

„Die Tragödie des Friedens ist von den vier Schmierenschauspielern, die sie gespielt haben, nicht einmal verstanden worden. Selbst die Schuster von 1815 verstanden ihr Handwerk besser als die Schuhflicker von 1919."

Dr. Dillon in «The Peace Conference»:

„Die führenden Staatsmänner der Friedenskonferenz waren völlige Neulinge, was internationale Angelegenheiten betrifft. Geographie, Völkerkunde, Psychologie und politische Geschichte waren ihnen Bücher mit sieben Siegeln. Der Rektor der Universität von Louvain sagte einst zu Oliver Goldsmith, daß er nicht einsehe, warum Griechisch an diesem Institut gelehrt werden sollte, da er selbst ohne Kenntnis dieser Sprache dessen Leiter geworden; ähnlich erging es nun den Führern der verschiedenen Staaten: Sie hatten sich, jeder in seinem Lande, zur höchsten Stellung emporgearbeitet, ohne gerade mehr als eine bloße Ahnung von internationalen Angelegenheiten zu haben, und waren daher nicht imstande, einzusehen, wie wichtig es gewesen wäre, diese voll zu beherrschen; sie bemühten sich auch nicht, dem Mangel im Laufe der Zeit abzuhelfen. . . ."

R. St. Baker über den Friedensvertrag:

„Der Friedensvertrag ist ein gewichtiges Buch mit gewaltigem und teilweise betrügerischen Inhalt.

Er war von A bis Z das Werk der alliierten Mächte, war doch Deutschland, wie bereits ausgeführt wurde, von Anfang an von jeglicher Teilnahme bei der Aufstellung der Bedingungen für den Frieden ausgeschlossen worden. . . .

Tollkühn, wie die Führer ihr Ziel verfolgten, wurde es ein aufgezwungener Friede, ohne Rücksicht darauf gesetzt, was Deutschland hierüber dachte. . . .

Er entstand in einer noch mit Kriegsbitterkeit erfüllten Zeit, und alles, was in solch einer Zeit zum Tageslicht drängt, ehrliche Furcht, Neid, Eitelkeit, Grausamkeit, Kleinlichkeit, findet sich hier verkörpert. . . ."

Lloyd George ließ am 25. Mai 1919 ein Memorandum: „Betrachtungen über die Friedenskonferenz", zirkulieren, in dem dargelegt wurde,

„daß der Friedensvertrag in der Form, die er anzunehmen scheine, nur die Ursache zu künftigen, noch schrecklicheren Kriegen und Unruhen werden könnte."

Der «Labour Herald» schrieb:

„Der Friedensvertrag ist gänzlich im Geiste des alten Regimes gehalten.... Der Völkerbund ist die einzige Konzession an die neuen Ideen, doch er bedeutet nur einen Flicken neuen Tuches auf einem verrotteten Gewande."

Generaldirektor John W. Kempster, einer der bedeutendsten Industriellen Englands, sagte am 4. Oktober 1931:

„. . . Meine kürzlichen Besuche in Deutschland und Oesterreich vermittelten mir den Eindruck, daß an eine Wiederbelebung der Industrietätigkeit der beiden Länder nur dann zu denken ist, wenn die Reparationsfrage endgültig geregelt und eine schleunige Revision der Friedensverträge herbeigeführt wird. . . .

Das Gefühl der Deutschen und Oesterreicher, daß sie unter ungerechten Verträgen leiden, ist durchaus verständlich. So lange daher keine Revision derselben erreicht wird, kann an keine Rekonstruktion der normalen Verhältnisse geschritten werden. . . ."

Der Abgeordnete von Wisconsin erklärte am 18. Jänner 1926 im amerikanischen Kongreß:

„Es sei für das erst jetzt aufgeklärte amerikanische Volk unfaßlich, wieso man für die Wiedergewinnung dieser rechtmäßig verlorenen Ländchen (Elsaß-Lothringen), in denen 1,600.000 Deutsche, aber nur 200.000 Franzosen leben, 30 Millionen Tote opferte und 400 Milliarden Dollar, während man 1914 ganz Frankreich und Belgien, wie es liegt und steht, zum amtlichen Schätzwerte von 75 Milliarden Dollar aufkaufen konnte. Amerika dürfte sich nicht von dem ‚höllischen' Vertrag von Versailles drücken, nachdem es beim Zustandekommen geholfen habe."

Nitti:

„Als ich Juli 1919 die Leitung der italienischen Regierung übernahm, sollte es mein erster Akt sein, den Vertrag von Versailles zu unterschreiben. Ich kannte von Grund aus diesen fluchwürdigen Vertrag und betrachtete ihn als den Ruin Europas; er ist gleich verderblich für Sieger und Besiegte, da er aus dem Geiste der Gewalt, der Lüge und des Raubes entstanden war. . . .

. . . Führende Männer Englands, mit denen ich über den Vertrag sprach, stimmten alle darin überein, daß der Friedensvertrag widersinnig und unausführbar sei, aus der Intrigue geboren und von der Habgier entwickelt und deshalb eher bestimmt, Kriege hervorzurufen als zu verhüten. Ja, einer der ersten politischen Vertreter Englands bekannte, daß der Zweck des Völkerbundes offenkundig nur der sei, die Reihe der ungerechten Maßregeln, die man erzwungen, nicht abreißen zu lassen.

Und das ist nicht nur der Gedanke Lansings, d. h. des Mannes, der im Namen Amerikas den Krieg erklärte, sondern auch vieler von denen, die den Vertrag von Versailles unterschrieben haben, ja, abgesehen von Frankreich und einigen seiner Vasallenstaaten gibt es wohl niemand, der nicht Scham und Reue darüber empfände, ihn unterzeichnet zu haben. Dieser Vertrag ist das größte Verbrechen der modernen Völker und man ist dazu gekommen wie zum Kriege, d. h. ohne sich dessen bewußt zu sein, aus Müdigkeit und infolge aller möglichen Irrtümer, Zugeständnisse und Forderungen. Einer der bedeutendsten Unterzeichner sagte zu mir: Es war unsere Schuld und wird unsere Sühne sein!

Nachdem ich, wie gesagt, die Bestätigungsurkunde dieses Friedens- — oder besser Kriegsvertrages — unterzeichnet hatte, versetzte mich der Jubel von Paris und das Geschrei der Zeitungsverkäufer in tiefe Trauer. Noch niemals ist ein ernstlicher und dauernder Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten großen Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles! Wird es eine Atridentragödie sein, deren furchtbare Entwicklung mit ihm einsetzt? Werden ihm für Jahre und Jahre neue Revolutionen und Kriege folgen? Ein wirklich sinnvoller Friede weckt nicht den Enthusiasmus der Menge, im Gegenteil, er erregt Mißstimmung oder Entrüstung und fast stets Enttäuschung. . . ."

Nitti:

„Der Vertrag von Versailles . . . hat in seiner Durchführung die äußersten Grenzen des Rechtsbruches erreicht. Wilson, der in einzelnen Zugeständnissen seine sämtlichen Grundsätze preisgegeben hatte, hoffte, in dem Völkerbund wenigstens ein Element des Friedens gerettet zu haben; aber seine Mitarbeiter, in erster Linie sein Staatssekretär Lansing, hatten längst begriffen, daß diese Liga nichts anderes sei, als eine heilige Allianz der Sieger, ein unmoralisches Werkzeug zur Rechtfertigung jedes Verbrechens. . . . Die Verträge des Jahres 1919/20 haben einen gemeinsamen Charakter, nämlich den Geist des Hasses, vereint mit der Gier, die Besiegten mittels unmöglicher Bedingungen zu vernichten."

Nitti:

„Die Spekulation auf das Elend, der Zynismus in der Aneignung des Gutes des verblutenden Feindes, das sind Tatsachen ohne Beispiel. Der Inhalt der Verträge war die Verneinung der Verpflichtungen der Entente und der im Namen Amerikas feierlich erlassenen Proklamationen und ihre Ausführung die fortlaufende Vergewaltigung ihres Inhaltes. Und brächten die Gewalttaten der Sieger ihnen wenigstens noch einen Nutzen, so könnte man sie verstehen, wenn auch nicht rechtfertigen. Statt dessen

ist die wirtschaftliche Einheit vernichtet, Europa in eine Reihe kleiner Nebenbuhlerstaaten zersplittert, die treibende Kraft der europäischen Wirtschaft, Deutschland, gebrochen, mit einem Worte, ganz Europa im Niedergang."

J. M. Keynes:

„Der Friedensvertrag bezweckt systematische Vernichtung des deutschen Wirtschaftssystems."

J. M. Keynes:

„Frankreichs Politik ging dahin, die Uhr zurückzustellen und den Fortschritt Deutschlands seit 1870 ungeschehen zu machen. Durch Gebietsverluste und andere Maßnahmen sollte seine Bevölkerung beschnitten werden; vor allem war das Wirtschaftssystem, worauf seine neue Stärke beruhte, der Riesenbau von Eisen, Kohle und Verkehrsmitteln zu zerstören ..... Daraus entsprangen jene sich überbietenden Bestimmungen zur Zerstörung eines hoch organisierten Wirtschaftslebens .....

Ich werde aber zeigen, daß dieser Karthagofriede auch praktisch nicht richtig oder möglich ist .....

Man kann Mitteleuropa nicht auf 1870 zurückschrauben, ohne den Bau Europas so zu verbiegen, solche menschlichen und geistigen Kräfte zu entwickeln, daß sie, über Grenzen und Rassen hinwegflutend, nicht allein die Menschen und ihre ‚Bürgschaften', sondern ihre Einrichtungen und die bestehende Gesellschaftsordnung stürzen werden."

J. M. Keynes:

„Der Frieden hat das empfindliche, verwickelte, durch den Krieg bereits erschütterte und zerrissene System, auf Grund dessen allein die europäischen Völker arbeiten und leben können, noch weiter zerstört, statt es wieder herzustellen. . . . Im festländischen Europa bebt die Erde. Niemand kann ihr Grollen überhören. Es handelt sich hier um Leben und Tod, um Hunger und Dasein und um die furchtbaren Zuckungen einer sterbenden Kultur. . . .

Paris war wie ein böser Traum und jeder Mensch dort war ein Kranker. Die Wertlosigkeit und Kleinheit der Menschen vor den großen Ereignissen, die Mischung von Wichtigkeit und Unwirklichkeit in den Entscheidungen, Leichtsinn und Blindheit, Unverschämtheit, wirres Geschrei von draußen, alle Elemente der antiken Tragödie waren da."

J. M. Keynes:

„Der Vertrag verletzt Gerechtigkeit, Großmut und Weisheit in gleicher Weise."

Der Abgeordnete Berger sagte in seiner Rede im amerikanischen Kongreß am 18. Jänner 1926:

„Nach den besten Statistiken kostete der Weltkrieg, das größte Unglück, das je die weiße Rasse betroffen hat, 30 Millionen Menschenleben und 400 Milliarden Dollar an Eigentumswerten. Um dies zu veranschaulichen: Mit dem Betrage hätten wir ein 2500-Dollar-Haus bauen können, dieses mit Möbeln für 1000 Dollar einrichten, es auf 5 Acker Land zu 500 Dollar stellen und all dies jeder Familie in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Australien, England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Rußland geben können.

Dann wäre noch genug übrig, jeder Stadt von 200.000 Einwohnern und darüber in allen genannten Ländern eine Bibliothek für 5 Millionen Dollar, ein Krankenhaus für 5 Millionen Dollar und eine Universität für 10 Millionen Dollar zu geben.

Und dann bliebe noch genug für ein ewiges Kapital, um aus dessen 5 Prozent Zinsen für alle Zeiten ein jährliches Gehalt von 1000 Dollar für eine Armee von 125.000 Lehrern und 125.000 Krankenpflegerinnen zu zahlen.

Und nachdem wir all das getan, würden wir noch genug haben, um ganz Frankreich und Belgien und alles, was Frankreich und Belgien an Werten besitzen, aufzukaufen; das heißt, jede französische und belgische Farm, jedes Heim, jede Fabrik, Eisenbahn, Straßenbahn, kurz alles, was in diesen Ländern von Wert ist. Denn die Gesamtbewertung Frankreichs im Jahre 1914 betrug nach den französischen amtlichen Zahlen 62 Milliarden, die Gesamtbewertung Belgiens nach den amtlichen belgischen Zahlen 12 Milliarden Dollar.

Der Preis für den Sieg war dem Werte von fünf solchen Ländern wie Frankreich plus fünf solcher Länder wie Belgien gleich.

Und all dies wurde getan, um Frankreich zur ersten Militärmacht der Welt zu machen — furchtbarer als irgendeine andere in der Weltgeschichte. . . ."

H. G. Wells:

„Für Frankreich war der Krieg niemals ein Weltkrieg, sondern nur die Fortsetzung seines vorhergehenden Krieges 1870 gegen Deutschland."

Nitti:

„Deutschland, erschöpft mehr durch den Hunger als durch seine militärische Leistung, legte die Waffen nieder, als die feierlichsten Verpflichtun-

gen der Entente und die nicht minder feierlichen Kundgebungen Wilsons einen gerechten Frieden und Gleichheit der Behandlung zwischen Siegern und Besiegten versprachen. Und dann, kraft der Verträge, ist Deutschland zerstückelt und gefoltert worden wie nie irgendein Volk in der neueren Geschichte! Sein Gebiet ist sozusagen beschlagnahmt und nach Willkür verteilt worden: Nicht eine, nein, vier oder fünf „elsaß-lothringische Fragen" sind zu diesem Zweck erfunden worden. Rein deutsche Gebiete, von denen niemals jemand vordem zu sprechen gewagt hätte, sind nach Laune der Sieger aufgeteilt worden, sogar an Völker, die sich nicht einmal selbst zu regieren wissen und nun die gebildetsten Menschen Europas regieren sollen. Deutschland ist an allen seinen Grenzen ursprünglichst deutscher Gebiete beraubt worden und absurde Zollvereinigungen hat man dort geschaffen, so daß willkürlich von Deutschland abgetrennte Teile nunmehr im Zollsystem der Sieger liegen. Nachdem man Deutschland alle übertragbaren Reichtümer, Kolonien und Handelsflotte genommen, hat man ihm, so weit es nur möglich war, seine Rohstoffe entzogen: Kohle, Eisen, Kali, Blei, Zink usw. Im Widerspruch mit allen internationalen Normen ist in den Ländern der Sieger das Privateigentum der deutschen Bürger sequestriert worden; und Häfen, Flüsse, Kanäle, kurz alle Verkehrsmittel Deutschlands stehen unter Kontrolle. Deutschland ist in zwei Hälften geteilt, die gegeneinander abgesperrt sind. Ein Besatzungsheer steht am Rhein, um die Bezahlung der Entschädigung zu sichern, die so ausschweifend und absurd ist, daß sie nie bezahlt werden wird; und dieses Heer kostet Deutschland mehr, als das gesamte deutsche Heer samt der Flotte vor dem Kriege kostete. Und nachdem die Sieger versucht haben, mittels Vertrages das wirtschaftliche Leben Deutschlands zu vernichten und sich seiner besten Hilfsquellen zu bemächtigen, haben sie beansprucht, daß Deutschland nicht nur lebe, sondern auch eine Entschädigung bezahle, die um vieles höher ist als die Schulden der Sieger, die diese nicht zu bezahlen vermögen."

General J. C. Smuts schreibt in seiner Erklärung bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages:

„Es gibt Lösungen von Gebietsfragen, die der Revision bedürfen. Es gibt Bürgschaften, von denen wir hoffen, daß sie sich bald mit der neuen Friedensgesinnung und der Abrüstung unserer Feinde nicht mehr vertragen werden. Strafen sind in Aussicht genommen, die eine ruhige Stimmung einst lieber mit dem Mantel der Vergessenheit bedecken wird. Entschädigungen sind ausgemacht, die nicht ohne schwere Beeinträchtigung des industriellen Wiederauflebens Europas einzutreiben sind und die erträglicher und mäßiger zu gestalten im Interesse aller liegen wird . . . . .
Ich vertraue darauf, daß sich der Völkerbund noch einmal als Rettungsweg Europas aus dem Ruin dieses Krieges erweisen wird."

Lansing:

Lansing sprach seine schmerzliche Enttäuschung offen aus über einen Vertrag, der die Kultur selbst bedroht, in vielen Ländern die Freiheit des Denkens und Handelns erstickt und mehr als der Krieg die wirtschaftliche Tätigkeit zugleich mit einer ungeheuren Menge von menschlichem Glück und menschlicher Würde vernichtet hat.

Dieser Krieg, schrieb Lansing, ist von Amerika geführt worden, um die Zustände zu beseitigen, die ihn hervorgerufen hatten, aber diese Zustände sind nicht beseitigt, sie sind vielmehr durch andere ersetzt worden, die nicht weniger schwanger an Eifersucht, Haß und Mißtrauen sind. Die Sieger wollen ihre verschiedenartigen Begierden auf Kosten der Besiegten befriedigen und ordnen ihrem eigenen Interesse das Interesse der Menschheit unter. Um den Erwartungen der Völker und dem Idealismus der Ethiker zu entsprechen, haben sie zwar ihren Bund mit dem Völkerbund umgeben; aber man nenne sie, wie man will, sie maskiere sich, wie sie mag, diese Gesellschaft ist der Bund der Sieger; so wie sie heute geordnet ist, ist sie nichts als der Spielball jeder Gier und jeder Intrigue, nur dazu berufen, als gerecht zu erklären, was ungerecht ist. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, da er lediglich auf dem beweglichen Sand der Interessen eines jeden einzelnen gegründet ist. Mit diesem Urteil", fügte Lansing hinzu, „bin ich nicht allein geblieben."

Im Jahre 1919 Clémenceau:

„Es sind 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt."

Am 26. Juni 1922 erklärte Poincaré:

„Das einzige Mittel, den Versailler Vertrag zu retten, besteht darin, es so zu arrangieren, daß unsere Gegner, die Besiegten, ihn nicht einhalten können."

Diese Worte sprechen für sich.

Delcassé vor seinem Tode zu Léon Garibaldi, dem Direktor des «Eclaireur de Nice» («Matin» vom 25. Februar 1923):

„... Ich habe nicht für den Vertrag von Versailles gestimmt, weil er uns nicht die Garantie für das Morgen bot. Es ist unsinnig, zu behaupten, man könne eine Nation von 60 Millionen Einwohnern dazu anhalten, einer anderen durch 44 Jahre einen Tribut zu zahlen. Das ist geradezu so, als wollte man dies Volk zwingen, einen neuen Krieg zu beginnen, um seine jungen Generationen von einer Lehensfrist zu befreien, deren Ursprung sie nie begreifen könnten. In der Politik müssen die Dinge einfach sein. Nach dem Krieg tat uns ein Vertrag not, der uns gab: 1. Die Reparationen, 2. die Sicherheit.

Einstmals zahlte der Besiegte auf der Trommel, er schüttelte sein Gold dem Sieger hin, sonst nahm der ihm seine Länder fort; und war der Besiegte der Angreifer, so war das nur Anwendung der einfachsten Gerechtigkeit.

Der Vertrag von Versailles hat uns die Reparationen nicht gegeben, denn nie wird Deutschland uns 44 Jahre Tribut zahlen, noch 20 Jahre,

noch 10 Jahre lang. Deutschland hätte in kurzer Frist zahlen müssen. Man hätte die Hand gleich beim Waffenstillstand auf die deutschen Banken legen müssen. Anstatt dessen malte man Wahngebilde auf das Papier."

H. H. Asquith, Rede in Paisley am 6. Februar 1920:

„Das ist kein Werk von Staatsmännern; das ist nicht Geschäft und nicht gesunder Menschenverstand; das ist nicht jener saubere Frieden (clean peace), der den Krieg mit dem Krieg beenden wollte. Das ist nicht der saubere Frieden, den wir alle, ohne Unterschied der Parteien vor 18 Monaten erbaten und erflehten."

Philipp Snowden im «Common Sense» am 17. Mai 1919:

...Die politischen, territorialen und wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages sind derart, daß der internationale Sozialismus sie unmöglich annehmen könnte. Sie mischen sich in unverantwortlicher Weise in die inneren Angelegenheiten der deutschen Republik ein. Die territorialen Regelungen verletzen heftig den Grundsatz der Selbstbestimmung, zu dem sich Herr Lloyd George selbst der Trades-Union-Conference gegenüber bekannte. Die wirtschaftlichen Klauseln bringen das deutsche Volk auf Generationen hinaus in die Stellung von Sklaven, die arbeiten, um den Regierungen der alliierten Länder Tribut zu zahlen. Solche Bedingungen würden überall verheerend auf die Arbeitsbedingungen wirken. Um solche Bedingungen durchzudrücken, wird es nötig sein, in den alliierten Ländern die allgemeine Wehrpflicht unbestimmt lange bestehen zu lassen. Dagegen hat der Sozialismus heftig protestiert; und wenn die volle Bedeutung dessen, was in dieser Hinsicht die Friedensbedingungen enthalten, voll erkannt wird, wird die Opposition der Arbeiterpartei zweifellos einen ernsten Charakter annehmen...

...Der Friedensvertrag ist also ein Vernichtungskrieg gegen die deutsche Demokratie. Wenn die Alliierten auf den Friedensbedingungen bestehen, dann werden die Kriege, zu denen sie unausbleiblich führen werden, Aufstände von Demokraten sein. Der Hauptgrund, warum das internationale Proletariat einen Vertrag dieser Art, der die Regelung des europäischen Problems vorsieht, nicht annehmen kann, ist deshalb der, daß der Vertrag eine Herausforderung der Demokratie ist und jeden Grundsatz verletzt, den die internationale Demokratie heilig hält.

Die deutsche Regierung mag gezwungen den Vertrag unterzeichnen und dabei auf die Hilfe der Demokratien der alliierten Länder bei einer baldigen Revision seiner Bedingungen rechnen. Die alliierten Regierungen haben also nicht nur dem deutschen Volke, sondern der gesamten europäischen und internationalen Demokratie den Fehdehandschuh hingeworfen."

Philipp Snowden. Rede auf der internationalen Frauenversammlung in Bern im Mai 1919:

„...Es bedeutet ein Herzeleid für die Pazifisten aller Länder, zu erfahren, daß die größte Gelegenheit, die sich in der Geschichte der Menschheit jemals geboten hat, eine gesunde internationale Gemeinschaft zu bilden, durch den Willen einer Handvoll unduldsamer Egoisten verloren ging. Es

ist für Ehrenleute unzulässig, daß alle die Prinzipien, für welche sie kämpften oder für welche sie ihre Söhne opferten, angesichts der ganzen Welt schamlos verletzt werden. Wenn ihnen die Wahl gelassen worden wäre, würde es zweifelhaft gewesen sein, daß in irgendeinem Land der Entente auch nur ein einziges Bataillon hätte ausgehoben werden können, wenn die militärischen Staatsmänner dieses betreffenden Landes ohne Scham einen offenen Aufruf zugunsten ihres imperialistischen Ehrgeizes erlassen hätten. Dem Prinzip der Freiheit, dem Recht der freien Entscheidung, der offenen Politik, der Heiligkeit eines den Nationen gegebenen Wortes und einem Bund der Völker zuliebe willigten Millionen von Männern darin ein, anderen Millionen von Mitbrüdern die Kehle abzuschneiden. Der Wahn, aus ähnlichen Methoden gleiche Resultate zu erhoffen, hat nie im Geist der tapferen Jungen, die sich anwerben ließen, Platz gegriffen.

In dem großen Band des Friedensvertrages wird jedes Prinzip immer und immer wieder verletzt. Das Selbstbestimmungsrecht ist Schlesien, Posen, Danzig, Teilen von Ost- und Westpreußen, drei Städten an der belgischen Grenze, Elsaß-Lothringen und (für die Dauer von 15 Jahren) dem Saarbecken verweigert worden. Die deutschen Kolonien sind ohne ihr Einverständnis diesem oder jenem Bevollmächtigten übergeben. Deutsch-österreich, welches bei den letzten Wahlen durch mehrere Millionen Stimmen den Wunsch einer Zugehörigkeit zu Deutschland erkennen ließ, wird nicht gestattet, diese Verschmelzung Wirklichkeit werden zu lassen — ein so unduldsames selbstherrliches Vorgehen, daß viele von denen, die vor kurzem noch für ein getrenntes Oesterreich stimmten, jetzt die Vereinigung mit Deutschland der, ihre Wünsche bestätigenden, beleidigenden Unverschämtheit vorzogen. Wie ist es möglich, wenn man jemandem derartige politische Verwandlungen aufzwingt, etwas anderes zu erzielen als die Grundsteinlegung zu künftigen Kriegen?

In Heimlichkeit durch einige Diplomaten zusammengeschmiedet, wird der Vertrag neue Kriege mit all den bekannten Greueln ausbrüten, Kriege, vor welchen auch ein Völkerbund, wie man ihn vorschlägt — demokratisch weder durch seine Basis noch durch seine Kontrolle, absprechend durch den Geist, der aus ihm atmet, und in sich selbst die furchtbare Macht der Zentralisierung bergend — die Menschheit nie wird retten können..."

Charles Roden Buxton an den Herausgeber des «Daily Herald» am 10. Mai 1919:

...Ob die Friedensbedingungen ausgeführt werden oder nicht, ob Deutschland sie unterzeichnet oder nicht, wir müssen gleich von Anfang an erkennen lassen, daß sie für uns keinen Schimmer moralischer Autorität besitzen und daß wir gegen sie mit unserer ganzen Kraft Einspruch erheben. Als Ganzes genommen sind sie ein Schimpf auf die Grundsätze, für die zu kämpfen dieses Land aufgerufen wurde, besonders auf die, welche in Herrn Lloyd Georges Rede an die Trade Unions am 5. Jänner 1918 enthalten waren.

Sie sind ein Bruch der feierlichen Verpflichtungen, die in den vierzehn Punkten und der Note vom 5. November 1918 enthalten waren und auf deren Ehrlichkeit hin der Feind die Waffen niedergelegt hat.

Ich nehme insbesondere auf folgende Punkte bezug:

1. Das Fehlen jeder Abrüstung auf unserer Seite,
2. Das Fehlen jener „freien, aufrichtigen und gänzlich unparteiischen Erledigung der Kolonialansprüche", die Präsident Wilson versprach,
3. die Uebergabe großer Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung, ohne daß das Volk gefragt wurde, besonders im Saargebiet und den östlichen Teilen Preußens,

4. die Weigerung, in Elsaß-Lothringen eine Volksabstimmung zuzulassen,

5. die Aufstellung des Satzes, daß das deutsche Volk (nicht das autokratische Regiment, das man überwunden hat) die alleinige Verantwortung für den Krieg trägt,

6. die Besetzung des linken Rheinufers auf 15 Jahre.

Wir können keine Verantwortung für Bedingungen dieser Art auf uns nehmen. Unsere einzige Verantwortung ist, uns von heute an der Aufgabe zu widmen, einen Fleck zu tilgen, der den ehrlichen Namen Englands beschmutzt, und unser möglichstes zu tun, um solche Bedingungen an Stelle der jetzigen zu setzen, die der Sache des internationalen Sozialismus dienen können.

Eduard Dujardin, Professor an der Sorbonne, am 28. Juni 1919:

An das deutsche Volk.

Ein großes Unrecht ist an euch begangen worden.

Dieser Friede schädigt nicht nur euren Körper, er greift auch eure Seele an — das ist, was das Gewissen einiger Franzosen nicht ertragen kann.

Bis heute, den 28. Juni, Tag der Unterzeichnung des Friedens, gab es einige Franzosen, die sich die Aussöhnung zum Lebensziele gesetzt hatten.

Seit diesem 28. Juni, Tag der Friedensunterzeichnung, hat unser Lebensziel sich verdoppelt: die Aussöhnung einerseits nach wie vor, dann aber auch die Gutmachung der großen an euch begangenen Ungerechtigkeit.

Und das heißt ebensosehr für das unglückliche Frankreich arbeiten.

E. D. Morel, der Herausgeber des «Foreign Affaires», schreibt in seinem Buche: „Das Gift, das zerstört“:

„Die dem besiegten Feinde auferlegten Bedingungen sind das direkte Ergebnis dieser Geheimverträge, von denen unser Volk — wir betonen es abermals — damals nichts gewußt hat. Diese Bedingungen stehen einzig in der Geschichte der ‚zivilisierten Kriegführung‘ da. Alle Bekenntnisse, die unsere Regierenden über ihre selbstlosen Absichten geäußert hatten, um die öffentliche Kriegsbegeisterung am Leben zu erhalten, sind Lügen gestraft worden. Anstatt daß der Friede uns konstruktiv geworden ist, hat er einen destruktiven Charakter bekommen. Anstatt zu heilen, reißt er neue klaffende Wunden in den politischen Körper Europas. Anstatt zu befreien, schafft er Sklaverei. Anstatt den Militarismus zu unterdrücken, gibt er dem Militarismus neue Kraft. Anstatt vom Altruismus inspiriert zu sein, ist er vom gemeinsten Materialismus durchsetzt . . .“ Es ist nicht ein Friede, den unsere Regierenden und ihre Alliierten der Welt gegeben haben, sondern ein Schwert. Da unsere Regierenden beteuert haben, daß das Ziel des Krieges die Beendigung des Krieges sei, so ist der durch die Opfer unseres Volkes erlangte militärische Sieg nutzlos gewesen.“

George Lansbury im «Manchester Guardian» am 9. Mai 1919:

„Die Friedensbedingungen fordern zu einem künftigen Krieg heraus.“

Oswald Garrison Villard:

„. . . . Auf einen Gewaltfrieden war die Welt vorbereitet. Aber sie war nicht vorbereitet auf einen Frieden unverhüllter Rachsucht, auf einen Frieden, der offen einige der klarsten Gebote der Vernunft und der Menschlichkeit verhöhnt, der jedes edelmütige Wort, das Herr Wilson je betreffs Deutschlands sprach, Lügen straft, der den allgemein gültigen Grundsätzen von Recht und Wirtschaft ins Gesicht schlägt und sogar den Namen ‚Demokratie' zu einem Schimpfwort macht. In der ganzen Geschichte der Diplomatie ist kein Vertrag mehr geeignet, als ein internationales Verbrechen betrachtet zu werden, als das furchtbare Dokument, das die deutschen Bevollmächtigten jetzt unterzeichnen sollen.

Nur wenn man sich die hochtrabenden Redensarten vor Augen hält, unter denen der Krieg geführt wurde — Redensarten, deren glattes und salbungsvolles Sprachrohr mehr als sonst jemand Herr Wilson war und die die Alliierten annahmen — nur dann kann man das Gewaltige der Ereignisse völlig verstehen . . . . Das deutsche Volk, welches, wie wiederholt versichert wurde, keinen Anteil am Ausbruch des Krieges hatte und schlimmstenfalls das hilflose Werkzeug der Kriegshetzer war, sollte von der Tyrannei befreit und ihm Gelegenheit gegeben werden, seinen Platz unter den Völkern einzunehmen, welche Freiheit lieben und Rechtlichkeit üben. Immer wieder erklärte Herr Wilson in den Reden einer aufhorchenden Welt, daß . . . . Amerika keinen Streit mit dem deutschen Volke habe . . . . und daß ein siegreicher Friede, wenn er Strafen oder harte Zwangsmaßnahmen enthalte, als Weltfriede schlimmer als zwecklos sei . . . .

Wie sind diese edelmütigen Worte, die in gleicher Weise die ehrten, die sie aussprachen, und die, welche ihnen trauten, ausgeführt worden? Der Vertrag gibt nur eine Antwort: Deutschland und das deutsche Volk sollen tatsächlich vernichtet werden. Die Lasten, die der Vertrag auferlegt, sind schwerer als irgendein Volk tragen kann . . . .

. . . Das sind die Bedingungen, unter die die Bevollmächtigten Deutschlands ihre Unterschrift setzen sollen. So ist der Vertrag beschaffen, der einen Krieg beenden soll, der um die Ueberwindung von Autokratie und Militarismus und die Einsetzung von Demokratie und Friede geführt wurde . . . . Die Gehässigkeit seiner Kränkungen, die berechnende Härte seiner Forderungen und Lasten, die schamlose Außerachtlassung moralischer Verpflichtungen und jeder Aufrichtigkeit, die er einschließt, die grobe Ungerechtigkeit gegen die alliierten Völker selbst und ihren moralischen Standpunkt werden immer offensichtlicher, je mehr man seine Bedingungen studiert. Es ist ein Friede der Rache, nicht der Gerechtigkeit. Er will Deutschland nicht wieder in die Familie der Völker aufnehmen, er will Deutschland als Großmacht vernichten . . . ."

•

General J. C. Smuts, Protest gegen den Friedensvertrag («Manchester Guardian» vom 30. Juni 1919):

„Ich habe den Friedensvertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn für ein befriedigendes Dokument hielte, sondern weil er unumgänglich zur Beendigung des Krieges nötig ist. Denn die Welt braucht vor allem Frieden, und nichts könnte verhängnisvoller sein als die Fortdauer des Zwitterzustandes zwischen Krieg und Frieden. Die Monate seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes sind vielleicht ebenso umstürzend, wüst und verderblich gewesen wie die vorausgehenden vier Kriegsjahre. Ich

betrachte den Friedensvertrag als das Ende jener beiden Kapitel: Krieg und Waffenstillstand, und nur aus diesem Grunde stimme ich ihm bei.

Ich sage dies jetzt nicht, um ihn zu bekritteln . . . ., sondern weil ich fühle, daß wir in dem Vertrag nicht den wirklichen Frieden geschaffen haben, nach dem unsere Völker ausschauten, und weil ich fühle, daß die wirkliche Aufgabe, Frieden zu machen, erst nach der Unterzeichnung des Vertrages beginnen wird . . . .

. . . . Das Versprechen des neuen Lebens, der Sieg der großen menschlichen Ideale, für die die Völker schrankenlos ihr Blut und ihr Eigentum hingegeben haben, die Erfüllung ihres Strebens nach einer neuen Weltordnung und einer schöneren, besseren Welt, stehen nicht in diesem Vertrag . . . ."

Lucien le Foyer im «Journal du Peuple» am 28. Juni 1919:

„Wir wollen Frankreich vor diesem Frieden retten . . . ."

G. Lowes Dickinson im «Manchester Guardian» am 19. Mai 1919:

„. . . . Nie sind solche Bedingungen einem besiegten Volk auferlegt worden, seit Rom Karthago zerstörte . . . . Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß Deutschland in ein Volk von Sklaven verwandelt ist. Und die erste und hauptsächliche Funktion eines Bundes, der offensichtlich als ein Organ der gleichen Gerechtigkeit und der gleichen Lebensmöglichkeit gegründet worden ist, wird sein, als Kerkermeister und Sklavenhalter gegen 70 Millionen trauriger, verzweifelter, halbverhungerter Männer, Frauen und Kinder zu handeln, die im Herzen Europas kampieren . . . .

Vielleicht sind die Würfel endgültig gefallen und die Zivilisation ist dem Untergange geweiht . . . Wenn es irgendeine Hoffnung für die Welt gibt, so liegt sie in den Arbeitern und sozialistischen Parteien und, man möchte es gern hoffen, bei der Jugend, die, nachdem sie aus einem Kriege zurückgekehrt ist, der ihre Kameraden zu Millionen erschlagen hat, die Bedeutung der Ereignisse noch nicht hat fassen können, sich noch nicht hat vergegenwärtigen können, wie sie in Paris verraten worden ist, auch noch nicht wirkungsvoll in den Gang der Regierung hat eingreifen können. Paris hat endlich den Kredit der herrschenden Klasse in allen Ländern untergraben. Was Paris getan hat, muß ungeschehen gemacht werden, wenn die Zivilisation gerettet werden soll, Und nur die Jugend und die Massen können es ungeschehen machen . . . ."

Jean Longuet im «Le Populaire» am 10. Mai 1919:

„. . . . Dieser Friede ist die Verneinung des ‚gerechten und dauerhaften Friedens', für den viereinhalb Jahre von den bis zum Weißbluten gebrachten Völkern die schrecklichsten Opfer verlangt hat . . . .

. . . . Es ist ein Friede der Gewalt und der Unterdrückung, ein solcher, der nach dem typischen Ausspruch von Jacob Bainville ‚aus dem deutschen Volk ein Volk von Sklaven macht' — ihn wagt man

heute der blutenden Menschheit vorzuschlagen. Man hatte ihr versprochen, daß diese schreckliche Schlächterei die letzte sei — der ihr vorgeschlagene Friede ist geeignet, noch ehe zehn Jahre vergehen, neue und schreckliche Hekatomben zu öffnen — wenn das Proletariat nicht Ordnung schafft.

Vor 49 Jahren, am Vorabend der Vernichtung Frankreichs durch Deutschland, schrieb Marx, indem er die Politik Bismarcks geißelte: ‚Die Geschichte wird die Züchtigung nicht an der Zahl der Frankreich abgerungenen Quadratkilometer messen, wohl aber an der Größe des Verbrechens, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Eroberungspolitik hat aufleben lassen.'

Und Engels erklärte kurz nachher: „Die Rechnung der Grenzen wird nur eine provisorische sein .... Die deutschen und französischen Arbeiter müssen sich verständigen, um all dies als ‚null und nichtig' anzusehen und es bei der ersten Gelegenheit über den Haufen zu werfen.'

Genau dasselbe wird das Proletariat Europas hinsichtlich des Friedens der Entente-Bismarckianer erklären ...."

Arthur Ponsoby im «LabourLeader» am 26. Juli 1919:

„.... Vom Standpunkt der Welt aus macht die Unterzeichnung dieses Vertrages überhaupt keinen Unterschied aus. Er ist nur eine Bestätigung des jetzigen unbeschreiblichen Durcheinanders. Mit der Zeit werden die groben Fehler, die in den Bedingungen enthalten sind, offensichtlicher werden, und die Entspannung nach dem Kriege und das Zurücktreten des Machtfaktors macht vielleicht in den alliierten Ländern den Geist der Vernunft und Billigkeit frei, der so viele Jahre hindurch erbarmungslos unterdrückt wurde.

Es ist tragisch, daß Scham und nicht Stolz unser vorherrschendes Gefühl am Ende dieses fürchterlichen Kampfes sein soll. Der Friede ist in Bezug auf Uebergriffe, Raubgier, Rachsucht und Ungerechtigkeit weit über unsere schlimmsten Erwartungen hinausgegangen.

Unsere Aufgabe ist demnach die Aufgabe der Internationale in jedem Lande, nämlich: Männer ans Ruder zu bringen, die die gebieterische Notwendigkeit der Revision verwirklichen, und die Völker dazu zu erziehen, daß sie es verstehen, daß ihre persönlichen Interessen unlöslich mit den Interessen ihrer Mitmenschen bei den anderen Völkern verbunden sind ...."

G. Bernard Shaw im Mai 1919:

„.... Der ganze Friedensvertrag ist für Leute wie mich überhaupt nicht der Beachtung wert, weil wir nicht wissen, wieviel davon ernst genommen werden muß ...."

Offener Brief Andrée Jouves an die deutschen und österreichischen Frauen am 28. Juni 1919:

Liebe Kameradinnen!

.... Groß und schmerzlich ist meine Erregung, wenn ich daran denke, daß diese länger als vier Jahre dauernde Schlächterei nur zu einer Wiedererweckung von Haß und Rache führte .... Ich kann nicht

sagen, daß ich mich schäme, den französischen Namen mit diesen Ungerechtigkeiten verknüpft zu sehen, denn ich fühle mich nicht im geringsten solidarisch mit den vier Männern, die in so unwürdiger und unsinniger Weise dieses Verbrechen begangen haben. Ich weiß, daß alle, die an der Front gelitten haben, und daß der beste Teil dieses Volkes, das ich gut kenne, einen ganz andern Frieden wollte: den wahren Frieden, denjenigen, welchen durch die Welt alle armen Völker unserer traurigen Zeit ersehnten.

Liebe Kameradinnen! Versuchen wir, trotz aller Hindernisse, über die immer höheren Schranken hinweg, die die Narren und die Schlechten zwischen uns aufrichten möchten, die schwesterlichen Bande fester zu knüpfen. Wiederholen wir uns oft, um den Mut zum Leben zu haben, daß auch andere Frauen so wie wir denken und fühlen und daß ihre Zahl immer größer werden wird.

Ich weiß nicht, wer von uns die schwerste Aufgabe zu erfüllen haben wird. Ueberall wütete die unselige Politik, die ewig Böses mit Bösem vergelten wird. Aber ihr, meine deutschen Freundinnen, habt außerdem unter der materiellen Not der Eurigen zu leiden. Aus diesem Grunde bin ich zu Euch gekommen, um Euch zu sagen, daß ihr nicht allein dasteht in Eurem Schmerz, daß alle, die sich weigern, ihre Liebe und ihr Mitleid nur innerhalb ihrer nationalen Grenzen zu betätigen, in der ganzen Welt mit ihren Brüdern und Schwestern fühlen.

Wir sind alle besiegt, wir, die den Frieden wollten, und dennoch haben wir recht behalten. Man muß auf bessere Tage hoffen, wo die Menschen endlich diese Wahrheit begreifen lernen werden. Wir werden sie freilich nicht erleben, aber bleiben wir wenigstens mit denen vereint, die den gleichen Glauben teilen . . . ."

Frau H. M. Swanwick auf dem XIII. Nationalen Friedenskongreß in Manchester im Juni 1919:

„. . . . Dieser Friede war ein niederträchtig ehrloser Friede, aber die Ehrlosigkeit ruht auf denen, die ihn auferlegt haben und nicht auf denen, die ihn annehmen mußten." (Großer Beifall.)

C. P. Treveljan, als Vorsitzender des XIII. Nationalen Friedenskongresses zu Manchester im Juni 1919:

„. . . . Denen, welche geglaubt hätten, daß aus dem Kriege dauerndes Gutes entspringen werde, daß es ein Krieg sei, um den Krieg aus der Welt zu schaffen, denen sei bewiesen worden, daß sie unrecht hatten. Ehe der Friede Deutschland auferlegt wurde, könnte Präsident Wilson die bedeutendste Gestalt in der Geschichte gewesen sein. Nach dem Frieden sei er mehr als erbärmlich. Er, der die Hoffnung der Welt und der Völker hätte sein sollen, sei eben ein großer Prediger und nichts weiter, und die Militaristen benützten die Stellung, die er sich erworben habe, um ihre verbrecherischen Absichten dahinter zu verbergen. Eines der tragischesten Momente des Friedens sei, daß das gewaltige Bild eines Völkerbundes geschaffen sei, ohne dessen Geist in sich zu haben, und den der Bund augenblicklich mehr eine Gefahr als eine Hoffnung sei. Deutschland könne unterzeichnen mit der Gewißheit, ihn umzustoßen. Etwas Erzwungenes habe nie bindende Kraft."

Offener Brief Clivotti's im «Popolo d'Italia» an Mussolini am 6. November 1919:

„Das italienische Volk muß seine Stimme erheben und darf sich nicht zum Mitschuldigen des Gewaltfriedens machen, den man in Versailles gegen den Willen und die Hoffnungen der Völker vorbereitet. Wir sind für die Teilnahme am Kriege aus Gründen der nationalen und internationalen Gerechtigkeit eingetreten und können jetzt nicht erlauben, daß die Karten durch die Mogler von Versailles gefälscht werden. Die Nationalehre verbietet uns, das traurige Spiel von Versailles fortzusetzen. Möge Italien sich gänzlich von Versailles zurückziehen, wo ein Friede ausgearbeitet wird, der die Völker nicht befriedigt, weil es ein Gewaltfriede ist ...."

Filippo Turati (in «Critica Sociale», 16. bis 31. Mai 1919):

„... Werden die deutschen Delegierten den Kriegsfrieden unterzeichnen? .... Aber, ob sie nun unter jene Blätter ihren Namen setzen oder nicht, so ändert das nichts an den Tatsachen. ... Nie war ein zwischen Regierungen abgeschlossener Vertrag mehr ein ‚Fetzen Papier' für die Völker, als es der vorliegende ist. Für alle Völker — nicht nur für das deutsche allein. Am Tage der Unterzeichnung selbst wird ein Wort ertönen und die Welt durcheilen: ‚Revision'.

Revision der Ungerechtigkeit, Revision des Verrats, Revision alles dessen, was unsinnig, verbrecherisch, unmöglich ist. Sofortige Revision, vom ersten Tage an, um noch zurechtzukommen, bevor die vorhergesehene Welt-Blutarmut, die heute noch die tatkräftige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich macht, abnimmt und bevor neue Blutkörperchen die schon ausgesaugten Adern der bereits durch neue Aderlasse bedrohten Menschheit füllen.

Genug, genug des Mordes! Genug des Wahnsinns! Hände weg, ihr Spitzbuben aller Kreuzwege und aller Hecken der Welt! Und du, Proletariat jeder Zunge und eines einzigen Herzens, ewiges Opfer aller Polizeieinrichtungen, wirf dich selbst einmal — nur ein einziges Mal — zum Polizisten auf; ruf in allen Sprachen dein ‚Halt'!

Paß auf: Sie werden zittern!"

Lawrence Housmann in der «Daily News» am 13. Mai 1919:

„... Gute Männer und Frauen verteidigen die Strenge der Friedensbedingungen, indem sie sagen, daß sie nicht so streng sind wie die, die uns Deutschland auferlegt hätte, wenn es siegreich gewesen wäre. Das ist auf jeden Fall eine erbärmlich armselige Basis für eine moralische Rechtfertigung. Wir wollen jedoch nicht vergessen, daß wir außer den Friedensbedingungen noch etwas anderes auferlegt haben. Seit der Sieg für uns gesichert war, haben wir durch die Blockade viel mehr Frauen, Kinder und Nichtkombattanten getötet, als unsere Feinde während des Krieges durch Bomben und Unterseeboote fertig brachten ...."

Austin Harrison im «The Daily Herald» vom 17. Juni 1919:

„. . . . Der Friede von Versailles ist der zweite von Tilsit . . . .
. . . . Wirtschaftlich bedeutet der Friede für den Feind Sklaverei und Sklavenarbeit, folglich für die Sieger moralische Herabwürdigung. Er bedeutet, daß wir die Polen, Tschechoslowaken, Jugoslaven und Rumänen finanzieren müssen, um sie in den Stand zu setzen, ihre Armeen zu halten, was ja der direkte Zweck der Errichtung dieser neuen Mächte ist . . . .
. . . . Der Friede enthält einen hochbedeutsamen Widerspruch. Er vernichtet und erwartet zugleich Wohlstand als Entschädigung . . . . .“

Arthur Henderson in «The Daily Herald» am 30. Juni 1919:

„. . . . Der Vertrag stellt weder einen Frieden im Sinne Wilsons noch einen sozialistischen Weltfrieden dar; er ist unreell, undemokratisch und ungerecht. Er verletzt den Grundsatz der Selbstbestimmung, denn große Teile des deutschen Volkes, mit denen wir, wie Präsident Wilson sagte, ‚keinen Streit haben‘, werden gewaltsam unter eine fremde Herrschaft und eine feindliche Rasse gebracht . . .“

Viscount Haldane im «Glasgow Herald» im Mai 1919:

„Der Friede enthält den Keim neuer Kriege. Die Bedingungen werden sich gegen sich selbst kehren.“

Austin Harrison in «The Daily News» vom 15i Mai 1919:

„Die Bedingungen des Vertrages haben keinen Präzedenzfall in der Geschichte . . . . Die neue polnische Schöpfung wird nie der Probe der Geschichte standhalten . . . . Es ist schlechte Staatskunst und dem Geiste des Völkerbundes zuwider, eine Blutfehde im Osten zu schaffen, die viel schlimmer ist als Elsaß-Lothringen und der man unmöglich gewachsen ist.“

Garvin im «Observer» im Mai 1919:

„. . . . Anstatt daß der Friede die Schlichtung und die Sicherheit bringt, ist er ein Flickwerk voller Gefahren. Keine einzige europäische Frage wird gelöst, und es werden mehr Gefahren geschaffen als beschworen . . . .
. . . . Das Friedensabkommen entbehrt ebenso sehr der schöpferischen Weisheit wie des gesunden Menschenverstandes . . . . Man erwartet, daß die Besiegten ein Dezennium nach dem andern für die Sieger arbeiten sollen. Das widerspricht jeder menschlichen Natur . . . . Deutschland wird durch die Strenge der Bedingungen zusammengeschmiedet . . .“

Der italienische Friedensdelegierte Modigliani sagt:

„Der Friedensvertrag in Versailles ist kein Friedensvertrag, sondern die Besiegelung dessen, was einige siegreiche Mächte dem Feinde und dem

Gewissen ihrer eigenen Verbündeten auferlegen. Darum bedeutet der Vertrag nicht etwa das Ende des Krieges, sondern er beschließt nur eine Phase des Weltringens. Heute beginnt der Kampf der Besiegten und der Enttäuschten, um den Vertrag zu revidieren und aufzuheben, und sicherlich würden auch binnen weniger Jahre die zweihundertfünfzig Seiten dieses Buches ein Bündel wertloser Papierfetzen sein ....

.... Polen müsse aus Polen, nicht aus Deutschen bestehen. Deutsch-Oesterreich müsse das Recht haben, sich Deutschland anzuschließen. Die nur den Besiegten, nicht aber den Siegern auferlegte Abrüstung sei barbarisch und unerträglich. Dieser Vertrag, der nicht allein die besiegten Staaten, sondern auch die Bürger der besiegten Völker vernichten wolle, sei der Gipfel der Gemeinheit, vielmehr der Dummheit, denn dies alles werde ja doch nicht durchgeführt werden. Gewisse Klauseln des Vertrages schienen von Rechtsgelehrten geschrieben zu sein, die ihr Wissen in den Dienst eines Kannibalen gestellt haben. Die durchgreifende Revision des Vertrages liege ebensosehr im Interesse des internationalen Handels und des Kapitalismus als der Arbeiterschaft, die alles zu verlieren habe, wenn Deutschland, um ungeheure Entschädigungen zu bezahlen, niedere Löhne und lange Arbeitstage einführen müßte. Die einzige Frage sei, wie die Vertragsrevision praktisch zustande kommen solle ...."

Der holländische Sozialistenführer Troelstra («Telegraaf» vom 12. Mai 1919):

„.... Dieser Friede darf nicht zugelassen werden; er bedeutet eine Katastrophe nicht allein für Deutschland, sondern für die gesamte Menschheit .... Er ist eine Vernichtung der Hoffnung auf allgemeine Abrüstung ...."

Der amerikanische Botschafter Morgenthau (Mai 1919):

„.... Dieser Friede ist nichts anderes als eine Unterbrechung des Krieges auf einige Jahre ...."

A. G. Gardiner in den «Daily News» am 10. Mai 1919:

„.... Nach diesen Friedensbedingungen bleibt uns nur die eine Aufgabe, uns für deren unvermeidliche Folgen vorzubereiten: für ein würdiges Begräbnis des Völkerbundes und den Ausbruch des nächsten Krieges ...."

Labriola in «Critice Sociale» im Mai 1919:

„.... Der Friede von Versailles ist ein äußerst vollkommener Ausdruck der triumphierenden Plutokratie .... Die verschiedenen Bestandteile des Vertrages erscheinen in ihrer wirklichen Größe: Gier, Habsucht, Grausamkeit, Zynismus ....

.... Wir alle wissen, daß der Vertrag von Versailles infolge seiner Ungeheuerlichkeit nur vorübergehend sein wird. Er wird

morgen verschwinden. Aber er vernichtet Ehre und Hoffnungen, unterwirft die Menschheit der Herrschaft des Schwertes und häuft Zerstörung und unglaubliches Blutvergießen an.... Mögen alle frei bekennen, daß nie etwas ähnliches in der Geschichte erschienen ist: Mazarin, Napoleon, Metternich, Bismarck, der Teufel selbst hätte eine menschlichere, weitblickendere und ausgeglichenere Idee gehabt. Nur der Wilde, der einen Baum umschlägt, um seine Frucht zu erhalten, der Affe, der eine Kugel fallen läßt, um sich der Schnur zu bedienen, an der jene aufgehängt ist, könnte mit den Verfassern des Vertrages in Wettbewerb treten .... Es ist eine Eigentümlichkeit plutokratischer Herrschaft, für den Augenblick zu leben. Aber die arbeitenden Klassen sind die Hoffnung und das Werkzeug des Erwachens der Menschheit. Diese Klassen werden den Baum nicht umschlagen, um seine Frucht zu erlangen; sie werden Deutschland nicht zerstören, um Clemenceau die greisenhafte Befriedigung einer späten Rache an Bismarck zu gewähren ...."

H. W. Massingham an den Herausgeber der «Nation» am 24. Mai 1919:

„.... Ist es im modernen Europa für eine Macht eine gerechte Anwendung des militärischen Erfolges, auf eine andere Macht eine Reihe von Untersuchungen, Requisitionen und Schikanen zu häufen, die ihr Millionen von Menschen ihres Blutes und Bodens, etwa die Hälfte ihrer Kohlenquellen und Dreiviertel ihres Eisenerzes, alle ihre größeren Seeschiffe, ihre Kolonien, ihre auswärtigen vertraglichen Rechte und Konzessionen, den freien Gebrauch ihrer Eisenbahnen, die freie Verfügung über ihre Industrieerzeugnisse und das tatsächliche Recht der Preisfestsetzung rauben, was alles seine Kraft, sich zu erholen, zerstört und sein Recht auf Arbeit beschränkt? Quo warranto? .... Alle einwandfreie politische Macht beruht auf dem Austausch von Rechten. Unter dem Druck von Paris gibt Deutschland jedes eigene politische Recht als Nationalität aus der Hand, einschließlich des tief darin eingeschlossenen Rechtes der Selbstachtung. Es erhält nichts. Es ist schutzlos gegen die kleinste Macht oder gegen einen noch härteren Frieden, wenn er ihm angeboten würde. Während der Dauer des Vertrages hört jede Selbstbestimmung für Deutschland auf ....

.... Die einzelnen Taten der Selbstsucht, aus denen der Friede entstanden ist, werden den Alliierten untereinander keinen Frieden geben. Sie müssen ebenfalls die Unruhe ihrer eigenen Völker fühlen. Das Märchen von einer besseren Welt, die durch den Krieg und den Frieden erreicht werden würde, hat sich in der Einbildung von Millionen viel mehr festgesetzt als irgendein schöner Traum Europas seit den Kreuzzügen. Er ist nicht in Erfüllung gegangen. Heute merken diese Millionen, daß im wesentlichen gar nichts neu ist und daß, wenn der Vertrag für etwas mehr als die Vernichtung eines Imperialismus durch den andern da sein soll, die Arbeit außerhalb des Vertrages oder aber durch dessen gründliche Verbesserung geschehen muß ...."

Paul Mistral in der «Humanité» am 20. Mai 1919:

„.... Der Friedensvertrag .... ist eine bittere, laut zum Himmel schreiende Enttäuschung für die Völker .... er pflanzt die Gegensätze und die Rüstungen fort ....

.... Welch grausame Enttäuschung für die Völker! Welche Lehre zu gleicher Zeit! Um zu den härtesten Opfern gefügig zu machen,

hat man von einem Rechtskrieg und einem Rechtsfrieden und von Abrüstung gesprochen. Der von der Entente fertiggestellte Friedensvertrag ist die Verneinung alles dessen, was wir erhofften. Frankreich und die Menschheit werden die schrecklichen und unausbleiblichen Folgen zu tragen haben, vorausgesetzt, daß der internationale Sozialismus nicht stark genug ist, um eine Revision des Friedens zu erzwingen, den die kapitalistischen und imperialistischen Regierungen sträflicherweise sabotiert haben ...."

E. D. Morel im «Labour Leader» am 26. Juni 1919:

„... Ein Friede der Grausamkeit ist dem deutschen Volke auferlegt worden. Er ist ein Verbrechen an ihm, aber nicht nur an ihm. Er ist ein Verbrechen an der Menschheit, ein Verbrechen an den Toten.

Ein so ungeheurer Betrug, ein so offensichtlicher Vertrauensbruch steht einzig in der Geschichte der Regierungen da ....

Präsident Wilson verkündete den Hauch einer neuen Weltordnung, eine edlere Menschheit — oder vielmehr die Menschheit, wie sie wirklich ist und eigentlich sein sollte. Er schlug die tiefsten Saiten an und sie zitterten in heftigen Schwingungen nach.

Die Gewalten der ‚zivilisierten Gesellschaft' haben häßliche Disharmonien daraus gemacht, das ist die Schlußmoral. Die Menschheit muß entweder eine andere soziale Ethik entwickeln oder ohnmächtig ihrem eigenen Untergang dienen ...."

Der Schweizer Ernst Bovet in „Wissen und Leben" (1. und 15. Mai 1919):

„... Der Friede von Versailles, den Deutschland am 7. Mai 1919 diktiert bekam, schließt alle Möglichkeiten in sich, außer der einen: die Dauerhaftigkeit .... In diesem einzigartigen Kriege haben wir die Befreiung der Menschheit, zu der auch Deutschland gehört, begrüßt. Wir haben den Staatsmännern der Entente und ihren feierlichen Beteuerungen Glauben geschenkt, weil diese im Einklang waren mit unserem eigenen unzerstörbaren Glauben an die menschliche Seele. Und heute müssen wir im Frieden von Versailles den uralten Feind der Freiheit wiederfinden, den Feind, der ein jedes Gewissen erdrosselt und schändet: die Gewalt! Man spreche nicht von dem Frieden, den die Deutschen als Sieger geschlossen hätten! Jene verabscheuungswürdigen Pläne rechtfertigen keineswegs den Frieden, den man jetzt zu diktieren gedenkt. Wer heute im Geiste von Brest-Litowsk handelt, der hätte nicht gestern noch den Anbruch einer neuen Aera verkünden dürfen. Die Freveltat von Brest-Litowsk war folgerichtig; diejenige von Versailles ist ein Verrat ....

Ob ihn Deutschland annehme oder nicht, dieser gröblich imperialistische Friede läßt sich nicht verwirklichen ....

Diejenigen aber, die seit 1914 im Namen des menschlichen Gewissens protestiert haben, sie haben das Recht und die Pflicht, von neuem Protest zu erheben, um so mehr, als hier ein offenkundiger Wortbruch vorliegt ....

Wir finden in diesem Vertrag kein einziges großmütiges Wort, das den neuen Geist und den Willen zu einer der Menschheit würdigeren Zukunft enthüllt.

Der Friede ist da; aber er muß anders werden, und man wird ihn anders machen."

Professor Sarolea an den Herausgeber des «Manchester Guardian» am 26. Mai 1919:

„. . . . Der Vertrag errichtet Polen als den Eckpfeiler Mitteleuropas, aber er errichtet den neuen polnischen Staat unter Bedingungen, die ihn zu einem abhängigen Eintagsdasein verurteilen . . . .
Als Belgier von Geburt . . . . kann man mir durchaus keine freundschaftlichen Gefühle dem Feinde gegenüber vorwerfen . . . . aber ich glaube, daß der Friedensvertrag ungeheuer unbefriedigend und voll von verhängnisvollen Folgen ist . . . ."

Jerome K. Jerome («Common Sense» am 24. Mai 1919):

„Vor vierdreiviertel Jahren sagte man mir, und ich glaubte es, daß Englands alleiniger Wunsch und einzige Absicht bei der Kriegserklärung an Deutschland war, einen ‚ehrlichen Frieden' zuwege zu bringen. Es war Herr Asquith, der ‚Unentbehrliche', der mein Herz mit diesem herrlichen Satz erwärmte. Der «Spektator» meinte, er sei ein neuer Lincoln. Mir gefiel das Wort ‚ehrlich'. Es hatte einen biblischen Klang. Ich malte mir Herrn Asquith auf der Friedenskonferenz mit einem Heiligenschein um sein Haupt aus und mit schwebenden Engeln im Hintergrund. Jetzt verstehe ich, was ein ehrlicher Friede bedeutet. Das bedeutet einen Frieden, bei dem man, nachdem man seinen Gegner niedergeworfen hat, sich um so ehrlicher fühlt, je mehr man auf ihm herumspringt. Und wenn er ‚sich krümmt' und ‚schreit', zeigt er, daß er noch nicht neugeboren ist.
Dann sagte man mir, wir strebten nach einem ‚gerechten' Frieden. Das gefiel mir ebenfalls. Ich vermißte den Heiligenschein, aber trotzdem erschien mir die Gerechtigkeit, vor deren blinden Augen der Sieger in seinem Triumph und der Besiegte in seinem Schmerz unter gleichen Bedingungen ihre Sache vortragen sollten, als eine schöne Gestalt. Ein gerechter Friede, das weiß ich jetzt, bedeutet einen Frieden, in welchem die Sieger, nachdem sie ihren Feind gebunden und geknebelt haben, seine Besitzungen unter sich zu teilen suchen unter Bedingungen, die jeder sich selbst gegenüber für gerecht hält. Und ob sie es tun können, ohne sich gegenseitig die Schädel einzuschlagen, bleibt doch abzuwarten.
Später griff Präsident Wilson ein. Er versprach uns einen ‚Frieden der Versöhnung'. Ich stellte mir die Völker vor, wie sie einander die Hände entgegenstreckten über die grünen Gräber ihrer Toten — eine neue Welt erstand aus der Asche der ausgebrannten Begierden und des Hasses der Vergangenheit. Ich fand, daß ich Truggebilden nachjagte. Es scheint, daß ein Friede der Versöhnung einen Frieden bedeutet, in welchem man, nachdem man seinen Feind veranlaßt hat, seine Waffen auf vierzehn bestimmte und ins einzelne gehende Punkte niederzulegen, sein Gewissen mit der Tatsache versöhnt, neun davon zu brechen und den ganzen Inhalt und die Bedeutung der anderen fünf verändert, und es ihm überläßt, sich mit seiner eigenen Dummheit zu versöhnen, nachdem er dumm genug war, uns zu trauen.
Später versprach man uns, um einem wachsenden Verlangen nach deutlicherer Sprache nachzukommen, einen ‚reinlichen' Frieden. Er hatte nicht die geistige Höhe der anderen, aber machte den Eindruck von

etwas Geradem und Gesundem mit einer Beimischung von gesundem Menschenverstand. Ich finde, ein reinlicher Friede ‚bedeutet ein Europa, in dem es kein schmutziges Deutschland mehr gibt. Man fegt es hinweg, durch Hunger, wenn kein anderes Mittel verfängt. Das ist die billigste Art.

Ebenso sagte man mir, daß wir ‚den Militarismus zerschmettern' wollten. St. Georg werde von seinem tausendjährigen Schlummer erwachen und diesen neuen Drachen von Potsdam erschlagen. Gott sei Dank, wir haben ihm die Zähne herausgebrochen und sind geschäftig dabei, sie auszusäen, um unseren Kindern ein Vergnügen zu machen. Es sollte ein Krieg sein, um ‚den Krieg aus der Welt zu schaffen'. Nun, wir sind dabei, den Krieg aus der Welt zu schaffen ... Wütender Kampf im Augenblick vom Ural bis zum Rhein, von Archangelsks schneebedeckten Hügeln bis an Indiens Korallenstrand. Wir schaffen den Krieg aus der Welt wie die Katzen von Kilkeny ihren Krieg aus der Welt schafften. Und wenn nichts von der europäischen Zivilisation übrigbleibt als eine blutige Geschichte, werden wir doch unsere Freudenfeuer anzünden.

Dann war noch ein anderer Satz, den ich im Herzen festhielt: ‚die Selbstbestimmung der Völker'. Ich meinte, das zu verstehen. Das schien so einfach zu sein. Ich finde, es fehlte dabei ein Wörtchen: die Völker sollen ihre eigene Regierungsform bestimmen können. Aber sie müssen ‚wahre' Völker sein. Zuerst machte es Kopfzerbrechen, jemandem den Unterschied zwischen wahren und falschen Völkern zu sagen. Ich halte es für ganz einfach. Alle ‚wahren' Völker sind in Paris.

Es bleibt ein weiterer meiner Träume, den ich jetzt als trügerisch erkenne: ‚eine für die Demokratie sichere Welt'. Ich meine, Präsident Wilson muß falsch wiedergegeben worden sein; die zwei Präpositionen ähneln sich ja so. Ich meine, was Präsident Wilson gesagt haben muß, war nicht: eine Welt sicher ‚für' die Demokratie, sondern eine Welt sicher ‚vor' der Demokratie. Aber ich will gerecht sein gegen die Phrasendrescher. Es ist möglich, daß nicht alle unsere Kriegsziele nur äußerlich schöne Früchte hervorbringen, die beim Pflücken zu Staub zerfallen. Es scheint, als ob unsere Friedensbedingungen einen Erfolg haben könnten, den man allerdings weniger als einen anderen erstrebt hat. Deutschland soll zwei Drittel seines Eisens, ein Drittel seiner Kohle, große Mengen seines rollenden Materials, alle seine Schiffe hergeben. Nur solche Rohstoffe, die die Rivalen zulassen, sollen ihm erlaubt sein. Der Völkerbund ist tot. Der Militarismus ist in der ganzen Welt fest aufgerichtet. Die Freiheit kauert gesenkten Hauptes im Dunkel. Der verhöhnte Friede steht da, mit Dornen gekrönt. Die Macht sitzt auf dem Throne der Gerechtigkeit. Die Gier herrscht im Sitzungssaal. Haß erfüllt die Seelen aller Völker ....

.... Ein mörderischer Friede ....

Der Schweizer L. Ragaz in „Neue Wege" (Mai 1919):

„Unsere bescheidensten Hoffnungen sind enttäuscht und unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen worden.

Was ist denn das Schlimme an diesem Vertrag? Etwa der dauernde Schaden, den er Deutschland zufügen wird? Keineswegs. Denn es war von Anfang an unsere feste Ueberzeugung, daß dieser Vertrag nicht in Kraft treten werde. Er wird, wie ein französischer Freund uns schreibt, un simple incident, ein bloßer Zwischenfall sein. Die Bewegung, worin sich die Welt befindet, wird ihn hinwegspülen, wer weiß wie bald. Solch frevler Unsinn hat nicht mehr die geringste Aussicht auf Bestand. Das Schlimme, ja Verhängnisvolle, ist vielmehr der moralische Schaden, den dieses Machwerk im gegenwärtigen Augenblick anrichten wird. Es wird in aller Welt den Glauben an die

Gewalt, also den Bolschewismus oben und unten, mächtig verstärken. Der Glaube an die Möglichkeit, im politischen und sozialen Leben das sittliche Ideal zur Geltung zu bringen, hat eine harte Niederlage erlitten, und mit ihm der Glaube an ideale Lösungen überhaupt. Die Verzweiflung aber, die auf diese Weise auch die Besseren und Besten ergreift, ist eine Mutter alles Bösen. Die Hölle triumphiert. Es triumphieren alle Gewaltmenschen, alle Verleumder des Guten in den Völkern und den einzelnen, alle Neunmalklugen; die ganze Schmutz- und Sumpffauna quakt und zischt ....

.... Darum hat er auch Zorn und Entrüstung erregt. Wir greifen uns an den Kopf und fragen, was für Menschen es sind, die so etwas für möglich halten. Sind es Verbrecher oder sind es Wahnsinnige? Es ist Verbrechen, ist Wahnsinn, die Worte sind nicht zu stark ....

.... Das Aergste und Empörendste am Vertrage ist der ganze Geist und Ton dieses elenden Machwerkes, der Versuch, das ganze deutsche Volk unter dauernde polizeiliche Bewachung zu stellen, ist der Geist der Grausamkeit, Kleinlichkeit und Raubgier, ist vor allem der schamlose Wortbruch sowohl gegenüber den eigenen Völkern wie gegenüber dem deutschen. Denn das ist nicht der Friede auf Grund der Wilsonschen Forderungen, auf die hier der Waffenstillstand geschlossen worden ist. Auch die Ententevölker sind betrogen! Sie sind in den Krieg gezogen, um den Krieg zu töten, und sollen ihn nun erst verewigt haben. Man hat ihnen stets von einem Kampf gegen den deutschen Militarismus geredet, damit eine unendliche Fülle höchsten Enthusiasmus entflammend, einen Enthusiasmus, der der menschliche Hauptfaktor des Sieges war, und nun langt man bei der nackten Gewaltaktion, dem Annektieren und Rauben, kurz, beim — deutschen Militarismus an! Ein solcher Betrug muß furchtbar verheerende Folgen haben. Dieser Vertrag würde, wenn ausgeführt, nicht nur Deutschland, sondern noch viel gewisser Frankreich (das sich durch ihn ‚sichern' will) und ganz Europa dazu vernichten. Er ist nicht nur Frevel, sondern auch Narrheit ....

.... Diesen Vertrag anerkennen wir nicht .... Wir wünschen, daß Deutschland ihn nicht unterzeichne. Wenn es ihn unterzeichnet, selbstverständlich mit Rachegedanken im Herzen, dann entsteht daraus ein schleichendes Uebel, wenn nicht, dann eine akute Krise, die schwer sein mag, aber zur Genesung führen kann. Auch wir unterzeichnen ihn nicht. Das heißt: Aus allen Völkern heraus muß eine Bewegung entstehen, daß sie selber, durch eigene Organe, nicht durch ihre Diplomaten, Militärs und Finanzleute, sowohl den Völkerbund als den Friedensschluß in die Hand nehmen. Wir betrachten alle diesen Pariser Vertrag als einen bloßen Zwischenfall. Er braucht uns nicht allzu sehr zu erregen.

Vielmehr sei nun noch gezeigt, daß er auch sein Gutes hat. Das Gute an ihm ist, daß er so schlecht ist. Denn nicht nur ist dies eine Bürgschaft dafür, daß er nicht durchgeführt werden kann, sondern er wird dadurch auch eine Brandmarkung jener ganzen Welt, deren Frucht er ist. Aus dieser Welt der Diplomaten und Soldaten, den Organen des Macht- und Gewaltstaates, und der Börsen- und Trustmagnaten, denen des Kapitalismus und Mammonismus, kann nichts Gutes mehr kommen. Sie muß mit diesen stürzen und der Welt weichen, die auf Freiheit und Liebe gebaut ist. An dieses Werk müssen wir gehen.

Es ist ganz gut, daß es nicht scheint, als ob die Politiker, Diplomaten, Soldaten und Geldleute es tun könnten. Das Ideal konnte in dieser Welt auftauchen, aber nur, um sie zu richten. Eine andere Welt muß es verwirklichen.

Unser Kampf beginnt sozusagen jetzt erst recht. Alle äußerlich politischen Mittel haben versagt, jenen Sozialismus, der reine Machtpolitik war, eingeschlossen. Jener sozialistische Imperialismus und Militarismus, der Wilson verhöhnt hat, wird den Völkerbund und Weltfrieden so wenig schaffen als der kapitalistische. Dazu ist ein anderer Sinn und Glaube nötig. Nun muß der geistige Kampf mit neuer Wucht einsetzen. Die Lage ist durchaus nicht verzweifelt. Gerade der ungeheure Betrug wird uns zu Hilfe kommen. Denn er entlarvt diese ganze alte Welt."

Das Echo von Versailles. Auslese von Stimmen aus aller Welt.

Der «Nieuwe Rotterdamsche Courant» vom 8. Mai 1919:

„. . . . Der Vertrag teilt die Menschen in Völker erster, zweiter und dritter Klasse, Völker von Herrschern, Völker mit mehr oder weniger freien Menschen und ein Volk von Ausgestoßenen . . . . er macht Deutschland und die Deutschen zu den Parias der Erde . . . . Deutschland wird territorial verstümmelt, wirtschaftlich erdrosselt und der Rest von dem, was einst das Deutsche Reich war, wird außerhalb der internationalen Gemeinschaft gestellt . . . . Die früheren Friedensverträge sind Kinderspiele in bezug auf Härte und Ungerechtigkeit . . . ."

Und an anderer Stelle:

„Die Freude über den Frieden wird nicht von langer Dauer sein. Dieser Friede wird die gewünschte Entspannung nicht bringen, statt eine leuchtende Aussicht zu eröffnen, bietet er nichts anderes als eine dunkle Zukunft. Dieser Friede vernichtete den Militarismus, hob ihn jedoch auf den Thron und säte unendlich viele Keime für internationale Konflikte. Im Herzen der Völker wird er nicht leben, da bleibt bitterer Haß zurück . . . . Der Besiegte ist so tief erniedrigt, daß die Geschichte kaum ein ähnliches Beispiel von Erniedrigung sah. Das starke Deutschland wird zerstückelt und teilweise einem mehr oder weniger phantastischen Reiche zugeworfen, in welchem sich die Kultur bisher nur in Pogromen ausdrückte. Der Deutsche wird für lange Jahre geknechtet; er wird als ehrlos aus einem großen Teile der Welt ausgestoßen. Nur die zwingende Not, aus der kein Ausweg mehr gesehen wurde, erzwang die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorbehaltlos, jedoch mit reservatio mentalis und siedendem Grolle im Herzen . . . ."

«De Nederlander» im April 1919:

„Wir hegten keine großen Erwartungen . . . ., aber daß die Entente die Kühnheit haben würde, mit einem solchen Vertrag herauszukommen,

würde niemand erwartet haben. Die Bedingungen sind ein Hohn auf Wilsons Grundsätze. Die Präsentierung dieses unglaublichen Dokumentes, welches ein Volk von 70 Millionen versklavt, ist die schimpflichste Niederlage für Wilson; es ist das Protokoll des dauernden Krieges, in dem nur eine Partei Waffen hat. Mit einem Wort: es ist die Karikatur eines Friedensvertrages ...."

Der «Avanti» im Juni 1919:

„Deutschland unterschreibt, denn wenn ‚Freiheit, Gerechtigkeit und Recht' ihm das Messer an die Kehle setzen, gibt es keinen anderen Ausweg. Vergebens hoffte Deutschland die Welt zu überzeugen, daß Millionen und aber Millionen Frauen und Kinder schuldlos sind, die Entente wollte davon nichts wissen. Entweder liefert ihr euch mit gebundenen Händen und Füßen aus und vernichtet euch politisch, wirtschaftlich und moralisch selbst, oder aber wir werden diese Millionen Frauen und Kinder buchstäblich Hungers sterben lassen. Denn wir werden sofort eine neue unversöhnliche, wilde Expedition gegen euch Wehrlose unternehmen, und zwar im Zeichen der 14 Punkte Wilsons und für Freiheit, Gerechtigkeit und Recht. Mag Kardinal Amette alle Pariser Glocken läuten lassen, mag das Frankreich Clemenceaus vor Freude wahnsinnig werden, die Unterzeichnung des Versailler Friedens bedeutet neuen Krieg, neuen Haß, neues Elend. Schon regt es sich im Osten gegen die Entente, auch in Deutschland sind die großen Energien nicht erloschen, und so wird dereinst der Versailler Vertrag unfehlbar ein ‚Papierfetzen' sein und die Völker werden den wahren Frieden schaffen."

Die portugiesische Zeitung «Batalka» am 20. Mai 1919:

„Nach einem fünfjährigen Morden und Leiden, währenddem die Alliierten unzählige Male ihre demokratischen Ideale und ihren Willen, allen Imperialismus auszurotten, bekanntgaben, setzen die Vertreter der Regierungen von Italien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten einen Friedensvertrag auf voller Härte und Chauvinismus, im offenen Gegensatz zu ihren Worten .... Wir haben nie erwartet, daß die harte Lehre des Krieges so schlecht verstanden worden ist, und wir sahen mit Schrecken, daß Wilson, der die Grundlage eines gerechten und dauernden Friedens laut in die Welt hinausrief, Partei ergriff für die Errichtung eines neuen Imperialismus auf den Trümmern des Reiches Wilhelms II. .... eines Imperialismus, der nicht zögert, das deutsche Proletariat auf lange Jahre hinaus unter der Herrschaft der Militärkaste in Knechtschaft zu halten ....

In diesem Augenblick ruft die ganze Welt nach dem Kriege gegen den Gewaltfrieden .... ‚Weder Annexionen noch Entschädigungen', sagten die leitenden Männer der Entente, als Deutschland siegreich zu sein schien und sie mit Vernichtung bedrohte. Jetzt aber, nachdem die Gefahr vorüber ist, annektiert Italien Südtirol, dessen Bevölkerung deutsch ist, und beansprucht Fiume und die Hegemonie in der Adria .... und Frankreich .... borgt sich nach hundert Jahren das Schwert Napoleons, um größere Stücke von Deutschland abzuschlagen, als je jener tat ....

.... Und wir hören noch die Verwünschungen, die gegen Deutschland ausgestoßen wurden ...."

Kundgebung amerikanischer Frauen in Deutschland gegen den Gewaltfrieden von Versailles im Juni 1919:

„Amerikanerinnen von Geburt, durch Verheiratung Deutsche oder Gäste des Landes, das uns Schutz gewährt und die Früchte seiner Kultur geboten, an denen sich die ganze Welt genährt hat, wenden wir uns an euch, die Mitschwestern unseres ursprünglichen Heimatbodens.

Wollt ihr dulden, daß der Name von George Washingtons Land mit Unehre befleckt werde? Der Präsident der Vereinigten Staaten hat ein Friedensprogramm aufgestellt, das von allen Völkern angenommen worden ist, und auf Grund dessen das deutsche Volk in einen Waffenstillstand eintrat, durch den man es allmählich aller Mittel zur Selbsthilfe beraubt hat. Recht, Gerechtigkeit, wohlwollendes gegenseitiges Verständnis und Freiheit für alle sollten aus den von Gewittern erdröhnenden Himmeln vorleuchten, die über unsere zerrissene, mit dem Blute der Männer, den Tränen der Frauen und Waisen gedüngte Erde niederhängen.

Was ist von diesem Programm übrig geblieben? Frauen Amerikas, soll die Schamröte euch in die Wangen steigen? Eure Ehre steht auf dem Spiel. Können euch diese Tatsachen bekannt sein, und ihr gebt es zu, daß ein Volk, das auf eures Präsidenten Wort vertraute, hintergangen werde, daß man es einem langsamen Hungertod preisgibt?

Wir, die in Amerika geborenen Frauen, haben das Aufleuchten in den getrübten Augen der Tausende gesehen, die des Präsidenten Wilsons Botschaft lauschten und an seine Mission glaubten, an die Mission eures Volkes.

Wir, deren Herzen bei dem Gedanken erschauerten, daß die Neue Welt sich anschickte, die Pforte zu dem verheißenen Lande einer besseren, höheren, reineren Menschheit zu erschließen, wenden uns, in unserer Zuversicht erschüttert, in unserer Hoffnung gelähmt, in unserer Liebe durchfröstelt, bis ins Herz getroffen, trauernd ab.

Ein letzter Ruf! Wir, deren Wiege auf dem Boden stand, darüber ihr schreitet, wir erheben die Stimme: Im Namen eurer eigenen Kinder und der Unschuldigen aller Länder, sorgt dafür, daß das Versprechen gehalten werde: Ein Friede des Rechtes, der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der Freiheit für alle.

Rettet eure Ehre, rettet die Ehre von George Washingtons Land."

Protest englischer Arbeiterführer (Mai 1919):

„Wir, die Unterzeichneten, wollen nachdrücklich gegen die Bedingungen des Friedensvertrages protestieren, der der deutschen Republik vorgelegt worden ist. Obwohl wir diese Kundgebung als Privatleute unterzeichnen, sind wir überzeugt, daß wir die vorherrschende Meinung der Arbeiterbewegung Großbritanniens darstellen.

Unserer Ansicht nach ist der Friedensvertrag den ernstesten Bedenken vom Standpunkt der Arbeiterpartei ausgesetzt. Da die Arbeiterpartei, trotz der bestimmten Versprechungen seitens Herrn Lloyd Georges, nicht bei Festlegung der Bedingungen gefragt worden ist, kann man nicht erwarten, daß die Arbeiterpartei irgendwelche Verantwortung für sie übernimmt.

Der Vertrag ist insgeheim von einem kleinen Kreis von Ministern weniger Großmächte ausgearbeitet worden. Er folgt den Spuren der alten Geheimdiplomatie, deren Methoden allgemein von den Demokratien verurteilt werden.

Er verletzt die Bürgschaften, die der Arbeiterpartei von den Staatsmännern unseres Landes gegeben wurden, besonders die, die Lloyd

George in seiner Rede an die Gewerkschaftsverbände am 5. Jänner 1918 gab. Wir lenken in dieser Hinsicht die Aufmerksamkeit auf die Auslieferung großer Bevölkerungsmassen im Saargebiet, im neuen Polen und in anderen Gebieten an fremde Regierungen, ohne daß man erstere um ihre Wünsche gefragt hätte; auf den wirtschaftlichen Ruin, den wirtschaftliche Nebenbuhler gegen das deutsche Volk planen; auf dessen Ausschluß vom Völkerbund, auf die Annexion aller deutschen Kolonien und Stationen durch die alliierten und assoziierten Regierungen und auf die Abrüstung Deutschlands ohne entsprechende Abrüstung auf seiten der Alliierten. In allen diesen Punkten bedeutet der Vertrag einen Vertrauensbruch gegenüber der Arbeiterpartei.

Weiter verletzt der Vertrag jenes bestimmte Zugeständnis, auf Grund dessen Deutschland die Waffen niederlegte. Die Alliierten gestanden zu, Frieden zu machen auf Grund der 14 Punkte des Präsidenten Wilson und seiner Reden vom 4. Juli und vom 27. September 1918. Dieses Zugeständnis ist wie ein Papierfetzen behandelt worden. Der Vertrag bedeutete infolgedessen einen Vertrauensbruch gegenüber Deutschland und einen bedenklichen Schlag gegen die internationale Moral.

Er verletzt die Grundsätze eines Friedensvertrages, die in der Denkschrift über die Kriegsziele, die von der Arbeiterpartei im Dezember 1917 angenommen und durch die Entschließungen der Internationalen Konferenz in Bern im Februar 1919 gestützt wurden. Er ist somit eine glatte Verhöhnung der Meinung des Proletariats der ganzen Welt.

Er zeigt kein Verständnis für die veränderte Lage, die durch die deutsche Revolution und den Aufstieg der Sozialdemokratie zur Herrschaft in diesem Lande bedingt worden ist. Die deutschen Völker werden durch ihn für eine lange, unbestimmte Zeit gezwungen, Sklavendienste für fremde kapitalistische Regierungen zu leisten.

Weit davon entfernt, alle Kriege unmöglich zu machen, enthält der Vertrag die Keime neuer Konflikte, die sich aus den Bedrückungen der Völker ergeben, die durch fremde Regierungen beherrscht und wirtschaftlich geknechtet werden. Er macht auf diese Weise künftige Kriege fast unvermeidlich. Er schafft einen Zustand der Unruhe und Ungerechtigkeit, der den Völkerbund, falls er überhaupt am Leben bleibt, zum bloßen Werkzeug imperialistischer Herrschsucht macht. Der Keim zum Guten, den der Völkerbund zweifellos enthält, würde dadurch abgetötet werden.

Kurz, der Vertrag stellt die alten Bedingungen des Gleichgewichtes der Macht wieder her und und macht dadurch die Beibehaltung der Wehrpflicht und großer Rüstungen im allgemeinen nötig, insbesondere erfordert er eine Okkupationsarmee auf unbestimmte Zeit.

Wir betrachten es als die Pflicht der Arbeiterpartei, auf die möglichst frühe Revision des Vertrages hinzuarbeiten, damit er in Einklang mit den Idealen gebracht werde, für die die arbeitenden Klassen unseres Landes so ungeheure Opfer gebracht haben.

W. Barber, Arbeiterverband Bredford.
Margaret G. Bondfield, Nationalverband weiblicher Angestellter.
Fred Bramley, Untersekretär, Gewerkschaftskongreß, Parlamentskomitee.
J. Bromley, Gemeinsamer Verband der Maschinenbauer und Heizer.
D. Carmichael, Arbeiterverband London.
C. T. Cramp, Nationalverband der Eisenbahner.
Margaret Llewellyn Davies, Sekretärin, Frauengenossenschaftsvereinigung.
G. Garan Duffy, Verband der Eisenerzarbeiter in Cumberland.
Joseph F. Duncan, Sekretär, Verband schottischer Landarbeiter.
Allen Gee, Hauptverband der Textilarbeiter.

Alex Gossip, Nationalverband der Quecksilberarbeiter.
Duncan M. Graham, Mitglied des Parlaments, Hamilton.
John Hill, Gemeinsamer Verband der Kesselbauer, Eisen- und Stahlschiffsbauer.
George Lansbury, Redakteur, „Daily Herald".
William Luun, Mitglied des Parlaments, Rothwell.
Neil Maclean, Mitglied des Parlaments, Govan.
R. Morley, Arbeiterverband.
T. C. Morris, Nationalverband der Eisenbahner.
J. W. Ogden, ehem. Präsident des Gewerkschaftskongresses.
W. Shaw, Arbeiterverband, Glasgow.
Robert Smillie, Präsident des Bergarbeiterverbandes für Großbritannien.
Alf. Smith, Konzessionierte Fahrradbauer von London und Provinz.
Philipp Snowden, Mitgiled des Parlaments.
Ben Turner, Hauptverband der Textilarbeiter.
Robert Williams, Sekretär des Nationalen Transarbeiterverbandes.
James Winstone, Bergarbeiterverband für Südwales.

Kundgebung der «Labour Party» am 8. Mai 1919:

„. . . . Der Friedensentwurf ist . . . . entgegengesetzt den Erklärungen Wilsons, jenen der Konferenzen der Arbeiterparteien der Ententeländer und der Berner Internationalen sozialistischen Konferenz . . . . da die organisierte Arbeiterschaft beim Friedenskongreß, der den Vertrag entworfen hat, nicht vertreten war, und da der allgemeine Geist dieses Vertrages der Auffassung der Arbeiterklasse von einem Frieden der Gerechtigkeit nicht entspricht, können wir die Verantwortlichkeit für die darin enthaltenen Prinzipienverletzungen nicht übernehmen. Daher müssen wir auf das Volk und die Kräfte der organisierten Demokratie hoffen, daß sie die Idee einer friedlichen Gemeinschaft aller Nationen wahren und entwickeln werden . . . . Nur unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung, ... können die Mängel des Vertrages vollständig beseitigt werden . . . .

. . . . Wir protestieren gegen jeden Versuch, das Saargebiet dauernd von Deutschland zu trennen und halten die vom Friedensvertrag vorgeschlagene Form der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle über dieses Gebiet für anstößig. Wir hoffen, daß Frankreich einer Befragung des Volkes von Elsaß-Lothringen, die vom Völkerbund vorzunehmen wäre, zustimmt, damit Frankreich den Anspruch auf diese Provinzen bestätigt und ein alter Streit endgültig aus dem gemeinsamen Leben Europas entfernt wird. Um die Schaffung eines neuen Elsaß-Lothringens zu vermeiden, sollte ein ebensolches Plebiszit in Malmedy und in den anderen zwischen Belgien und Deutschland strittigen Gebieten stattfinden, bevor Deutschland auf seine Souveränität verzichtet. Wir begrüßen die Anwendung des Plebiszits für die südlichen und östlichen Teile Ostpreußens, aber wir bedauern, daß dieses Prinzip nicht bei der Bestimmung der polnischen und der tschechoslowakischen Grenzen befolgt wurde. Gemäß dem Grundsatz der Selbstbestimmung sollte

das Volk von Deutschösterreich das freie und uneingeschränkte Recht haben,

selbst zu entscheiden, ob es einer der Bundesstaaten Deutschlands werden oder unabhängig bleiben will. Jede andere Lösung wäre ein Akt der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung nationaler Impulse, der den Frieden Europas gefährden kann."

„. . . Aber der Vertrag ist nicht nur ein Vertrauensbruch gegenüber dem Feinde. Er ist auch ein Vertrauensbruch gegenüber den alliierten und assoziierten Völkern. Er ist eine Verleugnung der Grundsätze, für die diese Völker aufgefordert wurden, zu kämpfen, und der Versprechungen für die Treue, mit der sie dem Aufruf entsprachen und sich in die Hölle des modernen Krieges stürzten. Sie meinten, ihre ungeheuren Opfer zu bringen, um allem Kriege ein Ende zu machen, den Militarismus abzuschaffen, die Heiligkeit der Verträge zu verteidigen, die Gerechtigkeit zu festigen und jedem Volke das Recht zu verschaffen, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Sie sind getäuscht worden. Ihr Idealismus wurde benutzt, solange er seinem Zwecke diente. Er ist kaltrechnend ausgebeutet worden von denen, die keinen Anteil daran hatten. Er ist zu den gemeinen Zwecken politischer Herrschsucht und kaufmännischer Rivalität mißbraucht worden.

Der Vertrag ist nicht nur jedes Schimmers von Edelmut bar, sondern auch jedes politischen Weitblickes und jedes Verständnisses für die neuen und umgestaltenden Ideen, die das Gemüt der großen Massen aufpeitschen und die Grundlagen des sozialen Lebens gänzlich verändern.

Er ist im Geiste der alten Diplomatie gehalten, deren Brauch es am Schlusse jedes großen Krieges war, den Vorteil des Sieges wahrzunehmen, um sich die größtmöglichen augenblicklichen Gewinne politischer und wirtschaftlicher Art zu sichern, ohne an die tiefeingewurzelten menschlichen Faktoren zu denken, die zu ihrer Zeit, wie die Geschichte lehrt, gegen das zeitliche Stückwerk sich aufbäumen, das sie nicht beachtet.

Unsere öffentliche Meinung übersieht meist vollständig die Folgen, die sich ergeben werden, wenn die Friedensbedingungen in die Tat umgesetzt werden. Man versteht insbesondere nicht das furchtbare Vernichtungswerkzeug, das in den wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln sorgfältig ausgearbeitet worden ist. Sie werden das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Jede Familie der handarbeitenden Klasse wird dazu kommen, die Folgen dieser Maßnahmen am eigenen Leibe und im Verlauf des täglichen Lebens zu spüren. Man wird erkennen, daß ihre Arbeit durch fremde Herren ausgebeutet wird. Die Kinder, die jetzt groß werden, werden in persönlicher Armut und Beschränkung der Lebensbedingungen büßen müssen, aber nicht für die Sünden ihrer Väter, sondern der Leute, die das Schicksal ihrer Väter bestimmten und deren Politik ihre Väter angriffen und umstürzten. Für den Augenblick ist das deutsche Volk vielleicht zu sehr niedergeschmettert, um irgendwelchen Bedingungen Widerstand zu leisten, und möchten sie noch so hart sein. Aber in ruhigeren Zeiten und mit der zurückkehrenden körperlichen Spannkraft wird sich eine Schärfe der Erkenntnis und eine leidenschaftliche Rachsucht bahnbrechen, die auf Generationen hinaus das politische Leben verzisten wird.

Es wird ein Grund der Ungerechtigkeit geschaffen werden, auf dem kein Gebäude von Dauer errichtet werden kann, wie fest das Mauerwerk, wie imposant die Vorderseite auch sein mag. Der Vertrag ist auf Sand gebaut. Er kann nicht von Dauer sein. Aber wenn er umgestoßen wird, wird sich die Welt aufs neue in Zuckungen winden.

Unrecht wie dieses ist oft im Siegesrausch begangen worden und wird jetzt begangen. Aber es wird nicht unbestraft begangen. Es werden sich die Ereignisse in der alten verderblichen Bahn abspielen, und der Uebermut wird schließlich im Blut und in den Tränen einer neuen bewaffneten Auseinandersetzung gebüßt.

Für uns, die wir das Wesen und die Wirkungen der Friedensbedingungen erkennen, die Deutschland vorgeschlagen werden, ist ein klarer Weg vorgezeichnet. Wir müssen es allen klar machen, daß wir für so ge-

haltene Bedingungen keinerlei Verantwortung übernehmen können. Für uns besitzen sie keinen moralischen Wert. Die Regierungen, die sie gemacht haben, sprechen nicht für uns und können uns nicht binden. Wir werden unaufhörlich für die Revision des Vertrages arbeiten. Wir werden als unsere Hauptaufgabe die Sicherung solcher Aenderungen betrachten, die ihn in Einklang mit den Idealen des gewöhnlichen Volkes aller Länder bringen werden. Energische Tätigkeit seitens der westlichen Demokratien kann solche Aenderungen sicherstellen. Revolutionäre Veränderungen in Mitteleuropa oder sonstwo werden vielleicht die Staatsmänner zwingen, ihr Werk umzuformen. Aber wenn wir die Vollendung des Verbrechens auch nicht verhindern können, durch das die Menschheit bedroht wird, können wir doch wenigstens unseren reiflich überlegten Protest zu Protokoll geben in dem Bewußtsein, daß diese Proteste ein Sammelpunkt für die künftige Versöhnung der Völker sind, und in der sicheren Ueberzeugung, daß die Geschichte unsere Handlungsweise rechtfertigen wird.

Das Exekutivkomitee der Vereinigung für demokratische Kontrolle:

Charles Roden Buxton	H. B. Lees Smith
J. A. Hobson	Arthur Ponsonby
F. W. Pethick-Lawrence	Ethel Snowden
J. Ramsay Macdonald	H. M. Swanwick
E. D. Morel (Schriftführer)	Charles Trevelyan
R. C. Lambert	(Ehrenschatzmeister)

Orchard House
2 u. 4 Great Smith Street
Westminster, S. W.

Protest englischer Offiziere im «Daily Herald» (Juni 1919):

Eine Anzahl von Militärpersonen, darunter E. H. H. Anthony, H. Baxter, Will Dyson, C. L. Eveard, Roger Gibb, H. J. Gillispie, G. E. Jenkins, G. E. Slocombe, H. N. Smith, J. L. Stocks, N. S. Talbot, R. H. Tawney und William Taylor, haben uns folgenden Protest gegen die Friedensbedingungen übersandt:

„Als Soldaten, die wir in verschiedenen Stellungen an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen haben, möchten wir unsern nachdrücklichen Protest gegen die Friedensbedingungen aussprechen. Wir glauben, daß die Bedingungen in einigen wichtigen Punkten nicht nur ungerecht und unpolitisch sind und darauf berechnet, zukünftige Kriege herauszufordern, sondern ganz besonders im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen, für die der Krieg angeblich unternommen wurde und für die viele unserer Landsleute ihr Leben gelassen haben. Für viele dieser Toten hatte der Krieg anfangs den Charakter eines Kreuzzuges. Wir wünschen, aus Achtung vor ihrem Andenken, vor der Nachwelt und vor unserem eigenen Gewissen, uns von dem Verbrechen loszusagen, in dem er anscheinend jetzt endet.

Es ist nicht unsere Absicht, Punkt für Punkt die Bedingungen des sogenannten Friedens durchzugehen. Wir beschränken uns auf drei Merkmale desselben:

1. Es ist wiederholt von den alliierten Staatsmännern erklärt worden, daß es ein Zweck des Krieges war, die Nationalitätsrechte gegen die Uebergriffe der Macht der Willkür zu sichern. Heute soll, wenn nicht die Oeffentlichkeit falsch unterrichtet worden ist, Westpreußen, das eine Bevölkerung enthält, welche zum größeren Teile deutsch ist, an Polen ausgehändigt und

Danzig, eine vorwiegend deutsche Stadt, faktisch von Polen annektiert werden unter der Vorspiegelung, daß es zur Freistadt gemacht wird. Das Volk des Saarbeckens soll von der deutschen Souveränität unter diejenige Frankrichs gestellt werden, als ob es ein Teil der Mineralien wäre, mit denen Frankreich entschädigt werden soll.

2. Es ist wiederholt versichert worden, daß eines der Kriegsziele war, das internationale Recht und nicht die Militärgewalt zum entscheidenden Faktor in internationalen Angelegenheiten zu machen. Kann irgend jemand behaupten, daß die jetzt vorgeschlagenen Bedingungen mit ihren rachsüchtigen territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen dazu geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen, oder daß ein durch unbeschränkte Entschädigung bedrohtes Deutschland, welches keine Kohle, kein Eisen, keine Schiffe und keine Kolonien besitzt, welches keine Hoffnung auf Rohmaterialien und Gleichheit der Handelsrechte hat, etwas anderes sein kann als eine ewige Gefahr für den Weltfrieden? ...."

Protest des Comité central pour la reprise des relations internationales:

Im Namen des „Zentralkomitees für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen" und der mit ihm vereinigten Gesellschaften erheben wir Widerspruch gegen den Friedensvertrag, den Deutschland zu unterschreiben gezwungen wurde.

Nach unserer Meinung vergewaltigt er die Bedingungen und Grundsätze, denen zufolge Deutschland die Waffen niedergelegt hat.

So wie er ist, bildet dieser Friedensvertrag eine nicht zu verteidigende Verletzung dieser internationalen Moral, deren Verwirklichung die verbündeten und alliierten Regierungen, laut ihren Erklärungen, sich zum Ziel gesetzt hatten.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes, die im November 1918 Deutschland gestellt und von diesem angenommen wurden, waren derart, daß sie dem deutschen Volke keine andere Waffe als das gegebene Wort der verbündeten und alliierten Regierungen ließen.

Von beiden Seiten war man übereingekommen, daß die 14 Punkte des Präsidenten Wilson die Grundlage des Friedens bilden würden.

Der Friedensvertrag aber steht in offenbarem Widerspruch zu den genannten 14 Punkten; er erniedrigt das neue demokratische Deutschland zu einem Vasallenstaat, er hindert sein wirtschaftliches Wiederaufkommen, schließt es vom internationalen Leben aus und erdrückt den Geist des Volkes.

Der Ausschluß Deutschlands vom Völkerbund, die Aufbürdung schwerer und nicht fest begrenzter Lasten, die nur ihm allein von allen Völkern Europas aufgezwungene Abrüstung, alles dieses zeugt klar für diesen Plan.

Man nimmt ihm seine Besitzungen in Afrika und in Asien und man verbietet ihm jede Tätigkeit in diesen beiden Erdteilen.

Trotz allem, was dem vorausgeht, steht fest, daß das deutsche Volk, auf Grund dieses Vertrages, den es durch Gewalt zu unterzeichnen gezwungen wurde, ein Volk von Sklaven ist, das für seine bewaffneten Eroberer arbeiten muß.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß ein solcher Friede, der ein demokratischer Verrat ist, jeden wahren Volksfreund, jeden Mann von Gewissen dazu zwingt, ohne Unterlaß an der Revision eines Vertrages mitzuarbeiten, der wiederum zeigt, daß die Schürung des Völkerhasses, die Verfolgung imperialistischer Annexionen und die zu den größten Ungerechtigkeiten

führende kurzsichtige Rache noch heute die Ziele jener offiziellen Welt sind, die durch keine Erfahrung hellsehend gemacht werden kann.

Was uns betrifft, so erklären wir heute feierlich, daß unser Gewissen sich mit aller Kraft dagegen sträubt, diesem Vertrag einen moralischen Wert zuzusprechen und daß wir es infolgedessen als unsere hauptsächlichste Aufgabe betrachten, ihn durch einen Frieden zu ersetzen, der den Wünschen und Idealen aller Völker entspricht.

Die schrecklichen Leiden des Krieges, das vergossene Blut von Millionen würden keine Frucht reifen lassen, wenn nach den Umwälzungen, die wir durchgemacht haben, kein wahrer Völkerfrieden geboren würde und wenn die ganze Menschheit die Früchte der härtesten Opfer, die je die Welt gebracht, nicht pflücken sollte.

Bern, 5. Juli 1919. (Unterschriften.)

Protestschreiben von vierzig hervorragenden Engländern an den Herausgeber des «Manchester Guardian» am 24. Mai 1919:

„... Die Leiden des Krieges wurden tapfer und gerne von dem Volk der alliierten Länder getragen im Glauben, daß wir dem militärischen Despotismus widerstehen und die Grundsätze der internationalen Gerechtigkeit verteidigen würden, auf denen es möglich sein würde, eine wahre Genossenschaft der Nationen zu basieren und die ständigen Ursachen von Rüstungen und Krieg zu beseitigen ....

Ein solcher Vertrag war verkörpert in Präsident Wilsons 14 Punkten und auf der Grundlage dieser Punkte wurde der Waffenstillstand geschlossen und Deutschland der Gnade der Sieger ausgeliefert. Auf allen Seiten nahm man von vornherein an, daß der Friede diese Punkte zum Ausdruck bringen würde. Statt dessen haben nach sechs Monaten, während deren die Aufrechterhaltung der Blockade die Leiden Zentraleuropas sehr vertieft hat, die alliierten und assoziierten Regierungen Bedingungen vorgelegt, wie sie keine Nation anders annehmen kann als unter Zwang oder mit der Absicht, sie keinen Tag länger zu halten, als dieser Zwang aufrechterhalten werden kann ....

In ihrer Gesamtheit aber strafen sie den Geist der vierzehn Punkte Lügen und stellen so in ihrem Wesen einen Wortbruch gegenüber einem geschlagenen Feind dar (constitute a breach of faith with a beaten enemy). Sie drücken Deutschland herab auf die Stellung einer Helotennation und machen überdies Streitkräfte nötig, um dieses Volk unten zu halten. Die Völkerliga ist verwandelt worden in eine Allianz, um dieses Ziel sicherzustellen, und wenn der Vertrag angenommen wird, muß die künftige Politik Europas mehr als je auf Kriegsmacht begründet werden.

Wie Elsaß-Lothringen vierzig Jahre lang Europa in Gärung hielt, so müssen das Saarbecken und das abgetrennte Ostpreußen die internationalen Verhältnisse der Zukunft vergiften... Auf jeden Fall kann von dem Friedensvertragsentwurf so, wie er dasteht, mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß er keine Dauer haben werde; daß er den Eindruck macht, von Rachsucht und Furcht eingegeben zu sein; daß auf solcher Grundlage es unmöglich ist, irgendeine wahre Völkerliga zu gründen; daß er vielmehr nur eine neue Epoche gegenseitigen Angriffs und Verdachts einleiten kann mit den unvermeidlichen Folgen vermehrter Rüstungen, ständiger und allgemeiner Militäraushebung und dauernder Kriegsgefahr.

C. Oxon.
C. Bailey, Professorm am Balliol-College, Oxford.
J. Bell, Professor am Queen-College, Oxford.
Henry Bentinck, Mitglied des Parlaments.
Alice M. Bruce, Vizevorsteher und Tutor am Somerville-College.
E. A. Burroughs, Professor und Tutor am Hertford-College, Domherr von Peterborough.
J. Estlin Carpenter, Doktor der Literatur, Doktor der Theologie.
E. J. Carlyle, Professor und Tutor am Lincoln-College.
Theodore Chaundy, Student und Tutor am Christ-Church-College, Oxford.
J. D. Dennison H. Ellow, Professor und Tutor am Hertford-College.
Vera Farnell, Bibliothekar am Somerville-College.
W. H. Fyfe, Professor und Tutor am Merton-College.
H. W. Garrod, Professor und Tutor am Merton-College.
C. Buchanan Grey, Doktor der Literatur, Doktor der Theologie.
A. B. Gillett.
C. B. Heberden, Doktor des bürgerlichen Rechts, Vorsteher des Brasenose-College, Oxford.
Arthur Henderson.
L. T. Hobhouse, Professor der Soziologie an der Universität London.
Julian S. Huxley, erster Prosektor in der Abteilung für vergleichende Anatomie.
L. P. Jacks, Doktor der Rechte, Vorsteher des Manchester College, Oxford.
Jerome K. Jerome.
K. Leys, Professor des University-College, Oxford.
J. M. Kenworthy, Mitglied des Parlements.
A. D. Lindsay, Balliol-College, Oxford.
Walter Lock, Doktor der Theologie, Rektor am Keble-College, Oxford.
Walter H. Maberley, Professor und Dekan am Lincoln-College.
J. J. Mallon.
John Masefield.
Gilbert Murray, Königlicher Professor des Griechischen an der Universität Oxford.
A. R. Orage, Herausgeber des „New Age".
A. E. J. Rawlinson, Mitglied des Parlaments, Student und Tutor am Christ-College, Oxford.
W. B. Selbie, Doktor der Theologie, Vorsteher des Mansfield-College, Oxford.
E. de Sélincourt, Professor der englischen Literatur an der Universität Birmingham.
Norman H. Smith, Mansfield-College, Oxford.
F. C. Snow, St. John's College, Oxford.
J. L. Stocks, Professor und Tutor am St. John's College.
Beatrice Stonedale, Schatzmeister, Somerset-College.
R. H. Tawney, Professor am Baleiol-College.
H. G. Wells.
Leonard S. Woolf.

Die schwedische Zeitung «Socialdemokraten» (Stockholm) am 9. Mai 1919:

„. . . Der Friede in seiner jetzigen Form entwürdigt nicht nur das deutsche Volk, sondern uns alle, die wir unser Ideal in der Menschlichkeit, der Billigkeit und Gerechtigkeit erblicken . . . ."

Die «Stampa» im Mai 1919:

„. . . Das Gefühl, das diesen armseligen Vertrag beseelt, ist Selbstsucht, die Idee die ihn gestaltet, ist Härte, und die äußere Maske, die er trägt, ist Heuchelei . . . ."

«Le Populaire» am 4. Mai 1919:

„. . . Dieser Friede ist tatsächlich Jagd auf erlegtes Wild, die schrecklichste in der ganzen Geschichte. Wenn solche Jagden früher vorkamen, wurden sie nicht hinter irgendeinem Ideengebäude oder einem Prinzip verborgen. Heute wird jedes Eroberungsgelüst mit dem „Recht der Völker" aufgeputzt. Im Namen des „Rechtes der Völker" würden unsere Annexionisten gern Millionen von Deutschen Frankreich einverleiben. Die verschiedenen Völkergruppen, noch kaum befreit von der Sklaverei, stürzen sich auf die Besiegten, um unter der Leitung der herrschenden Klassen ihnen die größtmögliche Zahl von Kilometern wegzunehmen, ehe der Friede unterzeichnet ist. Der Krieg beginnt überall, wenn alles vorbei ist, von neuem . . . . ."

Resolution des Internationalen Frauenkongresses in Zürich (12. bis 17. Mai 1919):

Der Internationale Frauenkongreß spricht sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die in Versailles vorgeschlagenen Friedensbedingungen so schwer die Grundsätze vergewaltigen, durch welche allein ein gerechter und dauernder Friede gesichert werden kann und welche von den Demokratien der Welt angenommen worden waren.

Indem die Friedensbedingungen dem Sieger die Ernte aus ihren Geheimverträgen garantieren, erkennen sie stillschweigend die Geheimdiplomatie an, verleugnen das Prinzip der Selbstbestimmung, erkennen sie das Recht des Siegers auf die Kriegsbeute an und schaffen für ganz Europa Mißstimmung und Feindseligkeit, die nur zu weiteren Kriegen führen können.

Das Verlangen der Abrüstung nur für einen Teil der Kriegführenden bedeutet eine Vergewaltigung des Rechtes und eine Fortsetzung der Gewaltherrschaft.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen verdammen eine Generation von hundert Millionen Menschen im Herzen Europas zur Verzweiflung, Verseuchung und Verelendung, die in Haß und Anarchie in jedem Volke ausarten müssen.

Im tiefen Gefühl von Verantwortlichkeit fordert der Kongreß die verbündeten Regierungen dringend auf, ihre Bedingungen in dem Sinne zu verbessern, daß der Friede in Einklang gebracht wird mit den zuerst von Präsident Wilson aufgestellten Grundsätzen.

Die Ehre der verbündeten Mächte ist gebunden an deren loyale Durchführung.

Aus dem «Common Sense» vom 10. und 17. Mai 1919:

Präsident Wilsons Plan, die Völker zu versöhnen, ist zunichte geworden. Es ist ein Friede, wo es heißt: „Unterzeichnet oder verhungert!" Und

da die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in bezug auf Eigentum und Arbeit hierzulande immer mehr sich zeigen, wird sich die Forderung nach einer ganz anderen Art von Frieden erheben, nach einem Frieden von Volk zu Volk. Dann wird die Revision kommen ....

... Nie ist etwas so Unsauberes in der Geschichte der Zivilisation verlangt worden.

•

«The International Review» (IV. 1919):

„... Es ist eine Ironie, von Friedensbedingungen zu sprechen, wenn man dieses Dokument vor sich hat; es ist kein Friede, sondern ein Waffenstillstand — ein Waffenstillstand in dem Waffengange zwischen Romanen und Germanen, der durch Jahrhunderte hindurch geht ... Für einen Augenblick hat sich das Rad des Glückes Frankreich zugewandt; ein räuberischer, rachsüchtiger, ungerechter „Friede" wird diktiert ... Von einem Volk von sechzig Millionen Menschen kann man nicht erwarten, daß es die Stellung, die ihm in diesen Bedingungen zugewiesen wird, einnimmt. Die Deutschen unterzeichnen vielleicht und nach Ablauf weniger Jahre wird Europa aufs neue mit Blut überschwemmt werden.

... Als Ende 1918 die Alliierten und die Deutschen Präsident Wilsons vierzehn Punkte als Basis für den Frieden annahmen, schien es einen Augenblick, als wenn der alte Kampf für Sieg und Herrschaft, die alte Welt der Gewalt und des Betruges beendet werden und ein neues Zeitalter der Gerechtigkeit, der Eintracht und des Friedens in Europa unter dem Schutz des Völkerbundes anbrechen könne ....

Gewisse liberale Personen und Zeitungen haben ihr Gewissen mit der Begründung beruhigt und getröstet, daß die Deutschen „genau soviel Gutes erhalten hätten, wie sie selbst getan haben würden". Die Welt und ihr Gewissen muß wahrlich in hoffnungsloser Verfassung sein, wenn kluge und ehrliche Menschen ihre Zuflucht zu derartigen Trostgründen nehmen. Wir haben diesen Krieg nicht geführt, um der deutschen Demokratie die Art von Bedingungen aufzuerlegen, die uns die deutschen Junker auferlegt haben würden, und wenn das das Ergebnis unseres Kampfes ist, können wir ehrlich hinzufügen, daß wir mit allen Absichten und Zielen den Krieg verloren haben ....

Der Hauptteil dieses Gebäudes ist aus militärischen Garantien, rachsüchtiger Strafe, Unterdrückung und wirtschaftlichen Spitzfindigkeiten aufgeführt. Die Wilsonschen Sätze sind eine bloße Dekoration oder Zierde, die einem neuen europäischen System von Blut und Eisen aufgesetzt sind. Der Völkerbund ist eine bloße Papierfassade. Die Gerechtigkeit, die er angeblich garantiert, wird den Deutschen, Oesterreichern und Russen vorenthalten .... in Paris hat der Teufel gelernt, sogar die Bibel für die Verträge zu deuten. Die Reaktion gegen diese unmöglichen und rachsüchtigen Bedingungen wird zweifellos kommen, aber die hochtrabenden Grundsätze und der papierne Völkerbund werden den unvermeidlichen Tag, wo die alliierten Völker entdecken, daß sie getäuscht worden sind, hinausschieben, und wenn der Tag der Erleuchtung und des Erwachens kommt, wird es wahrscheinlich zu spät sein, das Unrecht wieder gut zu machen, das jetzt begangen wird, und den Weltfrieden zu erhalten ..."

Aus «The Nation» im Mai 1919:

„. . . . die Ausdehnung Polens weit über seine ursprünglichen Ansprüche, seine Erwartungen oder seine Kraft, sie zu halten, hinaus . . . . die selbstherrliche Besitzergreifung deutscher Gebiete und deutscher Bevölkerung . . . . der Raub der Kolonien . . . . die Aufhebung aller Vertragsrechte und internationalen Abmachungen . . . . von all dem erkennt man, wie erbarmungslos und umfassend der Bruch der Grundsätze von Nationalität und Selbstbestimmung ist . . . ."

„. . . . . Und diese Friedensbedingungen? Ma nsehe sie aufs neue an. Gesetzt, sie seien uns zugemutet. Gesetzt, unsere Sache sei unrecht bis zum letzten Punkt, unser Unrecht schwarz wie Mitternacht, unser Staatswesen in Trümmern, der Feind innerhalb unserer Grenzen und wir entwaffnet. Würden wir Engländer uns unterwerfen? Wirklich? Nicht, solange noch einer von uns lebte und noch ein Stein auf der Straße wäre. Das wissen wir. Wir wissen aus all unserer Erfahrung und aus der ganzen Geschichte, daß, wenn man derartige Friedensbedingungen ausführen will, und die Menschen so sind, wie wir sie kennen, der Friede nur eine glimmernde Drohung ist, die über das Festland gestreut wird, daß sie bald hier, bald da in Flammen ausbrechen wird, bis der Himmel nur der dauernde rote Widerschein unserer unsinnigen, unbelehrbaren und fortgesetzten Kurzsichtigkeit ist . . . .

Wir brauchen einen gesicherten Frieden. Ein solcher Friede hätte der Welt gegeben werden können. Aber was eine Welt, die bankrott und ihrer Jugend beraubt ist, erlangt hat, sind so viele Ursachen für unvermeidliche Kriege und eine feste Herrschaft der Geschütze. 1914 glaubten viele und sagten es auch, daß unsere Jugend vom Schicksal dem Untergange geweiht sei, daß sie ihrer Heimat ihre Fähigkeiten und den Stern ihrer Zukunft opfern müsse, aber nicht zum Nutzen der Imperialisten oder gewinnsüchtiger Krämer. Wir stellen andere Ideale auf . . . . Wer davon beseelt ist, wird nie an dem gläubigen Opfer Verrat üben . . . ."

Der norwegische «Socialdemocraten» (Oslo) am 9. Mai 1919:

„. . . Alle, die glaubten, der Militarismus der Entente sei besser und edler als der deutsche, sind nun endlich ihrer Illusion beraubt worden . . . . Der Krieg, der den Krieg aus der Welt schaffen sollte, hat mit einem Frieden geschlossen, der den Krieg fortsetzt . . . . Das deutsche Volk wird sich nie bereit finden, ein Volk von Bienen zu werden, das den Honig für fremde Herren herstellt . . . .

. . . . Ob die Deutschen den Frieden unterzeichnen oder nicht, das deutsche Volk wird sich nie daran gebunden fühlen. Der „Friede" ist genau so trügerisch, ob die Unterschriften angefügt werden oder nicht . . . ."

«The Call» im Mai 1919:

„. . . Streng, aber gerecht, so sollte der Friede aussehen. Jetzt haben wir diesen Frieden der Gerechtigkeit und des Rechtes. Nachdem die siegreichen Verbündeten das deutsche Volk sechs Monate lang dem Hunger ausgeliefert hatten, haben sie ihm eine Rechnung zugestellt, die ihm nichts mehr als die Augen zum Weinen übrigläßt.

Ein Banditenfriede..."

Protest des «National Peace Council» im Mai 1919:

„Der Exekutivausschuß des englischen «National Peace Council» richtet einen flammenden Protest gegen die Bestimmungen des Vertrages den die Friedenskonferenz dem deutschen Volke vorgelegt hat. Der Vertrag, wie er vorliegt, kann einen dauernden und internationalen Frieden nicht sichern...

In entscheidenden Punkten weicht der Vertrag von der Erklärung der Alliierten, welche Deutschland durch den Präsidenten Wilson in seiner Note vom 5. November 1918 übermacht worden ist, ab. Es geschah unter dem entscheidenden Eindruck jener Erklärung, daß Deutschland den Waffenstillstand unterzeichnete; ihre Verletzung bedeutet einen Bruch der nationalen Ehre der schwersten Art...

Ein solcher Vertrag kann den feindlichen Staaten gegenwärtig wohl aufgezwungen werden, aber niemand wird an seine Dauer glauben, dem deutschen Volke wird er die Hoffnung rauben, die doch ein Ansporn zum Zusammenarbeiten für die Wiederaufrichtung von Europa sein sollte. Ueberdies werden die materiellen „Garantien", die einen neuen Krieg verhindern sollen, eher geeignet sein, in nicht allzuferner Zukunft einen solchen heraufzubeschwören.

Als ein Mittel einer bleibenden Ordnung muß der Vertrag von jedem Demokraten, Pazifisten und Internationalisten zurückgewiesen werden. Sollte der Hunger den Feind zwingen, ihn zu unterzeichnen, so werden die international Gesinnten von nun an durch die wachsende Macht der internationalen Demokratie für seine gänzliche Revision wirken.

20. Mai 1929.

Im Namen der Exekutive des Nationalen Friedensrates: Charles Trevelyan, Präsident des Rates; H. Baillie Weaver, Präsident des Exekutivkomitees; C. R. Heath, Generalsekretär.

«Het Volk» im Juni 1919:

„Nicht die, welche durch Gewalt und Not gezwungen werden, diesen Vertrag zu unterzeichnen, entehren sich, sondern die, die im Namen der Demokratie die Grundlage für diesen Frieden legten. Die Schmach dieses Vertrages wird weniger stark von denen empfunden, deren Sympathie während des Krieges auf Seiten Deutschlands stand, als von den vielen, auch in unserem Lande, die einen deutschen Sieg als das größte Unglück ansahen, das über Europa kommen konnte. Die Hoffnung auf einen demokratischen und dauerhaften Frieden ist von den Mächten vernichtet worden, die der Menschheit seine Verwirklichung versprachen. Der Friedensvertrag, welcher durch die nationalistische Machtbegierde der Sieger, durch die Furcht vor dem Haß gegen den Besiegten beherrscht wird, besiegelt die Verstümmelung des deutschen Volkes bis zur Grenze der Vernichtung... In der Geschichte dieser Tage ist aber ein lichter Punkt: Die Arbeiterklasse Europas trägt nicht die Verantwortung für diesen Vertrag."

«Daily Herald» vom 8. Mai 1919:

„...Wo in dem ganzen großen Haufen von Bedingungen, sogenannten Friedensbedingungen, ist ein Licht, das uns führt, ein Ideal, das uns Kraft gibt, eine Versicherung, die uns Hoffnung gibt?

Der Waffenstillstand ist infolge von gewissen bestimmten Versicherungen und Versprechungen unterzeichnet worden. Sie sind gebrochen worden. Jedes Versprechen ist gebrochen worden, jene Versprechungen, die unseren Männern gemacht wurden, als man sie aufforderte, sich auf die Gefahr für ihr Leben und zum Hinmorden ihrer Brüder anwerben zu lassen, die Versprechungen, die man unseren Frauen machte, als man sie aufforderte, ihre Gatten und Söhne herzugeben, die Versprechungen, durch die wir Deutschland bestimmten, die Waffen niederzulegen. Für keinen von uns ist Ehre geblieben. Und was ist Sieg ohne Ehre?..."

Aus dem «Manchester Guardian» vom 17. Mai 1919:

„...Das stetig wachsende Gefühl, daß die Bedingungen, die wir gestellt haben, nicht bestehen bleiben können, ist keinesfalls auf sozialistische Kreise beschränkt. Die Begründung, die bei der geringeren Sorte von Journalisten gangbar ist, daß die Bedingungen milder sind als die, die uns Deutschland gestellt hätte, wäre es siegreich gewesen, ist ziemlich dasselbe, als wenn man sagte, daß der europäische Reisende im Innern von Afrika berechtigt ist, Kannibalen zu essen, wenn er Gelegenheit hat, weil die Kannibalen ihn essen würden, wenn sie könnten..."

Resolution der «Independent Labour Party» vom 8. Mai 1919:

„Die Unabhängige Arbeiterpartei erklärt feierlich, daß die Bedingungen, die die Alliierten der deutschen Republik auferlegen, mit Unrecht den Namen Friedensvertrag tragen. Diese Bedingungen verletzen die Bedingungen des Waffenstillstandes. Sie widersprechen jeder öffentlichen Darlegung der Kriegsziele der Alliierten. Sie geben die wirklichen Ziele der Alliierten preis und lassen erkennen, daß der Grund für die Verlängerung des Krieges die völlige Niederwerfung Deutschlands war, sowohl politisch wie wirtschaftlich, und sie bedeuten die völlige Verarmung und den Untergang Europas. Sie setzen dem Militarismus kein Ende, sondern stärken ihn vielmehr unter den Völkern der alliierten Länder. Die Bedingungen beweisen, daß der militärische Erfolg, der erstrebt wurde, den Verlust alles dessen bewirkt hat, worauf die Völker hofften, als sie zu den ungeheuren Opfern aufgefordert wurden, die der Krieg mit sich brachte und sie sind eine vollständige Verleugnung und ein vollständiger Betrug der Demokratie. Der Vertrag ist eine kapitalistische, militaristische und imperialistische Last. Er vergrößert jedes Uebel, das vor 1914 bestand. Er gibt der Welt keinen Frieden, sondern die Gewißheit anderer und verderblicherer Kriege."

Kundgebung der englischen Parlaments-Arbeiterpartei am 5. Juni 1919:

„Die Parlamentsarbeiterpartei und die Nationale Exekutive erklären nach Einsicht der Vorfriedensbedingungen, daß der Vertrag unzulänglich ist, nicht weil dies oder jenes falsch gemacht worden ist, sondern weil er dieselben Grundsätze, die letzten Endes die Ursache des Krieges waren, zu den seinen macht und tatsächlich auf ihnen aufgebaut ist.

Der Vertrag enthält eine Verletzung der in den Entscheidungen der Arbeiter- und sozialistischen Konferenzen vertretenen Grundsätze. Er verletzt außerdem die Gesichtspunkte, auf Grund deren der Waffenstillstand unterzeichnet worden ist und ist deshalb eine Verwerfung des Geistes und Wortlautes der Erklärungen des Präsidenten Wilson, Herrn Lloyd Georges und anderer Staatsmänner der Alliierten.

Die organisierte Arbeiterschaft hat während des ganzen Krieges allen Versuchen, den Kampf um die Befreiung der Völker in einen Eroberungskrieg zu verwandeln, Widerstand geleistet. In Fragen der Entschädigung hat jedoch die Arbeiterschaft stets darauf bestanden, daß Deutschland für die mutwilligen Zerstörungen in allen alliierten Ländern vollen Ersatz leisten muß, und wir sind der Ansicht, daß die Summe von 5 Milliarden nicht übermäßig im Verhältnis zu dem angerichteten Schaden ist.

Der Vertragsentwurf räumt Frankreich volles Eigentumsrecht an den Kohlenminen des Saarbeckens ein. Die Waffenstillstandsbedingungen deuteten eine solche Möglichkeit auch nicht entfernt an. Frankreich sollte zweifellos von Deutschland eine Unterstützung an Kohlen erhalten, die hinreichen würde, den zeitweiligen Verlust seiner eigenen Kohlengruben aufzubringen. Diese Ansprüche können verwirklicht werden, ohne selbst die Bevölkerung der Saargebiete unter eine neutrale Verwaltung zu bringen. Der Punkt im Vertrag, welcher von der deutschen Regierung verlangt, nach Verlauf von fünfzehn Jahren nach einer Abschätzung die Minen in den Teilen des Saartales zurückzukaufen, die gemäß einer Volksabstimmung wieder an Deutschland fallen wollen, würde eine Verletzung der Grundsätze über die Selbstbestimmung bedeuten und einer verschleierten Annexion gleichkommen.

In der Festlegung der Grenzen des neuen polnischen Staates wird das Recht des Volkes, seine Staatsangehörigkeit selbst zu bestimmen, vergewaltigt. Das läuft Präsident Wilsons „dreizehntem Punkt" zuwider, der festlegt, daß der neue polnische Staat nur rein polnische Elemente enthalten soll ..."

Die Völker brauchen den Frieden und sie fordern, daß der Friede dauernd sei. Wir rufen deshalb die Arbeiter aller Länder auf, einig zu sein in dem Bestreben, den Vertrag in Einklang zu bringen mit der Auffassung der arbeitenden Klasse über einen dauernden demokratischen Frieden. Nur wenn die Gefahr eines neuen Krieges, welche dieser Vertrag nicht aus der Welt schafft, von der Welt genommen ist, können die geplagten Völker die Befreiung von der Wehrpflicht erlangen und daran denken ... die Einleitung einer neuen sozialen Ordnung zu beginnen."

Anhang

Zum Kapitel: Der Wortbruch (Seite 28).

Clémenceau wiederholte in Gesellschaft immer wieder seinen faden Witz „Wilson habe vier Gebote mehr als Gott machen wollen". Er nannte ihn spöttelnd einen Mann mit vierzehn Weisheitszähnen.

Tardieu nannte in klagend „einen verliebten Greis".

Als Protest gegen den Friedensvertrag legten neun Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation ihr Amt nieder, unter ihnen Professor Young, der erste Sachverständige in wirtschaftlichen Fragen und Dr. Boromann, der Führer des Ausschusses für Gebietsfragen.

Der amerikanische Friedensdelegierte William C. Bullit richtete bei seinem Rücktritt folgenden Protestbrief an Wilson (Mai 1919):

Lieber Präsident!

Heute habe ich dem Staatsdepartement meine Entlassung als Mitarbeiter bei der amerikanischen Friedenskommission eingereicht. Ich gehörte zu den Millionen, die Ihrer Führerschaft voll vertrauten; auch ich glaubte, daß Sie nichts anderes wollten, als die Erreichung eines Friedens von Dauer und daß Sie diesen Frieden auf der Grundlage einer selbstlosen Gerechtigkeit zu errichten wünschten. Nun aber hat die Regierung sich dazu entschlossen, die niedergedrückten Völker der Welt neuen Demütigun-

gen und Zerfleischungen auszusetzen. Ein neues Jahrhundert des Krieges soll eröffnet werden .... Ungerechte Beschlüsse, wie die über Schantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, Saarbecken müssen ohne Zweifel zu neuen Konflikten führen; das Gleiche gilt von der Aufgabe wichtiger Freiheiten. Ich bin fest überzeugt davon, daß der Völkerbund, wie ihn der Entwurf vorsieht, viel zu wenig Macht besitzen wird, um weitere Kriege zu verhindern .....

Deshalb erscheint es mir als Pflicht, der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Besten unseres Volkes und für das Glück der Menschheit die Unterschrift unter diesen ungerechten Vertrag, den Beitritt zu diesem Völkerbund und damit ein engeres Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern. Es ist mir bekannt, daß Sie sich persönlich den ungerechten Abmachungen widersetzt haben und daß Sie ihnen nur unter dem stärksten Druck nachgaben. Dennoch bin ich davon überzeugt, daß es besser gewesen wäre, wenn Sie den Kampf vor aller Welt und nicht hinter verschlossenen Türen ausgefochten hätten. Sie würden dann die öffentliche Meinung der ganzen Welt für sich gehabt haben und wären imstande gewesen, jedem Ansinnen Widerstand zu leisten, mit dem Sie nicht einverstanden waren .....

Telegramm Upton Sinclairs an Oberst House (März 1919):

„Alle freiheitlich Empfindenden sind über die Kapitulation Wilsons enttäuscht. Wir bitten Sie dringend, weniger grausame Friedensbedingungen zu stellen."

Charles Gaglier im Pariser Oeuvre im Mai 1919:

„.... und ob er gerecht, dauerhaft und von Wilsons Geiste erfüllt sei. Diese Frage sei leider zu verneinen. Wenn man die idealen Grundsätze, die der Präsident einst verkündete, mit den engherzigen und harten Bedingungen des Vertrages vergleiche, müsse man schmerzlichst überrascht sein, und die Völker der Alliierten seien auf das tiefste enttäuscht, daß sie ihre Anstrengungen und Opfer nicht anders belohnt sahen, als durch die Gründung einer Liga von eifersüchtigen und mißtrauischen Regierungen. Wilson habe sich in Paris von den Agenten einer Geheimdiplomatie einfangen lassen und habe so einen nach dem anderen seiner 14 Punkte vergessen. Nichts von seinen Idealen sei übriggeblieben, und wenn man sein Programm, auf Grund dessen die Deutschen den Frieden zu schließen bereit waren, mit dem Schriftstück vergleiche, das die von den Alliierten festgesetzten Bedingungen enthalte, so müsse man sagen, daß der Apostel nicht die Kraft gehabt habe, für sein Evangelium einzutreten. Er hätte es verteidigen müssen gegen die ganze Welt; er ist einer kleinen Schar von listigen Politikern ins Netz gegangen."

Als Beweis, daß die Alliierten den Vorfriedensvertrag vom 5. November 1918 als bindend für sich anerkannten, dient auch die Antwortnote vom Mai 1919 an Deutschland.

Es heißt in der Antwort an Deutschland:

„Die alliierten und assoziierten Mächte stimmen mit der deutschen Delegation völlig überein, wenn sie betont, daß die Grundlage der Verhandlungen über den Friedensvertrag sich in dem Schriftwechsel befindet, welcher der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 unmittelbar vorausgegangen ist. Es wurde damals vereinbart, daß der Friedensvertrag als Grundlage die 14 Punkte aus der Rede des Präsidenten Wilson vom 8. Jänner 1918 haben sollte unter Berücksichtigung der Aenderungen durch das Memorandum der Alliierten in der Note des Präsidenten vom 5. November 1918 sowie die Grundsätze für eine Regelung, wie sie vom Präsidenten Wilson in seinen weiteren Reden, insbesondere in seiner Rede vom 27. September 1918, ausgesprochen worden sind. Das sind die Grundsätze, die im November 1918 zur Einstellung der Feindseligkeiten geführt haben. Diese Grundsätze haben die alliierten und assoziierten Mächte als geeignete Friedensgrundlage angesehen. Diese Grundsätze sind es immer wieder, die in den Beratungen der alliierten und assoziierten Mächte, die zu Abfassungen der Friedensbedingungen geführt haben, befolgt worden sind."

Hier lag also von seiten der Entente die formelle Anerkennung des Paktes vom 5. November 1918 vor. Die Nichteinhaltung war also ein Wort- und Vertragsbruch.

Zum Kapitel: Versailles kein Vertrag, sondern ein Diktat. (Seite 40.)

Oberst House in seinem Tagebuche über die Zeremonie der Unterschreibung des Friedensvertrages in Versailles am 28. Juni 1919:

„.... Ich war von einem Gefühl des Mitleides mit den Deutschen erfüllt, die unerschütterlich-gleichmütig dasaßen. Es glich ein wenig dem Vorgehen in alten Zeiten, wo der Sieger die Besiegten, an die Räder seines Wagens gefesselt, mit sich führte ... Ich wollte, die ganze Sache wäre einfacher und mit etwas Ritterlichkeit abgewickelt worden. Die aber fehlte vollkommen. Der Vorgang war so erniedrigend für Deutschland wie nur möglich veranstaltet worden ..."

Zum Kapitel: Versailles kein Vertrag, sondern ein Diktat! (Seite 42.)

Normann Angell im „Labour Leader" am 26. Juni 1919:

... Die Unterzeichnung ist natürlich wertlos. Es ist das Verhängnis eines „diktierten" Friedens zum Unterschied von einem durch Verhandlungen erreichten, daß jener für keine Partei moralischen Wert hat. Jedes Gesetzbuch der zivilisierten Welt erklärt eine unter Zwang erlangte Unterschrift für ungültig, für rechtlich und moralisch wertlos. Eine Unterschrift, die ein Mensch gibt, um seine Kinder vor dem Tode zu bewahren, kann nur für einen Verrückten oder einen Wilden moralische Bedeutung haben.

Es mag einige geben — es muß wirklich sehr viele geben, deren Gemüt es eine ungeheure Befriedigung gewährt, die Art der Hilflosigkeit zu beobachten, die einen Feind bestimmt, ein Abkommen zu unterzeichnen, von dem wir durchaus wissen, daß er es unter keinen Umständen halten kann. Aber es ist das allerletzte Mittel, um die „Heiligkeit internationaler Bündnisse" zu erkaufen. Es ist wirklich das beste Mittel, um sie jeder moralischen Bedeutung zu berauben ....

Kapitän E. N. Menelte in der „Westminster Gazette" am 22. Mai 1919:

„... Es ist nicht gerecht, darüber zu sprechen, welches die Friedensbedingungen eines siegreichen Deutschlands gewesen wären. In Wirklichkeit ist der Vertrag von Versailles um vieles härter als selbst die verrückten, durch Ihren Korrespondenten angeführten Vorschläge der Pangermanisten, denn sein Ziel ist die vollständige Vernichtung eines Handelsrivalen auf lange Jahre hinaus.

Aus Unterredungen, welche ich vor kurzem mit einflußreichen Persönlichkeiten in Deutschland hatte, geht hervor, daß, wenn auch der Hunger irgend eine deutsche Regierung zwingt, den Vertrag zu unterzeichnen, das deutsche Volk jedoch sich moralisch nicht gebunden fühlt, seinerseits die vernichtenden Bedingungen zu erfüllen. Und, in der Tat, es gibt kein gesetzliches Prinzip, welches die Gültigkeit eines durch die Kraft aufgezwungenen Vertrages gutheißt ....."

Zum Kapitel: Wie der Krieg „ohne Annexionen" in Wahrheit aussah. (Seite 59 ff.)

Clmenceau legt noch 1930 in seinem Buche „Größe und Tragik eines Sieges" ausdrücklich fest, daß die 14 Punkte Wilsons für Frankreich verbindlich waren. Er sagt gelegentlich seiner Verteidigung gegen den Anwurf, daß er einen unverzeihlichen Fehler begangen habe, daß er den Waffenstillstand bewilligte, statt ihn in Berlin zu unterzeichnen:

„.... Meine Pflicht (gegenüber dem deutschen Friedensangebot) war ganz einfach. Wilson hatte seine bekannten 14 Punkte aufgestellt,

als er das amerikanische Heer zu Hilfe schickte. Würden wir bereit sein, den Kampf abzubrechen, wenn sich die Deutschen diesen Bedingungen (den 14 Punkten) unterwerfen? Wenn ich dies nicht bejaht hätte, dann wäre ich wortbrüchig geworden, dann hätte sich das ganze Land einmütig gegen mich aufgelehnt, dann hätten mich unsere Soldaten mit vollem Recht verleugnet.

Bei uns wie bei unsern Alliierten war man einstimmig für die Annahme ..... Wir hatten nicht das Recht, für ein anderes Ziel auch nur ein Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Man hat eingewendet, daß ein aufsehenerregender militärischer Triumph die Deutschen bestimmt haben würde, sich endgültiger mit der Niederlage abzufinden. Die Deutschen haben erlebt, daß die Soldaten Napoleons unter dem Brandenburger Tor eingezogen sind, und jeder weiß, daß sie das in Leipzig wieder vergessen hatten .....

Sollte ich mich, nachdem ich unter einmütiger Billigung den klugen und doch bestimmten Bedingungen des Präsidenten Wilson (den 14 Punkten) meine Zustimmungen versprochen hatte, gerade in dem Augenblick weigern, als man verlangte, daß wir unser Versprechen hielten? Ich war nicht der Mann, der sich selbst und sein Land verraten hätte ....."

Charles Seymour, Professor der Geschichte an der Yale-Universität:

„Houses Friedensvorschlägen war die Billigung der Staatsmänner der Verbündeten nicht beschieden: die Verbündeten sahen ja in dem erhofften Sieg ein Mittel zu ausgedehnten Gebietseinverleibungen und den Gegner schwer bedrückenden Kriegsentschädigungen. Sie waren in ihren Versicherungen des Wunsches nach Gerechtigkeit und einem dauerhaften Frieden zweifellos vollkommen aufrichtig, aber unter ‚Gerechtigkeit' verstanden sie die Befriedigung der besonderen Interessen ihres eigenen Volkes und in der Dauerhaftigkeit des Friedens ein Mittel zur politischen Vernichtung des Gegners. Die Russen, Briten und Franzosen hatten Verträge abgeschlossen, die den Nahen Osten ohne besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse und Wünsche seiner Bevölkerung aufteilten und Italien hatten sie zum Anschluß an die Sache der Verbündeten gebracht, indem sie ihm Gebiete versprachen, die gewiß nicht italienisch waren. Die französische Begehrlichkeit reichte weit über Elsaß-Lothringen hinaus, und das zaristische Rußland verfolgte für die von Oesterreich und Preußen zu befreienden Polen Pläne, die nicht deren Abhängigkeit in sich begriffen.

Es war keinesfalls der Gedanke Houses, die Vereinigten Staaten im Interesse solcher, von den Verbündeten öffentlich nie bekannter Wünsche in den Krieg eintreten zu lassen. Aber in Europa gab es doch auch noch andere Staatsmänner — von der Art Sir Edward Greys — die den Sieg nicht aus selbstsüchtigen nationalistischen Gründen ersehnten. House hoffte, daß sie im Interesse des höheren Zieles schließlich doch ihre Gewaltfriedensgedanken aufgeben würden, besonders, wenn sie dadurch die Hilfe Amerikas gewinnen konnten."

Colonel House in einem Brief an den englischen Premierminister Sir Edward Grey vom 11. Mai 1916:

„Italien und Frankreich ist es mehr um die Teilung der Beute, als um ein großzügiges Abkommen im Interesse der Sicherung des Friedens in der Zukunft und der Milderung der Schrecken des Krieges zu tun."

Oberst House in seinem Tagebuch am 6. August 1914:

„Es will mir scheinen, als ob Deutschland dem Sturze entgegenginge und Frankreich und Rußland es dann entzweischlagen wollten. Es ist ein ausgesprochenes Interesse Englands, Amerikas und der Zivilisation, daß Deutschlands Gebiet unversehrt bleibt, wenn es auch seiner militärischen und maritimen Macht beraubt wird."

Und das schreibt derselbe House, von dem Clemenceau sagt: „Ein guter Amerikaner, beinahe ein ebenso guter Franzose."

Denkschrift des englischen Premierministers Sir Edward Grey über das Ergebnis seiner Unterredung mit Oberst House, dem Vertrauensmann und Abgesandten des Präsidenten Wilson:

„Auswärtiges Amt, 22. Februar 1916.

. . . . . Oberst House sprach sich entschieden zugunsten der Wiederherstellung Belgiens, der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und eines freien Ausganges zur See für Rußland aus, obgleich er dachte, daß die Gebietseinbuße, die Deutschland dadurch auf der einen Seite erlitte, durch Zugeständnisse an andern Punkten außerhalb Europas ausgeglichen werden sollte . . . . . "

Auch nach dem Eintritte in den Krieg hielt Amerika an dem Entschlusse fest, Gebietsverluste Deutschlands nicht zuzulassen, und im Falle Elsaß-Lothringen, wo Amerika dem Drucke Frankreichs nachgab, Deutschland anderweitig zu entschädigen.

Als am 5. Jänner 1918 House und Wilson gemeinsam die berühmten vierzehn Punkte festlegten, war in der Frankreich betreffenden Stelle in seiner ersten Fassung von Elsaß-Lothringen überhaupt nicht die Rede, dann wurde für den Fall der Abtretung eine Gebietsentschädigung Deutschlands festgesetzt und erst in der endgültigen Fassung der 14 Punkte entschloß sich Wilson, die Frage der Entschädigung Deutschlands für die Abtretung nicht ausdrücklich zu erwähnen.

Das Tagebuch Houses gibt uns darüber klaren Aufschluß. Es heißt dort:

„. . . . . Der Sonnabend (5. Jänner 1918) war ein denkwürdiger Tag . . . . . Um halb ein Uhr waren wir (House und Wilson) mit der Erneuerung der Weltkarte, wie wir sie uns vorstellten, fertig . . . . . .

Dann folgte eine lange Besprechung über Frankreich und ob Elsaß-Lothringen erwähnt werden solle. Ich (House) war dafür, es nicht besonders zu erwähnen, wenn es sich machen ließe. So entstand zuerst die Fassung:

„Das ganze französische Gebiet muß geräumt und die besetzten Teile müssen wiederhergestellt werden."

. . . . . Wir wandten uns dann anderen Gebietsfragen zu, kamen aber auf jenen Gegenstand immer wieder zurück. Der Präsident überzeugte mich, daß man darüber etwas sagen müsse, da die Botschaft in bezug auf andere Staaten mehr auf Einzelheiten einging. Er hatte recht, wie ich einsah. Ich schlug dann vor, zu schreiben:

Wenn Elsaß und Lothringen an Frankreich wieder zurückerstattet werden, dann soll Deutschland ein gleichwertiger wirtschaftlicher Ersatz geboten werden."

So wurde es auch niedergeschrieben und so blieb es bis Montag (den 7. Jänner 1918).

Als wir am Montag, nach dem Frühstück ins Arbeitszimmer gingen, sagte der Präsident: „Was mir in meiner Botschaft im Kopfe herumgeht, das ist einzig der Punkt über Elsaß-Lothringen. Ich frage mich, wie das aufgenommen werden wird."

Ich (House) antwortete, daß das der einzige Punkt sei, der auch mir Sorgen mache, wir sollten uns nochmals an ihm versuchen. Ich dachte, er (Wilson) könne das mit dem wirtschaftlichen Ersatz weglassen, aber die Begründung hineinnehmen, daß Elsaß-Lothringen durch fünfzig Jahre eine Ursache der Unruhe in Europa gewesen sei, eine gerechte Lösung also ebensosehr im Interesse Deutschlands wie in dem des Weltfriedens liege. Er (Wilson) schrieb dann auch den Absatz nieder, wie er jetzt lautet . . . . . "

So erging auch die Botschaft der 14 Punkte am 8. Jänner 1918 an die Welt.

Während des Krieges verwarf in der «France» vom 14. Jänner 1915 der Deputierte Maurice Ajam, früherer Unterstaatssekretär, die Idee eines Plebiszits in Elsaß-Lothringen, weil er nicht sicher war, daß es zugunsten Frankreichs ausginge.

Im «Journal du Peuple» hat General Perzin, der das Elsaß kennt, am 29. Juli 1922 die Ansicht ausgesprochen, daß „die Mehrzahl der Elsässer sich für Deutschland oder zumindest für die Autonomie beider Provinzen ausgesprochen hätten", wenn man sie gefragt hätte.

Zum Kapitel: Der Krieg um die „Freiheit" (Seite 66).

Wilson stand während des ganzen Krieges entschieden auf dem Standpunkte, daß der Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern

nur gegen die herrschende Militär-Kaste geführt werde, daß der Krieg auch für Deutschland ein Befreiungskrieg sei und das deutsche Volk sofort Frieden haben könne, wenn es sich vom Militarismus lossage.

Immer wieder betonte Wilson diesen Standpunkt. In seiner Rede vom 2. April 1917 sagte er:

„. . . . . Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke. Für das deutsche Volk empfinden wir nur Teilnahme und Freundschaft . . . . . "

Zum Kapitel: Die Schmach der Hungerblockade. (Seite 77.)

G. Bernard Shaw in den Daily News am 9. Mai 1919:

„. . . . . Als der Krieg dadurch beendet worden war, daß man ganz Mitteleuropa zur Hungersnot und völligen Erschöpfung und die Blockierenden an den Rand des Bankrotts brachte, da war es klar, daß die erste Aufgabe, die die Sieger hatten, die war, Europa zu ihrem eigenen Besten wieder auf die Beine zu bringen. Man sollte denken, was selbst der größte Dummkopf begreifen müßte, daß, wenn er einen Mann niedergeboxt, ihm Arme und Beine gebrochen und die Taschen ausgeleert hat, es wenig Sinn haben kann, zu erklären, das nächste sei, ihn nun „alles bezahlen zu lassen" und daß er, um dieses Ziel zu erreichen, nun damit beginnt, ihn mit Füßen zu treten und ihm nichts zu essen zu geben. Ich habe keine Worte für ein so kindisches Benehmen . . . . "

Der englische Hauptmann G. E. R. Gedye über die Hungersnot in Deutschland nach dem Waffenstillstand:

Die Verpflegung der bürgerlichen Bevölkerung war derart, daß wir uns schämten, unser gutes Fleisch und Gemüse zum Kochen in die Hotelküche zu schicken. Ungenießbares Fleisch nur einmal die Woche, künstliche Butter, unqualifizierbares Brot, Eichelkaffee, Anilinmarmelade. Alles das sahen und erlebten wir inmitten der Schlangenlinien des verhungernden Volkes, das auf seine Rationen wartete. Im Schlachthaus gab es nur ein paar ausgemergelte Tiere (das Wochenquantum für die Stadt Frankfurt am Main), darunter zwei abgemagerte, tuberkulöse Kühe. Die am meisten infizierten Teile der letzteren wurden herausgeschnitten und verbrannt. Der Rest jedoch wurde gekocht und für die menschliche Ernährung bestimmt.

Die Krankenhausverhältnisse waren geradezu furchtbar.

In dem Kinderhospital boten sich uns einige furchtbare Bilder dar, wie die „Hungersäuglinge" mit ihren häßlichen, geschwollenen Köpfchen. Zwei Jahre hindurch hatte das Hospital keinen Fisch gehabt, seit 1914 keinen Reis, seit fünf Monaten keine Eier und seit fünf Wochen keine Butter oder Fette. Wir sahen das Essen einer der Pflegeschwestern, das aus klebrigem, mit Margarine beschmiertem Ersatzbrot, einem Produkt

aus gemahlenem Mais und Wasser bestand. Das waren die Verhältnisse im unbesetzten Gebiet.

Aber die furchtbare Blockade wurde als Folge des französischen Drängens und der britischen Nachgiebigkeit vom November 1918 bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Juni 1919 aufrechterhalten.

Es war den Truppen im besetzten Gebiete verboten, den Hungernden Lebensmittel zu verkaufen oder zu schenken. Aber keine noch so strenge Bestrafung konnte die englisch-amerikanischen Divisionen am Rhein abhalten, ihre Rationen mit ihren verhungernden deutschen Mitmenschen zu teilen; Gefängnisstrafen, die von den Militärgerichten rücksichtslos über Zivilisten wegen des „Besitzes von alliierten Armee-Eigentum" verhängt wurden, konnten die hungernden Rheinländer nicht davon abbringen, von den Truppen Büchsenfleisch und Brot zu kaufen. Ein kleines Rauchwölkchen von Virginia-Tabak von der Zigarette eines Deutschen auf der Straße genügte, um ihn unter der gleichen Beschuldigung eine Gerichtsverhandlung einzubringen.

Der Anblick der Aushungerung der Deutschen wurde schließlich unerträglich, und Anfang 1919 telegraphierte der britische Oberkommandierende an den Obersten Rat in Paris, es sei, wenn er in der Lage sein solle, die Disziplin aufrechtzuerhalten, unerläßlich, daß den Deutschen, unter denen die Truppen leben, die Möglichkeit gegeben werde, sich Nahrungsmittel zu beschaffen.

Dieses deutliche Telegramm verfehlte seine Wirkung nicht. Schließlich durften Nahrungsmittel von den verhungernden Rheinländern eingeführt und überschüssige Armeevorräte an sie verkauft werden.

Aber die Aushungerung der Deutschen jenseits der imaginären Linie des besetzten Gebietes ging weiter, bis sich das belagerte und entwaffnete Volk die Erlösung von den Qualen des Hungers mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages erkaufte."

Bis dahin verhungerten Tausende buchstäblich.

Frankreich blieb unerbittlich.

Unter dem Datum vom 10. März 1919 richtete der internationale Ausschuß von Genf aus an die Friedenskonferenz in Paris ein von seinem zeitweiligen Vorsitzenden Edouard Naville unterzeichnetes Memorandum, um die Aufmerksamkeit auf das Elend jener Bevölkerungen zu lenken. In dem vom „Journal de Genève" am 15. März veröffentlichten Dokument las man in der Hauptsache folgendes:

„Seit vier Monaten ist Waffenstillstand, die Geschütze und das Gewehrfeuer schweigen, das Hinmorden von Tausenden menschlicher Wesen hat aufgehört, aber der Frieden ist noch nicht geschlossen, und seine wohltätige Wirkung macht sich noch nicht geltend. Was heute in unseren Ohren tönt, ist nicht mehr das Stöhnen und Röcheln der Verwundeten, es ist ein Schrei, der aus allen Gegenden Osteuropas bis zu uns herüberhallt und dieser Schrei ist der Schrei des Hungers. Brot: das verlangen diese Völker ohne Unterlaß. Aus Deutschland, aus Oesterreich, aus Ungarn, aus Böhmen, aus Sibirien, aus Rumänien und Bulgarien, von überall kommen flehentliche Bitten an uns, Hilfe zu bringen, und wenn wir es nicht können, sie von jenem zu erreichen, die die nötigen Hilfsmittel haben und die so großen Jammer gegenüber nicht fühllos bleiben mögen.

Man schildert uns völlig verhungernde Bevölkerungen, deren abgezehrte und entkräftete Körper nicht mehr zur Arbeit taugen und einer Krankheit, selbst einer leichten, nicht mehr widerstehen können; oder kleine Kinder, die aus fast völligem Mangel an Milch, der Nahrung ihres Alters, zu Tausenden hinsterben."

Der Hilferuf wurde von Frankreich nicht erhört.

Zu dem Kapitel: Die Schmach der Hungerblockade. (Seite 77.)

Holländischer Aufruf gegen die Hungerblockade im Mai 1919, sieben Monate nach dem Waffenstillstand:

„. . . Mehr als 600.000 Deutsche werden von den Ihrigen ferngehalten, von der Arbeit, die so dringend nötig ist für die Wiederaufrichtung ihres Volkes. Die bittere Hungersnot, die schon seit Jahren gewütet und viele Hunderttausende getötet hat, wird durch die Verhinderung der Lebensmittelzufuhr verlängert: 95 Prozent der Säuglinge sterben, Tuberkulose und Rhachitis nehmen in erschreckender Weise zu, wie der Bericht von Prof. Tendeloo in Leiden darlegt.

Das Zurückhalten der Rohstoffe hält noch immer Millionen in Deutschland arbeitslos. Elend, Hunger und Verzweiflung führen die großen Völker von Mitteleuropa der Anarchie und dem Bolschewismus zu. Nach dem Zustandekommen des Friedens auf Grund der angebotenen Bedingungen wird das Leben von vielen Millionen Deutschen direkt bedroht.

Niederländer! Können wir das alles ohne eine Aeußerung unseres Mitgefühls ansehen? Ist es nicht unsere Pflicht, unsere Stimme dagegen zu erheben, um so mehr, als der Rückschlag auf unser Vaterland unvermeidlich ist? Die Not von Deutschland bedroht unser ganzes Volksleben mit allergrößten Gefahren. Und nicht nur wir, sondern ganz Europa, ja die ganze Menschheit, wird bedroht, wenn dieser maßlose Jammer in Deutschland und dem übrigen Mitteleuropa andauert. Müssen wir nicht mit all dem Ernste, der in uns ist, darauf hinweisen, daß es so nicht weitergehen kann?

Wir geben darum den folgenden dringenden Forderungen der Menschlichkeit und des allgemeinen europäischen Interesses Ausdruck:

1. Sofortige Freigabe aller Kriegsgefangenen und Internierten ohne Unterschied;

2. Ausreichende und schnelle Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Mitteleuropa;

3. Vollkommene und sofortige Wiederherstellung des freien Weltverkehrs ohne Einschränkung;

4. Der Friede darf in keiner Weise eine Fortsetzung des Krieges darstellen.

Frauen und Männer der Niederlande aller Klassen und Parteien, lasset Eure Stimme hören."

Der Hilferuf wurde von Frankreich nicht erhört.

Zum Kapitel: Rheinlandbesetzung.

Zu Seite 93. Französische Gerichtsbarkeit. Sittlichkeit und Kultur.

Augenblicksbilder, nie zu vergessen:

Gepeitscht vor Scham steht das Mädchen vor dem französischen Auditor: „Würdest du, schönes Kind, die Schwarzen erkennen, die dich gestern im Kornfeld . . . . .“

Sie wird vor eine Negerkompagnie geführt. Zweihundert schwarze Gesichter weiden sich an der Scham des Weibes . . . . .

Das Mädchen kann aus den zweihundert gleichgrinsenden Fratzen, die fünf nicht erkennen. Die Gesichter sind doch alle gleich scheußlich . . . . .

Der Offizier wippt mit der Gerte: „Falsche Beschuldigung, darauf stehen zwei Jahre Kerker . . . . .“

Und das Mädchen wird abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen . . . . .“

„Laß die Mädchen nicht aus den Augen,“ mahnt der Vater den Sohn, ehe sie hinaus auf das Feld zur Arbeit gehen. Schlechter Rat! Die Spahis haben ihren besonderen Spaß! Sie zwingen den Sohn, den Bräutigam, zuzusehen bei ihren Vergewaltigungen, die schwarzen Scheusale, die nicht an der Reihe sind, vergnügen sich wenigstens damit, den Mann zu entkleiden und halbtot zu prügeln. Manchesmal machen sie ganze Arbeit. Zwei Kugeln zwischen die Zähne. Für das Mädchen und den Boche . . .

Und das Weltgewissen schläft. Was kommt es im geschändeten Deutschland auf ein paar tausend solcher Einzelschicksale an!

Wie viele solcher Opfer forderte die sogenannte Friedensbesetzung? Zehntausende!

Stumpf stehen die Deutschen bei den lärmenden Militäraufzügen, die mit grellem Hornspiel vorüberziehen.

Und die Reiter vergnügen sich, mit den Säbeln die Hüte der Passanten von den Köpfen zu fegen: „Ehrfurcht, ihr Boches, vor den Soldaten Frankreichs.“

Am Bürgersteig. Ein Leutnant kommt daher. Ein Bürger verläßt den Bürgersteig nicht, tritt nicht auf die Straße. Da klatscht ihm die Reitpeitsche ins Gesicht...

Ein solcher Fall? Hundert solche und ähnliche.

140.000 Rheinländer wurden im Laufe der Besetzung aus ihrer Heimat vertrieben.

Jeder deutsche Bürger, Männer und Frauen, war verpflichtet, die fremden Offiziere zu grüßen und den Hut vor ihnen zu ziehen. Ging das Grüßen der Bürger dem Offizier nicht flink genug, so klatschte man ihnen die Reitpeitsche ein paar mal über das Gesicht und schlug ihm den Hut vom Kopfe.

Dieser unwürdige Grußzwang wurde von den Engländern und Amerikanern für ihr Gebiet alsbald aufgehoben. In den von den Franzosen besetzten Gebieten blieb dieser schmachvolle Befehl lange Jahre der Besetzung hindurch aufrecht.

Dieser Zeitvertreib, deutschen Zivilisten die Hüte herunterzuschlagen, war während der ganzen Besetzung ein Hauptvergnügen französischer Truppen.

Läden, Theater, Konzertsäle, Cafés, Biergärten, öffentliche Bureaus, Plätze im Opernhaus, Eisenbahnabteile, Schwimmbäder, Schulen, Spielplätze, Automobile und Häuser wurden requiriert und prompt nicht nur mit der Etikette „Nur für die alliierten Truppen", sondern mit der weiteren Etikette „Deutsche haben keinen Zutritt" versehen.

In Recklingshausen verfolgten die Franzosen einige Leute mit ihren Reitpeitschen bis ins Theater, wo letztere Zuflucht gesucht hatten, unterbrachen die Aufführung von „König Lear" und trieben die gesamte Zuhörerschaft hinaus.

Die Franzosen beschlagnahmten überall, wo sie es nur in lohnender Menge finden konnten, Geld, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse.

Sie unternahmen regelmäßige Beutezüge auf die Banken. Ihre Truppen marschierten zu den Zweigstellen der Reichsbank und der anderen Banken und beschlagnahmten alles vorgefundene Geld.

In Gelsenkirchen beschlagnahmten die Franzosen nicht nur alles Geld, das sie in der Reichsbank und in der Postsparkasse vorfanden, sondern sie bildeten sogar eine Absperrungslinie quer über die Hauptstraße und erleichterten die Passanten des ganzen Geldes, das sie bei sich führten.

G. E. R. Gedye:

„Am 3. Februar brachte die Boykottierung der Franzosen in Läden und Restaurants in Bochum dieser Stadt eine Strafexpedition ein. Die französischen Truppen, die von 10 Tanks unterstützt wurden, drangen in die Sitzung des Stadtrates ein und verhafteten den Oberbürgermeister und 18 Räte. Truppen, die auf Lastwagen anrückten, stiegen am Gebäude der Handelskammer, die den Boykott organisiert hatte, ab. Nachdem alles wertvolle Mobiliar weggeschafft worden war, wurde alles im Gebäude kurz und klein geschlagen. Die Telephone wurden zerschmettert, die Schränke aufgebrochen und ihr Inhalt auf die Straße geworfen. Man stach mit Bajonetten in Gemälde, der Weinkeller wurde ausgeplündert, und die Flaschen, die man nicht mitnehmen konnte, wurden sämtlich zerbrochen. Um 6 Uhr mußte die Bevölkerung zu Hause sein, und zahlreiche Einwohner wurden verhaftet, weil sie noch nach dieser Stunde draußen waren.

An einem sonnigen Nachmittag konnten ein anderer Korrespondent und ich unbemerkt beobachten, wie die französischen Posten allen Deutschen, die um Erlaubnis zum Passieren der Absperrungslinie baten, die Hüte herunterschlugen, während ihre Kameraden, die sich vor dem Wachzimmer sonnten, vor Lachen brüllten und der Wachtoffizier zustimmend lächelte. So sorgte Frankreich auf seine Weise dafür, daß der „Krieg zur Beendigung des Krieges" die Welt auch wirklich für die Demokratie gewann.

Zu Seite 96: Wohnungsluxus.

Ueber hunderttausend Franzosen fluten an und über den Rhein ...

Hinter dem Heer ein anderes: die Frauen und die Dienstmädchen der Offiziere, die kleinen Freundinnen der Leutnants, die großen der Stabsoffiziere. Sie kommen mit großem Gepäck und nehmen die schönsten Wohnungen, die sie finden.

Ueber das Leben während der Besetzung:

Das öffentliche Leben wurde in drückender Weise gehemmt. Jeder mehr als 12 Jahre alte Rheinländer mußte einen polizeilichen Ausweis haben, der alle drei Monate zu erneuern war. Ansammlungen auf der Straße waren verboten. Versammlungen, überhaupt Zusammenkünfte und Veranstaltungen, auch gesellige und künstlerische, bedurften der Genehmigung. Die Presse stand unter Vorzensur. Die Einführung von Zeitungen und Büchern aus dem unbesetzten Deutschland war untersagt. Selbst den Briefverkehr überwachte der Zensor. Ferngespräche waren nur für geschäftliche Angelegenheiten zugelassen. Der Bezug von Lebens- und Genußmitteln aus den Beständen der Truppen war unter Strafe gestellt. Der Kauf von ein paar Zigaretten aus der Hand eines Besatzungsangehörigen konnte ins Gefängnis führen. Von den Truppen nicht verbrauchte Brot- und Fleischreste wurden vergraben, statt an hungernde Kinder verschenkt.

Der englische Hauptmann R. Gedye, Korrespondent der «Times», über die französische Besetzung:

„. . . . . In der Hoffnung, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, wenn sie ihrer Führer beraubt sei, gingen die Franzosen dazu über, Bürgermeistern und politischen Führern ungesetzliche Befehle zu erteilen; diese wurden dann regelmäßig abgelehnt und daraufhin die Adressaten verhaftet und entweder zu Gefängnis verurteilt oder ausgewiesen . . . . .

. . . . . In der Nacht zum 11. März wurden bei Buer die Leichen eines französischen Chasseurs und eines Stationsleiters der Regie gefunden. Sie waren mit Revolvern eines deutschen Typs erschossen worden, aber die Deutschen konnten erhebliche Beweise dafür erbringen, daß sie von unzufriedenen französischen Soldaten erschossen worden seien. Ich fragte mehrere dieser deutschen Zeugen aus und war durch ihren offenkundigen Glauben an der Richtigkeit ihrer eigenen Darstellungen beeindruckt. Das französische Kommando jedoch verwarf diese Annahme als lächerlich. Ein deutscher Detektiv namens Burghoff und ein Elektriker namens Wittershagen wurden von den Franzosen verhaftet und später niedergeknüppelt und erschossen; nach der Darstellung französischer Offiziere, mit denen ich sprach, ereignete sich dieses bei einem Fluchtversuch. Ich sprach mit Deutschen, die schworen, stundenlang das Stöhnen und Schreien dieser Leute bei der qualvollen Mißhandlung gehört zu haben, bis schließlich zwei Schüsse ihrem Martyrium ein Ende machten.

Am anderen Morgen wurde angeordnet, daß die Bevölkerung in Buer und in der Nachbarstadt Recklinghausen um 7 Uhr abends zu Hause sein müsse. Der Oberbürgermeister von Buer wurde verhaftet und General Caron, der Kommandeur des 32. französischen Korps, kündigte an, daß, wenn noch ein weiterer Franzose getötet werden sollte, der Oberbürgermeister standrechtlich erschossen werden würde. Nach 4 Uhr nachmittags durfte die Bevölkerung nicht mehr den Bürgersteig benutzen. Es war verboten, mit der Hand in der Tasche zu gehen; nach 10 Uhr abends durfte kein Licht mehr brennen. Der Befehl, um 7 Uhr zu Hause zu sein, war an einem Sonntag erlassen worden, an dem viele einen Tagesausflug unternommen hatten. Bei ihrer Rückkehr wurden die Ahnungslosen mit Reitpeitschen und Gewehrkolben traktiert, von den französischen Soldaten über die Straße gejagt, und es wurde sogar auf sie geschossen. Ein Arbeiter namens Fabeck wurde erschossen, als er mit seiner jungen Frau auf die Straßenbahn wartete; es gab viele Schwerverletzte. Hier wie in zahllosen anderen Fällen wurden die Gefangenen schwer mißhandelt . . . . .

Unterstützung der Separatisten durch die Franzosen. (Bericht von E. G. R. Gedye.)

. . . . . ich fand den Düsseldorfer Bahnhof im ausschließlichen Besitz einer Bande von Halsabschneidern, die für die Anführung von Pöbelexzessen alles nur Denkbare versprachen. Ich verschaffte mir bald das erforderliche rot-grün-weiße Abzeichen, das mir gestattete, sich in dieser feinen Gesellschaft frei zu bewegen.

Um 2 Uhr nachmittags rückten die Sturmtrupps, ausgerüstet mit Revolvern und Knüppeln, vom Bahnhof in die Stadt. Auf einmal wurde dann ganz in meiner Nähe in schneller Reihenfolge ein halbes Dutzend Revolverschüsse abgegeben. Panischer Schrecken ergriff die Tausende. Die

Massen rannten in wilder Flucht auseinander, während die Seitenstraßen vom Knattern eines Schnellfeuers widerhallten. Die Fensterläden des Breidenbacher Hotels wurden heruntergelassen und der Hotelportier schrie mir zu, hereinzukommen, wenn ich nicht mitten in dem Kampf ausgesperrt bleiben wollte.

Ich hatte meine Kamera bei mir und konnte, bevor ich innerhalb des Hotels Schutz suchte, der Versuchung nicht widerstehen, eine Aufnahme von der vom Schrecken gepackten Menge zu machen, wie sie vor dem Knattern des Revolver- und Gewehrfeuers flüchtete, wie die Sturmtrupps ihre Knüppel schwangen und der Panik Einhalt zu tun versuchten. Als ich ins Hotel hineinging, sah ich gerade noch, wie sich ein Separatist hinter dem Moltke-Denkmal hinwarf und ein halbes dutzendmal kaltblütig in die fliehende Menge, die hauptsächlich aus seiner eigenen Partei bestand, hineinfeuerte. Die Blutgier dieser Kreaturen aus der Unterwelt hatte die Oberhand erlangt und ließ sie auf jedes bewegliche Ziel feuern. Der Mann legte zwei Leute mitten auf der Straße um, die, Schutz suchend, mühsam an die Hotelstufen herankrochen.

Vom Balkon des Breidenbacher Hofes aus konnte ich den folgenden Kampf ausgezeichnet beobachten. In fünf Minuten hatte sich die große Masse des Volkes aus dem wilden Getümmel der Schießerei davongemacht, und es blieben nur die separatistischen Sturmtrupps zurück, die hinter Denkmälern und in Torwegen Deckung genommen hatten und den Hindenburg-Wall hinauf wild feuerten. Die Polizei rückte in dünner Schützenlinie langsam die Straße hinunter vor und feuerte im Vorgehen mit ihren Selbstladepistolen.

Hinter jedem Baum und an jeder Ecke lagen einige Separatisten flach am Boden und suchten sie abzuschießen. Direkt unter mir feuerte einer mit seiner Mauserpistole so schnell, als er überhaupt nur schießen und wieder laden konnte. Ich sah, wie er zwei Polizisten tötete. Dann traf ihn eine Polizeikugel ins Bein; er krümmte sich mit einem Schmerzensschrei, worauf ihm eine zweite Kugel in den Kopf ging und er leblos hinsank.

Nach einer halben Stunde hatte die Schießerei aufgehört und die Straßen waren leer; man sah auf ihnen nur noch die Polizei, welche die Verwundeten in den Breidenbacher Hof zu bringen begann, in dessen Halle ihnen die erste Hilfe gewährt wurde. Die Ordnung war durch die Polizei wiederhergestellt und der Putsch abgeschlagen worden.

20 Minuten später ereignete sich etwas, das für jeden unglaublich klingen muß, der es nicht erlebt hat. Die französischen Truppen, Infanterie, Kavallerie und Panzerwagen, tauchten aus ihren Kasernen auf und begannen — nicht etwa die Schurkenbanden der Separatisten, sondern die Polizei, die die Unruhen niedergeschlagen hatte, zusammenzutreiben, zu verhaften und zu entwaffnen. Bald sah man, wie die unglücklichen Vertreter von Gesetz und Ordnung mit gesenkten Köpfen und mit vor Scham geröteten Gesichtern waffenlos, eskortiert von französischen Truppen, abgeführt wurden. Nach dem Erscheinen der Franzosen strömten die bewaffneten Separatisten, die von der Polizei so leicht weggefegt worden waren, wieder auf die Straßen. An der Ecke beim Breidenbacher Hof ereignete sich einer der furchtbarsten Zwischenfälle des Tages. Die Separatisten betätigten sich als die Hunde bei der Polizeijagd der französischen Kavallerieoffiziere. Geführt von einem Dutzend Separatisten, ritten 20 französische Kavalleristen an einen Polizisten heran, der in der Nähe des Hotels auf Posten stand, und entwaffneten ihn. Als das geschehen war, wandten sich die Separatisten gegen den wehrlosen Mann und schlugen ihn mit Knüppeln und Bleirohren zu Tode.

Der dem Tod geweihte Polizist begrub sein Gesicht in seinen Armen und sank zu Boden. Die französische Kavallerie hielt ihre Pferde an und sah ruhig ,ohne einzugreifen, zu, während die 20 oder mehr Schläge geführt wurden, die nötig waren, um ihn zu töten. Man ließ die Leiche des Polizisten auf der Straße liegen, während sich die Franzosen und die

Separatisten entfernten, um dasselbe Schicksal einem einige hundert Meter weiter stehenden wehrlosen Polizisten zu bereiten. Ich berichtete diesen scheußlichen Zwischenfall in der «Times» vom 30. September und, wie man sich denken kann, entfesselte ich deshalb gegen mich einen Sturm von Schmähungen von seiten der Franzosen, der profranzösischen und der separatistischen Kreise.

Die «Daily Sketch» hat 14 Tage später gerade von dem Polizistenmord, den ich dargestellt hatte, eine aus Deutschland herausgeschmuggelte authentische und bestürzende Photographie veröffentlicht.

Man sieht auf dem Bilde, wie der Mann kopfüber hinfällt; ein Separatist hat ihm gerade mit einem Bleirohr einen Schlag auf den Hinterkopf versetzt, während ein anderer zu einem zweiten Schlage ausholt. Man kann deutlich die französischen Kavalleristen sehen, die so nahe dabei stehen, daß der hinstürzende Polizist fast ihre Steigbügel berührt, man kann sehen, wie ihre Gesichter einen Ausdruck des Interesses, wenn nicht der Zustimmung tragen . . . . .

Französische Justiz. (Bericht von R. Gedye.)

. . . . . Man hätte sich kein besseres Beispiel für die Haltung der Franzosen in der Pfalz, selbst so lange nach der separatistischen Epoche, und für die Brutalität, die jeder fremden militärischen Besetzung innewohnt, wünschen können, als dieses klassische Beispiel der Justice Militaire. Ich saß in Landau im Gerichtssaal in Erwartung der Eröffnung der Verhandlungen gegen den Unterleutnant Pierre Rouzier vor dem französischen Kriegsgericht Bei verschiedenen Gelegenheiten hatten drei Deutsche von ihm Schläge mit der Reitpeitsche über das Gesicht erhalten. Am Vorabend des Tages, an dem er demobilisiert werden sollte, hatte Rouzier dieses Ereignis „gefeiert". Die Folge war, daß ein Deutscher eine Kugel in den Kopf erhalten hatte und halb verblödet im Hospital lag. Ein anderer hatte eine der Rouzierschen Kugeln ins Herz bekommen und lag auf dem Germersheimer Friedhof. Und doch, als der Huissier rief: „Man führe die Angeklagten herein!", da war es nicht Rouzier, sondern drei Deutsche, darunter derjenige, der von Rouzier einen Schlag über das Gesicht und eine Kugel durch den Kiefer bezogen hatte, die hereingeführt wurden, und zwar unter der Anklage, eine «attidude insultante» eingenommen zu haben. Erst auf den Befehl: „Man lasse den Herrn Unterleutnant Rouzier ebenfalls eintreten!", erschien der Held dieser Zwischenfälle — der „Riter der Reitpeitsche" ‚wie ihn die Deutschen nannten —, ein stiernackiger, junger Mann, in Paradeuniform und mit weißen Handschuhen und setzte sich auf einen Stuhl in der Nähe der deutschen Gefangenen. Trotz des vorhandenen Beweismateriales für die oben angegebenen Tatsachen erklärte der Urteilsspruch Rouzier für „nicht schuldig", aber dafür verhängte das Gericht gegen den halbverblödeten Deutschen, dessen Gehirn immer noch durch die Schädeldecke heraustrat, wegen seiner attidude insultante wenigstens nominell eine zweijährige Gefängnisstrafe. Es wurde allerdings kein Urteil, auch nicht in contumaciam, gegen den Deutschen gefällt, dessen insultierendes Herz es gewagt hatte, die Kugel aus dem Revolver des jungen französischen Offiziers aufzufangen . . . . ."

Zum Kapitel Oberschlesien:

Schon die Behauptung, daß Polen den Anstrengungen und Opfern der genannten Mächte seine Unabhängigkeit verdanken, ist eine historische Unwahrheit, da ohne den Sieg der Mittelmächte über Rußland eine Wiederherstellung Polens undenkbar gewesen wäre.

Gabriel Hanotaux über Oberschlesien:

„Was die Ostgrenzen Deutschlands betrifft, so ist das vielleicht die Folge der Niederlage, für die es die peinvollste ist. Preußen hat einen Pfeil mitten ins Herz bekommen. Bei der ersten Ohnmacht der Alliierten wird die Welt auf dieser Seite ins Rutschen kommen."

Ueber die Abstimmung:

Lange vor der Abstimmung wurden die Grenzen Oberschlesiens gegen Deutschland mit Posten und Stacheldraht abgesperrt. Die aus Deutschland Ankommenden kamen in allen Grenzbahnhöfen zuerst in einen Stacheldrahtkäfig und wurden von waffenklirrenden Posten mit aufgepflanztem Bajonett empfangen. An den Landstraße gleichfalls Posten und Barrieren. Jeder Ankömmling muß einen vidierten Paß haben. Um den Sichtvermerk muß man tagelang auf den französischen Konsulaten in Berlin und Breslau anstehen. Ohne diese Maßnahmen hätte doch die deutsche Seite den Frieden der Abstimmung gefährden können. Wie ganz anders an den Grenzen gegen Polen. Diese blieben offen und die Reisenden unbelästigt. Man hinderte dort sogar die Grenzkontrolle durch die bisherigen deutschen Behörden.

Der Franzose René Martel über den polnischen Terror in Oberschlesien vor der Abstimmung:

„Am 1. Mai 1919 gingen die polnischen Geheimverbindungen auf die Straße, veranstalteten Umzüge und machten Jagd auf die Deutschen. Die Schreckensherrschaft begann.....

Es muß leider ohne Ansehen der Person anerkannt werden, daß das Erscheinen der französischen Truppen in Oberschlesien der in der Wahl ihrer Mittel allergewissenlosesten polnischen Propaganda das Feld freigelegt hat. Einer der Hauptführer der Aufständischen erklärt das ausdrücklich.

(Vergleiche Ludyga-Laskowski, «Materiały po historji Powstań Śląskich 1919—1920», Beiträge zur Geschichte der Erhebungen Oberschlesiens)

Die Aufständischen richteten überall polnische Milizen ein, welche die örtliche Polizei entwaffneten, allenthalben herum requirierten, unter dem Vorwand, verborgene Waffen zu suchen, stahlen und raubten und die deutsche Bevölkerung unter eine Schreckensherrschaft stellten.....

Eine entsetzliche Schreckensherrschaft brach los. Die Mordtaten vervielfältigten sich, die Deutschen wurden gemartert, verstümmelt, zu Tode gepeinigt, ihre Leichen geschändet, Dörfer und Schlösser wurden ausgeraubt, in Brand gesteckt, in die Luft gesprengt.

Die deutsche Regierung hat über diese Vorgänge eine Reihe von Weißbüchern veröffentlicht, die mit Bildurkunden ausgestattet sind, welche der einem Gefühl zugängliche Leser nicht leicht vergessen wird. Die hier im Bilde festgehaltenen Vorgänge überschreiten an Grausamkeit die schlimmsten Schrecklichkeiten, die man sich vorstellen kann.

(Siehe: „Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien." Akten über die von den Polen begangenen Gewalttaten und Grausamkeiten während des dritten Aufstandes in Oberschlesien im Mai und Juni 1921. Offizielle Veröffentlichung der deutschen Regierung.)

Vertreibung der Deutschen aus Polen.

Zeitpunkt für den Uebergang der Staatshoheit in Oberschlesien an die Polen war der 15. Juni 1922. Die Interalliierte Kommission räumte bis anfangs Juli schrittweise das Land.

Die polnischen Militär- und Streitkräfte trafen absichtlich nicht sofort darnach ein. Den noch bestehenden Formationen der Aufständischen wurde während des Interregnums somit Gelegenheit gegeben, über die wehr- und waffenlose deutsche Bevölkerung mit brutaler Gewalt herzufallen. Grauenhafte Gewalttaten folgten, jeder Beschreibung spottend. Tausende von Familien mußten flüchten und unter dem Zwange der prügelnden und mordenden Banden auswandern Die Zwangsevakuationen von Kampfzonen im Kriege erscheinen harmlos gegenüber dem grauenvollen Jammer dieser Tage. Die Evakuierten durften auf Rückkehr hoffen. Hier wurden Menschen von Haus und Hof unter rohester Mißhandlung, wenn sie überhaupt der Tötung entgingen, für immer aus der Heimat verjagt. Wochenlang zogen die langen Wagenkolonnen über die oberschlesischen Landstraßen der rettenden deutschen Grenze zu. Es waren Tage der Schmach für Europa, für die ganze zivilisierte Welt.

Vier Millionen Deutsche zählten im Jahre 1920 die von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete. Und heute! Keine 1½ Millionen Deutsche leben heute mehr in Polen! Wo blieb der Rest? Gemordet, verstümmelt, vertrieben.....

Die Entdeutschungspolitik der Polen spottet jeder Kultur. 1920, im ersten Jahre der Besitznahme, allein enteignete Polen 460.884 Hektar, und dieser Raub wurde all die folgenden Jahre hindurch hemmungslos fortgesetzt. Die für die beschlagnahmten Güter angebotenen Entschädigungen sind einfach lächerlich, oft weniger als ein Zehntel des wirklichen Wertes.

(Robert Tourley.)

Der Franzose René Martel über die gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus Polen:

„Die Volkstumzusammensetzung dieser Gegenden hat sich in den letzten 10 Jahren gründlich geändert. Man hat 800.000 Deutsche aus Polen ver-

trieben, 150 000 haben den Korridor verlassen müssen. Diese Volksteile sind durch echte Polen ersetzt worden, und demnach ist es sehr gut möglich, daß eine Volksabstimmung heute Ergebnisse zeitigt, die den Wünschen von Warschau entsprechen.

Die polnischen Behörden selbst machen kein Geheimnis aus der von ihnen angewendeten Art des Vorgehens. In Oberschlesien haben wir einen polnischen Vertreter besucht, der eine der höchsten Stellungen der Provinz bekleidet. Er hat uns mit vollkommenster Treuherzigkeit den Gesichtspunkt seiner Regierung auseinandergesetzt:

„Das heutige Polen," sagte er uns, „umfaßt beinahe alle Gebietsteile, die zu einer bestimmten Zeit der Vergangenheit polnisch gewesen sind. Andere Völker sind in der Folge gekommen und haben sich in dieser oder jener Provinz festsetzen und die Zusammensetzung ihres Volkstums verändern können. Nun gut, wir polonisieren wieder, was entpolonisiert war, und in 10 Jahren wird die Sache abgemacht sein. Niemand hat übrigens ein Recht, sich in diese Frage einzumischen, die eine ganz innere Angelegenheit ist."

Das ist ein Gesichtspunkt ganz offensichtlich. Die Polen haben begriffen, daß sie die Deutschen nicht angleichen können: es bleibt also nur der Ausweg, sie mit Glimpf oder Schimpf zum Verlassen des Landes zu zwingen, wo sie seßhaft geworden sind. Man besorgt das mit Nachdruck. Aber stellt man sich das Maß von Haß, von Wut und Rachebedürfnis vor, welches man unklugerweise den Deutschen einflößt. Diese 800.000 Vertriebenen verzehren sich, in ihr Vaterland zurückgekehrt, vor Wut und Zorn, sie sind jeder eine antipolnische Propagandazentrale, sie vergrößern das Heer der Nationalisten und der unentwegten Hetzer: das ist der gefährlichste Sauerteig des Krieges und der Gewalttätigkeit, den ein Staat gegen sich selber anrühren kann. Stellt man sich diese Rachearmee wohl vor, diese 800.000 Deutschen, die, ausgeplündert, rasend vor Rache gegenüber der Ungerechtigkeit, nur daran denken, Polen zu züchtigen und es die Unbill, die ihre Feinde ihnen aufgebürdet haben, so teuer wie möglich bezahlen zu lassen? Wie könnten übrigens die Gedanken des Friedens und der europäischen Eintracht bei ihnen Eingang finden und sie zum Denken und Handeln im Geiste von Genf erziehen? Das sind schließlich Menschen, und man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie Heilige sein sollen."

Behandlung der Deutschen in Polen.

Zwar hatte der Terror mit Gummiknüttel und Handgranaten n a c h g e l a s s e n. Umso übler ist aber das behördliche System der Unterdrückung geworden. Polizeistrafen bei noch so ungerechtfertigten Anlässen, unendlich oft wiederholte polizeiliche Vorladungen, die jedesmal den Verlust eines Arbeitstages bedeuten ,ungerechte Steuerveranlagung, Verweigerung und Entziehung von behördlichen Konzessionen und Erlaubniserteilungen und ähnliche Schikanen sind tägliches Erlebnis der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien Von Zulassung zu staatlichen Aemtern ist überhaupt keine Rede. In Selbstverwaltungsämtern ist es ähnlich. Politische und Wahlversammlungen gibt es für die deutsche Minderheit nicht. Die Wahlen erfolgen unter Druck. Die Wahlzellen sind abgeschafft, die Stimmzettel werden kontrolliert, die Wahllisten gefälscht. Pressefreiheit ist nicht vorhanden. Drei Ostoberschlesische deutsche Zeitungen mußten in 5 Jahren über 400 Pressepozesse über sich ergehen lassen. Beschlagnahmung, Gefängnisstrafen und schwerste Geldbußen sollen die deutsche Presse erdrosseln und mundtot machen, während die polnischen Blätter unter Führung amtlicher Organe

den Klassenhaß gegen die deutsche Bevölkerung unter Aufpeitschung aller Leidenschaften schüren dürfen. Im Deutschen Reich dagegen erfreut sich die polnische Presse vollster Freiheit.

Wie die „geheimen" Wahlen in Polen durchgeführt wurden: Es wurde die Parole ausgegeben: Wer polnisch wählt, gibt seinen Stimmzettel offen ab! — Wer nicht offen wählte, die Deutschen und die Ukrainer, wurde grün und blau geschlagen, wenn er sich zur Wahl wagt .....

Ueber die Verwaltungstätigkeit der Polen im geraubten Oberschlesien sagt der Franzose René Martel:

Es wird nützlich sein, die Meinung des Schöpfers von Polnisch-Oberschlesien, Adalbert Korfanty, selber zu hören. Am 9. Februar 1928 hielt er von der Tribüne des polnisch-schlesischen Landtages eine Abrechnungsrede, deren Verbreitung in Polen verboten wurde: alle Zeitungen, die sie abdruckten, wurden beschlagnahmt. Korfanty sprach sich freimütig über die Tätigkeit des derzeitigen Wojwoden von Polnisch-Oberschlesien, Graczinski, aus. Er protestierte geegn die Knebelung der Gedankenfreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Wahlfreiheit, gegen den auf die Beamten von der Zentralregierung ausgeübten Druck.

.....Die Wählerlisten waren gefälscht, die Staatsangestellten ,namentlich die Lehrer, nach den niedrigsten politischen Gesichtspunkten ausgesucht. Eine allgemeine Bestechlichkeit stand in Blüte; man sprach nur noch von Weingelagen, von politischen Gelderpressungen, vom Mißbrauch der Amtsgewalt. „Unsere Regierungsbehörden sind aus Dummköpfen und Nichtswissern zusammengesetzt," erklärte Korfanty, und er fügte mit Wehmut hinzu: „Und dabei ist Oberschlesien immerhin nicht Asien! Man entehrt hier unser Land, man entehrt Polen!"

René Martel über die Unzufriedenheit der Bewohner des Korridors mit der polnischen Herrschaft:

„Der Korridor ist in der Hauptsache von Kaschuben bewohnt. Ihre Sprache ist nicht ein polnischer Dialekt: sie nähert sich dem alten Preußischen. Wir haben an Ort und Stelle das Studium dieser Sprache selbst aufgenommen; sie hat nichts gemein mit dem Polnischen, und die polnischen Beamten gestehen selbst, daß sie nichts davon verstehen, sie zählt übrigens eine Menge Worte und Wendungen, die dem Deutschen direkt entlehnt sind, denn das Volk war halb eingedeutscht.

Die Kaschuben beklagen sich heute über die aus dem alten Polen gekommenen Beamten . . . Die Unzufriedenheite dieser Bevölkerung hat 1924 einen scharfen Vorstoß des «Kurjer Warszawski» (Warschauer Kurier) hervorgerufen. ‚Die Kaschuben sind undankbare Menschen und Dummköpfe: sie trauern der deutschen Herrschaft nach und ihre Bauern gehen so weit zu sagen ‚Selbst der Regen war besser zu Zeiten der Deutschen!' Und das Blatt fügt hinzu: ‚Eine einzige Tatsache ist sicher: sie sind nicht zufrieden damit, daß sie unter die polnische Herrschaft geraten sind.'"

Der Kampf der fünf Millionen Ukrainer gegen ihre Zuteilung an Polen.

Die Ukrainer wandten sich mit allem Nachdruck an die Friedenskonferenz, daß ihre selbständige Republik anerkannt werde. Vergeblich, die Polen besaßen mehr Macht und Einfluß. Der Oberste Rat der Konferenz richtete an die Delegation der ukrainischen Republik eine Note des Inhalts, daß eine polnische Zivilregierung in Ostgalizien eingerichtet werden würde. Aus diesem Anlaß machte Sydorenko, der den Vorsitz der Delegation führte, im «Temps» vom 20. Juli 1919 die folgenden Erklärungen:

‚Wir protestieren laut gegen die Entscheidung des Obersten Rates. Ostgalizien ist ukrainische Erde: sie ist von einer ungeheuren Mehrheit von Ukrainern bewohnt. Wir können in dieser Maßnahme nicht die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sehen, auf das wir uns mit den Ententenationen berufen. Wie dem auch sei, dieser Irrtum wird unsere auswärtige Politik nicht ändern, uns fest auf die Entente in der Ueberzeugung zu stützen, daß uns diese Haltung zum Dank die volle und ganze Unabhängigkeit der ukranischen Republik einträgt mit Einschluß aller von Ukrainern bewohnten Gebiete. Unser Land wird mit den Alliierten die Feinde der Ordnung und unserer Unterdrücker von gestern bekämpfen.

Wir hoffen fest, daß bald der Tag kommen wird, daß allen unseren Forderungen, besonders denen, die sich auf den Besitz des ganzen Bodens unseres Vaterlandes beziehen, die Gerechtigkeit wird, die wir verdienen."

Dazu schrieb der «Secolo»:

„Man kann kein Beispiel plumperer diplomatischer Heuchelei finden; es stellt die größte von der Konferenz begangene Verletzung des Nationalitätenprinzips dar, da kein Zweifel bestehen kann, daß Ostgalizien ukrainisch ist. Man könnte die Grenzen nach Wunsch erweitern oder verengern, Ostgalizien würde durchaus antipolnisch bleiben, wie es der hartnäckige Widerstand gegen die Legionen der Warschauer Regierung zeigt. Die Konferenz wollte durch den Kontakt eines großen Polens mit der Tschechoslowakei und Rumänien ein großes Hindernis zwischen Deutschland nach Rußland aufrichten."

Das «Journal de Genève», ententefreundlich und keineswegs polenfeindlich, tadelt noch heftiger die eingetretene Lösung. In seiner Nummer vom 30. Dezember 1919 schreibt es unter dem Titel „Das letzte Opfer":

„Das Promblem Galiziens ist somit provisorisch gelöst. Aber die Frage des Prinzips bleibt darum nicht weniger im Ganzen bestehen. Denn mit der Errichtung der Ordnung in ruthenischem Lande, die einstmals nach dem berühmten und unheilvollen Muster in Warschau herrschte, ist Polen dabei, die Lehren seiner eigenen Geschichte gegen sich selbst zu richten. Kaum der Sklaverei entronnen, strebt es seinerseits darnach zu herrschen. Möge es rechtzeitig seine Irrtmer erkennen und nicht auch eines Tages selbst den unversöhnlichen Rücklauf der Gerechtigkeit verspüren...

Eine Tatsache bleibt offen: in eben dem Augenblick, da man überall das Recht der freien Selbstbestimmung verkündet, sieht sich ein Volk von 5,000.000 Seelen, dem die glücklichste Zukunft winkte, kalt geopfert. Und der

Büttel — ein Gipfel der Ironie — der Büttel von heute ist eines der Opfer von gestern, das selbst kaum seine Unabhängigkeit wieder gefunden hat."

Anläßlich des Zusammentrittes der ersten allgemeinen Versammlung des Völkerbundes in Genf ließ ihm die Delegation des ukrainischen Nationsrates von Ostgalizien, des Rates, der mit umfassender Zustimmung einer beträchtlichen Mehrheit der Bevölkerung des Landes gewählt worden war, sich damals aber in der Verbannung in Wien befand — eine Adresse mit der Formulierung der Bitten der Bevölkerung überreichen. Diesem vom «Journal de Genève» am 4. Dezember 1920 veröffentlichten Dokument sind die zwei folgenden Wünsche entnommen:

„I. Der Völkerbund möge Ostgalizien das Recht der Selbstbestimmung und, entsprechend dem Willen des ukrainischen Volkes, das die große Mehrheit der Bevölkerung bildet, das Recht, als ein unabhängiger Staat zu leben, zuerkennen.

III. Der Völkerbund möge bis zu dem Augenblick, da die politische Ordnung Ostgaliziens endgültig festgesetzt ist, so gütig sein, mit der Beschützung der ukrainischen Bevölkerung gegen die systematische Ausrottung, deren Opfer sie von Seiten Polens ist, ein menschliches Werk tun."

All diese Verwahrungen, all diese Bitten sollten jedoch nichts fruchten; 1923 sollte die Botschaftskonferenz durch ihre Entscheidung über die Grenzen des polnischen Staates Ostgalizien endgültig Polen zusprechen.

Ueber die Kulturtaten der Polen gegen die Ukrainer im Jahre 1930 berichtet der «Manchester Guardian» mit allen Zeichen des Grauens:

„... ukrainische Bauern, von den Polen auf die entsetzlichste Weise geprügelt, liegen hier in einem primitiven, kleinen ukrainischen Spital. Es sind nur ein paar von den vielen Opfern der Aktion, die als die „Befriedung Ostgalizien" bezeichnet wird. Man muß ganz offen sprechen, wenn man diese Aktion, eine der grausigsten Schreckenstaten der modernen Zeit, schildern will.

Diese elf Bauern waren so lange auf den nackten Hintern geschlagen worden, bis das Fleisch förmlich zu Brei zerdroschen war... Nachdem Bandagen und Wattepackungen von den Wunden genommen worden waren, bot sich dem Blick blaugefärbtes, lebendes Fleisch dar, das vor drei, vier oder fünf Wochen durch Schläge zermalmt worden war.

Photographien der Wunden sind in meinem Besitz. Als die polnischen Behörden von der Existenz der Photographien hörten, wurde nicht nur das Spital, sondern das Haus jedes ukrainischen Arztes durchsucht. Die Polen leugneten, daß überhaupt irgendwelche Verprügelungen vorgekommen seien. Alles, was sie wollten, war, den Beweis, die Photographien zu vernichten.

Es gibt viele Variationen der Schreckenstaten, die begangen wurden, und der enormen Schädigungen, die angerichtet wurden, hauptsächlich durch das 14. polnische Kavallerieregiment, dessen überaus jugendliche Offiziere sich hernach im Georgshotel von den Strapazen des Bauernprügelns erholten. Aber eine und dieselbe Geschichte kann man immer wieder von den Bauern all der vielen Dörfer, die „befriedet" wurden, hören. Die Ulanen kommen an, Angst packt die Bauern, ein Dutzend, zwanzig oder selbst fünfzig werden in einer Scheune oder im Gemeindehaus zusammengetrieben.

Dann wird jeder der Reihe nach von ein paar Soldaten gepackt, auf einen Tisch oder eine Bank gelegt und mit schweren Stöcken geschlagen, bis er ohnmächtig wird. Dann wird Wasser über ihn gegossen, und er wird vielleicht, wenn er aufwacht, nochmals geprügelt. Nicht einmal die alten Männer wurden geschont — ein zweiundsechzigjähriger Bauer erzählte mir, wie er auf diese Art geprügelt wurde. Selbst Frauen und Kinder wurden geprügelt."

Außer diesen Exekutionen, die an mittelalterliche Folter gemahnen, finden noch die sogenannten Revisionen statt, die folgendermaßen ausschauen: Auf den Bauernhöfen werden alle Schober durchwühlt und das Getreide wird mit Kot und Dünger gemischt. Die ganze Hauseinrichtung wird zerschlagen. Jene Häuser, die blaugelb (ukrainische Nationalfarben) gestrichen sind, sowie jene, die von in der ukrainischen Kulturbewegung tätigen Bauern bewohnt sind, werden vollkommen zerlegt, unter dem Vorwand, daß man in den Strohdächern und in den Wänden nach Munition, Gewehren und Bomben sucht... In dem Dorfe Pokropyna befahl man dem Ehemann, seine Gattin zu prügeln und umgekehrt. Sie mußten dies tun, denn sobald sie sich dagegen sträubten, wurden beide geprügelt.

Ukrainische Volkslesehallen und Konsumgenossenschaften werden durch diese Strafexpedition vollkommen zerstört, das heißt es werden alle Waren mit Petroleum übergossen oder in den Kot geworfen, die Bücher werden zerrissen oder verbrannt und die Einrichtung zur Gänze vernichtet... Nach dem Abzug der Strafexpeditionen werden dem Dorfe hohe Kontributionen auferlegt. Außerdem müssen die Strafexpeditionen von der betreffenden Gemeinde voll erhalten werden. Die Bauern verlassen massenhaft die Dörfer und ziehen planlos in Haufen durch Wälder und Felder...

Aus einem anderen Bericht des «Manchester Guardian» (1930):

Massenvergewaltigungen gehören ebenso zum Programm der „Befriedung" wie Massenverprügelungen. „In der Nacht rückten hundert berittene Polizisten im Dorf ein. Sie ließen sofort eine Kontribution von einem gebratenen Huhn per Einwohner und sonstigen Nahrungsmitteln einheben. Wer diese Kontribution nicht sehr schnell ablieferte, wurde mit der Nagaika (Peitsche) geschlagen. Dann vergewaltigte die Polizei eine Anzahl junge Mädchen im Dorf. Am folgenden Morgen wurde das ganze Dorf geplündert..."

In den Städten fassen die Gefängnisse nicht mehr die Zahl der verhafteten Abgeordneten, Politiker, Pfarrer, Lehrer, Studenten. In Zellen für fünf Personen sind zwanzig zusammengepfercht.

Da man aber noch mehr Platz benötigt, wendet man bei den besonders gefürchteten Führern eine neue wirksame Methode an. So wurde der bekannte ukrainische Politiker Holowinski „auf der Flucht" erschossen.

Von den 2100 ukrainischen Schulen, die bestanden als das Land unter russischer Herrschaft war, waren 1926 alle bis auf drei geschlossen. Ukrainische Haupt-, Fach- und Mittelschulen besteht überhaupt keine einzige.

251 Kirchen wurden den Ukrainern weggenommen.

Das ist polnisches Joch.

Welches Leid verbirgt sich hinter diesen nüchternen Zahlen! Ein Volk von fünf Millionen ohne Unterricht in der Muttersprache.

Die Polen arbeiten mit den grausamsten Mitteln, die Ukrainer zu vertreiben oder zu Polen zu machen. Ungeheure Steuern werden den armen

Bauern, die nicht Polen werden wollen auferlegt. Steuerrückstände werden als Steuerverweigerung behandelt. Militärische Strafexpeditionen erscheinen. Die Dörfer werden umzingelt und ganz einfach niedergebrannt. Grausamste Kolonialpolitik wie im tiefsten Mittelalter. So wird man auch mit einem Fünf-Millionen-Volk einmal fertig.

Grauenhaft sind die Berichte des Buches «Polish atrocities in Westukraine» und die Berichte des ukrainischen Pressebüros in London.

In einem Hilferuf nach London im September 1932 heißt es:

„Die ganze Herbsternte ist von den Polen verbrannt worden. In den Dörfern wimmelt es von polnischen Soldaten. Viele Bauern, gänzlich unschuldig, wurden gehenkt. Am 17. August 1932 wurden in der Nähe von Poworok zwölf junge Burschen, halbe Kinder hingerichtet.

Die Dörfer werden von der polnischen Polizei und von Militär umzingelt und die Einwohner, auch Frauen, Kinder und Greise erbarmungslos geprügelt. Um Gottes willen, schicken Sie jemanden, daß er sich diese Greuel anschaut, rufen Sie die zivilisierte Welt an."

Inhaltsverzeichnis

Seite

Geleitwort 5

I. Teil

Deutschland klagt an 7

Amerikas feierliches Versprechen 11
Amerikas Eintreten entschied den Weltkrieg. — Was Wilson versprach. — Wilsons 14 Punkte. — Wilsons 4 Punkte. — Die Wirkung der amerikanischen Friedensbotschaften. — Ein feierlicher Vorfriedensvertrag ohne Kriegsentschädigung, ohne Reparationen, ohne Annexionen.

Der Wortbruch 21
Wie es zum Wortbruch kam.

Wie ein Friede sein soll 33
Die Friedensarbeit des Wiener Kongresses 1814.

Versailles und St Germain: Kein Vertrag, sondern ein Diktat! . . . 37
Der Friedensschluß in Versailles und St. Germain ist kein Vertragsfriede, sondern ein Gewalt- und Diktatfriede. — Der unverjährbare Protest der deutschen Friedensgesandten vom 16. Juni 1918.

Deutschlands Fluch über Versailles 49

Die Totengräber Europas 55

Wie der Krieg „ohne Annexionen" in Wahrheit aussah 59
Der Krieg um die „Freiheit".

Die Wahrheit über Elsaß-Lothringen 71

Die Schmach der Hungerblockade im Frieden 77

Der Hexenhammer von Versailles 87

Die Rheinlandbesetzung 91
Französische Gerichtsbarkeit. — Sittlichkeit und Kultur. — Zwecklose und maßlose Verschwendung. — Wohnungsluxus. — Pas convenable. — Auf Deutschlands Kosten lebt sich's fein. — Verschwendung überall.

Die schwarze Schmach 103

Engländer und Amerikaner am Rhein 109

Die Abtrennung des Saargebietes 115
Wie Frankreich arbeitete.

Seite

Die Ruhrbesetzung 123
Was ist die Ruhr?

Die Krone internationaler Freibeuterei: Oberschlesien 127

Versailles' krasseste Mißgeburt: Der Danziger Korridor 137
Was ist der Danziger Korridor? — Der „Freistaat" Danzig.

Die Tätigkeit der „Kommissionen" 141

Der unerhörteste Sklaventribut der Weltgeschichte: Die Reparationen . 147
Was sind die Reparationen? — Wieso die übertriebenen Reparationsforderungen zustande kamen. — Die übertriebenen Materialforderungen. — Gebäudeschäden. — Schäden an Mobilar. — Industrieschäden. — Bodenschäden. — Belgiens Schadenersatzforderungen. — Das Ungeheuerliche der Pensionen und Beihilfen. — Reparationskuriositäten. — Amerikas Kampf gegen die ungeheuerlichen Reparationsforderungen. — Was Deutschland geleistet hat. — Niedrige Bewertung der deutschen Sachlieferungen. — Vergleich der deutschen Reparationen mit der französischen Kriegsentschädigung 1871. — Wieso waren Deutschlands Zahlungen bis heute möglich? Das Lausanner Abkommen. — Das Ende der Reparationen? — Das Problem der deutschen Privatschulden. — Der Fluch der Kommerzialisierung.

Der Raub der Kolonien 185

Noch einige Kostproben aus dem „Hexenhammer" 195
Abtretung der Kriegs- und Handelsflotte. — Abtretung der Kolonien. — Raub des gesamten Staatseigentumes. — Vollständige Versemung und wirtschaftliche Unterwerfung Deutschlands. — Raub des gesamten deutschen Privateigentums im Auslande. — Die einseitige Internationalisierung der Verkehrswege. — Wie der Friede ohne Annexion in Wahrheit aussah. — Gebiets- und Bevölkerungsverluste Deutschlands. — Verluste Oesterreichs an rein deutscher Bevölkerung. — Rache und Demütigung. — Diplomatische „Jokers".

Worte berühmter Männer über den Schandfrieden von Versailles . . . 205

Inhaltsverzeichnis des zweiten Teiles

Frankreich erwache!

Die Wirkung von Versailles:

Die Zerstörung des internationalen Kredits.

Der Rüstungswahnsinn.
Unrecht Gut gedeiht nicht. — Die größte Ironie. — Rüstungsausgaben der Großmächte vor und nach dem Kriege. — Heeresstände und Einwohnerzahlen vor und nach dem Kriege. — Heeresausrüstung.

Frankreich, der Herr Europas.

Europa, ein wirtschaftliches Leichenfeld.
Frankreich, die Insel der Seligen.

Die Strafe Gottes für Frankreich: Die Angst des schlechten Gewissens.

Der Befreiungskrieg.

Revolution und Bolschewismus.

Die Kriegsschuldlüge.
Die Bestechung der französischen Zeitungen. — Die bezahlte Kriegshetze. — Das betrogene französische Volk. — Fälschungen der öffentlichen Meinung. — Fälschung des russischen „Orangebuches". — Fälschung des französischen „Gelbbuches". — Französische und russische Zeugnisse. — Der aufrichtige Poincaré. — Das Märchen vom „hilflosen" Frankreich. — Die Verletzung der belgischen Neutralität. — Deutschlands Unschuld am Weltkrieg in Urteilen berühmter Männer.

Amerikas Eintritt in den Weltkrieg.
Der Fall „Lusitania".

Frankreichs kriegerischer Geist.

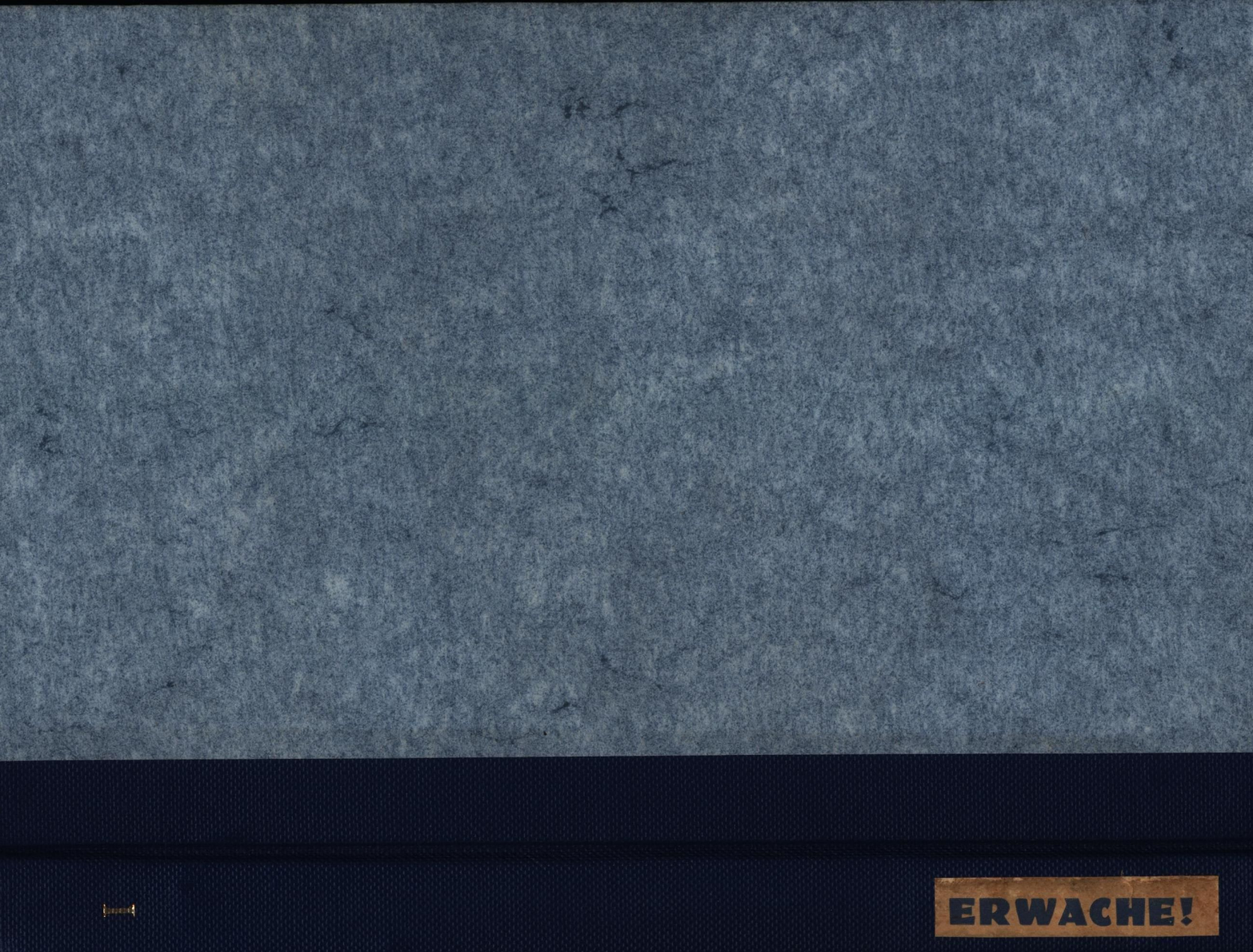
Die größte Erniedrigung menschlichen Geistes: Die Kriegspropaganda und die Lügenhetze von den deutschen „Kriegsgreueln".
Die Macht der Propaganda. — Die Wahrheit über die deutschen Greuel. — Die Greuel der „Engel".

Wo ist Hilfe?

Frankreich, die Macht auf tönernen Füßen. — Deutschland und England. — Deutschland. — Deutschland und Italien. — Deutschland und die Nachfolgestaaten: Tschechoslowakei, Polen, Rumänien. — Deutschland und Ungarn. — Deutschland und Frankreich.

Frankreich, erwache!

Amerika, was sagst du dazu?


ERWACHE!